AStA der Geschwister-Scholl-Universität München

Spiel ohne Grenzen

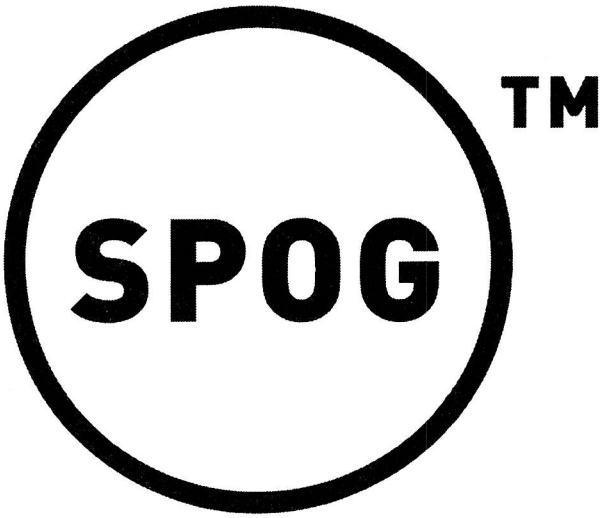
Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

2 MONATE
VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Im vergangenen Mai fand an der Universität München ein schon vorab vieldiskutierter Kongress statt, auf welchem über die Antiglobalisierungsbewegung, ihren Kapitalismusbegriff, den in ihr vorherrschenden Antiamerikanismus, über Attac und über den Kulturbegriff der Globalisierungsgegner gesprochen wurde. Dieser Reader versammelt die wichtigsten Beiträge der Kongressteilnehmer. Texte unter anderem von: Phase2 Leipzig, Thomas Ebermann, Andrea Woeldike, Udo Wolter, Roger Behrens, Rainer Trampert, Gruppe Demontage, Stephan Grigat u.a.

AStA der Geschwister-Scholl-Universität München (Hrsg)
Spiel ohne Grenzen
Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung



Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
und des Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V.

Erste Auflage
Verbrecher Verlag Berlin 2004
www.verbrecherei.de

© Texte bei den jeweiligen AutorInnen 2004
© für diese Ausgabe Verbrecher Verlag 2004
Gestaltung: Sarah Lamparter
Einbandgestaltung: Thorsten Platz
Illustrationen: Oliver Grajewski
Druck: Dressler, Berlin
Printed in Germany

ISBN: 3-935843-39-9

INHALT

1 **FORWARD**

15 THOMAS SCHMIDINGER **STRUKTURELLER ANTISEMITISMUS UND VERKÜRZTE KAPITALISMUSKRITIK**

27 PHASE2 LEIPZIG **DER ANTIAMERIKANISCHE TRAUM VOM EURO-NATIONALEN KAPITALISMUS. WARUM ANTIAMERIKANISMUS NICHT DUMMER ANTIKAPITALISMUS IST, SONDERN GAR KEINER**

39 THOMAS EBERMANN **ATTAKIERT ATTAC!**

57 FABIAN KETTNER **„EMPIRE" – NEUES IN DER WELTORDNUNG VON MICHAEL HARDT UND ANTONIO NEGRI?**

71 RAINER TRAMPERT **NATIONALSTAATEREI UND GLOBALISIERUNG**

103 GRUPPE DEMONTAGE **POSTFORDISMUS IN DER (SEMI) PERIPHERIE**

141 STEFAN EGGERDINGER **MYTHOS GLOBALISIERUNG**

171 MARCUS HANK/STAION 2 e.V. **„HITLER IM HIMMELREICH"**

191 UDO WOLTER **ZUR KRITIK DES POSTKOLONIALEN ANTIIMPERIALISMUS**

229 PETER BIERL **TAUSCHRINGE, SCHWUNDGELD UND SUBSISTENZ – OBSKURANTEN UND ESOTERIKER IN DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG**

259 ROGER BEHRENS **KULTUR, IDENTITÄT. EINIGE KRITISCHE BEMERKUNGEN DAZU**

275 ULI SANWALD UND STEFAN STAUTNER-BHURUTH **AM DEUTSCHEN MULTIKULTURALISMUS SOLL DIE WELT GENESEN**

295 STEPHAN GRIGAT **DER HASS DER ANTIGLOBALISIERUNGSBEWEGUNG AUF ISRAEL – EINE KRITIK DER NO-GLOBALS UND IHRER KRITIKER**

319 ANDREA WOELDIKE **DEUTSCHER ANTIAMERIKANISMUS UND DER IRAKKRIEG**

FORWARD

Selten hat in den letzten Jahren ein linker Kongress im Vorfeld solche Debatten ausgelöst wie die dreitägige Veranstaltung „Spiel ohne Grenzen" (SPOG™) über Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung, der im Mai 2003 an der Universität München stattfand.[1] Dies ist die lange erwartete Dokumentation der meisten der dort gehaltenen Vorträge in ausgearbeiteter Form.[2]

Die globalisierungskritische Bewegung wird in diesem Band unter zwei Aspekten untersucht: einerseits wird, anknüpfend an seit längerem vereinzelt geführte Debatten, die vorhandene Kritik an der „Antiglobalisierungsbewegung" zusammengeführt. Die zentrale Frage dabei ist, ob und wenn ja, welche progressiven Ansätze in dieser Bewegung stecken und wie gefährlich das reaktionäre Potential darin ist. Andererseits wird die Tragfähigkeit von einigen konkurrierenden theoretischen Modellen überprüft, die das genauer beschreiben wollen, was meist unzureichend mit der Vokabel „Globalisierung" bezeichnet wird, den gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen

[1] SPOG™ war nur durch die inhaltliche, organisatorische und auch finanzielle Hilfe der vielen UnterstützerInnen und besonders unserer KooperationspartnerInnen konkret, Jungle World, Phase 2 und iz3w möglich. Ihnen allen an dieser Stelle einen herzlichen Dank.

[2] Es fehlen die Beiträge von Hermann Gremliza, Marcel Malachowski, Mario Candeias, Victor Halb und KP-Berlin.

Welt. Die möglichst genaue Analyse des von Ausbeutung, Herrschaft und Gewalt geprägten Systems ist eine Voraussetzung dafür, dass diese Verhältnisse eines Tages umgewälzt werden können.

***

Mit dem Aufstand der Zapatistas in Mexiko 1994, den militanten Kämpfen von ArbeiterInnen, Kleinbauern und MigrantInnen in Südkorea, der Landlosen-Bewegung in Brasilien, dem Widerstand von Bauern in Indien gegen die Patentierung ihrer Pflanzen durch das Gentechnik-Kapital, den Protesten und Streiks in Europa gegen Sozialabbau, in Frankreich und Italien getragen von unabhängigen linken Basisgewerkschaften, sowie den Kämpfen von illegalisierten MigrantInnen scheint weltweit eine neue, große, sozial und politisch heterogene Bewegung gegen die verschärfte kapitalistische Ausbeutung zu entstehen. In den bürgerlichen Medien Europas wird vor allem der Protest gegen die Zusammenkünfte der Vertreter der kapitalistischen Metropolen und ihrer Institutionen, WTO, NATO, EU, das Wirtschaftsforum in Davos oder die NATO-Sicherheitskonferenz in München, die Auseinandersetzung in Seattle, Göteborg und Genua sowie die großen Welt- und Europäischen Sozialforen wahrgenommen. In Deutschland besteht die Bewegung bislang aus Attac und einigen lokalen Sozialforen, erreicht aber durch schiere Masse, die teilweise Militanz der Proteste und die offensichtliche Massenkompatibilität ihrer Forderungen eine hohe Medienpräsenz und Anziehungskraft. Hunderttausende strömen für „eine andere Welt" auf die Straßen und die Bewegung entwickelt sich zu everybody's dar-

ling, da alle an dem geheimnisvollen Mitglieder- und Bedeutungszuwachs teilhaben wollen.

Für systemoppositionelle Kräfte wird die Antiglobalisierungsbewegung besonders durch ihre Kritik am Weltwirtschaftssystem interessant, da sie sich im Unterschied zur Ökologie- oder Friedensbewegung nicht nur einen Teilaspekt, sondern mit der Ökonomie das „Betriebssystem" der Gesellschaft zum Thema macht. Die Kritik gilt in erster Linie der Zirkulationssphäre des Kapitalismus, den Aktien- und Finanzmärkten. Umstritten bleibt aber, ob sich dies zu einer grundsätzlichen Kritik am kapitalistischen System radikalisieren lässt, oder ob die Bewegung nur als außerparlamentarische Sozialdemokratie die Ineffizienz des Kapitalismus bei der Verteilung der Güter kritisiert und durch die Differenzierung zwischen raffendem und schaffendem Kapital antisemitischen Vorstellungen Vorschub leistet.

Inzwischen hat eine „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen" (Attac) eine nahezu hegemoniale Rolle innerhalb der Bewegung eingenommen. Bei den regelmäßigen Sozialforen und Demonstrationen der globalisierungskritischen Bewegung trifft jedoch eine verwirrend große Anzahl an Organisationen aufeinander, deren inhaltliche Gemeinsamkeit sich meist in der permanenten Selbstbeschwörung „Wir sind viele und wir kommen wieder!" erschöpft. Prominente Vertreter der Bewegung, insbesondere auch Attac, beschwören Pluralismus und Ideologielosigkeit der Bewegung. Ihren politischen Erklärungen zufolge streben sie jedoch eine Reform kapitalistischer Verhältnisse an, eine soziale, demokratische und ökologische Zähmung. In Europa unterstützen Teile der Bewegung zudem das Projekt einer EU

als scheinbar friedlicher und ziviler Gegenmacht zu den USA. Der Pluralismus verkommt zur Beliebigkeit oder zur leeren Floskel, wenn trotz heftiger Proteste im Vorfeld auf dem Europäischen Sozialforum in Paris der Antisemit Tariq Ramadan als Redner auftreten kann. In Paris wurden auch Vertreter der „Aktion 3. Welt Saar" mehrmals gewaltsam daran gehindert, ein Flugblattes zu verteilen, welches das Existenzrecht Israels bejaht.[3]

Für viele Linke ist die Antiglobalisierungsbewegung trotz dieser Kritikpunkte ein Silberstreifen am Horizont bei ihrer Suche nach dem abhanden gekommenen revolutionären Subjekt. Eine Arbeiterklasse, die die menschliche Emanzipation zum Ziel hat, ist wohl kaum zu entdecken. Daher suchen viele nach neuen systemverändernden Akteuren: Nach der 68er StudentInnenbewegung, den nationalen Befreiungsbewegungen von Vietnam über Kurdistan bis in den lakandonischen Urwald und der Anti-Atom-Bewegung der 80er Jahre landet die Linke im Laufe ihrer Suche nun bei der Intifada, SchülerInnen-Friedensdemos oder eben bei Attac.

Seit der Konstituierung der Antiglobalisierungsbewegung wurden immer wieder einzelne Aussagen und Erscheinungsformen kritisch von links hinterfragt und kontrovers diskutiert. Diese Diskussionen sind an den ProtagonistInnen der Bewegung nicht ganz vorübergegangen, so wurde z.B. auch bei Attac vereinzelt eine Art Antisemitismusstreit light geführt. Weite Teile der Linken, insbesondere die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) verbreiten in der Hoffnung auf

[3] Vgl. Aktion 3. Welt Saar: „Gewaltsame Hinderung von Flugblattverteilung" http://www.de.indymedia.org/2003/11/66297.shtml

politische Radikalisierung weiterhin Optimismus und versuchen das Ziel der Emanzipation und fundierte Kapitalismuskritik in die besagte Bewegung hineinzutragen.[4] Andere hoffen durch die Anbiederung an die Bewegung ihre politische Bedeutungslosigkeit überwinden zu können. Doch auch die gesamte Stoßrichtung der Bewegung unterliegt zunehmender Kritik. Stimmen werden laut, das „Experiment Globalisierungskritik" von linker Seite her ganz abzubrechen. So schreibt z.B. Heiner Langer „Globalisierungskritik ist nicht zu Kapitalismuskritik zu radikalisieren, sie ist vielmehr perspektivlos im Effekt und rückschrittlich dem Grunde nach."[5] Die Einschätzungen der Bewegung gehen in der Linken so weit auseinander, dass anscheinend keine Verständigung möglich ist. Grund genug, sich genauer mit der Kritik an der Antiglobalisierungsbewegung zu beschäftigen.

Der erste Themenbereich dieser Publikation widmet sich daher in erster Linie der Ideologiekritik der „Bewegung der Bewegungen" in all ihren Formen. Die Beiträge von Thomas Schmidinger, Phase 2 Leipzig, Thomas Ebermann, Udo Wolter, Peter Bierl, Uli Sanwald, Stefan Stautner-Bhuruth, Stephan Grigat und Andrea Woeldike thematisieren esoterische, antisemitische und antiamerikanische Tendenzen bei GlobalisierungskritikerInnen und Friedensbewegung, Staatspositivismus, verkürzte Kapitalismuskritik, den Hass auf Israel sowie das Konzept des Multikulturalismus.

[4] Vgl. Markus Wissen, Friederike Habermann, Ulrich Brand: Vom Gebrauchswert radikaler Kritik. Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis, in: BUKO (Hrsg.), radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke, S. 43–56.

[5] Heiner Langer: „16 Thesen zu einem abzubrechenden Experiment", in: trend online-zeitung 10/03, http://www.trend.partisan.net/trd1003/t061003.html

GEGENSTAND

Der Streit in der Linken, ob man Attac & Co. unterstützen, unterwandern oder bekämpfen soll, basiert auf unterschiedlichen Einschätzungen der politischen und ökonomischen Entwicklung.

Alle reden von Globalisierung, sie ist für alles verantwortlich, an allem schuld, aber niemand hat ihre Telefonnummer. Es heißt, alles ist plötzlich super-international und ultra-vernetzt: Die „spekulativen Finanzmärkte" beuten gemeinsam mit internationalen Organisationen und „transnationalen" Konzernen die Welt aus, während sich die Nationalstaaten unerhörterweise auflösen, anstatt die „Multitude" vor dem alles durchdringenden Ordnungsanspruch des „Empire" zu schützen. Man kann mit Leuten in Nairobi chatten, und eine einheitliche Fanta-Kultur macht alles Gute, Wahre und Schöne kaputt.

Genug der Plattitüden. Was steckt denn nun hinter dem Modewort Globalisierung? Die Herrschaft des Kapitals ist weltumspannend – keine große Neuigkeit. Einig ist sich die Linke zunächst einmal darin, dass es sich nicht um einen Systemwechsel, sondern um Transformationserscheinungen innerhalb des Kapitalismus handelt. Worin diese Änderungen aber bestehen, wie weit sie gehen und in welche Richtung sie weisen, ist stark umstritten. Einig ist man sich darüber, dass der gegenwärtige Zustand und die gegenwärtige Entwicklung keineswegs ein Grund zur Freude sind: Selbst wenn, wie einige meinen, die Bedeutung der Nationalstaaten zurückgehen sollte, bedeutete dies noch lange nicht das Ende der Staatlichkeit als Garant für die Bedingungen, unter denen Verwertung und Unterdrückung weiter optimiert werden können. So kann auch der positive Bezug der globalisierungskritischen Bewe-

gung auf die *sozialstaatlich-deutsche Glückseeligkeit als Schutz des Individuums vor dem entfesselten Markt* kaum als *progressives Projekt* gesehen werden.

Nun konkurrieren Theorien über Postfordismus, Imperialismus und Empire mit diversen weiteren in dem Versuch, die Komplexität der Realität zu reduzieren und damit verstehbar und veränderbar zu machen. Spätestens bei der Frage nach der Bedeutung „innerimperialistischer" Konkurrenzverhältnisse werden die dahinter stehenden politischen Differenzen besonders deutlich. Eine nicht nur in der Antiglobalisierungsbewegung verbreitete Position, der wir in diesem Buch kein Forum bieten, besagt schließlich, dass die USA als einzige verbliebene Supermacht die Welt unterjochen. Die Geister scheiden sich, ob daher ein „zeitweiliges Bündnis mit dem deutschen Imperialismus"[6] oder doch eher mit dem antihegemonialen „linken Flügel der Baath-Partei"[7] (und dem linken Flügel von Al Qaida?) notwendig sei. Im Zweifelsfall beides. Auch von diesem politischen Albtraum mal abgesehen gibt es durchaus differenzierte Betrachtungsweisen. So besagt eine Theorie, dass der hegemoniale Block der kapitalistischen Metropolen unter Führung der USA ein so starkes gemeinsames Interesse an der Ausbeutung der Welt hat, dass die vorhandenen Differenzen zumindest mittelfristig überdeckt werden. Andere sehen sich als ZeugInnen einer zunehmenden politi-

[6] Jörg Högemann: „Ein Verbrechen gegen Völkerrecht und Frieden, das Folgen haben muss", Rundbrief der DKP München, 04/2003.

[7] Antiimperialistische Koordination: „Spendet 10 Euro für den irakischen Widerstand!", http://www.antiimperialista.com/view.shtml?category=2&id=1063797903. Zu den UnterstützerInnen der Kampagne zählen neben den üblichen Antiimps auch die PDS Dortmund und Regionalgruppe Ruhrgebiet des Wissenschaftlich-humanitären Komitees (WHK).

schen und ökonomischen Antagonisierung im Verhältnis imperialistischer Mächte und konstatieren die Formierung eines Deutsch-Europa, das im Bündnis mit allen reaktionären Kräften der Welt den Ordnungsanspruch der USA schließlich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch herausfordert.

In diesem Band werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit verschiedene Analysen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände vorgestellt und Theorien, die in der Antiglobalisierungsbewegung weniger geläufig sind, kritisch beleuchtet. Die Beiträge von Fabian Kettner, Rainer Trampert, Gruppe Demontage und Stefan Eggerdinger zu Empire, Renationalisierung, Postfordismus und Imperialismus befassen sich mit der Frage, ob bzw. inwiefern die von vielen konstatierte Globalisierung ein neues ökonomisches und politisches Phänomen ist.

Die kulturelle Dimension behandelt Roger Behrens in seinem Beitrag über Kultur und Identität im Spätkapitalismus. Als Kultur-Spezial haben wir schließlich noch das geschmacklose und volksnahe Puppentheater-Spektakel „Hitler im Himmelreich" von Marcus Hank aufgenommen. Es kam während des bayerischen Biergartens beim Kongress zur Aufführung und kann mittels der mitgelieferten Fingerpuppen nachgespielt werden: Ein Spaß für die ganze Familie.

UMSTAND

Als sich Antiglobalisierungs- und die neue Friedensbewegung anlässlich des Irak-Krieges zusammenfanden, um an der Seite der Bundesregierung gegen den Hauptfeind USA zu protestieren, eskalierte der Streit zwischen so genannten Antideutschen und Bewegungslinken. Sahen die einen in der Entfernung des baathistischen Terrorregimes einen zivilisatorischen

Fortschritt für die Bevölkerung des Irak und die Abwendung einer existentiellen Gefahr von Israel, so betonen die anderen die schnöden materiellen Interessen des Waffenganges und die Notwendigkeit grundlegender Opposition gegen den Weltordnungsanspruch der USA.

Anstatt auf dem Kongress darüber zu diskutieren, wie die Linke mit einer Friedensbewegung umgehen soll, die an der Seite der Balkankrieger Fischer und Schröder gegen die US-Regierung agitierte, wurden an die Vorbereitungsgruppe Wünsche nach politischen Offenbarungseiden herangetragen. Ein angeblich beredtes Schweigen der Kongressgruppe zum dritten Irak-Krieg gab Anlass zu wilden Spekulationen aus allen Richtungen. Dass wir es für viel wichtiger hielten, die zum Teil schlimmen Auswürfe der deutschen Friedensbewegung zu kritisieren, als die US-Army zur – erfreulicherweise erfolgreichen – Bekämpfung des Baathismus zu beglückwünschen, trug uns die Gegnerschaft fast aller Seiten ein. Den Krieg weder zu begrüßen noch zu verurteilen, weil es innerhalb der SPOG™-Gruppe keine einheitliche Meinung gab, und stattdessen in erster Linie den „Deutschen Frieden" zu kritisieren, war anscheinend eine politische Unerhörtheit, mit der viele nicht zurechtgekommen sind, die Politik auf der Ebene binäre Bekenntnisse gewohnt sind. Der Streit in der Linken über den Irak-Krieg fand daher in SPOG™ eine dankbare Projektionsfläche für alle Vorurteile und Verschwörungstheorien und drohte im Vorfeld zeitweise die eigentlichen Themen zu überlagern, zu denen die ReferentInnen eingeladen wurden.

Diese repräsentierten ein breites Spektrum der Linken hierzulande, viele antinationale und antideutsche Linke, von TraditionsmarxistInnen und Parteinahen bis zu unabhängigen

Linken und Linksradikalen war eine seltene Vielfalt linker Positionen vertreten.

AUFSTAND

Nicht berücksichtigt hatten wir die Repräsentanten der neuen Zusammenbruchstheorie aus Nürnberg. Das verschaffte uns unverhofft eine gewaltige PR in der Publizistik der Szene. Unter der Parole „Antideutsche Kriegshetzer zurückschlagen" entlarvte Robert Kurz von der Gruppe Krisis den SPOG™-Kongress als „Schlesiertreffen der reaktionären Linken". Der Prophet der letalen Krise des Kapitalismus holzte gegen die „Bande von ideologischen Warlords", die skrupellosen Denunzianten und ihre Schafherde, die „proimperialen Politkasper" und „fossilen ML-Sektierer", die objektiv gesehen allesamt „Marionetten des US-Imperialismus" seien und in München „proimperiales Bewegungsbashing"[9] zelebrieren. Wer nicht in seine Bellizisten-Schublade passte, für den packte Kurz die altbekannte Formel vom „nützlichen Idioten" aus.

Kurz' Wiener Freund Franz Schandl verlangte, die bei SPOG™ eingeladenen Antideutschen als „radioaktiven Abfall" unter Quarantäne zu stellen. Anstatt der bei Indymedia immer beliebten Verschwörung von Mossad und CIA glaubte sich Robert Kurz einer antideutschen Verschwörung auf der Spur. Seine empfohlene Therapie war drastisch: „Wer mit diesen Leuten auch nur dieselbe Luft atmen will, dem kann man nicht mehr die Hand geben", schrieb er. Die Abgrenzung sei „eine Frage der intellektuellen Hygiene".[10]

[9] vgl. Robert Kurz, „Antideutscher Autismus", in: Junge Welt, 24.5.03.

Dies beendete auch seine Autorenschaft bei den SPOG™ unterstützenden Periodika konkret, iz3w und Phase 2. Stattdessen druckte das antizionistische Hetzblatt junge welt sein Pamphlet als Fortsetzungsroman. Nicht zuletzt dank dieser unerwarteten Werbung haben bei SPOG™ über 600 Leute mit der „pseudolinken Killer-Intelligentsia" (sic!) dieselbe Luft geatmet. Erstaunlich, dass Rainer Schultz im Feuilleton der Jungen Welt hinterher berichtet, der Kongress wäre nicht nur gut besucht, sondern auch spannend gewesen, da man ebenso „Referenten [...] eingeladen hatte, die als Theoretiker auch in die Bewegung hineinwirken und inhaltlich höchst unterschiedliche Positionen vertreten."[11]

Waren es nur die inhaltlichen Differenzen, die zu solchen Hass-Exzessen führten? War es die Befürchtung, SPOG™ würde der Bewegungslinken den letzten Strohhalm wegnehmen, an den sie sich auf der ewigen Suche nach dem revolutionären Subjekt festklammert? Wohl kaum, denn es waren genug ReferentInnen eingeladen, die auch progressive Potentiale in der Bewegung betonen. Bei einigen führte jedoch die Angst davor, mit der eigenen Position auf dem Kongress eventuell nicht hegemoniefähig zu sein, zu Absagen. Den Anfang machten Katja Diefenbach, Alex Demirovic, Thomas Atzert und Vassilis Tsianos. Sie wollten nicht als Feigenblatt für eine unterstellte antideutsche und bellizistische Linie des Kongresses dienen. Es folgten Winfried Wolf, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der PDS, und Tommy Schroedter von der Bun-

[10] Erklärung der Krisis-Redaktion zur Schmutzkampagne der Zeitschrift „konkret" gegen Robert Kurz, http://www.krisis.org

[11] Rainer Schultz: „Altes Spiel, neue Regeln", in: Junge Welt, 27.05.03.

deskoordination Internationalismus. Beiden sei nicht klar gewesen, in welchem Umfeld sie auftreten sollten. Gerhard Hanloser sagt in der Nacht zuvor per Mail seine Teilnahme an der Podiumsdiskussion am Sonntag ab, da seine Ausführungen über die „Wiederkehr der Proletarität" seiner Meinung nach „weder vom vermuteten Publikum, noch von den geladenen Referentinnen und Referenten adäquat hätten aufgenommen werden können."[12]

Hanloser war der erste, der sich im Nachhinein echauffierte. Schon auf dem Kongress in München hatte die „Redaktion-Bahamas" ein Flugblatt „Kommunismus statt Antikapitalismus" verteilt, in dem sie bemängelte, der Kongress befände sich nicht auf der Höhe der Zeit. Hatte Kurz die Referenten als Kriegstreiber geschmäht, konstruierte „Bahamas" das andere Extrem, eine volksgemeinschaftliche deutsche Friedensfront, die von Thomas Ebermann über Hermann Gremliza bis zur PDS und NPD reichen solle, und entlarvte die Genannten als Teil einer antisemitischen Internationale.[13] Deren Kapitalismuskritik setze sich „mit jenem volkstümlichen, eliminato-

[12] vgl. Gerhard Hanloser, „Soziale Frage", Welche Fragen, welche Antworten?, Ausarbeitung eines nicht gehaltenen Referates auf dem Münchner „Spiel-ohne-Grenzen"-Kongress, in: trend online-zeitung 06/03, http://www.trend.partisan.net/trd0603/t010603.html. Die Kritik von u.a. „Incipito" und „Bündnis gegen Rechts" aus Leipzig hat insofern eine gewisse Berechtigung. Die verschiedenen Positionen wurden in den einzelnen SPOG™-Veranstaltungen vorgestellt und begründet, bezogen sich aber nur selten aufeinander. Die Differenzen wurden auch nicht in der aufgrund der Absagen sehr unbefriedigenden Abschlussveranstaltung diskutiert. Immerhin heißt es dort aber auch: „Die ReferentInnen waren in der inhaltlichen Bandbreite das beste und einzig akzeptable, was es zur Zeit auf dem „Theorie-Markt" zu haben gibt." Vgl. Incipito, Frag(en und Mo)mente vom „Spiel ohne Grenzen", 8/2003 sowie Bündnis gegen Rechts, Der große Perspektiven-Schwindel, in: Phase 2, 10/2003.

rischen Antikapitalismus ins Benehmen, der den Zielanflug auf weitere Twin-Towers geistig immer schon antizipieren muss." Bekrittelt wurde in dem Bahamas-Papier auch, dass der Kongress nicht kommunistisch, nicht antideutsch und nicht israelsolidarisch genug gewesen sei. Bald darauf meinte kaum jemand mehr, keine Meinung zu SPOG™ abgeben zu müssen. Die ganze Debatte wiederzugeben, wäre nicht ratsam; wer es aber nicht lassen kann, sei darauf verwiesen, dass sie größtenteils auf unserer Homepage dokumentiert ist.[14]

Die Linke in der BRD ist in einem wahrlich erbärmlichen Zustand: Der Antiimp will mit der Deutsch-Arabischen Gesellschaft von Jürgen Möllemann selig, den Taliban und Saddam Husseins übrig gebliebener Anhängerschaft eine gemeinsame Front gegen den US-Imperialismus und Israel aufbauen. Der friedensbewegte Gutmensch stört sich nicht daran, dass die baathistische Diktatur im Irak mehr Menschen ermordet hat, als alle lateinamerikanischen Diktaturen der 70er und 80er Jahre zusammen. Einige Antideutsche recyceln alte marxistisch-leninistische Stadientheorien und verkünden, die US-Kavallerie werde, geführt von ihrem Friedenfürsten, im Irak und anderswo die Rolle der revolutionären Bourgeoisie von 1789ff. übernehmen. Linke Debatte verkommt zur Farce wenn sie von immer mehr Gruppen aus Sorge um die Lufthoheit über den Theoriestammtischen durch wahnhafte Abgrenzungsrituale gegen alles und jeden ersetzt wird. Schlimmer

[13] vgl. Redaktion Bahamas (Berlin), Freundeskreis Rudolf Egelhofer (Dachau), Gesellschaft gegen organisiertes Deutschtum (Rosenheim), München, Kommunismus statt Antikapitalismus, Flugblatt, 23. Mai 2003. http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/Spog23-5-03.htm

[14] http://www.spiel-ohne-grenzen.org

sind aber in jedem Fall jene BewegungsfetischistInnen, die sich an alles ranschmeißen, was in Deutschland auf die Straße geht, anstatt zuerst darüber nachzudenken, ob die Friedens-, Studierenden- oder Antiglobalisierungsdemos eigentlich eine fortschrittliche Kraft oder nicht doch nur Teil der Volksgemeinschaft sind.

Die Lektüre dieses Bandes zeigt, dass die globalisierungskritische Bewegung auf dem SPOG™-Kongress keineswegs einheitlich beurteilt wurde, wie einige behaupteten. Wie schon der Kongress, so hat auch dieses Buch nicht den Anspruch, alle aufgeworfenen Fragen zu klären, sondern möchte, indem ein breites Spektrum linker Theorie und Kritik dokumentiert wird, einen Beitrag zu einer Debatte liefern, die wohl so schnell nicht beendet sein wird. Die Reihenfolge der Beiträge folgt keiner besonderen Logik, sondern ist einfach so, wie sie ist. Der Vollständigkeit halber sei auf die Selbstverständlichkeit verwiesen, dass die SPOG™-Vorbereitungsgruppe nicht alle Ansichten der AutorInnen teilt. Mögen sich die geneigten LeserInnen ein eigenes Urteil bilden.

SPOG™

STRUKTURELLER ANTISEMITISMUS UND VERKÜRZTE KAPITALISMUSKRITIK

THOMAS SCHMIDINGER

Dass auch die Linke nicht vor mehr oder weniger offenem Antisemitismus in Bezug auf Israel oder vermeintlichen und wirklichen ZionistInnen gefeit ist, müsste mittlerweile allgemein bekannt sein. Hier soll es jedoch nicht um diesen „offenen Antisemitismus" der Linken gehen, sondern um strukturelle Ähnlichkeiten einer verkürzten Kapitalismuskritik mit dem modernen Antisemitismus, die insbesondere in der Globalisierungsdebatte der letzen Jahre immer häufiger zu finden sind.

JUDEN UND GELD

Bereits im Hochmittelalter – also noch vor der Entwicklung moderner, kapitalistischer Produktionsverhältnisse – wurden Jüdinnen und Juden immer wieder mit Geldgeschäften, mit dem „Abstrakten" im Gegensatz zur „konkreten, produktiven Arbeit" in Verbindung gebracht. Der „geistige Führer des Zweiten Kreuzzugs – der wie der Erste vor allem auch ein Kreuzzug gegen die Juden war – Bernhard von Clairvaux, ersetzte in seinen Predigten das Geldverleihen gegen Zinsen einfach mit dem Wort Judaisieren, lat. iudaicare." (Scheit, 1997)

Der traditionelle Antisemitismus des Mittelalters war damit nicht nur religiös, sondern auch bereits in Ansätzen ökono-

misch bedingt. „Juden" wurden mit Geldgeschäften gleichgesetzt. Die Wut der Bäuerinnen und Bauern in den Bauernkriegen richtete sich nicht nur gegen Klöster, Grafen und andere Grundbesitzer, sondern auch gegen Jüdinnen und Juden. Kein Wunder, dass Jahrhunderte später sowohl die deutsche Arbeiterbewegung wie der deutsche Antisemitismus und seine extremste Form im Nationalsozialismus sich auf die Bauernkriege von 1525 als historische Vorläufer beriefen.

KAPITALISMUS ALS WARENVERMITTELTES HERRSCHAFTSSYSTEM

Entscheidend für die Entstehung des modernen Antisemitismus – im Gegensatz zum überwiegend religiös basierten Antisemitismus des Mittelalters – war jedoch neben der Erfindung eines Rassismus, der Juden nicht mehr als Religionsgemeinschaft, sondern als (Gegen-)Rasse definierte, die Entwicklung des Kapitalismus seit der Neuzeit. Im Gegensatz zum Feudalismus bildete der Kapitalismus kein unmittelbares Herrschaftsverhältnis heraus, sondern wird eben durch die Tatsache definiert, dass es sich dabei um ein warenvermitteltes Herrschaftssystem handelt. Auf den ersten Blick ergibt sich daraus ein Widerspruch: einerseits existiert das Prinzip Herrschaft weiterhin, soziale und politische Gegensätze sind weiterhin, teilweise noch verschärft vorhanden, andererseits sind „die Herrschenden" nicht mehr auszumachen. An die Stelle personaler Herrschaftsverhältnisse, etwa zwischen Herr und Knecht, tritt eine scheinbare bürgerliche Gleichheit, die jedoch keine materielle Gleichheit mit einschließt, sondern Hierarchien und Ungleichheiten weiter bestehen lässt.

Dieser Gegensatz legt die Grundlage für ein notwendig falsches Bewusstsein, das immer dann zum Tragen kommt, wenn nicht erkannt wird, dass es sich beim Kapitalismus eben nicht um ein personales sondern ein warenvermitteltes Herrschaftssystem handelt. Stattdessen schließt dieses falsche Bewusstsein aus dem Nichtauffinden von Herrschenden bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Herrschaft, dass sich die Herrschenden dann nur umso besser verstecken müssen, ihre Herrschaft also in einer Art Geheimbund, einer dunklen Macht, die aus dem Hintergrund verborgen die Fäden zieht, ausüben. Damit ist bereits der Grundstein für den Gedanken einer Weltverschwörung gelegt. Die offensichtlichen Widersprüche des Kapitalismus werden dann im Gegensatz zur analytischen Kritik eines Karl Marx nicht auf ein System als solches zurückgeführt, sondern auf eine böse Macht, die dieses System beherrschen soll, die konkret für alle Schändlichkeiten des Kapitalismus verantwortlich zu machen ist.

Dabei ist die Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden nicht mehr bloß auf das mittelalterliche Stereotyp von Juden als Träger von Geld reduziert, vielmehr – so analysiert es Moishe Postone in seinem Aufsatz „Nationalsozialismus und Antisemitismus" – „werden sie für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht und mit gesellschaftlichen Umstrukturierungen und Umbrüchen identifiziert, die mit der raschen Industrialisierung einhergehen: explosive Verstädterung, der Untergang von traditionellen sozialen Klassen und Schichten, das Aufkommen eines großen, in zunehmendem Maße sich organisierenden industriellen Proletariats und so weiter. Mit anderen Worten: Die abstrakte Herrschaft des Kapitals, wie sie besonders mit der raschen Industrialisierung einhergeht, verstrickte die Menschen

in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermochten, in Gestalt des ‚Internationalen Judentum' wahrgenommen wurden." (Postone, 1986)

Unter diesem Problem litten vor allem jene SozialistInnen, die, als FrühsozialistInnen, noch nicht über das analytische Instrumentarium der marxschen Wert- und Kapitalismuskritik verfügten und mit ihrer Kritik am frühen Kapitalismus damit notwendigerweise in die Irre gehen mussten. Nicht überall führte dieser Irrweg allerdings zu einem offenen Antisemitismus wie etwa beim „anarchistischen" Frauenhasser Pierre-Joseph Proudhon. Proudhons Antisemtitismus betreibt die Unterscheidung der Zirkulationssphäre von der Produktionssphäre. Die Unbillen des Kapitalismus macht Proudhon im Gegensatz zu Marx nicht bereits an der Produktionssphäre fest, sondern hält diese lediglich für ein Verteilungsproblem, das sich aus der spekulativen Bereicherung einzelner ergibt. Damit bleibt seine Kapitalismuskritik in der Kritik der Zirkulation stehen. Jüdinnen und Juden werden in dieser Tradition der frühen ArbeiterInnenbewegung mehr oder weniger offen mit dieser kritisierten Zirkulation in Verbindung gebracht.

Bei Marx sind zwar auch – insbesondere in seiner Schrift über die „Judenfrage" – antisemitische Positionen zu finden, zu einem in sich geschlossenen Antisemitismus kommt er jedoch nicht. Vor allem aber betreibt er keine grundsätzliche Abtrennung von Zirkulation und Produktion, sondern liefert mit seinem Analyseinstrumentarium erst die Möglichkeit einer umfassenden Kritik des Kapitalismus, die eben nicht in der Verkürzung und der Suche nach einigen wenigen Schuldigen stehen bleibt.

Strukturelle Ähnlichkeiten eines verkürzten Antikapitalismus mit dem modernen Antisemitismus ist aufgrund dieser Entwicklung kein Vorrecht von obskuranten Silvio-Gesell-AnhängerInnen oder anderen ZirkulationskritikerInnen. Auch in der traditionellen marxistischen, anarchistischen und feministischen Linken finden diese immer wieder Eingang.

Insbesondere die Personifizierung des Kapitalismus führt dazu, Schuldige ausmachen zu wollen, statt das System einer radikalen Kritik zu unterziehen. Im traditionellen Bewegungsmarxismus leninistischer und sozialdemokratischer Tradition wird nicht versucht, „die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Totalität zu bestimmen und aufzuheben, sondern lediglich ein Moment innerhalb dieser Konstellation vertreten, das in antagonistischem Widerspruch zur Gesellschaft steht und dem zu „seinem Recht" verholfen werden soll.

Die Kategorie Wert, die das Kapitalverhältnis konstituiert, bleibt außerhalb jeder kritischen Betrachtung und erscheint lediglich in der Figur des Mehrwerts, der vom Kapitalisten bzw. der Kapitalistin einbehalten wird, also als grundsätzlich positive Kategorie, die es sich anzueignen gilt." (Gruber/Ofenbauer, 1998)

Daraus folgt, dass in der politischen Praxis nicht der Kapitalismus, sondern die Kapitalisten bekämpft werden. In diesem Weltbild steht einer „bösen" KapitalistInnenklasse eine „gute" ArbeiterInnenklasse gegenüber und es genügt, wenn die ArbeiterInnenklasse der KapitalistInnenklasse das Kapital und die Produktionsmittel entreißt. In der konkreten politischen Arbeit dieser Gruppierungen heißt das dann, dass es genügt,

sich auf die Seite der ArbeiterInnenklasse zu stellen und ihr zu ihrem Recht zu verhelfen.

Wiederum wird nur die Sphäre der Zirkulation und nicht jene der Produktion hinterfragt, Kapitalismus nur als „Verteilungsproblem" wahrgenommen, in dem einige „bösartige Reiche" den „armen Ausgebeuteten" ihren gerechten Lohn vorenthalten. Dieselbe Argumentationsweise findet sich aber nicht nur in der klassischen Linken, sondern auch in einer Reihe von KonzernbekämpferInnen aller Art. Da wird etwa McDonalds oder Nike als Einzelfeindbild bekämpft, gegen das Kundgebungen und Demonstrationen organisiert werden. Niemand kommt auf die Idee, dass McDonalds nur die erfolgreichere Variante von Schnitzelhaus, Pizza Hut und dem Würstelstand um die Ecke darstellt.

Dass das Unrecht nicht dem Systemcharakter geschuldet ist, sondern Namen und Adresse hätte – der Kapitalismus also nichts anderes wäre als eine Verschwörung bösartiger Reicher – ist ein alter Mythos breiter Teile der Linken.

„Welchen Namen und Adresse diese ominöse allgegenwärtige Macht trägt, die stellvertretend für die Schattenseite der Moderne steht, war nicht erst für die Nazis, sondern bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert für eine breite gesellschaftliche Strömung eine ausgemachte Sache: ‚Die Juden sind unser Unglück' (Treitschke)" (Lohoff, 1998)

„DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS"

Lenins Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" spielte nicht nur in den Leninistischen KP, den K- und Antiimp-Gruppen der neuen Linken eine wichtige Rol-

le, sondern hinterließ seine Spuren auch in vielen Teilen jener Linken, die sich nicht explizit auf Lenin berufen oder diesen auch dezidiert ablehnen. Gerade in der MAI- und Globalisierungsdebatte spielten Argumente der leninistischen Imperialismustheorie mehr oder weniger versteckt eine wichtige Rolle.

Lenin interpretiert dabei „den historischen Übergang zum Aktienkapital als eine qualitative Veränderung des Kapitalismus: als Ablösung des freien Konkurrenz- durch den Monopolkapitalismus, der durch einige wenige „Finanzoligarchen" kontrolliert werde und in dem das „blinde Wüten des Wertgesetzes" partiell aufgehoben sein. Dies sei durch das bürgerliche Kreditwesen verursacht, welches sich die ganze Produktion unterwerfe und seinen verwerflichen Zielen zunutze mache." (Gruber/Ofenbauer, 1998)

Für Lenin ist das Zinskapital nicht wie für Marx die „fetischartigste Form" des Kapitals, sondern ein „unmittelbar personalistisch verstandenes Herrschaftsverhältnis". (Gruber/Ofenbauer, 1998)

Bei dieser vermuteten Allmacht der „Finanzoligarchen" in einem Monopolkapitalismus wird sehr schnell die Parallele zu Verschwörungstheorien der Rechten sichtbar. Die Attribute die dem „internationalen Finanzkapital", der „Finanzoligarchie" usf. zugeschrieben werden sind fast 1:1 dieselben, die von AntisemitInnen den Juden zugeschrieben werden: Allmacht, Globalität, Böswilligkeit, Klandestinität usf..

Und so stellen sich AntisemitInnen die Welt ganz ähnlich vor: überall sehen sie „Bonzen" und „Parasiten" am Werk, die das Volk ausbeuten und der Internationalisierung preisgeben, weil sie nur den kurzfristigen Profit der Finanzkapitalisten und nicht das Allgemeinwohl im Auge hätten, dass also „das inter-

nationale Finanzkapital über die regierenden Systemparteien an der Zerstörung von Sozialstaat und Kultur [...] arbeitet." (Nation & Europa 5/98)

GLOBALISIERUNG, MAI UND GATS

Das verkürzte Kapitalismusverständnis Lenins, das nicht zuletzt vor dem Hintergrund bolschewistischer Realpolitik und dem Scheitern der Weltrevolution zu sehen ist, dominiert nicht nur leninistische und antiimperialistische Gruppen. Gerade in den Debatten um das MAI-Abkommen, GATS und die „Globalisierung" sind ähnliche Verkürzungen und damit verbundene Parallelen zu antisemitischen Weltverschwörungstheorien wieder modern geworden. Der Nationalstaat ist nach dem Zusammenbruch Sowjetunion und der damit verbundenen ideologischen Krise der leninistischen Linken, nicht nur für diese, sondern auch im „globalisierungkritischen" NGO-Bereich von Attac bis Greenpeace wieder verteidigenswert geworden. Wenn nicht nur Helmut Schmidt und andere Altsozialdemokraten den Nationalstaat gegen den „globalen Irrsinn" der „heißen Spekulanten" und deren „Raubtierkapitalismus" verteidigt, sondern selbst der „Anarchist" Noam Chomsky oder eine breite Front von GATS und WTO-GegnerInnen, dann haben verkürzte Kapitalismuskritik und Verschwörungstheorien einmal mehr die Hegemonie in der Linken errungen.

Wieder einmal wird Spekulation nicht als etwas begriffen, das jeder und jede im Kapitalismus betreiben muss, da sie zur Alltäglichkeit des Warentauschs gehört, sondern als etwas, das nur von den „bösen Spekulanten" betrieben wird.

Dabei hat jede Marktkalkulation spekulativen Charakter.

Bei der Spekulation an der Börse ist dieser lediglich am offensichtlichsten, weil dort die Verwertung in ihrer abstraktesten Form (G-G') auftritt und damit scheinbar unabhängig von Gebrauchswerten stattfindet.

Mit der Unterscheidung von Finanzkapital und produktivem Kapital, von SpekulantInnen und „ehrliche ProduzentInnen" können jedoch Schuldige ausgemacht werden, kann wieder einmal die Wut über den Kapitalismus zu einer Wut auf bestimmte Bösewichte umgewandelt werden.

Antiglobalisierungsproteste wie in Seattle, Prag oder Genua bleiben deshalb letztlich so lange auf halbem Weg stecken, als sie einzelne Kapitalisten – oder gar als weltverschwörerisch gedachte Welthandelsorganisationen – angreifen, jedoch nicht zu einer radikalen Kritik des Kapitalismus als System finden. Es ist damit nicht wirklich verwunderlich, dass sich im Widerstand gegen die WTO, GATS, das MAI-Abkommen oder die Weltbank nicht nur linke, sondern auch rechtsextreme GlobalisierungsgegnerInnen auf der selben Seite der Barrikade finden.

In Karikaturen werden die der Globalisierungskritik latent innewohnenden Weltverschwörungstheorien schon manifester. Die alles umschlingende Krake versucht die ganze Welt zu verschlingen und erhält allerorts Gegenwehr der „produktiven" Arbeiter usf.. Hier gleichen sich die Illustrationen linker wie rechter GlobalisierungsgegnerInnen zusehends. Manch linke Gruppierung kann dabei nicht einmal auf die obligate Hackennase verzichten, die dem zigarrerauchenden und zylindertragenden Unternehmer angedichtet wird und damit ebenso aus dem Stürmer wie aus einer trotzkistischen, maoistischen oder Attac-Publikation stammen könnte.

GLOBALISIERTER ANTISEMITISMUS

Auch wenn Weltverschwörungstheorien der Linken meist ohne „Weltjudentum" oder „Freimaurer" auskommen, sind die Eigenschaften, die dem „Finanzkapital" zugewiesen werden von frappierender Ähnlichkeit. Ein manichäisches Weltbild mit „Guten" und „Bösen", das diesen „Bösen" antisemitisch konnotierte Eigenschaften und Begriffe zuordnet, wird so auch ohne offenen Antisemitismus zu einem strukturell dem Antisemitismus ähnlichen Weltbild, das letztlich schneller zu offenem Antisemitismus werden kann als es vordergründig möglich erscheint.

Ein solches Weltbild muss sich nicht zwangsläufig an Jüdinnen und Juden entladen. Wer die antiarmenischen Positionen im späten Osmanischen Reich, die sich letztlich in einer weitgehenden Vernichtung der armenischen Bevölkerung Anatoliens und Istanbuls entluden, oder die antichinesischen Ausschreitungen im Zusammenhang sozialer Proteste in Südostasien genauer unter die Lupe nimmt, wird auch hier starke Parallelen zum modernen Antisemitismus in Europa finden. Ähnliche Projektionen trafen und treffen Inderinnen und Inder in Ostafrika, Chinesinnen und Chinesen in Mexiko oder Muslime in Indien. All diesen Zuschreibungen liegen trotz unterschiedlicher Auswirkungen ähnliche Verkürzungen einer Kapitalismuskritik zugrunde, die die Zirkulationssphäre, den Handel, die Spekulation einer bestimmten Personengruppe zuordnet, anstatt den Kapitalismus als System zu bekämpfen. In vielen dieser Fälle war es insbesondere die Linke oder zumindest im jeweiligen Kontext fortschrittliche Kräfte, die dieser Zuschreibung Vorschub leisteten. Im Osmanischen Reich waren es die republikanischen Jungtürken, die die Vernichtung der

ArmenierInnen betrieben, in Südostasien sind es vielfach soziale Bewegungen die Rebellionen anführen, deren Fußvolk sich dann auf chinesische Händler stürzt, bei afroamerikanischen Aufständen in Los Angeles stürzten sich die schwarzen Underdogs zuerst auf koreanische Kleinhändler, die als Personifizierung des Kapitalismus gesehen wurden.

Eine Linke, die solche Bewegungen mit vorbereitet oder augenzwinkernd toleriert, bereitet den Boden für eine offen antisemitische Agitation, die nicht erst einen Irak-Krieg benötigte in dem sich eine Friedensbewegung manifestieren konnte, die eine Opposition zum angeblich weltverschlingenden ölsüchtigen US-Imperialismus mit der mehr oder weniger offenen Verteidigung des antisemitischen und faschistischen Ba'ath-Regime im Irak verband.

Gruber, Alex / Ofenbauer, Tobias: „Keine Lektüre für Bonzen und Parasiten" Über den strukturellen Zusammenhang von verkürztem Antikapitalismus und Antisemitismus; in: Reader mit Basistexten zum Seminar der Basisgruppe Politikwissenschaft: Zur Kritik des modernen Antisemitismus. Elemente einer kritischen Gesellschaftstheorie, Wien 1998

Postone, Moishe: „Anti-Semitism and National Socialism," in A. Rabinbach and J. Zipes (eds.), Germans and Jews Since the Holocaust, New York: Holmes and Meier, 1986. Der Aufsatz wurde mehrmals ins Deutsche übersetzt und erschien in: Diner, Dan (Hrsg.): Zivilisationsbruch, Denken nach Auschwitz; Fischer Verlag, Frankfurt/M, 1988, S 242ff. Im www ist er u.a. unter http://open-lab.org/jk-world/themen/Moishe.htm oder http://www.krisis.org/m-postone_nationalsozialismus-und-antisemitismus.html oder http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr315s.htm zu finden.

Lohoff, Ernst: Geldkritik und Antisemitismus; in: Weg und Ziel Nr. 2/1998

Scheit, Gerhard: Bruchstücke einer politischen Ökonomie des Antisemitismus, in: Streifzüge 1/1997

DER ANTIAMERIKANISCHE TRAUM VOM EURO-NATIONALEN KAPITALISMUS. WARUM ANTIAMERIKANISMUS NICHT DUMMER ANTIKAPITALISMUS IST, SONDERN GAR KEINER

PHASE2 LEIPZIG

Die Frage, ob der Antiamerikanismus Antikapitalismus für Dumme sei, legt schon durch ihren Verweis auf die Behauptung, der Antisemitismus sei der Antikapitalismus der dummen Kerls, eine Antwort nahe. Diese Antwort, dass es sich beim Antiamerikanismus nicht um eine verkürzte oder verfehlte Form des Antikapitalismus handelt, sondern um gar keine, soll hier für die Friedensbewegung als den im Konflikt um den Irakkrieg sichtbaren Teil der Antiglobalisierungsbewegung belegt werden. Doch mit dieser Antwort stellen sich für linksradikale Gruppen die Fragen: Wie ist das Verhältnis zur Antiglobalisierungsbewegung zu bestimmen? Und welche eigene Praxis sollen sie entwickeln?

DIE KAPITALISTISCHE ALTERNATIVE

Mit dem Angebot einer Freihandelszone an die arabischen Staaten hat George W. Bush die schlimmsten Befürchtungen der Friedensbewegung wahr werden lassen. Schon unmittelbar nach dem Fall Bagdads schlug die Empörung vom nicht legitimierten Krieg und den entsetzlichen Folgen für die Zivilbe-

völkerung in fassungslose Appelle an die US-Administration um, aus ihrem militärischen Sieg nicht die Schlussfolgerung zu ziehen, die gegen den Krieg eingestellten Nationen nun auch vom Wiederaufbaukuchen fern zu halten. Doch genau danach sieht es aus. Selbst mit ihren Rosinenbombern beißt die EU immer wieder auf Granit bei der amerikanischen Verwaltung des Iraks. Es scheint, als hätten die Bündnisse im Umfeld des letzten Krieges den Traum von Eurabia – einer Freihandelszone zwischen den arabischen Staaten und der EU – in weite Ferne gerückt.

Es ließe sich hier leicht ein Interessenkonflikt im atlantischen Bündnis der kapitalistischen Zentren konstatieren. Doch das wäre der deutschen Seele zu banal. Im Namen der Humanität, des Völkerrechts und schließlich des guten Namens der USA werden Debatten angestoßen, die vom Feuilleton der FAZ bis zur kleinsten Friedensdemo nur ein Ziel haben, die Position Europas gegen die USA zu stärken. Die Mobilisierung dafür ist umfassend, kaum jemand, der die Notwendigkeit nicht einsehen würde. Die Frage heißt nur: Wie das hochgesteckte Ziel erreichen? Die rot-grüne Regierung setzt auf die Entwicklung eigener Strukturen und Bündnisse, die CDU/CSU schätzt das als aussichtslos ein und sieht bei einer Schwächung des Bündnisses mit der weltweit einsatzfähigen Macht die deutschen Interessen – wie jetzt – den Bach runter gehen. Die Straße fühlt sich mal wieder ohnmächtig angesichts einer Weltmacht, die tut, was sie will, und hofft auf die Verbindlichkeit der UNO und ihrer Regelwerke, weil es einfach richtig wäre, wenn sich die Amis an die Spielregeln halten und andere ihnen sagen lassen, was sie tun sollen. Eine der umfassenden Mobilisierung angemessene Strategie ist in all dem nicht auszumachen.

Was bleibt ist das diffuse Unbehagen gegenüber den USA und der daraus resultierende Hunger nach mehr Macht, um die eigenen Vorstellungen von der Welt verwirklichen zu können. Dass dem von Seiten der Friedensbewegung keine Grenzen gesetzt sind, zeigt sich an ihrem ungewöhnlichen Verhältnis zum Antimilitarismus. Hieß es noch während des Krieges, „Demokratie lasse sich nicht herbeibomben", werden die Forderungen nach einer europäischen Streitmacht, die das Gegengewicht zu den USA in der UNO verstärken könnte, ebenso wenig kritisch kommentiert, wie die Diskussion über deutsche Soldaten am Golf, die die Nachkriegsordnung sichern. Anders als in Großbritannien oder Spanien ist die jüngste deutsche Friedensbewegung offensichtlich von den Einschätzungen des Außenamtes abhängig, ob die jeweiligen Gegner wegen „unserer" Geschichte angegriffen oder beschützt werden müssen.

Und auch vom der Antiglobalisierungsbewegung unterstellten Antikapitalismus bleibt bei der Betrachtung der Friedensbewegung nichts übrig. Zwar wird das ein oder andere negative Moment des Kapitalismus immer noch abgespalten und in die USA bzw. ihre Administration als Hort des Bösen projiziert, aber niemand muss sich Sorgen machen, dass die moralischen Bedenken der Friedensbewegung jemals mit dem nationalen-kapitalistischen Interesse kollidieren könnten. Wäre die EU in der Rolle der einzigen Weltmacht, der Patriotismus würde jede Maßnahme zur Erhaltung oder Verbesserung der kapitalistischen Grundordnung begrüßen. Das zustimmende Desinteresse am Krieg gegen Jugoslawien, dessen Ähnlichkeiten zum Irakkrieg oft genug bis ins Detail erörtert wurden, ist dafür augenscheinlicher Beleg.

WER IST DIE FRIEDENSBEWEGUNG?

Aber verwechseln wir hier nicht einiges? Gibt es nicht neben den Intellektuellen, den KünstlerInnen, VertreterInnen der Kirchen und der publizierenden Meute noch eine soziale Bewegung, die auf die Straße ging und nichts zum Ausdruck brachte als ihre Ablehnung des Krieges? In ihrer Meinung vielleicht diffus, aber doch anhand der konkreten Ereignisse offen und interessiert an einer Kritik der Verhältnisse? Und wurde diese kritische Masse nicht geleitet von Aktiven einer Friedensbewegung, die sich nicht mit einer nationalen oder europäischen Bewegung gegen Amerika identifizieren lässt?

Nichts spricht für diese Interpretation. Was demonstrierte, waren zwar Leute, die sich als staatstragend links einordneten, zudem vertraten sie aber die Mitte der Gesellschaft, die sich ja auch in Umfragen mit überwältigender Mehrheit hinter die Friedensbewegung stellte. Von einer Spaltung dieser mobilisierten Masse von ihren SprecherInnen war nichts zu spüren. Wer wie Günter Grass in den Tagesthemen seine Ressentiments formulierte, konnte sich sicher sein, für die Bewegung zu sprechen. Es waren die bekannten VertreterInnen des zivilgesellschaftlichen Projekts, die dem Protest eine Stimme und eine Meinung gaben. In der Friedensbewegung muss die anlassgebundene Mobilisierung der Zivilgesellschaft gesehen werden, die auch schon gegen die Nazis im „Aufstand der Anständigen" auf der Straße war.

Und noch etwas war nicht zu spüren: Die Existenz einer zweiten, kritischeren Friedensbewegung neben der medial repräsentierten. Wer immer sich wie auch immer innerlich abgegrenzt an den relevanten Friedensdemos beteiligte, war für die

kapitalistische Alternative Europa auf der Straße. Wie die Jugend bei MTVs „War is not the answer"-Kampagne haben auch die an den Protesten beteiligten Linken für ihre Regierung gegen den Mann im Weißen Haus demonstriert. Der Antiamerikanismus – vulgo die Kritik am amerikanischen Vorgehen – hat dieses Eintreten der Friedensbewegung für die Ziele des europäischen Kapitalismus und die deutsche Nation im Besonderen kaum verschleiert. Wie die zivilgesellschaftliche Mobilisierung ist auch der Antiamerikanismus Ausdruck des aktuellen Nationalgefühls. Die Analogien, die zwischen dem Irakkrieg und dem auf deutschem Boden stattfindenden Ende des zweiten Weltkriegs gezogen wurden, sind nicht zu zählen. In der bekannten Täter-Opfer-Verkehrung leckten die Deutschen ihre Wunden. Fürchterliche Bombennächte, vergewaltigende Eroberer, plündernde GIs – alles war präsent und konstituierte eine Lehre aus der Geschichte, die hieß „Hochmut kommt vor dem Fall". So wurde das irakische Volk zum deutschen, nur sollte es erfolgreicher sein, etwa so wie der Vietkong.

Der Antiamerikanismus ist in diesem Zusammenhang eine Form der nationalen Selbstvergewisserung. Ihr Leitmotiv ist die Lehre, die die Deutschen aus der Geschichte gezogen haben. Die ehemaligen Besatzer sind dagegen keine Befreier, sondern waren nur die Exekutoren einer Geschichte, die sie selbst noch nicht verstanden haben. Deshalb können sie jetzt an die Stelle der Nazis treten, die Lehrerin der Reeducation braucht selbst Nachhilfe in ihrer Lehre. Im gesellschaftlichen Mainstream passt das gut mit dem Mythos von der amerikanischen Geschichtslosigkeit (die in der europäischen Tradition schon immer auch mit Kulturlosigkeit verbunden ist) zusammen. Auf Seiten der Linken – und hierunter fällt der Osten samt sei-

ner Regionalpartei aus historischen Gründen als Gesamtheit [1] – liefert der Antiimperialismus die Gleichsetzung „USA-SA-SS" seit dem Kalten Krieg. Wichtiger als das Versagen der USA beim Lernen aus der Geschichte ist für das Nationalgefühl jedoch die eigene moralische Überlegenheit, die aus den Taten der Shoa, zweier Weltkriege und der anschließenden Katharsis folgt. Auch wenn Millionen Demonstrierender nichts bewirkt haben, bleibt doch eine weltweite Mission, die nach einer Durchsetzungskraft schreit, wie sie im Jugoslawienkrieg schon einmal wieder vorhanden war.

DIE IDEE DES ALTEN EUROPA

Nichts hat diese Gefühle der Identifikation mit der deutsch-europäischen Geschichte so gut zusammengefasst und die Transformation des Nationalsozialismus in den Selbstvergewisserungsdiskursen besser ausdrücken können, als Donald Rumsfelds Formel vom „Alten Europa". Selbst die sonst um ihr Image als Motor der Modernisierung bemühten Grünen ließ augenblicklich ihre Wahlkampfslogans um den Ausdruck erweitern. Plötzlich war unabhängig von den tatsächlichen Weltverhältnissen klar, wo oben und unten eigentlich sein müsste. Nicht „Apo Bush"[2] sollte der Vater der Weltfamilie

[1] Zwar waren während der Zeit der sowjetischen Besatzung für viele die USA das Reich der Freiheit und Verbündete im Antikommunismus. Die offiziellen Lehren über den imperialistischen Charakter der Supermacht, die auch das eigene Leben mit ihren Atomwaffen bedrohte, blieben trotzdem nicht ungehört. Heute entfalten sie ihre Wirkung, passen sie doch perfekt mit den Ressentiments des Antiamerikanismus zusammen. Für die PDS, deren Verhältnis zu den DDR-Überzeugungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung noch weniger Brüche aufweist, gilt die Fortsetzung antiimperialistischer Argumentationen in verschärfter Form.

sein, sondern die Neue Welt sollte sich ihrer Herkunft bewusst werden und ihrem europäischen Vater den gehörigen Respekt zollen. Im Rahmen solcher Erzählungen von Abstammungsverhältnissen werden dann selbst aus Fragen der innerkapitalistischen Konkurrenz Fragen der kulturellen Identität. Die Reeducation wird unter der Voraussetzung der kulturellen Überlegenheit von der Umerziehung, die abgewehrt werden muss, zu einem Akt der Selbstbesinnung des deutschen Volksgeistes, in dem der Kulturimport aus den USA nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Gleichzeitig findet der Antiamerikanismus zu sich selbst. Es ist nicht einfach nur ein Interessengegensatz, der ausgetragen wird, angeblich sind es unterschiedliche Formen des Kapitalismus, um deren Durchsetzung es geht. Was den USA vorgeworfen wird, sind die Ideen des ökonomischen Liberalismus und die weltweite Durchsetzung von Interessen auch mit militärischer Gewalt. Der europäische Kapitalismus reklamiert dagegen für sich, jenseits der Sphäre des schnöden Mammons die soziale, ökologische und entwicklungspolitische Verantwortung zum integralen Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft gemacht zu haben. Die Antiglobalisierungsbewegung setzt genau an diesen Vorstellungen eines besseren, gebändigten Kapitalismus an. Ihr gilt die Globalisierung als Gefährdung des national verfassten Staates, der die Rahmenbedingungen für die politische Zähmung des Kapitalismus bereit stellt. Ihre

[2] Von der kurdischen Bevölkerung im Irak wird berichtet, dass George W. Bush als Befreier nur noch „Apo" (Onkel) Bush genannt wird. Die Metapher der Familie hat aber inzwischen auch die Debatte über den Charakter der internationalen Beziehungen in der „Neuen Weltordnung" erreicht.

Forderung nach steuernden Steuern und dem Schutz lokaler Errungenschaften gegen die Wirkungen der kapitalistischen Ökonomie passt deshalb so gut mit dem Antiamerikanismus und der Projektion einer europäischen Alternative zusammen.

Der Staat, den sie verteidigt bzw. fordert, hat in den USA seine Negativfolie. Zugleich gelten die Verteilung ökonomischer und militärischer Macht als Ursache der weltweiten Entwicklung. Dass aber die ökonomischen Zusammenhänge und Entwicklungen einer Logik folgen, die sich nicht nach kulturellen Differenzen richtet, bleibt undurchschaut. Der Antiamerikanismus – weit davon entfernt eine verkümmerte Form des Antikapitalismus zu sein – steht der Erkenntnis vielmehr im Weg, sowohl was seine falschen Analyseleistungen betrifft, als auch in der Projektion eines alternativen Kapitalismus.

Die enge Verknüpfung des Antiamerikanismus mit der Bewertung der eigenen auch staatsbürgerlichen Kultur macht in Deutschland zugleich seine Differenz zum Antisemitismus aus. Der Antiamerikanismus ist zunächst kein Hass auf amerikanische Menschen. Er enthält kein rassisches Moment. Deshalb konnte dieselbe Bevölkerung, die im Irakkrieg nach toten GIs lechzte, nach dem 11. September mehrheitlich Mitleid mit den Opfern der Anschläge haben. Das heißt nicht, dass der Antisemitismus im Antiamerikanismus keine Rolle spielt. In vielen konkreten Vorstellung von der „Macht der Wall Street", dem „Einfluss Hollywoods" oder der „jüdischen Lobby im Weißen Haus" verbinden sich beide Ressentiments. Doch daraus folgt keine vollständige Identität. Selbst die Figur der Schuldumkehr, der zu Folge die USA die Anschläge durch ihre jahrzehntelange Politik provoziert hätten, erklärt sich eher aus der Struktur des kulturellen Ressentiments. In der Entge-

gensetzung der kapitalistischen Kulturen und der Analyse der eigenen Unterlegenheit in der kapitalistischen Weltordnung ist die allgemeine Verantwortlichkeit der USA für die Übel dieser Welt bereits angelegt.

DIE SITUATION NACH 89

Es ist im Zusammenhang mit den Interessen der einzelnen Staaten viel von Verlogenheit geredet worden. Die USA wären nicht die Hüterin der Menschenrechte, sondern der größte Ölsäufer der Welt, die EU sei noch viel weniger ein Hort der Menschlichkeit, sondern verfolge eigene Pläne im arabischen Raum. Die eigentliche Verlogenheit (oder sollten wir lieber von Diplomatie sprechen?) dreht sich jedoch um das Verhältnis zwischen den USA und der EU selbst. Dieses ist durch das Ende der Blockkonfrontation in Bewegung geraten. Sowohl der Sinn der Blockbindung als auch die Stabilität von Konfliktsituationen ist damit verloren gegangen. Die BRD und Europa definieren seit dem Ende des Kalten Krieges ihre Interessen neu. Die militärische Option ist auch jenseits von Abschreckung wieder zu einem wesentlichen Moment der Außenpolitik geworden.

Derweil wenden sich verschiedenste Konfliktparteien wegen der verloren gegangenen Bezugspunkte bevorzugt an die verbliebene Supermacht. Der Konflikt zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde ist dafür nur das bekannteste Beispiel. Bis zu den Anschlägen des 11. September wurde die Regierung George W. Bushs allenthalben für ihr Desinteresse an der Region des Nahen Ostens gerügt. Eine fast unvorstellbare Situation, seit in den USA deren Neuordnung, die nicht ganz im Interesse der europäischen Eliten ist, zum Ziel erklärt wurde. Doch auch die Haltung der USA zu einer

europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht ganz widerspruchsfrei. So werden von dort immer wieder Stimmen laut, Europa solle seine Interessen ernster nehmen und sich auch durch die Erhöhung der Militärausgaben mehr Gewicht verschaffen. Welche Grenzen solche Forderungen haben, hat die Reaktion auf die klare Interessenartikulation der Achse Paris-Berlin-Moskau gezeigt.

Da sich aber auch nach dem Irakkrieg nichts an der Konstellation geändert hat, in der ein europäisches Anspruchsdenken vom Mangel eigener Durchsetzungsmöglichkeiten und der engen ökonomischen wie militärischen Verknüpfung mit den USA bestimmt bleibt, ist auch ein Ende der sich daraus ergebenden Konflikte und Aussöhnungen nicht abzusehen. Der Antiamerikanismus als kulturelle Rationalisierung dieser Situation wird deshalb Teil der politischen Kultur in Deutschland und Europa bleiben.

KEINE LINKE FÜR DEUTSCHLAND!

Für uns als Linke in der BRD ergibt sich aus der gegenwärtigen Situation erneut dieselbe Alternative wie schon nach dem Mauerfall. Entweder wir betreiben unsere Eingliederung in das nationale Projekt Deutschland, diesmal vermittelt über den Antiamerikanismus und die Drohungen der Globalisierung, die den positiven Bezug auf Heimat und Staat erleichtern, oder wir beziehen eine klare Position dagegen. Dieses Dagegen orientiert sich in erster Linie an den gesellschaftlichen Entwicklungen hier. Wenn, wie mit der Friedensbewegung geschehen, das nationale Projekt in Deutschland den Rahmen für die gesellschaftliche Positionierung auf die nächsten Jahre hinaus festlegt, ist die Positionierung dagegen geboten. Hier aus

Angst, den USA in die Hände zu spielen, nicht aufzutreten, heißt der gesellschaftlichen Situation gegenüber blind zu sein.

Im Vorfeld des Spiel-Ohne-Grenzen-Kongresses wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, die zahlreichen SchülerInnen-Demos gegen den Irakkrieg seien ein positiver Ausdruck des Bedürfnisses nach Gesellschaftskritik. Da ist wahrscheinlich einiges dran, nicht weil junge Menschen für den deutschen Frieden demonstrieren, sondern trotzdem. Wir selbst haben einst an solchen Protesten teilgenommen. Weiter entwickelt haben wir uns allerdings nicht durch Leute, die uns gesagt haben, das sei im Prinzip richtig, sondern durch die Kritik an den damaligen Positionen, die das unmittelbar richtige Gegen-Krieg-Sein als Falsches aufzeigte.

Beides, die Notwendigkeit eindeutig gegen das nationale Projekt Stellung zu beziehen und die Möglichkeit einer Gesellschaftskritik aufzuzeigen, die jenseits davon liegt, verbietet die Beteiligung an der Antiglobalisierungsbewegung. Die Strategie des Hineinwirkens, die derzeit von der Mehrheit der linken Gruppen verfolgt wird, ist zum Scheitern verurteilt. Wir haben als Antifa selbst lange Zeit Erfahrungen mit den Möglichkeiten unserer BündnispartnerInnen gesammelt, in eine Bewegung hineinzuwirken. Die Erfolge waren stets marginal, weil sie immer unserer Politik hinterherliefen. Heute sehenden Auges durch unsere Beteiligung Projekte zu unterstützen, die wir kritisieren sollten, verhindert letztlich nur das Finden einer eigenen Position und muss zum Untergang im Pluralismus der Attac-Untergruppen führen.

Wer tatsächlich in Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung ein Feld der Aufklärung sieht, muss dagegen mit Gegenpositionen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sicht-

bar werden, die den deutschen Konsens in Frage stellen. Statt zu glauben, durch Bündnisse antikapitalistische Elemente stärken zu können, um am Ende mit dem eigenen Transparent oder Aufruf unterzugehen, muss sich die eigene Praxis an den gesellschaftlichen Entwicklungen orientieren, in denen Antiamerikanismus und alternativer Eurokapitalismus eine entscheidende Rolle spielen. Das heißt konkret, dass der formierten Zivilgesellschaft entgegenzutreten ist. Der Platz für eine Auseinandersetzung mit Erscheinungen wie der Friedensbewegung ist nicht der Kongress oder das politische Magazin, sondern die Straße.

Von einigen, die uns da sicher zustimmen und manchmal näher an einer entsprechenden Praxis sind, ist aber zu hören, angesichts der Realität ließe sich nicht länger in linker Zurückhaltung nur das Bestehende kritisieren. Es gälte Partei zu ergreifen: Für die USA, für einen Krieg. Das ist, als hätte in der Zeit der Wiedervereinigung die Alternative DDR oder BRD geheißen, statt auch den goldenen Westen als Scheiße zu benennen. Sinnvoll ist in der gegenwärtigen Situation, die eigene, weltpolitisch unbedeutende Stimme zu erheben, um zu kritisieren, nicht um zu wählen. Schwer wird eine solche Kritik allerdings in einem Umfeld, in dem die Affirmation der Friedensbewegung selbst als Kritik daher kommt. Hier gilt es den Schwerpunkt anhand der Situation vor Ort, der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD zu setzen. Lieber als dem Bellizismus verfallen zugelten – wir sagen ausdrücklich, verfallen zu gelten, nicht verfallen zu sein –, als dem nationalen Kollektiv in den Schoß zu fallen.

Der vorstehende Text diente als Grundlage des Phase 2-Referats auf der Auftaktveranstaltung des Kongresses „Spiel ohne Grenzen" am 23. Mai in München

„EMPIRE" – NEUES IN DER WELTORDNUNG VON MICHAEL HARDT UND ANTONIO NEGRI?

FABIAN KETTNER

I.

Möchte man „Empire" verstehen, dann muss man sich auch mit seiner Rezeption beschäftigen. „Empire" ist im Wesentlichen Spektakel. Die Rezeption ist einerseits distanziert, spöttisch, ironisch; sie reicht von solidarischer[1] bis ablehnender Kritik[2]. Oft wird auf den Event-Charakter des Buches verwiesen. Typisch ist ein ganzseitiger Bericht in der taz über die Vorstellung der deutschen Übersetzung am 20.03.2002 im Roten Salon der Berliner Volksbühne, dessen obere Hälfte aus Memorykarten-großen Bildern bestand, die in Detailaufnahmen das zeigen, was den theoretisch interessierten, linkskulturell versierten Twentysomething von heute ausmacht: die typischen Haarspangen, die Umhängetaschen, der Scheitel, die Sneaker. Wo die Rezeption andererseits begeistert ist, fällt erstens auf, dass über den Inhalt von „Empire" so gut wie kein

[1] Sonja Bickel und Jens Wissel: „Age of Empire?", in http://www.links-netz.de
[2] Georg Fülberth: „Bluff, Kitsch und Affirmation", in konkret 06/2002

Wort verloren wird, und zweitens, dass dies bei denen der Fall ist, die man gewöhnlich zu den ideologischen Apparaten zählt: bei der bürgerlichen Presse. Für das Deutschlandradio ist „Empire" „eine der umfassendsten und gründlichsten Analysen der modernen politischen Kulturgeschichte" (17.07.2002). Auch Bilanz sieht den „intelligente[n] Versuch, die Marxsche Analyse des frühen Kapitalismus fortzuschreiben" (01.06. 2002), die Süddeutsche Zeitung „eine grandiose Analyse des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert" mit „brilliant entwickelte[n] Argumentationslinien" (25.03.2002); die Frankfurter Rundschau genießt den „tiefenscharfe[n] Panoramablick auf eine so noch nie gesehene, überwältigende politische Landschaft" (20.03.2002). Für den Spiegel, der es doch gar nicht gar nicht beurteilen kann, gilt Negri als „ein wahrer Meister des kritischen Diskurses" (15.07.2002). Die Süddeutsche Zeitung erblickt in „Empire" „die neue Theorie-Hoffnung unter den Linken" (06.07.2002), die, so Die Zeit, „unser Unbehagen bündelt und konzentriert" (21.03.2002). In anderen Kreisen der Zustimmung klinkt man sich in den Event-Charakter ein und bedient sich einer entsprechenden poppigen und fetzigen Sprache mit flippigen Sprüchen, mit denen man seine ästhetische Oberflächlichkeit noch selbstbewusst hervorkehrt. Zu „Empire", so hört man immer wieder, bilden sich Lektüregruppen, und eine dieser Lektüregruppen (zu ihr gehören u.a. Tobias Rapp und Jörg Sundermeier von der jungle world) hatten die Berliner Seiten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum Interview geladen (21.03.2002). Wenn Rapp auf die Frage der FAZ, „Wann haben Sie das Buch entdeckt?", antwortet „Ich sah es im Schaufenster. Sieht ja super aus, dachte ich. Mit diesem weinroten Titel und der Erdkugel",

dann ist dies bereits die Substanz dessen, was er zu dem Buch zu sagen weiß. Sowohl er wie Katja Dieffenbach verbreiteten in postmodernem Jargon auf vier Seiten jungle world-Dossier prätentiöse Belanglosigkeit.[3] Wo „Empire" Zustimmung findet, weiß Die Zeit: „Seit vielen, vielen Jahren hat keine Großtheorie mehr derart eingeschlagen wie ‚Empire'." Bei der Vorstellung der deutschen Übersetzung habe es seit langem kein vergleichbares „Radical-Chic-Happening" mehr gegeben, „in dem sich Popkultur, juveniler Linksradikalismus und die Sehnsucht nach der großen, welterklärenden Theorie durchdringen" (23.05.2002). „Empire" ist mitnichten ein „intellektueller Befreiungsschlag", wie der professionelle Ex-Linke und Trendforscher Matthias Horx meinte, sondern es bewirkt Mimkry an seiner Sprache. Dirk von Lowtzow von der Band Tocotronic teilte der spex mit (01.05.2002), dass „Empire" ihn „sehr begeistert" habe. „Die Begriffsfindung für den gegenwärtigen Zustand [...] hat mich halt, ich würde am ehesten sagen: geflasht. Weil es wahnsinnig gut gedacht ist." Und auch die ansonsten bieder-brave junge Welt schwingt sich zu vermessenen und sinnlosen Metaphern auf: „‚Empire' knallt wie ein gewaltiger Johnny Cash-Song, es ist von römischer Wucht und erzählt von Leidenschaft, Hoffnung, Tod und Tragik im globalisierten Spätkapitalismus" (30.04.2002).

An diesem brabbelnden und inhaltsarmen Diskurs ist „Empire" selber schuld. Nichts falscher, als wenn man wie die Ba-

[3] Katja Diefenbach: „Klassenkampf der Engel. Die Vielheit im Empire soll das Glück retten, kommunistisch zu sein" (in jungle world 25/2002), Tobias Rapp: „Hier kommt der Masterplan. ‚Empire' von Michael Hardt und Antonio Negri beschreibt das Feld, auf dem die Auseinandersetzungen der Zukunft geführt werden" (in jungle world 13/2002).

dische Zeitung meint: „die Sprachlosigkeit der Linken hat ein Ende" (28.05.2002). Mit „Empire" wird sie perpetuiert, denn der Gedanke, der nur in sprachlicher Form existiert, wird von „Empire" unterbunden. Würde man es anders denn kritisch darstellen, könnte man es nur nachsprechen. Spricht man über „Empire", dann auch über seine Sprache und seinen Stil. Sie erzeugen resp. suggerieren eine Bewegung. „Das Buch hat inhaltlich und psychologisch einen Nerv getroffen" (Die Welt, 15.07.2002), denn es hat einen gewissen Flow, es ist mitreißend geschrieben. Anregend ist wohl das extensiv verwendete ekstatische lebensphilosophische Vokabular. Da gibt es die „lebendige[.] Arbeit in ihrem Streben", die stets „schöpferisch" (65)[4] sei, was nach Marxscher Terminologie nur aussieht,[5] tatsächlich aber einer „lebendige[n] Kraft" (324) gleichgesetzt wird. Da ist überall ein „Begehren" am Werk. Hardt & Negri sehen, „allen Vorbehalten zum Trotz", den „Vorschein einer kommenden Zukunft: das Telos, dessen Pulsieren wir bereits spüren, die Menge, die wir im Rahmen des Begehrens kon-

[4] Seitenzahlen der Zitate im Text aus Michael Hardt & Antonio Negri: „Empire. Die neue Weltordnung", Frankfurt/M – New York: Campus, 2002. Hervorhebungen, soweit nicht ausdrücklich erwähnt, im Original.

[5] Die extensive Verwendung postmodernen Jargons, die Vorliebe Hardts & Negris für Wörter wie „hybrid", „rhizomatisch", „Intensität", „Differenz", „Singularität" etc., sollte nicht täuschen. Sie sind weiterhin die orthodoxen Marxisten, die sie vorher waren, mit der Vorliebe für das „Volk", später die „Subalternen", jetzt eben, qua Globalisierung modernisiert, die „Menge"; mit der Fixierung auf die nun gesellschaftlich universalisierte Produktionssphäre; mit der üblichen Mischung aus Determiniertheit und unvermitteltem Subjektivismus. Sie betreiben einen ontologisierten orthodoxen Traditionsmarxismus, der postmoderne Hörgewohnheiten bedient, womit sie (1) sich ein Publikum suchen und finden; (2) ein Aufbruchsgefühl verbreiten; (3) die Postmoderne wieder an den schlechten Punkt zurückführen, von wo

struieren" (413). Wer fragt, was dies denn bitte heißen möge, hat den Sinn schon verfehlt. Da wird Leben und Aufregung simuliert. Da rumort ein innerer Antrieb, da verbindet sich Objektives mit Subjektivem, da kann man selber im Mythos ein Herostrat sein. Sollte „Empire" deswegen „eine Theorie-Bibel der Globalisierungskritik [sein], die unter Jungakademikern kultische Verehrung genießt" (Die Welt, 22.03.2002), die, so

sie Ende der 1960er Jahre aufbrach. Rezensionen von Empire heben beeindruckt die Ahnenreihe der Theoretiker hervor, die Hardt & Negri Revue passieren lassen. Wenn Marxisten alt werden, beweisen sie gerne philosophiehistorische Kenntnis, so auch Hardt & Negri. Diese Kapitel in Teil II zählen zu den oberflächlichsten und peinlichsten im Buch, und auch von dem, den sie am häufigsten nennen, direkt oder verballhornt zitieren, von Karl Marx, haben sie keine Ahnung. Marx dient ihnen als anspielungsreicher Stichwortgeber (vgl. über die befreiende (57) und aufklärerische Kraft des Kapitals, das „vogelfreie" Proletariat (170), die „reelle Subsumtion" (266f.), die „ursprüngliche Akkumulation" (267f.), den Zusammenhang von Emanzipation und Befreiung (371)), dessen basale Kategorien sie willkürlich, assoziativ und gefühlsmäßig verwenden. „Abstrakte Arbeit" ist bei ihnen homogenisierte Arbeit, die erst nun, im Zeitalter der „Postmodernisierung" und „Computerisierung" der Produktion vorzufinden sei (303). Marx' Werttheorie sei eine „Theorie des Wertmaßes" (363). Marx habe gezeigt, wie „das Kapital alle Formen des Werts auf einem gemeinsamen Feld zusammen" führe und „sie durch das Geld" verbinde (335), was auch immer das heißen mag.

Aber natürlich setzen sie sich auch von ihres Erachtens veralteten Teilen der Marxschen Theorie ab. Wovon sie Abschied nehmen: „der Welt des Tauschwerts, den Modalitäten kapitalistischer Entwicklung die Unabhängigkeit des Gebrauchswertes entgegen[zusetzen]" (197), das lässt sich bei Marx nicht finden. Wenn sie sich von „zahlreichen Positionen" abgrenzen, „die davon träumten, den Ort des Gebrauchswerts zu stärken, ihn rein zu halten und vom Tauschwert und kapitalistischen Verhältnissen abzusondern" (221), dann ist die Kritik zwar berechtigt, aber weniger Marx als wahrscheinlich ihrer eigenen theoretischen Vergangenheit anzuhängen. Dieser gehöre laut Hardt & Negri auch die Dialektik an. Wenn auch undurchdringlich bleibt, was sie mit der Definition meinen, Dialektik sei „die Lehre von der Beschränkung und ihrer Organisierung" (248), so verstehen sie unter Dialektik offensichtlich ein Denken in binären Aufteilungen und absoluten Differenzen (vgl. 141, 153), in wesenhaften Identitäten und Totalisierungen (vgl. 157f.). Dialektik sei der Moderne angemessen gewesen, dem Zeitalter des Empire hingegen das Denken der Postmoderne.

werden wir noch sehen, Hardt & Negri alles durchgehen lassen, dann muss man sich über den Bewusstseinsstand der VerehrerInnen allerdings Sorgen machen, zumal wenn sie mit Hardt & Negri wie Stefan George und Ludwig Klages raunen und sich für „eine neue Lebensweise und vor allem eine neue Gemeinschaft" (216) erwärmen können.

II.

Dies Mitreißende steht zunächst in Gegensatz zu der Diagnose des gegenwärtigen Standes und der Tendenz der Weltordnung, die Hardt & Negri mit „Empire" benennen. Die „grundlegend neue Herrschaftsform" (159) des Empire kann man auch als eine durch internationale wie innergesellschaftliche Umgestaltung vorangetriebene „totale Vergesellschaftung" (Stefan Breuer) bezeichnen. Diese Umgestaltung auf der politischen/zivilgesellschaftlichen Ebene benennen Hardt & Negri mit Foucaults Ausdruck der Entwicklung „von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft" (37). Wie auf weltpolitischer Ebene seien auch innergesellschaftlich Herrschaftsmechanismen den Subalternen nicht mehr äußerlich. Sie seien demokratisch geworden, wirkten nicht mehr nur von Oben nach Unten, sondern seien „von den Subjekten internalisiert" (38). Die Umgestaltung in der ökonomischen, genauer gesagt in der Produktionssphäre kennzeichnen Hardt & Negri mit Marx' Begriff der „reellen Subsumtion" (37ff.). „Gegenstand dieser Subsumtion [ist] nicht mehr die nichtkapitalistische Umwelt, sondern zunehmend der kapitalistische Bereich selbst" (282). Die Umgestaltung beider Sphären be-

zeichnen sie mit Foucaults Begriff der „Bio-Macht" (37ff.). „Das Kapital richtet die Gesellschaft vollständiger zu" (266), extensiv (durch Ausweitung) wie intensiv (durch Umformung formal schon ergriffener Bereiche nach eigenen Anforderungen). Herrschaft und Kapital richten das gesamte Leben zu: sie reproduzieren das Leben selbst, anstatt es nur äußerlich zu beherrschen, und sie reproduzieren sich selbst durch das unterworfene Leben hindurch.

Besondere Bedeutung kommt der sogenannten Postmodernisierung der Ökonomie zu, womit die bekannte wachsende Dominanz des tertiären Sektors in den westlichen Industriegesellschaften gemeint ist. In ihr sehen Hardt & Negri „massenhaft auftretende intellektuelle Arbeit" (40), und sie machen einen neuen Typus von Arbeit aus, die „immaterielle Arbeit", „eine Arbeit, die immaterielle Güter wie Dienstleistungen, kulturelle Produkte, Wissen oder Kommunikation produziert" (302). Reproduktive Tätigkeiten, die klassisch außerhalb der Produktionssphäre verortet werden, i.e. Tätigkeiten in intersubjektiven Handlungsabläufen wie Pflege, Kommunikation, Zuwendung etc., würden durch den Verwertungsprozess systematisch erfasst und reproduziert. Das also, was klassisch der „Lebenswelt" (Habermas) zugehörte, was zwischenmenschlichen Beziehungen vorbehalten schien, werde im Empire nun selber warenförmig.

Im Bannkreis totaler Vergesellschaftung stehe auch die Opposition. Hardt & Negri veranschaulichen dies an Beispielen: die nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont erreichten keine Befreiung, sondern errichteten nur neue Herrschaft, die nach Innen ungleich repressiver war; alternativ gedachte technische Innovationen (Umwelttechnologie) erweiterten und er-

höhten die Effektivität der Wertbildung; oppositionell gemeinte Theorieströmungen wie die Postmoderne finden Verwirklichung in neuen Produktionsweisen, in neuen Weisen der Personalführung und Managementmethoden, in der Werbeindustrie etc.

Im Empire, so diagnostizieren Hardt & Negri, wo Kapital & Herrschaft die gesamte Gesellschaft durchsetzt haben, gebe es „kein Außen mehr" (198ff.), i.e. kein Residuum, kein Unverdinglichtes, was widerstehe, was widerstehen könnte, was – qua seiner Unberührtheit – nach klassischer Revolutionstheorie Ausgangspunkt einer revolutionären Umwälzung werden könnte. Paradoxerweise aber weise die „gesteigerte Vergesellschaftung" „zugleich [über] die Gesellschaft des Kapitals hinaus, in Richtung einer zukünftigen gesellschaftlichen Produktionsweise" (270). Wie in Engels' Dialektik schlage etwas, auf die Spitze getrieben, in sein Gegenteil um. Auch in „Empire" wird eine unformulierte List der Geschichte aufgemacht: das, was Herrschaft & Kapital einsetzen, um effektiver, sicherer, vollständiger herrschen und ausbeuten zu können, schlage ihren Intentionen ins Gesicht, wende sich in the long run gegen sie selbst. Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft, die Organisation der ökonomischen und politischen Strukturen über Netzwerke und die kapitalgeförderte Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen bewirke zweierlei: (1) hinterrücks die Etablierung des Kommunismus. „Immaterielle Arbeit [stellt] das Potenzial für eine Art des spontanen und elementaren Kommunismus bereit." Das Kapital bereite nicht nur sich selbst die Krise, sondern in seinem Inneren auch contre coeur seinen eigenen, besseren Nachfolger aus. Denn in den „Typen der immateriellen Arbeit [steckt]

die Kooperation bereits vollständig in der Form der Arbeit selbst" (305). Und so sind Hardt & Negri sicher, „dass wir heute Teil einer radikaleren und grundsätzlicheren Gemeinschaftlichkeit sind, als sie jemals in der Geschichte des Kapitalismus zu erfahren war" (313). (2) werde Aufständischkeit erzeugt. Der Zwang zur Mobilität erzeuge einen „wachsenden Wunsch nach Befreiung", das Lohnverhältnis erzeuge „neue Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen" (265). Und so finden Hardt & Negri allerorten „subversive[s] Potenzial" (142), oder gar eine „potentielle[.] Revolte" (44), was sie zu der Versicherung leitet, dass „der utopische Tonfall im historischen Prozess des weltweiten Zusammenwachsens und der Vernetzung in der Moderne immer deutlicher zu vernehmen" (133) sei. Hardt & Negri müssen offenkundig ein überfeines Gehör und ihre Ohren überall haben, denn sie machen „im globalen Maßstab mächtige Ereignisse" aus. Nämlich diese: „die Ereignisse auf dem Tianamen-Platz im Jahr 1989; die Intifada gegen die israelische Staatsgewalt im Jahr 1989; die Revolte vom Mai 1992 in Los Angeles; den Aufstand in Chiapas, der 1994 begann; die Reihe von Streiks, die Frankreich im Dezember 1995 paralysierte; die Streiks, die Südkorea 1996 lahm legten" (67). – Im Grunde, so der naheliegende Schluss, alles eine Front, – und das, ohne dass die Akteure selber es wissen. ‚Dagegen zu sein' und sich mit der Staatsmacht anzulegen reicht für Hardt & Negri, um diverse Aufstände zu vereinnahmen. Unbesehen der Inhalte, Motive und Ziele dieser Aufstände und Bewegungen ist dies der kleinste gemeinsame Nenner, auf dem Hardt & Negri ihr Wunschbild vom ‚subversiven Potenzial', von den ‚mächtigen Ereignissen' und vom ‚utopischen Tonfall' bauen.

Die sog. Realanalyse, die viele beeindruckt und die sich in der Tat ganz gut als digest von soziologischen und politologischen Studien des letzten Jahrzehnts lesen lässt, ist nicht Gegenstand von „Empire": was nicht ins Konzept passt, wird wegdekretiert. An entscheidender Stelle ist stets eine bekannte rhetorische Figur zur Hand: „in Wirklichkeit", „in Wahrheit", womit Großtheoretiker des „Masterplans" (Rapp) die Welt einteilen in eine Wirklichkeit, wie sie aussehe und in eine, wie sie wirklich, eigentlich sei. Und so beweisen auch Hardt & Negri sich als souveräne Theoretiker, die den Schein auf sein honores Wesen durchschlagen können. „Peking, Los Angeles, Nablus, Chiapas, Paris, Seoul: die Situationen scheinen alle vollkommen anders geartet. *Doch in Wirklichkeit* greifen alle die globale Ordnung des Empire direkt an und zielen auf ein Gegenprojekt" (70, m.Hv.). Und weiter sei die „Nichtkommunizierbarkeit der Kämpfe", die Hardt & Negri immerhin noch wahrnehmen, „das Fehlen wohlgeordneter kommunizierender Gänge, *in Wirklichkeit* eher eine Stärke als eine Schwäche" (71, m.Hv.). Ein Nachteil kann auch ein Vorteil sein. Wieso auch nicht? Und so erfährt man gegen Ende: „*In Wahrheit* nämlich sind wir die Herren dieser Welt, weil unser Begehren und unsere Arbeit sie fortwährend neu erschaffen" (394, m.Hv.), ‚wir' wissen es nur noch nicht.

III.

Man kann sich darüber lustig machen, über diesen angedrehten Optimismus und diese Wunschbilder, und wäre dies alles, könnte man „Empire" als albern und versponnen abtun. Aber

dies ist nicht alles. In Wahrheit seien wir die Herren dieser Welt; – und wer ist dieses „wir"? Das ist die „Menge". Zu Beginn wurde gesagt, dass bei den begeisterten Rezipienten über den Inhalt des Buches meist nicht gesprochen werde. Maximal wird die Differenz zwischen Imperialismus und Empire und das Konzept der immateriellen Arbeit erläutert. Ein Begriff, der stets auch noch fällt, ist der der „Menge", aber zumeist nur, um ungeheuer interessante und wichtige Diskussionen darüber zu führen, ob der Begriff aus dem Original, „multitude", mit „Menge" adäquat übersetzt worden sei.[6] Dabei ist die Benennung gleichgültig, wenn man die Bestimmungen versammelt. Die „Menge" ist der Lebensnerv von „Empire", der rote Faden, der Gegenstand, um den herum die Realanalyse aufgezogen wird; und sie und das, was sie ausmacht, ist die Basis des Optimismus, der List der Geschichte. Sprechen Hardt & Negri von der „Menge", dann raunen sie vom „Sein", von „Ontologie" und „ontologischen Eigenschaften", und sprechen sie über all dies, dann wird „Empire" zur Zumutung und zur Weltanschauung.

Was ist die „Menge"? Ihr kommen viele Eigenschaften zu: sie habe „produktive[.] Energie" (289), ein „schöpferische[s] Vermögen" (13), sie übe eine „jenseits des Maßes liegende Tätigkeit" (369) aus. Sie habe ein „Streben, sich von den starren territorialisierenden Regimes zu befreien", trachte „immer danach, die verfestigten, territorialisierenden Strukturen [...]

[6] Kritisiert man „Empire", wird man gerne auf die angeblich miserable deutsche Übersetzung hingewiesen. Wie gut die gelungen ist, mag dahingestellt sein, aber dann muss man sich immer noch fragen, wieso die deutsche Ausgabe so verfängt, wie sie ist.

aufzubrechen." Sie werde getragen von einem „ruhelose[n] Aktivsein", von einem „Verlangen" (65) und einem „immanenten Begehren" (79), das „schöpferisch" (65) sei. Sie begehre „zu existieren" und „zu produzieren" (357). „Die Mächte des Begehrens, die diese Befreiungsprozesse durchströmten" (370), ihr „Begehren und sein ontologischer Exzess" (394, was immer das sein mag) kenne „keine Grenze" (357). Aber der Tausendsassa „Menge" sei auch konstruktiv, habe eine „konstituierende Fähigkeit" (175) und die „Macht [...], sich eigene politische Institutionen zu geben und eine Gesellschaft zu bilden" (177). Die konstruktiven Eigenschaften der „Menge" wendeten sich stets gegen Herrschaft. „Aus der konfliktualen und pluralen Natur der Menge als solcher" (181) finde sie stets zu „spontanen Formen des Klassenkampfes" (245). Dank der „revolutionären Natur der Menge" (402), „mit ihrem Willen, dagegen zu sein" (222) und „mit ihrem Wunsch nach Befreiung" (230) könne sie grundsätzlich „nicht reglementiert und normalisiert werden" (352).

Der „Menge" gegenüber stehe die Herrschaft, in der Gegenwart als „Empire" zu bezeichnen. Das Empire ist bei Hardt & Negri das exakte Gegenteil zur „Menge". Es sei unfähig zu konstruktiver Arbeit, es negiere die „Menge". Es „blockiert, kontrolliert, beherrscht" (96); es „kann nur isolieren, teilen und absondern" (405). Hardt & Negri führen „Menge" und „Empire" in einem manichäischen Weltbild wie zwei weltgeschichtliche Prinzipien gegeneinander. Sie betrachten, „wie sich die Menge auf *endlosen Pfaden bewegt und körperliche Form annimmt*" (413, m.Hv.), durch die Wechselfälle der Geschichte hindurch. Die Geschichte ist nach ihnen die Geschichte der Auseinandersetzung zwischen „Menge" und

Herrschaft. Wenn Geschichte dies ist, dann kann der Nationalsozialismus diesem Schema subsumiert werden und die „Menge" von Verstrickung, von aktiver Konstitution der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft rein gehalten werden. Sie sei „die lebendige Kraft, die dem ‚Volk' zugrunde liegt" (324). Was sie eigentlich sei, gehe im Volk nicht auf, alle „Unterdrückungsmaßnahmen" blieben „der Menge und ihren Bewegungen äußerlich" (405). Dass nichtmals bei diesem Thema jemand hellhörig wurde, ist bezeichnend.

Die Lage nach dem Ersten Weltkrieg stand laut Hardt & Negri unter keinem guten Stern: „die Herrschenden" beliebten lieber, „einfach die Verlierer zu bestrafen", anstatt sich „in Versailles, während der Friedensverhandlungen", das zu tun, was sie „hätten tun sollen", nämlich „sich mit den Ursachen des innerimperialistischen Kriegs zu beschäftigen" (253). Das hört man in Deutschland gern. So beglückte zur selben Zeit Martin Walser im Frühjahr/Sommer 2002 die Deutschen mit einer Neuauflage der alten These, das „Versailler Diktat" sei für den Nationalsozialismus mitverantwortlich. Hartd & Negri setzen derlei Entschuldungsstrategien von links fort. Mit explizitem Bezug auf Ernst Nolte interpretieren sie die faschistische Epoche Europas als „europäischen Bürgerkrieg", ausgelöst durch „den machtvollen Gegensatz zwischen dem Staat und der Menge sowie zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen." Dieser grundlegende, eigentliche Konflikt sei „jedoch unter dem Mantel der Konflikte zwischen souveränen Nationalstaaten verborgen" worden. „Die Nationen waren Mystifikationen oder Stellvertreter der konfligierenden Klassen" (123). Demnach war Deutsches Reich gegen Sowjetunion eigentlich Bourgeoisie gegen Arbeiter-

klasse. Der Faschismus sei eine besonders extreme Anstrengung gewesen, die „Menge" zu unterjochen und an deren produktive Energie heranzukommen. Die Judenvernichtung sei ein Ausdruck der „moderne[n] Negativität" der „harten Wirklichkeit" unter vielen, neben „den Gefechtsfeldern des Patriotismus im Ersten und Zweiten Weltkrieg, [..] den Schlachtfeldern bei Verdun, [...] der Auslöschung Tausender innerhalb von Sekunden in Hiroshima und Nagasaki, [dem] Teppichbombardement auf Vietnam und Kambodscha, [..] den Massakern von Sétif und Soweto, Sabra und Shatila; die Liste geht immer weiter" (60). Und wären Hardt & Negri Deutsche, so könnte man hier gewiss noch die Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten und die alliierten Bombardierungen der deutschen Städte ergänzen.

Der Faschismus, der bei ihnen nicht weiter vorkommt[7] (den spezifisch deutschen Faschismus, den Nationalsozialismus, kennen sie nicht), steckt dafür tief in ihrer eigenen Weltsicht. Sie reden über die „Menge" wie völkische Theoretiker über die Rasse: ein Lebensstrom, eine sich wechselnd materialisierende, Form und Gestalt wechselnde ontologische Kraft, das bestimmende Prinzip der Geschichte, das sich Bahn breche, eingeengt werde, sich wieder befreie, schlussendlich aber zum Sieg geführt werden müsse.[8] Mittendrin in der faschistischen, antisemitischen Wahrnehmungsweise von Kapital sind sie aber,

[7] Gerne lassen sie ihn hinter Euphemismen verschwinden: „die Flucht europäischer Intellektueller in die Vereinigten Staaten" vor dem Nationalsozialismus, wobei sie sich explizit auf das emigrierende Institut für Sozialforschung beziehen, bezeichnen sie als „Versuch, einen verlorenen Ort wieder zu entdecken" (387). Die Flucht vor der Lebensbedrohung wird in ein gleichsam Proustsches Unternehmen aus eigenem Antrieb verwandelt.

wenn sie das Empire bündig zusammenfassen: „Die Menge ist die wahre Produktivkraft der sozialen Welt, während das Empire ein Beuteapparat ist, der von der Lebenskraft der Menge lebt." Das Empire sei „eine parasitäre Maschine", die „vampirmäßig das Blut der Lebenden saugt (75), ein „Parasit" (367ff.), „der seinem Wirt die Kraft aussaugt" (369).

IV.

Hardt & Negri also ergreifen Partei für das Opfer, das da ausgesaugt werde; für „das Leben", „das nackte Leben", die vielgestaltige, wilde, kreative, produktive, energetische Menge, ein ontologisch verbürgtes Etwas, ein Seinsprinzip. Aber wie noch jede Lebensphilosophie, die gegen sei's Kultur, sei's Zivilisation, sei's Verdinglichung etwas Unmittelbares beschwört und greifen möchte, verdinglichen auch sie das Lebendige selber. Und so kann man auch in „Empire" beobachten, wie Lebensphilosophie in Repression kippt. Wie jede Lebensphilosophie, die meint, einem ganz Konkreten sich anzunehmen, bleiben auch Hardt & Negri in leeren Abstraktionen hängen. Das „gattungsmäßige Leben, das Leben in seiner ganzen Allgemein-

[8] Wohlgemerkt tun sie das ‚nur' wie; sie sind nicht selber Rassentheoretiker, haben aber die Denk- und Wahrnehmungsform mit ihnen gemeinsam. Nicht nur ist grundsätzlich zu kritisieren, dass, wer eine Ontologie entwirft, sich kritischen Denkens von vornherein entschlagen hat, sondern auch dass ihre Weltanschauung, sowenig wie die Lebensphilosophie, eine Absicherung gegen eine Weiterentwicklung zu völkischem Denken bietet, außer der Versicherung, dass sie dies nicht wollten. Dem ist auch so. Ihre inhaltliche Füllung ist entgegengesetzt, aber in der Struktur ihrer Weltanschauung austauschbar.

heit" (324), ein Un- und Unterbestimmte, das Leere wird zum Höchsten und Konkreten verklärt. Was ist ihnen das Leben an sich? „Leben ist nichts anderes als die Produktion und Reproduktion eines Sets von Körper und Sein" (373), und damit meinen sie nicht ein elendes Dahinvegetieren.

Hardt & Negri setzen dem „Elend der Macht" die „Freude am Sein" (420) entgegen. Aber was soll das sein? Wie sieht das aus? Und wie setzen sie dem etwas entgegen? Sie rufen zum „**Wider**stand" auf. Widerstand ist für sie „eine positive, konstruktive und innovative Tätigkeit", „eine konstitutive Investition im biopolitischen Bereich" (419) Wird sie sich auszahlen für die Investoren, die Hardt & Negri mit „Empire" werben wollen? Diese Stellen, in denen sie für ihre Weltanschauung von „Sein", „Leben" und „Menge" wie ein Unternehmensberater werben, in denen sie wie Sozial- und Biotechnologen über „das Leben" verfügen, sind keine Einzelfälle. Man muss es sich so verbildlichen: Hardt & Negri packen das zappelnde Leben im Nacken und möchten vorführen, dass sie wissen, wie man mit ihm umzugehen habe und wie man das meiste aus ihm herausholen könne. Sie nämlich wissen, „dass die Körper in Kooperation mehr produzieren und in der Gemeinschaft glücklicher sind" (399). Das Empire hingegen sei so dumm und blind, gar nicht das zu erreichen, was sein erklärtes Ziel ist: maximale Verwertung. Hardt & Negri hingegen wissen: würde man ihren Ratschlägen folgen und die „Menge" lassen, dann würde die ihr eigene Produktionsweise dafür sorgen, „dass sich Körper in der Arbeit selbst verwerten" (415), dann könnte „das proletarische Produktionsmanagement zu einer konstituierenden Macht werden" (417) und in einer „von Begehren getragenen Produktion" zu einem „Exzess von Arbeit" (394) führen.

Der Weg zu einem solchen Arbeitshaus-Kommunismus sei hart und gefährlich. Kampf bleibe der „Menge" nicht erspart. „Das posse[9] produziert die Chromosomen seiner künftigen Organisation. An vorderster Front stehen in dieser Schlacht Körper" (416), denen Hardt & Negri einiges zumuten. Sie verfügen über das „nackte Leben", die Biomasse, um „ein kohärentes politisches Artefakt zu entwickeln, ein künstliches Werden" für die künftige Gesellschaft. Um dorthin zu gelangen, müssen die Körper gestählt werden. „Wir müssen uns und unsere Körper sicherlich verändern, und das vielleicht weitaus radikaler, als es sich die Cyberpunk-Autoren ausmalen." Moden wie Piercings und Tätowierungen würden „geradezu belanglos sein im Vergleich zu der Art radikaler Mutation, die nötig sein wird. Denn der Wille, dagegen zu sein, bedarf in Wahrheit eines Körpers, der vollkommen unfähig ist, sich einer Befehlsgewalt zu unterwerfen" (S. 228). Und wenigstens an dieser Stelle, wenn doch sonst nie, sollte man mal das tun, was zu unterbinden „Empire" sich die größte Mühe gibt: selbständig zu denken, resp. einfach nur die Logik von „Empire" weiterzudenken. Was für ein Körper muss das sein, der so beschaffen ist? Er muss wohl tot sein, Materie, reines Sein, das „nackte Leben", das Hardt & Negri so hochhalten. Und so erweist sich der sozialistisch und anarchistisch verbrämte Neo-Vitalismus als überaus lebensfeindlich.

[9] Gemeint ist das lateinische Hilfsverb „posse" = „können", „vermögen", nicht die HipHop-Gang.

ATTACKIERT ATTAC!

THOMAS EBERMANN

Da wissen welche, wie's geht mit dem Erfolg. Sie berichten vom „ungebrochenen Aufstieg der Bewegung". Diese habe „gute Chancen, die Herzen der Mehrheit zu gewinnen. 67 Prozent der deutschen Bevölkerung sympathisieren mit den Protesten in Genua." Und in Italien erst: „Die Genueser Bevölkerung reichte bei sengender Hitze Wasser, versorgte Hungrige mit Essen, winkte von den Balkonen dem kilometerlangen Zug und ließ Blumen regnen." Klar, das sind „Zeichen dafür, dass die Zeiten sich ändern. Die Konzerne, wie mächtig sie auch sein mögen, bekommen es mit der Angst zu tun", was man daran sieht, „dass sie eine Krisensitzung nach der anderen abhalten". Die nützen aber nichts, denn „wir sind zahlenmäßig überlegen, wir haben hervorragende Ideen, und wir organisieren uns langsam auf nationaler und internationaler Ebene. Und was noch besser ist: Wir stehen auf der richtigen Seite des Kampfes, denn wir kämpfen für Würde, Anstand und Demokratie." In diesem Klima der Begeisterung erscheint schon fast als Skeptiker, wer zwar nicht am Durchbruch des famosen Netzwerks zweifelt, aber sich eine Unklarheit bezüglich des genauen Datums erlaubt: „Wann mit seiner weiteren Ausbreitung, Vernetzung und Vertiefung die Schwelle zu einem Durchbruch überschritten wird, ist allerdings noch offen."

Der Unsinn hat Methode. Als Minimum für's erfolgreiche Politikmachen gilt heute, selbst gut drauf und äußerst zuversichtlich, dem Volke und seinen Gefühlen verbunden und deshalb beliebt sowie ein Meister im Umgang mit Medien und ein Kenner von Reklamestrategien zu sein. Als Faustregel gilt: Je konformistischer und geringfügiger die Forderung, desto gewaltiger das Pathos, mit dem sie erhoben wird. Das Mittel ist meist die „phantasievolle Aktion", die aber nur der Rummel ist, in dem dem Experten die Bühne bereitet wird. Es ist der Taz also nicht zu widersprechen, wenn sie am 1. November, aus Anlass der Aufnahme des 10.000. Mitglieds in die deutsche Sektion, feststellt: „Attac trifft offenbar den Nerv der Zeit."

Dem Anforderungsprofil an erfolgreiche Bewegungsmacherei entsprach in jüngerer Zeit Greenpeace, als man einen Teil der Autofahrer aus dem nichtigen Grund, dass ein ausländischer Konzern eine Bohrinsel versenken wollte, zur Meidung bestimmter Tankstellen animierte und, als das gelang, von der Entdeckung der Macht der Verbraucher sprach. Ähnlichen Applaus bekamen die Studenten, als sie streikend Klage führten, die Ausstattung der Unis ermögliche ihnen keine optimale Vorbereitung auf die berufliche Laufbahn und verstoße gegen das Diktum des Bundespräsidenten, wonach Bildung eine wichtige Ressource in einem rohstoffarmen Land sei. Sprang man dann noch in den örtlichen Springbrunnen und behauptete, das zeige, wie die Bildung baden geht, war der Nachweis ungeheurer Kreativität erbracht.

Attac hat eine symbolische Steueroase gebastelt und auf der Alster in Hamburg schwimmen lassen, die Reaktion der Passanten war wohlwollend, und in der Zeitung war ein großes Bild. Jaja: „Wenn man die diskursive Hegemonie der herr-

schenden Verhältnisse brechen will, bedarf es einer differenzierten Strategie und Taktik auf dem Terrain des Diskurses selbst." So reden Attac-Funktionäre, wenn sie gebildet erscheinen und ihren Laden gegen linke Kritik immunisieren wollen. Ob da vielleicht ein inhaltliches Problem in der Dämonisierung der „anonymen Finanzmärkte" steckt? – „Mit einem Vokabular, wie es etwa der Buko hat, verliert man viel an politischer Wirksamkeit." Ob es eine Falle ist, den Staat zu idealisieren und den vermeintlichen Niedergang seiner Macht zu beflennen? – „Ihr seid nicht in der Lage, politische Bewegungen auch nur katalytisch zu befördern." Theoretische Reflexion? – „Die Teilnahme an den Demonstrationen in Genua hat in zwei Tagen mehr Staatsverständnis produziert als die gesammelten Werke der kritischen Staatstheoretiker zusammengenommen." Man muss nur was erleben, dann weiß man schon Bescheid.

Die Abwehr kritischen Denkens dient allerdings nicht nur der Fetischisierung von „Bewegung". Sie ist zugleich Voraussetzung all der konstruktiven Vorschläge, die stets für sich in Anspruch nehmen, mit einem kleinen Kniff, würde er nur von den Mächtigen erhört, könne man Hunger und Obdachlosigkeit spielend leicht aus der Welt bringen. Arbeitslosigkeit sowieso und Mängel der Gesundheitsversorgung erst recht. Hörte die Welt doch nur auf den portugiesischen Literatur-Nobelpreisträger José Saramago, der im Januar 2002 in Paris der Attac-Gemeinde verkündete, dass es „einen vorteilhaften Ersatz für die Programme sämtlicher politischen Parteien der Erde ..., insbesondere der Programme, wie man sie bei den sogenannten Linken findet", gäbe, und dass dieses vorzügliche „Regelwerk ... seit über fünfzig Jahren als Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vorliegt". Man müsse sich nur dran halten und ei-

ne zweite Kleinigkeit beherzigen: „Die weltweite Befriedigung der Gesundheits- und Ernährungsbedürfnisse würde nur 13 Milliarden Dollar kosten, also knapp die Summe, die die Einwohner der Vereinigten Staaten und der EU für Parfüm ausgeben." Das ist einfach! Und gar nicht teuer!

Dass alles, was die Marktwirtschaft so bereithält, gute Dienste täte, wär's nur gebändigt und kontrolliert, dass also nur „Ökonomie und Finanzen an ihren Platz verwiesen werden" müssen, um „Dienerin und nicht Herrin der Gesellschaft zu sein", weiß der französische Attac-Präsident Bernhard Cassen so gut wie das Mitglied des wissenschaftlichen Attac-Beirates in Deutschland, Jörg Huffschmid, der, seine Reformvorschläge als verwirklicht unterstellt, „auch die Finanzmärkte ihre vernünftige Aufgabe wieder (!) erfüllen" sieht, „Investitionen zu finanzieren, die langfristige private Vermögensbildung zu fördern".

Die Schlichtheit Saramagos, der es ansonsten mehr mit Ethik hat, könnte als Ärgernis empfunden werden von jenen Spezialisten, welche die Menschheit mit höchst präzisen Konzepten retten wollen. Da zerbricht sich Peter Waldow den Kopf, ob die richtige Höhe der Devisensteuer nun eher bei 0,05 Prozent oder bei 0,5 Prozent liegen sollte, findet „die Festlegung der optimalen Höhe schwierig", neigt zu einem „niedrigen Einstieg", um erst mal die „Reaktion der Märkte" zu erkunden. Er bedauert, dass seine Steuer auch „Handelsgeschäft" und „Realinvestition" trifft, was aber nicht so schlimm ist, weil die Realinvestition ja langfristiger sei als die Finanzspekulation. Damit Peters Einnahme nicht Schaden nimmt, muss allerdings weiter, wie bisher, finanzspekuliert werden – mit fremder Währung, weil sonst ja nicht die 90 Milliarden Dollar eintrudeln, die dann von der Uno in „sinnvolle Vorhaben gelenkt

werden". Dass zu diesem Zweck wiederum die Uno in eine Art Vollversammlung der NGOs transformiert werden muss, dafür sind andere Spezialisten zuständig, die sich dieser Frage annehmen, wenn sie nicht gerade die Weltbank oder den IWF völlig neu konzipieren.

Manchmal müssen allerdings auch ganz neuartige Institutionen geschaffen werden. Zum Beispiel haben Colin Hines und Tim Lang ein ausgereiftes Konzept der Lokalisierung erarbeitet, in dem nicht nur das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) durch ein Abkommen für nachhaltigen Handel (Gast) ersetzt wird, sondern auch eine nagelneue „Weltlokalisierungsorganisation", die WLO heißen soll, geschaffen wird. Damit niemand sich erschrecke, wird dem „globalen Fernhandel" eine „allmähliche Umstellung auf nähere Märkte erlaubt".

So sehr sie im Gestus der Politikberatung verfasst sind: Fast alle diese Konzepte haben keinen praktischen Nutzwert für jene, die real Staats- oder Konzernpolitik machen. Sie sind Spinnkram und werden ignoriert, wie alle Vorschläge „linker" Keynesianer ignoriert werden, wenn die mal wieder Krisen und Akkumulationsstockungen des Kapitals mit der Stärkung der Kaufkraft zu meistern vorschlagen. Der Nutzwert liegt woanders. Attac und Umfeld sind gefährlicher, als es der schnöde Reformismus ist. Attac besteht, per Selbstdefinition, aus Menschen, bei denen sich Engagement entzündet, „entlang des vagen Gefühls, dass die Finanzmärkte Probleme produzieren". „Die Sache mit der Tobin-Steuer" nennt Präsident Cassen „ein hervorragendes pädagogisches Mittel", das erzieherische Credo also, von dem aus „alle Aspekte der neoliberalen Globalisierung" zu beleuchten seien. Linke Aufklärung

aber ist der Kampf gegen vage Gefühle, nicht ihre pädagogische Instrumentalisierung.

Wenn es zu Massenentlassungen kommt, weil zwei große Stahlwerke fusionieren, und die Arbeiter demonstrieren in Frankfurt vor den beteiligten Banken, dann wird da vage falsch gefühlt. Ähnlich grauenhaft ist, wenn Leute, die als Anhängsel von Computer oder klassischer Maschine langsam vor die Hunde gehen, darüber grübeln, ob „Finanzmärkte Probleme produzieren". Es ist ebenso trostlos, wenn der im Mittelstand Beschäftigte beim Schieben unbezahlbarer Überstunden auf die „Macht der Multis und Finanzmärkte" schimpft, wie es trostlos ist, wenn der im Konzern Angestellte seine Chefetage im Dienst des artfremden Shareholder value sieht und sich wünscht, er möge von Männern, denen das Wohl des Betriebes am Herzen liegt, kommandiert werden. Wer sich sorgt, ob das Unternehmen, das seine Arbeitskraft vernutzt, einen zu großen Anteil ausländischer Besitztitel (Aktien) aufweist, ist Opfer täglicher Propaganda, die solch „vage Gefühle" befeuert. Und wer daran glaubt, wie es bei Attac alle naslang zu lesen ist, dass „die Politik der Regierenden jetzt zur Geisel der Finanzmärkte geworden" ist, entschuldigt eben jene, die Teile der Sozialtransfers, die das Los der unproduktiven, also nutzlosen Esser milderten, dem Akkumulationsfonds des Kapitals zuführen. Diese „Umverteilung" hat ja den Zweck, der nationalen Volkswirtschaft eine günstigere Stellung in der Weltmarktkonkurrenz zu verschaffen.

Das geht nicht immer friedlich ab. Schließlich wird die Frage, welcher national fundierte Konzern wo und unter welchen Bedingungen investieren darf, weder nach den Idealen des Freihandels noch gemäß dem Regelwerk fairer Ausschrei-

bungsverfahren nach deutscher Gemeindeordnung entschieden. Deshalb wird periodisch durch Kriege ermittelt, welcher Nationalstaat den an ihn gebundenen Unternehmen einen Vorteil zu verschaffen vermag. Die „internationalen Finanzmärkte" reagieren u. a. auf solche Ereignisse, aber die Kriege, wie etwa die gegen Jugoslawien, in Afghanistan oder den im Irak, bestimmen und führen nicht sie; das tun die wirkungsmächtigsten Subjekte des Weltgeschehens, die Staaten.

Jede „moralische" Gegenüberstellung von schaffendem und raffendem (produktivem und spekulativem) Kapital, jede Gegenüberstellung von Finanzmarkt und Staat muss zwangsläufig Stereotype produzieren, die im „Wucher" das Übel dieser Welt erblicken. Wie weit das gehen kann, natürlich stets unter der Parole, dass Pluralität eine Stärke der Bewegung sei, zeigt ein Aufsatz im „Handbuch für Globalisierungskritiker" (hrsg. von Führungsleuten von Attac und Linksruck). Dort wird von der Kampagne „Jubilee 2000" berichtet, deren „Leitgrundsatz" die „Ablehnung der Wucherei" sei. Man stehe in feinster Tradition, denn „in der Geschichte gab es immer wieder Gesetze gegen den Wucher ... Ein Darlehen, das gegen das Wuchergesetz verstieß, war ungesetzlich ... Bis vor kurzem konnten Wucherer von der katholischen Kirche exkommuniziert werden, und die Wucherei ist nach den Regeln der islamischen Sharia noch immer ein Verbrechen ... Die Versuche über die Jahrhunderte hinweg, Gesetze gegen den Wucher zu verabschieden, spiegeln die ethischen Bedenken wider ... Die internationalen Kreditgeber, Investoren und Spekulanten hingegen werden (heute) von einer staatlichen, im Sowjetstil geführten Bank, dem IWF, vor dem Risiko und dem Zorn der Marktkräfte geschützt." Das waren noch schöne Zeiten, als Staat,

Adel und Pfaffen die Ethik überwachten, der Zorn der Marktkräfte (meistens nannte man ihn „Pogrom") zuschlug – und der jüdische Bolschewismus diesem bunten Treiben noch nicht per im Sowjetstil geführter Bank weltweit in den Arm fiel.

Nach dieser Methode ist auch die „Chronologie der globalisierungskritischen Demonstrationen" zusammengestellt. Hier finden sich nicht nur Klassiker wie etwa die Demonstrationen in Seattle, Prag, Göteborg und Genua, sondern auch allerlei Riots, Unruhen und Streiks – z. B. der Streik der Beschäftigten der Krankenhäuser Honduras. Ob die sich „globalisierungskritisch" dünkten ist ziemlich egal, dienen solche Listen doch ohnehin nur der Erbauung jener, die sich in weltweite Zusammenhänge halluzinieren müssen, weil sonst das Basteln einer Steueroase für die Hamburgs Alster nicht so einfach von der Hand gehen würde. Dass in dieser Chronologie auch die Demonstrationen in Ägypten und Marokko vom April 2002, bei denen sich das antisemitische Ressentiment austobte und der Heilige Krieg gegen Israel postuliert wurde, als „globalisierungskritische Demonstrationen" verbucht werden, verdient allerdings schon ernst genommen, also als Indiz für „Gleichgesinnung" verstanden zu werden.

Ähnlich beweiskräftig ist, dass Attac die Ergebnisse „des Weltsozialforums von Porto Alegre weiterzuentwickeln" verspricht. In Porto Alegre wurde die „UN-Konferenz gegen Rassismus und Intoleranz", die zuvor im südafrikanischen Durban stattgefunden hatte, recht ausführlich gewürdigt. Diese war bekanntlich ein demagogisches Schlachtfest gegen Israel. So viele unterstützenswerte Forderungen in Porto Alegre aufgestellt wurden, so unerträglich ist eine absichtsvolle Vermengung, die, weil chronisch, auch dort auftrat: „Wasser, Er-

de, Nahrung, Saatgut, die Kulturen und die Identität der Völker sind das Erbe der Menschheit, der augenblicklichen und der zukünftigen Generation. Die Bewahrung der biologischen Vielfalt ist daher von grundlegender Bedeutung" (Paragraph 14 der Abschlusserklärung). Wasser und „Identität der Völker" in einem Atemzug, da blüht der Biologismus. Wasser, H2O, soll jeder, der seinen Boden bewässern, sich waschen oder trinken will, in reinster Qualität bekommen. Einverstanden. Großgrundbesitzer und Konzerne nehmen manchen Kleinbauern das Wasser, industrielle Produktionsstätten vergiften es. Da wird gekämpft, und wer links oder humanistisch denkt, ist auf der Seite der Schwächeren, die meist noch unterliegen.

Identität der Völker, der Zwangskollektive also, ist unter keinem emanzipatorischen Gesichtspunkt bewahrenswert. „Rein" sollen sie schon gar nicht bleiben. Jede progressiv zu nennende Umwälzung hat die Überwindung von Identität, die Zerstörung traditioneller Kultur, religiöser Fesselung, Familienoberhauptsdespotie etc. zum Gegenstand. Es ist einfach nur eklig, wenn der „wertkonservative Katholik" und „Globalisierungsgegner" Carl Amery im „Schwarzbuch Globalisierung" den Verlust „der geographisch-charakteristischen Textilien" beweint und von der WTO eine besonders perfide Machenschaft befürchtet: „Heimische Trachten ... sind dann passé." Dass als Schäfchen des Herrn sich am besten eignet, wer in traditioneller Tracht und Bescheidenheit gehalten wird, keucht in solchen Aufsätzen jede Zeile.

Johannes Rau, der sich ja auch nicht schlecht aufs pfäffische Reden versteht, beklagte vor einiger Zeit den „Verlust kultureller Vielfalt und kultureller Identität" und sorgte sich über eine Tendenz „zu einem undefinierbaren Einerlei der Lebenssti-

le". Prompt war Attac mit einer Presseerklärung auf dem Markt und meldete ob dieses Ereignisses den „großen Erfolg, dass es über die Notwendigkeit, die neoliberale Globalisierung in die Schranken zu weisen, mittlerweile einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt".

Da ist ein Geben und Nehmen. Der Verein Deutsche Sprache verteilte kürzlich ein Flugblatt vor einer Lesung von Rainer Trampert und mir, in dem als Beweis, dass er weder deutschtümelnd noch reaktionär sei, aufgeführt wurde, „dass das Weltsozialforum von Attac und Porto Alegre eine scharfe Resolution gegen den Sprachimperialismus verabschiedet hat". Da auch Mitstreiter Oscar Lafontaine fordert, „unsere Sprache soll wieder deutscher werden", ist klar, „dass mit der englischen Sprache der Imperialismus der USA in den Ländern Europas vorangetrieben wird". Damit sind wir angekommen – bei Deutschland, Europa und Lafontaine – und werden feststellen, dass manches Gerede über die „Völker" der Dritten Welt, ihre Trachten, Sitten und Gebräuche, nicht so wichtig, dafür aber die Beförderung einer Frontstellung „Europas" gegen die USA sehr ernst genommen wird. Meist folgt ja in der „globalisierungskritischen" Literatur der Behauptung, die Finanzmärkte seien anonym und heimatlos, die Enthüllung, sie seien in amerikanischer Hand oder verkörperten das amerikanische Prinzip, auf dem Fuße. Das hat Folgen. Wenn z. B. in Frankreich an den „nationalen Quoten für Radio- und Fernsehsendungen" gerüttelt wird und „die Ausstrahlung amerikanischer Produktionen" droht, dann tritt Attac auf den Plan, voll solidarisch mit der einheimischen Industrie: „Die französischen Produzenten haben sich dieser Herausforderung gestellt und den Kampf eröffnet. Wir unterstützen sie dabei" („Attac-Manifest 2002").

Die deutsche Sektion verfährt nach dem gleichen Muster. Was immer sie auszusetzen haben an Verschlechterungen im Gesundheits- und Rentensystem oder bei der Behandlung von Arbeitslosen, stets steht vor der Untersuchung fest, dass hierzulande das relativ kleinere, jenseits des Atlantiks das größere Übel beheimatet ist. Die Attac-Flugschrift „Buschtrommeln" rät der „globalisierungskritischen Bewegung", sie „sollte darauf hinarbeiten, die EU zu einem Gegenentwurf zum unilateralen amerikanischen System zu entwickeln", zum gleichrangigen Machtfaktor also. „Auch wenn die Politik der EU derzeit vom gleichen neoliberalen Zeitgeist infiziert ist, so scheint doch eine Abkehr und Rückbesinnung auf wohlfahrtsstaatliche Traditionen wesentlich leichter durchsetzbar." Das eigentlich Gesunde ist nur infiziert, hat sich angesteckt am Bazillen-Mutterschiff USA. In solchen Fällen reicht oft ein Glas heiße Zitrone und ein Schwitzbad, um zu gesunden. Die anderen Traditionen, die europäischen und speziell die deutschen, vergessen wir mal schnell – oder hat sich der Hitler seinen Antisemitismus womöglich auch per Ansteckung beim Amerikaner Ford geholt?

Egal. Jedenfalls ist „seit dem Rücktritt von Oscar Lafontaine" an der Regierung einiges auszusetzen. Hätte der Oscar doch nur den Gerhard besiegt. „Der Alltagsverstand wäre doch ein ganz anderer, wenn der Lafontaine-Kurs hegemonial wäre und eben nicht Schröder", erläutert der Attac-Sprecher Werner Rätz. Da mag in Vergessenheit geraten sein, dass Lafontaine als Mann der Wirtschaft galt, als er für die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten focht und für Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Man mag sich nicht erinnern, wie der gefeierte Held des Attac-Kongresses in Berlin in der

SPD die Abschaffung des Asyl-rechts und die Möglichkeiten deutscher Militäreinsätze durchzusetzen half. Aber sein Buch, „Das Herz schlägt links", könnte man wenigstens gelesen haben. Ein Bestseller. Darin steht, die neue Weltkonfrontation verlaufe „zwischen dem angelsächsischen Kapitalismus und der europäischen Marktwirtschaft", wobei letztere den „linken Flügel" bilde, mit Ausnahme England, die Insel ist ein „Brückenkopf der Vereinigten Staaten". Es gelte, die „europäische Kultur" gegen die „angelsächsische Dominanzkultur" zu verteidigen, was auch einigen Nutzen für die „Herausbildung eines europäischen Nationalflügels" brächte. Das Europamodell „bedarf zur Durchsetzung auf dem Weltmarkt einer Machtposition", wozu auch die „Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik" gehöre, die über allerlei „operative Kapazitäten" verfügen müsse und unabhängig von der Nato handlungsfähig zu sein hätte.

Wer diesen Kurs, weil er durchsetzt ist mit einiger sozialer Demagogie, die „linksreformistische Strömung" (Rätz) nennt, hat entweder nicht alle Tassen im Schrank oder ist ein Gesinnungsfreund des Referierten und will Partei ergreifen in der deutsch-(europäischen) Konfrontation mit den USA.

PS: Zum Begriff „Globalisierung": Ich las Aufsätze über „Die globalisierte Revolte", „Die Globalisierung der Konzerne", „Globalisierte Finanzmärkte", „Globalisierung und Privatisierung", „Globalisierung ist gesundheitsschädlich", „Globalisierung, ostdeutsch", „Globalisierung und extreme Rechte", „Globalisierung von oben", „Globalisierung von unten", „Gewerkschaften und Globalisierung", „Technologie der Globalisierung", „Über das Seelenleben von Globalisierern",

„Freihandelszonen in der globalisierten Wirtschaft", „Modernisierungs- und Globalisierungsdruck", „Die ökologischen Kosten der Globalisierung", „Wie zukunftsfähig ist Globalisierung?", „Die drei Grenzen der Globalisierung" – um nur die zu nennen, die das Wort in der Überschrift führen.

Selbst die Klügsten im Reigen der Pluralität kommen ohne den Nonsensbegriff nicht mehr aus. Große Uneinigkeit besteht, wann's losging mit der Globalisierung. Einige neigen zum Jahr 1990 (Wegfall der Blockkonfrontation), andere eher zur Mitte der siebziger Jahre, wieder andere gehen sehr viel weiter zurück und sprechen von „der seit Jahrhunderten schon laufenden Globalisierung" (Carl Amery). Die Begriffe „Imperialismus" oder „Neokolonialismus" sind ziemlich ausgestorben. Der Begriff „Globalisierungsgegner" ist rückläufig, man bevorzugt, globalisierungskritisch zu sein. Jedenfalls ist, wenn man trotz aller Pluralität eine gemeinsame Klammer sucht, Globalisierung eine ziemlich üble Angelegenheit – dachte ich bis vorgestern. Da fiel mir der Aufruf von Attac zur Demonstration in Köln und der allerneueste Werbegag in die Hände. Hier heißt es nun: „Wir wollen eine Globalisierung für alle." Ich bin verzweifelt, aber wahrscheinlich nur, weil ich mich mit „differenzierter Strategie und Taktik auf dem Terrain des Diskurses selbst" nicht richtig auskenne.

Zuerst erschienen in konkret 12/02

Diverse Flugschriften von Attac

IZ3W – Sonderheft Soziale Bewegungen

Ruth Jung, Jose Saramago, Ignacio Ramonet (Hg.): Attac: Sand im Getriebe, Hamburg 2002

Jerry Mander, Edward Goldsmith (Hg): Schwarzbuch Globalisierung München 2002

Christine Buchholz, Anne Karrass, Oliver Nachtwey, Ingo Schmidt (Hg): Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker, Köln 2002

NATIONALSTAATEREI UND GLOBALISIERUNG

RAINER TRAMPERT

Mit der Globalisierung, die Mitte der 80er Jahre erfunden wurde – vorher gab es sie definitorisch nicht –, sollen Imperialismus und Neokolonialismus sich ins Globale geflüchtet und ein bis dahin unbekannter Kapitalstrom der Konzerne die Nationalstaaten in einflusslose Gebilde verwandelt haben. Darin sind sich die eher linken Globalisierungstheoretiker einig. Ihre Differenz liegt darin, dass einige sich darüber freuen, während die meisten diesen Zustand beklagen. Die Fraktion der Fröhlichen wird angeführt von Negri und Hardt, die in ihrem Buch „Empire" schreiben: Das neue Paradigma, also das Beispielhafte, dieser Epoche, „ist definiert durch den endgültigen Niedergang der souveränen Nationalstaaten". Mit ihnen verschwinden „Kolonialismus und Imperialismus ... Freund-Feind-Definitionen ... der Export von Macht und wirtschaftlichen Interessen". Die „Werte, auf die alles ausgerichtet ist", seien „Frieden, Gleichgewicht und die Beendigung von Konflikten." Daher künde unsere Epoche „von der Herrschaft des Friedens."

Ein Wunder ist geschehen und man möchte Empire viel Glück wünschen, fragt sich aber: Warum werden im Zeitalter von Frieden und Gleichgewicht so viele Länder bombardiert? Warum gibt es in einer Epoche ohne Freund-Feind-Definitionen die Achse des Bösen? Und sind die USA wirklich ein ohn-

mächtiger Staat? Da geschieht ein zweites Wunder. Die USA sind der „Friedenspolizist" der UNO, schreiben die beiden, und selbst wenn sie nicht wollten, müssten „die US-Militärs dem Ruf" der UNO „im Namen von Frieden und Ordnung folgen". Ich will es kurz machen: Die Vereinten Nationen zwingen Niemanden. Sie sind nur eine Börse, in der die Mächte sich gegenseitig Staaten abhandeln für gefällige Resolutionen und weniger mächtige Staaten um ihren Preis feilschen. Nach dem Irak-Krieg versprach Colin Powell Bulgarien, sich bei Gelegenheit erkenntlich zu zeigen. Polen erhielt von den USA einen großen Rüstungsauftrag und durfte mehr Soldaten in den Irak entsenden als es finanzieren konnte. Die Polen, sagt andererseits der deutsche EU-Kommissar Günther Verheugen, werden zurückkommen, „schließlich wissen die ja, wo ihre Märkte sind und wo sie demnächst das Geld herbekommen." Eine massive Drohung von dem eher harmlos aussehenden deutschen Politiker.

Warum macht „Empire" Furore? Das Buch wird gerne gelesen, weil es mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat, sondern die Welt bis zur Blödheit schön redet. Die allgegenwärtige esoterische Verhüllung der Realität hat mit der historischen Niederlage linker Befreiungs-Philosophie zu tun, ein Phänomen, das Adorno einmal so erklärte: „In der Phase, in der das Subjekt vor der entfremdeten Übermacht der Dinge abdankt, zeigt seine Bereitschaft, Positives oder Schönes überall zu gewahren, Resignation."

Der Resignierte phantasiert entweder Frieden und Gleichgewicht oder er freut sich im Bombenhagel über die schöne Zivilisation, um nicht abzustürzen. Niemandem darf verübelt werden, vor der Übermacht zu resignieren. Ärgerlich wird es,

wenn jemand aus seiner Depression eine neue Welttheorie macht.

Was Negri und Hardt schön finden, ist aber für die meisten Interpreten der Globalisierung das Böse. In der TAZ sagte jemand vom höchsten Rat der Attac: „Die Globalisierung hat dazu geführt, dass die Unternehmen sich am Shareholder-Value orientieren [...] Die neoliberale Globalisierung hat den Weg geöffnet, dass Unternehmen sich überall auf der Welt einkaufen können [...] Der Krieg ist die Fortsetzung der neoliberalen Globalisierungsstrategie mit Waffen." Man erkennt sofort: Es geht ihm darum, dass der Begriff „Globalisierung" möglichst oft vorkommt. Das erklärt nichts, suggeriert aber Bescheidwissen. Zum Krieg als Folge neoliberaler Globalisierung will ich anmerken, dass die beiden Weltkriege in der definitorisch unglobalen Epoche nicht von schlechten Eltern waren. Auch die Kriege in Korea, Algerien oder Vietnam in der eher keynesianischen Epoche hatten es in sich. Deutsche Konzerne wussten selbstverständlich schon vor dem Shareholder-Value, was Profit ist. Der war während der Zwangs- und Sklavenarbeit und der faschistischen Arbeitsordnung in Europa ausgesprochen hoch und selbst im „Modell Deutschland" noch derart attraktiv, dass er amerikanisches Kapital anzog.

Es wird Kalkül sein, das Böse aus Amerika kommen zu lassen, ob Shareholder Value oder vagabundierende Finanzen aus New York, wo Eingeweihte des Projektionswahns Juden als Drahtzieher vermuten. Oft basiert der Kulturkampf gegen Amerika, der deutsche und französische Traditionen und damit den eigenen Machtblock immer schöner macht, auf der unwissenschaftlichen und unsäglichen Trennung der Kapitale. Lenin wusste 1916 schon, dass Finanz- und Industriekapital

verschmolzen sind. Hitler trennte es wieder in ein gutes schaffendes, das der arische Wirtschaftsführer, und in ein böses raffendes, das der Jude in der Propaganda zu verantworten hatte. Daran knüpfen heute viele an.

Auch die zweite Wirkung der Globalisierungsphrase enthält die Hinwendung zur eigenen Nation. Das Globale impliziert den Freispruch des Staates für seine Taten. Die Regierung sagt: Ich muss euch nehmen, was frühere Generationen einmal mühsam erkämpft haben, weil eine Globalisierung über uns gekommen ist. Anti-Globalisierer bestätigen: Der Staat sei von einer heimtückischen Globalisierung heimgesucht und entmachtet worden. So erscheint die eigene Nation ebenso das Opfer einer globalen Imagination zu sein wie jene, denen das Wasser bis zum Hals steht. In der Umkehrung wächst eine nationale oder kontinental-europäische Gemeinschaft zusammen, die sich von einer Fiktion oder vom Bösen aus Amerika zu befreien habe. Vielleicht weiß nicht jeder, der das nachäfft, dass er sich in der neuen Welt-Konfrontation bereits ins Boot seiner Nation gesetzt hat.

„GLOBALISIERUNG" KANN UNSERE EPOCHE NICHT ERKLÄREN.

Der Sprecher von Attac sagt: die Firmen könnten sich heute überall auf der Welt einkaufen. Der Unterschied zu früher ist nur der, dass heute bezahlt wird. Wenn Globalisierung Expansion und Eroberung meint, dann war Globalisierung, seit es Kapitalismus gibt und schon davor, denn ohne sie hätte es gar keinen Kapitalismus gegeben, meinte Karl Marx. „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevöl-

kerung in die Bergwerke, die Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära". Später hat man in den armen Ländern die Subsistenz-Wirtschaften zerstört, um sie in Exportbasen für die Versorgung der reichen Staaten zu verwandeln. Das geschah durch Konzerne und Staaten gemeinsam. Dabei haben beide nicht an liberal, neoliberal oder Keynes gedacht, sondern an Profit.

Nach fast allen Bewertungskriterien war früher mehr Globalisierung als heute. Vor 150 Jahren exportierte das britische Empire 40 Prozent seines Kapitals ins Ausland. Heute liegen die Raten der Großmächte unter 10 Prozent. Kapital und Waren überwanden damals Staatsgrenzen als wären sie gar nicht vorhanden. Nicht nur zwischen Zentren und Kolonien. Als die Franzosen den USA die Freiheitsstatue schenkten und Waffen lieferten, damit sie England besiegen konnten, und auf Getreideimporte aus den Weiten der Vereinigten Staaten hofften, waren die Wege so offen, dass kaum Formulare ausgefüllt werden mussten. Lenin schrieb 1916, das geläufigste Wort sei „internationale Verflechtung", und Kurt Tucholsky 10 Jahre später: „Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten."

Der weltweite Eisenbahn-Bau war unter wenigen Staaten aufgeteilt. Weltweit wurde um Öl gerungen. Stichwort: Great Games um das kaspische Öl. Die deutsche AEG war 1910 mit 200 Firmenbeteiligungen im Ausland vertreten. 1915 schrieb die US-Akademie für Staats- und Sozialwissenschaften: „England und Deutschland sind zu 46 Prozent an dem Handel in Argentinien, Brasilien und Uruguay beteiligt." Der Finanzmarkt war so global, dass alle Börsen der Welt ohne Nanose-

kunden schnelle Transaktionen an einem Schwarzen Freitag zusammenkrachten, was sie bis heute nicht wieder geschafft haben. Sozialdemokrat Hildebrand schlug 1910 die „Vereinigten Staaten von Westeuropa" vor „gegen die Neger in Afrika, gegen eine islamistische Bewegung und eine chinesisch-japanische Koalition".

DIE DIALEKTIK VON KONZERNMACHT UND NATIONALSTAAT

Als in den USA der drittgrößte Energiekonzern Enron Pleite gegangen war, sagte Finanzminister O'Neill: „Firmen kommen und gehen", aber nicht die Vereinigten Staaten. Das ist so falsch nicht. Während der alte Weltkonzern AEG von der Bildfläche verschwand, wurde die deutsche Nation größer. Nationalstaaten lassen sich nicht auf einen globalen Nenner bringen. Es gibt mächtige Staaten, wie die USA, auch Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan und China. Es gibt schwache Staaten wie Panama. Es gibt zerfledderte Staaten wie den Kongo, es gibt neue Staaten, wie Turkmenistan, Kasachstan und alle anderen aus der sowjetischen Erbmasse. Es gibt aufgelöste oder verschwundene Staaten wie Jugoslawien und die DDR oder Protektorate wie der Irak.

Bis Mitte der 80er Jahre soll es noch souveräne National-Staaten gegeben haben. Der Westfälische Friede, der 1648 den 30-jährigen Krieg beendet hatte, soll bis dahin die gegenseitige Achtung vorgeschrieben haben, mit der es nun vorbei sei. Joachim Hirsch beklagt, dass die „westfälische Ordnung, die das moderne Staatensystem bis in das 20. Jahrhundert geprägt hatte", heute zersetzt werde. Die Souveränität wurde in diesen 300 Jahren derart „geachtet", dass der Weltatlas jedes Jahr neu

gedruckt werden musste. Man machte eine Konferenz, zog zwei Striche auf der Landkarte, schon war der Irak entstanden. Napoleon hielt von der Achtung der Staatsgrenzen genauso wenig wie England, Japan oder die USA, die Mexiko mal nebenbei Texas klauten. Preußen überfiel Österreich gleich dreimal in den Schlesischen Kriegen, Deutschland überfiel erst Frankreich und später alle. Soll Polen sich nach drei Teilungen über seine souveräne Vergangenheit freuen?

Die These ist wissenschaftlich albern und politisch verbietet sich die romantische Begräbnisrede auf frühere Nationalstaaten. Woher kommt der Unsinn? Dahinter steht die falsche Gleichung: Nationalstaat macht Reformen, Globalisierung macht sie weg. Diese Gleichung scheitert schon am Arbeitsdienst. Einige bedauern eigentlich nur, wie Hirsch schreibt, den Verlust der „sozial-staatlichen keynesianischen Strukturen der Nachkriegszeit", in der Adenauer und der neoliberale Ludwig Erhard regierten. Der Trauer liegt ein kolossales Missverständnis zugrunde. Nicht der funktionierende Nationalstaat und nicht eine Wirtschaftstheorie, sondern das kämpfende Subjekt hat dem darwinistischen System in Boomzeiten das Soziale abgerungen, das dem nicht kämpfenden Subjekt in Zeiten geringen Wachstums wieder abgenommen wird. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist kein Staatsgeschenk, sondern Ergebnis eines sechswöchigen Streiks. Das Gejammer über den Keynesianismus verbirgt die ideelle Beseitigung des Subjekts und die falsche Idee vom Staat, der an sich Gutes im Schilde führe, aber vom Globalen daran gehindert werde.

DER STARKE STAAT FÜR DIE EXPANSION

Der Kapitalismus benötigt keinen schwachen, sondern einen starken Heimatstaat als Operationsbasis für seine Expansion sowie für die Ordnung im Inneren. Seit es Kapitalismus gibt, kümmern sich die reichen Staaten um das expansive Kapital ihres Landes. Sie verfolgen damit das eigene Interesse, soviel Profit wie möglich aus der Welt in das eigene Staatsgebiet zu lenken. Mit dem Raub eines möglichst hohen Quantums festigt auch der Staat seine Macht und seinen Spielraum. Die Außenpolitik der reichen Staaten ist das ständige Ringen um einen möglichst großen Anteil aus der übrigen Welt. Kanzler Schröder war auf Asien-Tour, um für Siemens ein Kraftwerk an Land zu ziehen und um mit Indonesien, das gerade im Krieg ist, deutsche Investitionen und Investitionsschutz zu vereinbaren.

Marx entwickelte die Theorie vom „tendenziellen Fall der Profitrate" als Folge der wachsenden Menge dinglichen oder toten Kapitals im Verhältnis zur lebendigen Arbeit. Mit dem Anwachsen des Kapitalberges sinkt die Profitrate. Der Raub von Mehrwertmasse und Grundrente aus der Welt, die dort eine Spur von Hunger, Tod und ökologischer Verwüstung nach sich zieht, kompensiert den sinkenden Profit im Lande oder steigert ihn, sofern die Kompensation auf andere Weise gelingt. Die Expansion, die Imperialismus genannt werden darf, ist eine Notwendigkeit, und zwar für das Kapital und für den Staat. Der britische Ökonom Hobson interpretierte Imperialismus als Ausdehnung der Akkumulation auf das Ausland, sofern die inländische Kapitalanlage Schwierigkeiten bereite. Das ist nicht falsch. Lenin sprach von Sonderprofiten aus dem Ausland.

Selbst ein Blick in den „Duden" hilft weiter als die Globalisierung. Da liest man: Imperialismus ist „die Bestrebung einer

Großmacht, ihren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht- und Einflussbereich ständig auszudehnen". Das trifft heute unzweifelhaft zu. Wir leben also nach dem Duden, die letzte Instanz deutscher Schulklassen und Schreibbüros, nicht in einer diffus globalen, sondern in einer imperialistischen Epoche. Mit allen Definitionen lässt sich etwas anfangen, nur mit den globalen Mythen nicht. Genauso wenig mit dem Mythos des Krieges der Zivilisation zur Freude anderer Länder und Sitten, die auf Herrn Kippling zurückgeht, der Imperialismus als die Bürde des weißen Mannes begriff, Barbaren humanitäre Werte und Kultur zu bringen. Diese Definition erlebt ihre Renaissance sowohl bei einer linken Minderheit, als auch bei Außen- und Kriegsministern.

Wer wie viel Wert aus der Welt holen kann, entscheiden nicht nur Konkurrenzkraft und Diplomatie, sondern ebenso das Militär eines Staates. Die USA sind auch deshalb ein mächtiger Nationalstaat, weil ihr Militär in 65 Staaten der Erde stationiert ist, und weil nur sie glaubwürdig versprechen können, wer seinen Staat behalten darf und wem er genommen wird. Schlaue Diktatoren wie die in Zentralasien stellen sich an die Seite der USA, weil sie keine Lust haben, wie Milosevic vor Gericht zu stehen oder sich wie Saddam Hussein zu verstecken. Die USA kündigen die nächsten Kriegsziele an, weil sie keinen Krieg wollen. Diktatoren sollen die Chance bekommen, sich freiwillig zu unterwerfen, wie Syriens Assad, der kooperieren wolle, wie Präsident Bush sagt.

US-Konzerne müssen in Kauf nehmen, dass ihr Staat so stark ist, dass er ihnen verbietet, mit dem Iran Geschäfte zu machen. Dafür wirft er die Europäer aus dem Irak, damit sie dort einrücken können. Manchmal wünschen sich Konzerne

sogar starke fremde Staaten für die Stabilität ihrer Investitionen. Deshalb zieht China Kapital an und Russland nicht. Was diejenigen, die den Staat heimlich lieben, als seine Schwäche beklagen, ist in Wahrheit seine Stärke. Nur ein starker chinesischer Staat kann Gewerkschaften verbieten, 6-Tage-Woche mit Schlafräumen in den Fabriken einrichten und 15.000 Todesurteile im Jahr zum Teil öffentlich auf Marktplätzen vollstrecken.

Wenn Nationalstaaten für die bessere Reproduktion des Kapitals Blöcke wie die EU bilden, hebt das nationale Interessen nicht auf. Was ihre expansiven Interessen angeht, driften die Staaten der EU auseinander. Mit den USA oder gegen sie? Wer hat in China die Nase vorn? Sie sind sich einig beim Stabilitätspakt (Maastricht), im Abbau von Handels-Schranken im Binnenmarkt, aber wiederum nicht global, denn um die EU herum wird eine Mauer errichtet, nicht nur gegen Flüchtlinge, auch gegen Waren mit einer 30-Prozent-Zollschranke, die andere Staaten in die EU presst oder sie zumindest zwingt, im EU-Raum zu investieren.

DER STARKE STAAT FÜRS ZENTRUM

Die Konzerne benötigen auch in ihrem Zentrum einen starken Staat. Entgegen der Globalisierungsmythen geschieht die Kapitalakkumulation überwiegend national. Das gilt nicht nur für den Mittelstand, sondern ebenso für die Welt-Konzerne. Unter den 200 größten Konzernen sind 70 aus den USA. Diese 70 Globalsten der Globalen realisieren 75 Prozent ihres Umsatzes, fast 80 Prozent ihrer Investitionen und sogar 90 Prozent ihrer Forschung in den USA. Auch die große deutsche Exportwirtschaft hat ihren Sitz zu Hause, sonst wäre sie kei-

ne. Warum bleibt sie im Lande? Deutschland ist als Standort attraktiver als die Propaganda glauben macht. 2002 wurde für 126 Mrd. Euro mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland verkauft, als aus dem Ausland bezogen. Die Überschüsse im Handel mit den USA, mit Frankreich und Großbritannien waren jeweils höher als 20 Mrd. Euro. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nennt als Ursache für diesen Erfolg die im internationalen Maßstab günstigen Lohnkosten. Das ist der Grund, weshalb von den deutschen Investitionen, rund 400 Mrd. Euro im Jahr, nur 10 Prozent ins Ausland gehen. Davon sind wiederum 90 Prozent keine Produktions-Verlagerungen, sondern Firmenbeteiligungen. Das hat mit Kapital-Konzentration zu tun, bei der Profite anderer Firmen eingekauft werden sollen, was bekanntlich nicht immer klappt.

Der Staat wird im Inneren unter anderem dafür benötigt, den Verzehr von Profit durch Menschen, die selber keinen Mehrwert schaffen, sondern ihn nur zu Lasten des Profits verbrauchen (Rentner, Arbeitslose und Kranke), zu minimieren. Für den Kapitalismus wäre die profitabelste Lösung der Tod der Rentner und der nicht mehr in den Mehrwertbetrieb integrierbaren Arbeitslosen und Kranken. Über der Agenda 2010 schwebt Leichengeruch. Rentner, Arbeitslose und Kranke werden in Talk-Shows Woche für Woche nicht mehr Menschen, sondern Lohnnebenkosten genannt, die man senken müsse – ihre Verdinglichung zu lästigen Kosten. Die Senkung ihrer Versorgung kann wiederum nur ein starker Staat durchsetzen. Der Kapitalismus müsse sich „seinen Opfern widmen, damit sie stillhalten", schrieb der Marxist Paul Mattick, „aber das System wird diese Verluste nur tragen", wenn die Produktivität genug Wert für die Kapitalakkumulation abwerfe. Wer-

den die Profite „von den Kosten der Erhaltung der nicht-produktiven Bevölkerung aufgezehrt", höre „das Kapital auf, als Kapital zu fungieren".

Soweit sind wir nicht, aber jede Krise des Profits führt unweigerlich zum Angriff auf das Soziale und immer gilt: Staaten, die den „unproduktiven" Schichten einen höheren Wert abpressen, der in Kapital verwandelt werden kann für neue Techniken, die Eroberung Chinas, für Kriege, Rohstoffe, den Kauf von Konkurrenten und Staaten, haben einen Konkurrenzvorteil. Mit Münteferings Worten: „Wir müssen einen Teil des Konsums umlenken in Investitionen für die Zukunft." Wer meint, die Beseitigung des Sozialen offenbare die Schwäche des Staates, hat nicht begriffen, dass der Staat, wie Marx schrieb, „die Form ist, in welcher die Individuen einer herrschenden Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen". Die Akteure des Staates sind also herrschende Klasse. Während hier noch der Schein gewahrt wird, wechseln die Führungskräfte in den USA zwischen Wirtschaft und Politik offen hin und her. Dick Cheney ist Verteidigungsminister bei Vater Bush, in der Clinton-Ära im Aufsichtsrat von Chevron/Texaco und Chef des Ausrüsters Halliburton, und danach wird er Vize-Präsident beim Sohn Bush. Die objektiven Interessen von Staat und Kapital decken sich. Beide speisen ihren Gewinn oder ihre Finanzierung aus demselben Mehrwert. Auch der Staat muss für Macht und Spielräume den Wert, den die Schichten verzehren, die keinen Mehrwert schaffen, senken, und er muss immer wieder seine Nachfrage-Politik korrigieren, gleichgültig, ob Ludwig Erhard oder Helmut Schmidt sie gemacht hat. „Keynes" ist nicht nur unsozial, weil er nur die profitable Reparatur des Kapitalismus meint, er ist obendrein untauglich.

Der Staat fragt nach, um unproduktive Sektoren am Leben zu halten, oder für den Verbrauch. Die Werte dafür kann er nur aus profitablen Sektoren abschöpfen, die dort nicht akkumuliert werden können. Diese Umschichtung senkt die Profitrate des Gesamt-Kapitals. Die Folge ist, dass auch der Staat weniger einnimmt und an seine Grenzen stößt. Der Keynesianismus erschwert dem Kapitalismus die laufende Selbst-Reinigung durch die Ausmerzung des Unproduktiven. Er verschiebt die Krise und türmt sie auf, bis sie sich mit einem größeren Knall entlädt. Das ist heute der Fall. Dabei ist die Profitrate auch eine politische Größe, die in Klassenkämpfen ermittelt wird, die es in Boom-Zeiten leichter haben. Die Interessen der Konzerne und die ihrer Heimatstaaten decken sich also nach Außen und nach Innen. Es gibt Differenzen über Steuern oder über die Radikalität bei der Beseitigung des Sozialen. Der Staat hat sich auch um Befriedung zu kümmern und in Gestalt seiner Parteien manchmal auf das Stimmen-Potenzial zu achten. Das kostengünstigste Befriedungsmodell bleibt immer: Die Selbstaufgabe des Individuums für die Nation, die mit nationalistischer Traditionspflege einhergeht. Darauf müssen auch Konzerne in Krisen zurückgreifen können. Jede nationalistische Erhebung stärkt den Konzern zu Hause und schwächt ihn im Ausland.

Aus der Summe nationaler Regressionen will ich an dieser Stelle den Bürger-Konvent herausgreifen, der sich täglich im Fernsehen und in ganzseitigen Zeitungsanzeigen meldet. Die Botschaft: „Deutschland ist besser als seine Politiker." In einer Großanzeige in der Süddeutschen Zeitung: „Wir brauchen ein Land, das seine besten Traditionen pflegt: Arbeit, Leistung, Sparen." Dann wird's bedrohlich: „Schon werden Stimmen laut, die demokratische Ordnung für die Blockade verant-

wortlich zu machen. In einem funktionierenden Gemeinwesen könnten nicht alle mitreden. Einer müsse entscheiden. Die Argumentation scheint schlüssig." Die Stimmen, die sie hören, sind ihre eigenen. Der Führer oder Mediendarsteller ist Professor Meinhard Miegel, ein Renten- oder Demographie-Experte, der seine Wortmeldungen gerne beginnt mit: „Wir freuen uns ja, dass die Menschen heute so alt werden, aber ..." Da hört die Freude auf und sie werden zur Last. Er und Klaus von Dohnanyi oder der Spiegel in Serie wollen der Verfassung an den Kragen. Sie solle „ökonomisiert" werden, von Hindernissen auf dem Weg zu Deutschlands Spitzenstellung gereinigt werden. Hindernisse sind: Gewerkschaften, Parteien, Kleinstaaterei, flüchtiger Gegenwartskonsum, Sozialsysteme mit ungedeckten Wechseln. Ihr Ruf: „Beenden wir die Vormundschaft des Staates" meint: Setzen wir durch, was die nicht vom Sozialen behinderte Marktwirtschaft ist, die Übertragung der darwinistischen Naturordnung auf die menschlichen Gesellschaften.

WAS IST DAS WESEN UNSERER EPOCHE?

Das Neue in unserer Epoche ist die Regression zum klassischen Imperialismus mit nationalen Kriegen und Eroberungen, mit Protektoraten und heftigen nationalen Konkurrenzen, die sich darin spiegeln, dass Allianzen wie UNO, Nato oder „Transatlantische Partnerschaft" fast Relikte vergangener Zeiten sind. Seit der Westen seine gemeinsame Klammer, den Sowjetblock in den Kapitalismus zurückzuholen, durch seinen Sieg verloren hat, brechen die Dämme und man legt wieder heftiger gegeneinander los. Deshalb, und nicht weil Politiker sich im Ton vergreifen, haben wir den Rückfall in den Natio-

nalismus, der heute „Unilaterismus" genannt wird. Was den Amerikanern angelastet wird, gilt auch für Staaten wie Deutschland, das seit seiner vollen Souveränität an einem Imperium bastelt, mit Europa, Osterweiterung und Russland. Überall wurde schon 1991 die Militärdoktrin auf die nationale Sicherung von Märkten, Rohstoffen und Transportrouten auf dem Globus umgeschrieben, und in den USA zusätzlich auf die Beseitigung von „Renegaten-Staaten".

Neu ist zweitens der Hegemon USA, der sich entschieden hat, seinen Vorsprung zu nutzen. Henry Kissinger schreibt: „Die Vereinigten Staaten erfreuen sich zu Beginn des neuen Jahrtausends einer Stellung in der Welt, mit der sich keines der Imperien der Vergangenheit messen kann." Er sagt weiter: „In dem fortdauernden Feldzug der USA" gehe es „keinesfalls nur darum, Terroristen aufzuspüren. Es geht vor allem (!!) darum, sich nicht die außerordentliche Gelegenheit nehmen zu lassen", die Einfluss-Sphären auszudehnen. Die USA müssten schnell handeln, schrieb Brzezinski, US-Sicherheits- und Geostratege, 1999, denn Europa, Japan oder China könnten den Vorsprung der USA in 20 Jahren aufgeholt haben. „Kurzum", sagt er, „Amerika hat nur eine kurze historische Chance, die Anarchie auf der Welt zu beseitigen und die Gefahr eines Aufstiegs einer neuen Macht erfolgreich hinauszuschieben." Man werde besonders darauf achten, dass die EU nicht so „geschlossen" agiert, dass sie „bald die Vereinigten Staaten in bedeutsamen geopolitischen Belangen, besonders im Nahen Osten, herausfordern könnte".

Es dauert etwas, bis das Vorgedachte sich in Politik übersetzt, aber schon 2002 sagte Präsident Bush bei einem Staatsbesuch in Japan dasselbe: „Sie verstehen, dass unser Einsatz

nicht nur in Afghanistan stattfindet, dass uns die Geschichte eine einzigartige Gelegenheit gegeben hat, und wir werden diesen Moment ergreifen." Es gehe um „die Bewahrung und den Ausbau der Vormachtstellung Amerikas", und er werde es „nicht zulassen, dass irgendeine fremde Macht den großen Abstand zu den USA aufholen wird". China und die USA, schrieben die Republikaner in einem Strategiepapier, „werden im 21. Jahrhundert politisch und militärisch zwangsläufig Konkurrenten", weil China aus den Nähten platzen werde wie Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg.

Die USA verfügen über ein Drittel der Wirtschaftsleistung und 40 Prozent des Militärs der Welt. Sie geben fast 400 Mrd. Euro fürs Militär aus, Deutschland 25. Die EU hat dieselbe Wirtschaftskraft, kommt aber militärisch gerade auf ein Drittel des amerikanischen Potenzials. In der Qualität ist der Abstand noch größer. Die USA haben 3.000 Kampfflugzeuge für 200 Mrd. Dollar in Auftrag gegeben. Selbst wenn man hier alle Arbeitslosen verhungern ließe, hätte man erst ein Viertel dieses Werts zusammen. Der größte Nachteil ist aber: Die USA handeln als Nation, während Europa ein Konglomerat aus nationalen Interessen und Empfindlichkeiten ist. 1991 legte Powell bereits eine Studie für die Zeit nach dem Kalten Krieg vor. Internationale Verträge und Institutionen würden „die Handlungsfreiheit einer Weltmacht in Monopolstellung nur unnötig einschränken". Der Gedanke des Unilaterismus ist also über zehn Jahre alt.

Die hegemonialen Pläne der USA haben mit den Anschlägen am 11. September 2001 nur insofern zu tun, als sie zur national-patriotischen Stimmung beigetragen haben mögen, ohne die größere Kriege nicht zu führen sind. Als die Taliban nicht

funktionierten und Bin Laden zum Sturz des saudischen Königs aufrief, hieß es: Wenn uns die Haupt-Ölregion verloren gehe, werde Amerikas „Status als Weltmacht" bedroht. Vize-Präsident Cheney klärte den Ölbedarf der USA. Der Import steigt bis 2020 auf 70 Prozent. Die USA müssten alle erreichbaren Ölquellen sichern. Die Taliban wurden weggebombt und im Schatten des Afghanistan-Krieges richtete man militärische Stützpunkte in Aserbaidschan, Usbekistan, Tadschikistan, Kasachstan und in anderen Ländern um das ölhaltige Kaspische Meer in Zentralasien ein, um Russlands Rückkehr zu verhindern, und um sich, wie China meint, an seinen Grenzen aufzubauen. Dann erwog die US-Administration laut Süddeutscher Zeitung zwei Optionen zur Sicherung des Golf-Öls, wo 70 Prozent der Weltreserven liegen: „Die Besetzung der saudischen Ölfelder" oder „die Herrschaft über das irakische Öl". Alles sprach für den Irak. Saudi-Arabien hätte den Islamismus stärker entfacht, Saddam Hussein war als Bösewicht identifiziert, würde international weniger Protest hervorrufen und der Irak war seit Jahren systematisch geschwächt worden.

DIE ÖKONOMIE DES KRIEGES

Nun sagen Viele: Kriege lohnen gar nicht, weil sie so teuer sind. Die Ökonomie des Krieges ähnelt heute dem alten Kolonialismus. Im Irak liegen wirtschaftlich abbaubare Ölreserven von 112 Mrd. Barrel. Der neue Machthaber verfügt bei heutigen Preisen über einen Reichtum von 2.800 Mrd. Dollar, die selbstverständlich nicht sofort zur Verfügung stehen. Nach einigen Reparaturen käme man auf 3,5 Mio. Barrel am Tag, Jahreseinnahme: 32 Mrd. Dollar. Nach Modernisierungs-Investitionen

rechnet die Fachwelt mit 54 Mrd. Dollar im Jahr, und zwar 52 Jahre lang. In Wahrheit länger, weil im Irak seit 20 Jahren kein Öl mehr gesucht wurde. Ein gewaltiges Auftrags-Volumen, auch zur Sanierung der defizitären Leistungsbilanz der USA. Wenn es den USA gelänge, ihren Öl-Import-Wert durch Sonderpreise zu halbieren, hätten sie in 10 Jahren 650 Mrd. Dollar gespart.

Es lohnt sich also schon, von der UNO ein Protektorat „Irak" beschließen zu lassen, unter Führung der USA und Groß-Britannien, mit der Hoheit über die Ölverkäufe und die Auftragsvergabe. Die USA, schreibt die Frankfurter Allgemeine, „werden verständlicherweise die Friedensdividende einstreichen, politisch und wirtschaftlich". Dabei hilft es, dass der Irak nicht nur Öl-Reichtum bietet, sondern auch einen Schuldenberg. 200 Mrd. Dollar sind Reparationsschulden aus dem Golf-Krieg '91. Zu zahlen an die USA und Partner wie Kuwait. 25 Prozent der Einnahmen sollen in die Tilgung der Reparationen fließen, 75 Prozent sind Auftragsvolumen für den Wiederaufbau.

Die Besatzung dauert ein Jahr, wird sich aber auf unbestimmte Zeit verlängern, sofern der Sicherheitsrat nicht anders entscheidet, was die USA mit ihrem Veto-Recht verhindern werden. Warum haben die Konkurrenten dem zugestimmt? Deutschland darf es nicht zu weit treiben. Frankreich und Russland standen vor der Wahl, entweder gar nichts oder sie bekommen die Aufträge aus dem Öl-für-Lebensmittel-Programm der UNO im Wert von 10 Mrd. Dollar noch abzuwickeln. Im übrigen werden aber alle Ölverträge, die mit Saddam Hussein im Wert von 38 Mrd. Dollar für 19 Ölfelder abgeschlossen worden waren, nach Aussage des Beraters Rich-

ard Perle, „für null und nichtig erklärt". Das trifft Russland, Frankreich und China. Auch Malaysia und Japan tummelten sich im Lande. Deutschland, das Chemie und Bunkersysteme lieferte und mit 112 Firmen auf Saddams letzter Industriemesse vertreten war, ist ebenfalls aus dem Spiel.

Wer nicht von irgendeiner Moral ausgeht, sondern von Imperialismus, wird die Aneignung des Raumes genauso logisch finden wie das „Nein" der konkurrierenden Staaten zum Krieg. Sie wussten, dass sie hinausgeworfen und in ihren Weltmacht-Ambitionen zurückgeworfen werden. Manchmal erklären schon kleine Begebenheiten die Welt. Mitten im Krieg forderte Colin Powell die russischen Diplomaten auf, den Irak zu verlassen. Die meldeten ihre Ausreise nach Syrien bei der Kommandantur an, fuhren los und wurden unterwegs von US-Truppen zusammengeschossen. Das Personal kam ins Krankenhaus, die Akten mit dem Register der Ölquellen, der Tabelle russischer Agenten und sonst was wurden beschlagnahmt.

Das Protektorat „Irak" soll mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Abschöpfung der Grundrente. Die USA sind nicht mehr auf das unsichere Saudi-Arabien angewiesen. Die Opec-Staaten werden quasi entmachtet. Die USA regulieren den Ölpreis. Durch die permanente Bedrohung Syriens und des Irans wird der Nachschub für den Dschihad, Hamas und Hisbollah ausgetrocknet. Und man kann die Konkurrenten gefügig machen, sagt Henry Kissinger: „Wenn es am Golf zum Äußersten kommt, werden die Europäer die ersten sein, die um amerikanische Energievorräte bitten, um ihre Wirtschafts-Katastrophe zu vermeiden". Auch China, das bald 90 Prozent seines Öls importieren muss und ohne den Golf nicht auskäme.

GREATER MIDDLE EAST

Die USA haben aber größere Pläne: Alle Länder des Nahen Ostens sollen eine Freihandelszone mit den USA werden. Das hatte die EU vor dem Krieg für sich geplant. Langfristig geht es um die „Transformation des Greater Middle East", die Neuordnung des Raumes vom Mittelmeer im Westen bis Afghanistan im Osten, vom Kaspischen und Schwarzen Meer im Norden bis zum Jemen im Süden. Ziel ist die friedliche Ausbeutung, die auf der ökonomischen Befriedung von Staaten, Clans, religiösen Machtgruppen beruht und die von der Lösung des Israel-Palästinenser-Konflikts abhängt, mit der militärischen Drohkulisse der Vereinigten Staaten, die jederzeit zuschlagen könnte.

Kann die ökonomische Entwicklung gelingen? Peter Scholl-Latour sagt: Nein, das kann der Mohammedaner nicht, weil er von Haus aus ein Krieger ist. Die Frankfurter Allgemeine sagt: Ja, „der Irak wird in den kommenden Jahren ein Wachstumsmarkt sein, wie ihn der Nahe Osten lange nicht erlebt hat." Der Raum wird bestenfalls gespalten. Auf der einen Seite bleiben die Rentiers-Staaten wie Saudi-Arabien, mit Günstlings-Wirtschaft ohne eigene Profitproduktion. Korruption hält das Machtgefüge zusammen oder nicht. Wer sich übergangen fühlt, spendet an die Al-Qaida. Das funktioniert mit den USA als Schutzmacht und der Wahn-Projektion. Arbeitskräften aus Palästina, Ägypten und Pakistan wird wie in anderen arabischen Diktaturen suggeriert: Euer Ungemach kommt nicht von der Diktatur, sondern von Israel.

Jetzt fürchtet Saudi-Arabien, fallengelassen zu werden. Der Abzug der US-Truppen sei nicht in ihrem Sinne. Sofort bot Schröder dem Königshaus Hilfe bei der Bekämpfung des Ter-

rors an. Allerdings: 30.000 sogenannte amerikanische Militärberater und -ausbilder bleiben im Land.

Der Irak bietet Voraussetzungen für eine ökonomische Entwicklung. Er war vor dem ersten Golfkrieg ein Schwellenland, das im Industrialisierungsgrad vor Brasilien stand, und er verfügt über das höchste Facharbeiterniveau im arabischen Raum, weil das Baath-Regime dafür gesorgt hatte, dass Maschinenbau wichtiger war als der Koran. Mit den Öleinnahmen könnten die USA Bedingungen schaffen wie in Südkorea, das als Plattform für den Vietnam-Krieg Vergünstigungen für die eigene Produktion mit einem Binnenmarkt erhielt. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass irgendwann Israel, Irak und ein palästinensischer Staat die Leuchten im Nahen Osten werden, während die Rentiers-Staaten und dazu Jordanien, Syrien, Libanon, die ihren Handel mit dem Irak eingebüßt haben, die Verlierer sind.

Die Entwicklung ist selbstverständlich mit Unsicherheiten behaftet. Die arabischen Aufstände sind zwar ausgeblieben, aber Prognosen über Verteilungskämpfe und Terror-Gruppen lassen sich nur schwer treffen. Unsicher bleibt – neben der Frage eines palästinensischen Staates – auch, ob der Iran die USA in Kämpfe verwickelt, um von sich als Kriegsziel abzulenken, unabhängig von der Frage, ob das hilft. Die Dialektik ist heute so, dass ein Staat wie Nordkorea meint, mit zwei Atombomben abschrecken zu können, und damit die Wahrscheinlichkeit wächst, dass dieser Staat bald nicht mehr existiert. Worüber ich nicht mein Bedauern ausdrücken will.

Auch der russische Staat könnte an einer Unruhe am Golf interessiert sein. Nicht nur, weil er mit dem Iran im Boot sitzt. Wenn das Öl aus dem Irak nicht auf den Markt käme, würde

Russland sich zum Hauptversorger der Welt mausern können. Vor allem würde die Halbierung des Öl-Preises den russischen Staat, der sich durch Öl- und Gasexporte finanziert, in die Pleite treiben. Die USA handeln aber nicht wie ein Cowboy, sondern bieten Russland gerade eine Versorgungs-Partnerschaft an. Eine Pipeline zum Hafen Murmansk soll die USA mit Öl aus Russland versorgen. Zum Leidwesen Deutschlands, das mit Russland noch Großes vorhat. Aber, wer wie die USA ein Drittel der Weltwirtschaft auf sich vereint, der ist wie beim Hase-und-Igel-Spiel immer schon da. Trotzdem, meint Brzezinsky, könnten die USA selbst zum Unsicherheitsfaktor werden. Der militärische Sieg in drei Wochen, kaum eigene Opfer, mache einige übermütig. Er warnt vor einem schnellen Angriff auf den Iran.

PERMANENTE MACHTDEMONSTRATIONEN DER USA

Die Machtdemonstrationen der USA gehen weiter. Sicherheitschefin Rice: „Ein Präventivschlag gegen Pjöngjang" käme „dann in Frage, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind." China hat erklärt, es werde keinen Schutz gewähren. China ist nicht nur strategischer Konkurrent der USA, sondern hängt auch am Tropf der USA. Ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung besteht im Export. Davon geht ein Viertel in die USA, nach Deutschland gehen nur 4 Prozent. Colin Powell kündigte an: „Die USA werden ihre Kuba-Politik in allen Bereichen überprüfen, denn Kuba ist eine Verirrung in der westlichen Hemisphäre." Das hört sich nicht gut an. Dem Iran wird vorgeworfen, sich in den Irak einzumischen. Der iranische Außenminister Charasi antwortete: Es sei etwas absurd, „dass

die USA unser Land beschuldigen, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen, in den sie selbst gerade einmarschiert sind." Rumsfeld hat den Vorwurf erneuert, dass die Al Qaida im Iran eine Operations-Basis betreibe. Der Iran wird ein großer Brocken, auch weil sich über 400 deutsche Firmen neben französischen und russischen im Land tummeln.

Zwischen den USA und Frankreich geht's ziemlich zur Sache. Colin Powell bezeichnet die französische Haltung als „antiamerikanisch" und droht an: Alle „Aspekte unserer Beziehungen werden im Lichte dieser Angelegenheit betrachtet". Frankreich konterte noch in derselben Woche mit einem Militärpakt „Frankreich und Russland". Powell war in Paris und ließ dort verlauten: Frankreich werde sich auf „unerfreuliche Veränderung gefasst machen müssen". Die militärische Zusammenarbeit werde möglicherweise aufgegeben und Hilfen im Nuklearbereich sollen „überarbeitet" werden. Warum Frankreich? Die Hintergründe sind erstens konkret und zweitens strategisch. Frankreichs Interessen in den ölreichen westafrikanischen Staaten sind akut bedroht. Die Frankfurter Allgemeine: „Neben ihren Einflussgebieten wie Nigeria und Angola drängen amerikanische Konzerne in die bislang von Frankreich beherrschten Märkte", vor allem in den Kongo, der noch von Total-Fina-Elf beherrscht wird, in den Tschad und in die Elfenbeinküste. Das US-Außenministerium bestätigte offiziell „die Bemühungen, ihren Firmen Zugang zu afrikanischen Ölquellen zu erleichtern." Mit dem Inselstaat Sao Tomé an der Westküste wurde die Errichtung eines amerikanischen Marinestützpunktes vereinbart.

Der zweite Grund des Konflikts ist die strategische Option. Tony Blair sagt: „Die französische Vision von einer multipo-

laren Welt", in der es künftig mehrere Machtzentren geben soll, würde „die internationale Stabilität unterhöhlen und die Rivalität des Kalten Krieges in anderer Form wiedererstehen lassen. Ich glaube, die unterschiedlichen Machtzentren werden sich rasch in rivalisierende Machtzentren entwickeln." Das glaube ich auch. Die multipolare Welt meint die Strategie eines Gegenimperiums. Die USA behandeln Deutschland zur Zeit etwas schonender als Frankreich. Während Frankreich festgelegt zu sein scheint, könnte in Deutschland ein Regierungswechsel die politische Richtung etwas abmildern.

DIE MULTIPOLARE WELT ODER DAS BASTELN AN EINEM GEGENIMPERIUM

Was Tony Blair mit dem neuen Kalten Krieg anspricht, wird heute wieder bis zu großen Entscheidungsschlachten gedacht. Kissinger schreibt, dass schon „der Wettstreit um den Zugang zum Öl und seine Routen" die West-Allianz wieder „in nationale politische Wege und Ziele verwandeln" könnte. Europa konzentriere sich auf eine eigene Eingreiftruppe. Japan habe den zweitgrößten Militäretat auf der Welt und strebe eigene Atomwaffen an. Und mit Blick auf China kündigt er an: „Wenn in Asien eine Hegemonie droht – durch welches Regime auch immer – würde Amerika ebenso einschreiten wie im 2. Weltkrieg gegen Japan." Kissinger meint, es sei offen, „ob die Nationen des Westens sich wieder auf einem Kurs befinden, der sie zweimal fast vernichtet hätte".

Kanzler Schröder gibt eigentlich keinen Anlass für eine schonende Behandlung. Auf seiner Asien-Reise, wo er jene Staaten besuchte, die sich ebenfalls gegen den US-Krieg ausgesprochen hatten, warb er für die Idee einer multipolaren

Weltordnung und betonte: Der asiatische Raum sei für Deutschlands Exporte wichtiger als die USA. So etwas muss man nicht sagen, es sei denn, man verfolgt eine Absicht. Die Frankfurter Allgemeine: „Schröder dehnte die neue deutsche Position bis an die Grenze aus." In Deutschland steht eine historische Entscheidung an: Entweder profitieren an der Seite der USA oder einen imperialen Gegenblock bilden mit allen Risiken. Außenminister Fischer, dem der Spiegel früher in nationaler Absicht vorgeworfen hatte, auf dem Schoß von Madelaine Albright zu sitzen, ist bereit zum großen Risiko, oder zu dem, was die Süddeutsche Zeitung als Schritt „von der Ohnmacht zur Weltmacht" bezeichnete. Sein geostrategisches Credo lautet: „Kulturell nennt sich unser Kontinent Europa – aber geographisch sind wir eigentlich Westasien – wie der Blick auf die Landkarte zeigt." Das soll heißen: Wenn Deutschland eine Weltmacht werden will, die eines Tages den USA die Hegemonie streitig machen kann, müssen wir uns, mit Frankreich im Rücken, gen Osten über Russland bis China ausdehnen und zügig militärisch handlungsfähig werden. Weil sie befürchteten, von der Achse „Frankreich-Deutschland" an den Rand gedrängt zu werden, rückten einige Staaten Europas an die Seite der USA. Berlusconi ruderte zurück und faselte von einem mächtigen Europa einschließlich Türkei, Ukraine, Weißrussland und Russland.

Französische Minister und Zeitungen geraten ins schwärmen, wenn sie über den für das europäische Außenamt favorisieren Fischer reden. Er sei „ein großartiger Außenminister", ein „ehrgeiziger Politiker einer neuen Politiker-Generation, die der Gleichklang mit Amerika nicht mehr über alles geht". Frankreich unterstützt sogar Fischers Machtbegehren. Er ver-

knüpft die Amtsübernahme mit der Befehlsgewalt über alle „außenpolitischen und militärischen Diensteinheiten der EU" und mit einer „den USA gleichwertigen Planungseinheit für strategische Analysen". Die neue Konfliktlage deckt schonungslos auf, das ein Imperialismus ohne eigene Drohkulisse und Kriegsfähigkeit nur ein halber ist. Die Zeiten, in denen Handel und Wandel oder Terms of Trade genügten, sind vorbei. Der britische Sicherheitsexperte Steven Everts sagt: „Der alte Mythos von der zivilen Regionalmacht Europa wird unweigerlich untergehen." Ein Berater von Solana wird zitiert mit den Worten: „Wenn es stimmt, dass die Welt ein Dschungel ist, dann sollten wir sicherstellen, dass Europa zu den Tigern gehört – und nicht zu den Affen." Minister Struck: „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Das deutsche Militär wird umgerüstet für Interventionen ohne USA und Nato. Mit Frankreich will man gemeinsam jene Löcher „zurüsten", wie es hieß, die Amerika reiße. Zu diesem Zweck soll sogar das Heiligtum von Maastricht, die 3 Prozent Neuverschuldung, fallen. Nicht für die Erhaltung der Sozialtransfers, sondern weil Weltmacht-Ambitionen durch Rüstung gestärkt und durch die Versorgung der Armen geschwächt werden.

Deutschlands Souveränität, schrieb der Stern, wird bis zum Äußersten ausgedehnt, „so weit und so risikobeladen, dass es heute als die wichtigste Gegenmacht der Amerikaner" wahrgenommen werde. Die russische Iswestija schreibt: „Frankreich und Deutschland basteln an einem eurasischen Imperium. Dieses Angebot müssen wir genau prüfen." Manche konservative Atlantiker und selbst nationalbewusste Ideologen lässt das Tempo erschaudern. Die Frankfurter Allgemeine schlingert hin

und her. Sie lobte, dass Deutschland mit Fischer „Ordnungsmacht in Asien" werden könnte, vorbei an „Möglichkeiten, die den Vereinigten Staaten fehlen". Dann befürchtete sie, dass die 68er an der Regierung sich allzu forsch von „unserem wichtigsten Partner" lösen würden. „Sie jonglieren mit vielen Kugeln, von denen einige mit Sprengstoff gefüllt sind." Sie hatten spät bemerkt, dass die SPD mit ihrem Wahlkampf gegen Amerika nicht nur Stimmen abholen wollte, sondern es ernst gemeint hatte. Später lenkte die Frankfurter Allgemeine wieder ein: Die EU sei „der Verstärker deutscher Macht" und die USA böten „tatsächlich ausreichend Anlass, um über die Vorteile einer multipolaren Weltordnung nachzudenken." Aber dieser Streit berge nicht weniger als „Nuklear-Sprengkraft" in sich.

Das Aufeinanderprallen der Mächte wird man sich zunächst als Anwachsen von Stellvertreter-Kriegen vorstellen müssen. Der ehemalige US-Botschafter in China vermutet, dass sich die USA und China schon bald „auf unterschiedlichen Seiten langjähriger Guerillakriege wiederfinden" werden. Chinesisches Militär ist im Sudan, in Kasachstan und sonst wo. Der US-Militärdenker Paul Wolfowitz meint: „Besser kleine Kriege gleich führen als große später". Der Krieg als Teil einer Deeskalationsstrategie. Wir sollten die Phantasie aufbringen, uns vorzustellen, was geschehen könnte, wenn der Kapitalismus in eine wirkliche Weltkrise gerät. Karl Marx schrieb: „Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz als praktische Brüderschaft, aber sobald es sich nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich dem anderen auf den Hals zu schieben und die Konkurrenz verwandelt sich in einen Kampf der feindlichen Brüder".

DAS BEWUSSTSEIN SCHLEICHT AN DIE SEITE DES IMPERIALISMUS

Als wolle das deutsche Bewusstsein sich darauf vorbereiten, rückt es an die Seite der Nation oder seines Machtblocks. Bei der akuten deutschen Geschichtsbewältigung in Literatur und Fernsehen gewinnt man den Eindruck, dass es im Zweiten Weltkrieg nur deutsche Opfer gegeben hat. Donald Rumsfeld löste dann mit seiner lapidaren Bemerkung über das alte Europa unter deutschen Intellektuellen einen wahren Regressionsrausch aus. Regression meint: Die Rückkehr zu alten Verhaltensweisen bei Verlust des höheren Niveaus. Pastor Schorlemmer: „Das alte Europa tut gut daran, an den Prinzipien festzuhalten, die Immanuel Kant aufgestellt hat, statt sich der eisigen Machtlogik der angloamerikanischen Aggressionsgemeinschaft zu unterwerfen." Jetzt warte er „auf Spendenaufrufe von Frau Merkel und Friedmann" für die Kriegsopfer. Er wollte nur mal sagen, dass er beide, die Deutsche, die mit Amerika kollaboriert, und den Juden für miese Typen hält.

Der Dichter Durs Grünbein: „Europa formiert sich als dritte Kraft im Spiel der Supermächte. Und wir können sagen, wir sind dabeigewesen." Sein Pathos ließ ihn übersehen, wer die zweite Supermacht sein soll, und dass Europa gerade auseinander fiel. Der Historiker Joseph Rovan: „Dieses Europa wird von der Oder bis Gibraltar und von Island bis Saloniki reichen." Alice Schwarzer. „Ich war stolz auf den deutschen Kanzler." Der Abschluss-Redner auf der Friedens-Demonstration in Berlin sagte vor einer halben Million Menschen, er bedanke sich bei Deutschland, Frankreich, Russland und China für ihren Friedenswillen und wünsche ihnen die Kraft, durchzuhalten. Deutschland darf zwar in Kabul nur die

Nachtwache übernehmen, strebt aber an, richtig Krieg führen zu können. Deutschland mordet in den Abschiebeknästen, in Bündnissen mit Regimen wie dem in Indonesien und durch den ökonomischen Raub auf der Welt. Frankreich hat dafür gesorgt, das im Algerien-Krieg jeder zehnte Einwohner nicht am Leben blieb und arbeitet militärisch mit Regimen und Banden in Afrika zusammen, unter anderem mit den Hutus, die bis zu einer Million Tutsi dahinmetzelten. China hält die innere Ordnung mit Todesurteilen in Serie aufrecht. Russland erspare ich mir. Wer diesen Staaten dankt, denkt nicht friedlich, sondern gewalttätig und pro-imperialistisch. Es soll nur das eigene Imperium sein und nicht der amerikanische. Ich bin für die Demonstration gegen den Krieg, auch gegen den amerikanischen, aber für eine Demonstration, die bei solchen Aussagen pfeift.

Der Philosoph Jürgen Habermas freute sich, als Deutschland dabei war, über jede Bombe auf Belgrad. Jetzt flucht er über Amerikas „Sicherheitsdoktrin, die völkerrechtlichen Grundsätzen spottet". Auch die deutschen Bomber waren ohne UNO-Mandat nach Belgrad geflogen. Habermas: „Milosevic musste gestoppt werden" durch den Krieg „der demokratischen Staaten, die eine Beschlusskompetenz ausüben, die, wenn es bereits heute mit rechten Dingen zuginge, unabhängigen Institutionen zustünde". Das schafft nur ein Philosoph. Dass die nationale Kompetenz legitim sei, weil unabhängigen Weltinstitutionen dieselbe Entscheidung getroffen hätten, wenn es bereits heute mit rechten Dingen zugehen würde, auf nicht mehr und nicht weniger haben die USA sich berufen. Sein Kontrahent Sloterdijk verteidigt gegen Amerika die Kultur, „im alten Europa, durch Frankreich und Deutschland eh-

renvoll vertreten". Die Regression treibt ihn zurück zu den Nazis, zu Kaiser Wilhelm und zur Propaganda der deutschen Nationalbewegung, die allesamt dem angloamerikanischen Kommerzgedanken die Kultur entgegenhielten.

Die Dichter und Denker sind nicht gegen Krieg. Sie sind gegen den amerikanischen Krieg. Und wie immer, wenn Deutschland noch die reale Macht fehlte für Weltherrschaftsversuche, lassen sie die deutsche Kultur den deutschen Waffen schon vorauseilen. Der Sog ist so stark, dass der Verband Deutscher Schriftsteller die Protagonisten des aggressiven deutschen Imperialismus bis zum Hindukusch, Gerhard Schröder und Joschka Fischer, für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels vorschlagen, einstimmig, wie es heißt. Die Junge Welt kümmert sich derweil um die Allmacht der Juden. In Frankreich hatte ein kommunistischer Bürgermeister zum Boykott jüdischer Waren aufgerufen. Der Mann wurde angeklagt und freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Die Junge Welt enthüllt, warum: „Die französische Regierung soll von einer jüdischen Lobby unter Druck gesetzt worden sein." Die „Invasion im Irak ist der Höhepunkt der Partnerschaft von USA und Israel." Der Beweis: „Die US-Armee hat in Israel Bulldozer für den Häuserkampf in Bagdad eingekauft." Mir fehlt das militärische Fachwissen, um zu beurteilen, warum die Amerikaner auf diese gefährliche Waffe verzichtet haben, und nur mit Panzern eingerückt sind. In Frankreich steigen die rassistischen Gewalttaten an. Nach der jüngsten Statistik sind 60 Prozent gegen die jüdische Gemeinde gerichtet. Eine Friedensdemonstration endete nach Rufen wie „USA, Judenstaat, Verbrecherstaat" mit einem Angriff auf das Vereinslokal der links-zionistischen Jugend.

Es muss wohl kaum erwähnt werden, dass von der Idee einer sozialen Befreiung weder die Rede sein kann, wenn man sich der imperialistischen Eroberung der USA an den Hals wirft, noch wenn man sich über die Kritik der USA an die Seite der eigenen Nation und ihr Imperium schleicht, was der Haupttrend ist. Genauso existenziell ist es, sich dem antisemitischen Wahn entgegenzustellen, ob er mit dem Globalen oder mit Amerika oder der Rechtfertigung der Ermordung von Juden durch Selbstmord-Kandidaten daherkommt. Soziale Befreiung geht als Idee nicht nur nicht ohne die Überwindung des Männlichen als Durchdringung der Gesellschaft vom Gleichschritt in der Produktion bis zur Waffentechnik und zum Kriegspathos. Soziale Befreiung geht selbstverständlich ebenso wenig mit der Nation wie mit rassistischen und antisemitischen Projektionen, die allesamt Projektionen der Unterdrückung bis zur Vernichtung, also krasser Gegensatz zum Gedanken der sozialen Befreiung sind.

POSTFORDISMUS IN DER (SEMI-)PERIPHERIE

GRUPPE DEMONTAGE

Die Internationalisierung ökonomischer Prozesse hat seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu einer Entwicklung geführt, in deren Verlauf linke Bewegungen und Gruppen zunehmend über den nationalen Rahmen hinaus politisch aktiv geworden sind. Viele dieser Gruppen und Bewegungen rechnen sich selbst der Antiglobalisierungsbewegung zu, die Netzwerke wie Attac und PGA ebenso umfasst wie die aus der eher autonomen Tradition der italienischen Zentren kommenden Tutte Bianchi. Ein großer Teil dieser Bewegungen teilt nicht nur den Willen zur Kritik an Internationalisierungsprozessen im Produktionsbereich und insbesondere an der Zunahme weltweiter Finanzspekulation. Er zeichnet sich auch durch ein unzureichendes Begriffsinstrumentarium zur tiefergehenden Erfassung der zugrunde liegenden ökonomischen und sozialen Umbrüche aus.

Zentrale Begrifflichkeit und zugleich Namensgeber der Bewegung ist der Begriff Globalisierung. Dieser Begriff taugt unserer Einschätzung nach aber nicht, um die gegenwärtigen weltweiten Veränderungen kapitalistischer Vergesellschaftung zu begreifen. Denn wie soll in der Rede von der „Verweltweitlichung" (Übersetzung von Globalisierung) der qualitative Umschwung und die jeweilige Dynamik politischer, öko-

nomischer und ideologischer Elemente deutlich werden? Schon Marx bezog sich in seiner Kapitalismusanalyse auf einen Weltmarkt. Der Begriff der Globalisierung verkennt in seiner Allgemeinheit die kapitalistische Dynamik. Ohne die Kolonisierung ganzer Kontinente und deren damit verbundener Ausplünderung wäre die Entwicklung des Kapitalismus schwer vorstellbar. Die globale Ausbreitung des Kapitalismus ist nicht eine kürzlich hinzugetretene besondere Gemeinheit, sie steht an dessen Beginn. Dabei hat sich dessen Zugriff auf den Trikont historisch in der Tat gewandelt. War das Kapital zunächst für die Entwicklung der Kolonien bestimmend, ohne dessen lokale Gesellschaften vollständig marktförmig zu organisieren, so durchdringt das Kapitalverhältnis diese schrittweise immer mehr, ähnlich wie es in den kapitalistischen Zentren immer mehr Bereiche der Gesellschaft gänzlich formt.

Der nahezu ebenso häufige Begriff Neoliberalismus greift insbesondere deshalb zu kurz, weil er eine Art Wechselbewegung zwischen liberalen und (sozial) geregelten Wirtschaftsformen nahe legt, ähnlich dem regelmäßigen Wechsel der Regierungsparteien. So richtig es ist, dass zur Zeit auf liberale Wirtschaftskonzepte und -rhetorik zurückgegriffen wird, so falsch ist es, dies als eine Verwilderung des Kapitalismus zu begreifen, den es wahlweise wieder zu zügeln, oder als endgültig nicht reform- und überlebensfähig anzusehen gilt. Genau diese Interpretation liegt jedoch nahe, wenn der Begriff Neoliberalismus zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften benutzt wird. Die klügeren Kritiker des Neoliberalismus weisen zu Recht darauf hin, dass dieser so liberal nicht ist, und die imperialistischen Zentren gegenüber der Peripherie – insbesondere bei Agrarprodukten –

durchaus eine protektionistische Haltung bewahren und der eigenen Wirtschaft, beispielsweise durch Rüstungsaufträge, weiterhin Subventionen zukommen lassen.

Begrifflichkeiten wie neoliberale Restrukturierung weisen darüber hinaus tendenziell in Richtung eines staatspolitischen bzw. herrschaftsbezogenen Verständnisses der gegenwärtigen Entwicklung und kommen über eine Beschreibung der Formen statt einer Analyse der materiellen Substanz der Veränderungen nicht hinaus.

Wir haben in unserem Buch „Postfordistische Guerrilla" (Unrast Verlag Münster, 2. Aufl., 1999) vorgeschlagen, die gegenwärtige Entwicklung als Umbruch vom Fordismus zum Postfordismus zu analysieren. Während die Phase des Fordismus, also der kapitalistischen Vergesellschaftungsform der 1920er bis 1970er Jahre, insbesondere von einer nationalstaatlichen Regulation und von einem internationalen Güteraustausch geprägt war, so ist das bestimmende Moment der aktuellen postfordistischen Phase die Internationalisierung von Produktionsprozessen und damit verbunden die Bedeutungszunahme internationaler Finanztransaktionen und -spekulationen. Wer diesen Prozess allein mit dem Schlagwort der Globalisierung fasst, läuft Gefahr, die nationale Abschottung als Gegenmittel zu befördern und in strukturell antisemitische Muster der Entgegensetzung von gutem bodenständigem schaffenden Industriekapital und bösem wurzellosen Finanzkapital zu verfallen.[1]

[1] Vgl. dazu unsere Ausführungen in Neidhardt/Bischof (Hg.): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der Linken. Unrast, Münster 2000.

Aus unserer Sicht spricht – bei aller Kritik – einiges dafür, regulationstheoretische Instrumentarien* zur Analyse gegenwärtiger Vergesellschaftungsbedingungen beizubehalten. Die Regulationstheorie wurde zwar als Instrument zur Analyse fordistischer Gesellschaftsformationen in den Metropolen und in ihrem reformistischen Flügel zur Politikberatung von Regierungen entwickelt. Eine linksradikale Theorieperspektive eröffnet sich jedoch, weil alle Facetten der weltweiten kapitalistischen De- und Re-Regulierung der Kritik unterzogen werden. Durch eine Analyse der gegenwärtigen postfordistischen Dynamik wird auch deutlich, dass die möglichen sozialen und politischen Handlungsperspektiven innerhalb des kapitalistischen Systems sehr weitgehend vorgegeben sind, nicht dagegen, ob oder in welcher Form agiert wird. Das Bild von zeitlich verschiedenen hegemonialen Akkumulationsregimen, die räumlich in unterschiedlichem Maße wirkungsmächtig sind, enthält auch die Vorstellung von Geschichte als einem dynamischen Prozess, der zur Zukunft hin offen ist. Die Regulationstheorie besitzt ausreichende Schärfe, um einen global hegemonialen Regulationstyp zu erkennen und genügend Differenziertheit, um diesen ins Verhältnis zu den lokalen Akkumulationsregimen zu setzen.

Regulation bedeutet die Fähigkeit der notwendig krisenhaften kapitalistischen Ökonomie, sich gegenüber den anderen Bereichen der Gesellschaft so durchzusetzen, dass die Krise nicht zum völligen Zusammenbruch oder zur Revolution führt, sondern zur Entwicklung optimaler Verwertungsbedingungen. Mit solch einem, in bester polit-ökonomischer Tradi-

*Endnote

tion stehenden Begriff lässt sich eine historisch spezifische Regulationsweise bestimmen. Diese kann nicht nur zu einer, primär akademischen, Periodisierung der Entwicklung des Kapitalismus genutzt werden. Wesentlich spannender ist die Möglichkeit, mit einem daraus abgeleiteten Begriffsinstrumentarium den aktuellen Erscheinungsformen des Kapitalismus kritisch zu Leibe zu rücken.

Die viel zitierte Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und Märkten ist so gesehen auch eine Form der Regulation. Der Begriff der Deregulierung legt eine rückwärts gewandte, nostalgische Verklärung fordistischer Zeiten nahe. Was einstmals geregelt war, wird nun ent-regelt. Soll dies gebändigt werden, so muss es erneut reguliert werden. Die Deregulierung im Sinne der Regulationstheorie als eine neue Form der Regulation zu begreifen legt hingegen offen, dass es sich dabei um ein ebensolches Vermittlungsverhältnis zur Bewältigung von Verwertungskrisen und einer Ausweitung des Kapitalverhältnis handelt wie einstmals das fordistische Modell. So rücken nicht nur die katastrophalen Folgen der aktuellen Entwicklung für Mensch und Natur ins Blickfeld, sondern auch die systemimmanenten und -stabilisierenden Grenzen jedweder Bemühung, den Kapitalismus regulieren zu wollen.

Dass sich der Fordismus als ehemals hegemonialer Regulationstyp aufgelöst hat, wird heute nicht mehr ernsthaft bestritten. Das Attribut „post"fordistisch verweist zunächst nur darauf, dass wir uns in einer „nach"fordistischen Zeit befinden. Der Begriff des Postfordismus mag unbefriedigend sein, weil er den Kern neuer Vermittlungsformen noch nicht zu fassen vermag. Er verdeutlicht jedoch, dass es notwendig ist, danach zu suchen und macht deutlich, dass die neoliberale Politik nur

ein Teil eines umfassenden Umbruchs der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ist.

Deshalb ist es auch eher unerheblich, dass sich, wie häufig bemängelt, im wissenschaftlichen Diskurs noch keine Einigung auf ein neues hegemoniales Akkumulations- und Regulationsregime etabliert hat. Ansätze zur Beschreibung globaler Akkumulations- und Regulationsmomente, wie in Saskia Sassens Global Cities-Ansatz, wonach insbesondere die internationalen Unternehmens- und Finanzdienstleistungen ein hochvernetztes System bilden, sind vorhanden. Die wissenschaftliche oder linke Analyse kann jedoch nicht weiter fortschreiten als sich ihr Gegenstand entwickelt hat. Klar ist: Die Akkumulationsdynamik hat die fordistischen Akkumulations- und Regulationstypen gesprengt. Zu diesen gibt es kein zurück. Ob und wie sich eine neue regulative Hegemonie entwickeln wird, ist offen und umkämpft.

Politischen und ideologischen Handlungsformen wird bei regulationstheoretischen Ansätzen eine eigenständige Dynamik zugesprochen, die sich deutlich von herkömmlichen mechanistischen Interpretationen des Basis-Überbau-Modells unterscheidet. Grundsätzlich wird die Bedeutung politisch-ideologischer Regulationsformen von der Regulationstheorie als so gehaltvoll angesehen, dass sie als wesentliche Faktoren für die hegemoniale Verfestigung von Akkumulationstypen begriffen werden. Bei regulationstheoretischen Ansätzen handelt es sich also nicht um eine ökonomistische Ableitungstheorie.

Die regulationstheoretischen Ansätze haben sich bisher meist mit den Ökonomien in den kapitalistischen Zentren befasst. Wir halten es deshalb für notwendig, sie mit Elementen

einer *kritischen Imperialismustheorie* zu verbinden, um die politisch-hierarchische Position der Länder der Peripherie und Semiperipherie im Verhältnis zu den kapitalistischen Zentren zu erfassen.

Eine Analyse imperialistischer Strukturen sollte insbesondere an den von Lenin und Luxemburg aufgeworfenen Fragestellungen anknüpfen: Während sich Marx primär, wenn auch nicht ausschließlich, mit den Mechanismen einer „reinen" kapitalistischen Produktionsweise auseinander setzte, ging es in der nachfolgenden Imperialismusanalyse von Rosa Luxemburg wesentlich darum, wie die westlichen Kernstaaten sich die nichtkapitalistischen Ökonomien der Länder der Peripherie unterwarfen, ob sie zu ihrer Expansion auf nichtkapitalistische Produktionsformen angewiesen sind, ob die Krisentheorien von Marx ihre Gültigkeit behielten und was von den daraus abgeleiteten Zusammenbruchstheorien zu halten sei. In Lenins Imperialismustheorie wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, inwieweit Teile der ArbeiterInnenschaft der Industrieländer durch die Teilhabe an Extraprofiten in das herrschende System eingebunden werden können und welche Rolle das internationale Finanzkapital für die kapitalistische Entwicklung spielt. Nach seiner Analyse übernahm das Finanzkapital hinsichtlich der damals entstehenden Monopole und Kartelle die Funktion einer planenden und steuernden Instanz. Insofern stellte es nach Lenin eine mögliche Übergangsform zum Sozialismus dar, da ihm ein vergesellschaftendes Element, wenn noch auf privatwirtschaftlicher Grundlage innewohnte. Gleichzeitig führte die sich so verschärfende Konkurrenz um Ressourcen und Absatzmärkte in den Ersten Weltkrieg.

Eine „kritische" Imperialismustheorie meint in diesem Zusammenhang, die politisch-theoretischen Fallstricke zu meiden, die insbesondere bei Lenins Ansatz und seiner Rezeption angelegt sind. Die Analyse des Finanzkapitals bei Lenin mündet zwar nicht in der Unterscheidung zwischen einem produktiven und einem unproduktiven Moment. Gegebenenfalls lässt sich jedoch in der Art, wie dem Finanzkapital eine Subjektrolle zugeschrieben wird, die Tendenz zu einer Personalisierung der monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse herauslesen. Auf Lenin beziehen sich vielfach auch antiimperialistische Strömungen, die wie ehedem die Komintern zur Verteidigung der Sowjetunion und um dem großrussischen Chauvinismus entgegen zu treten neben dem Proletariat auch „unterdrückte Völker" zu revolutionären Subjekten erklären.

Trotz dieses völkisch wendbaren Ansatzes lässt sich vom leninschen Ansatz auch eine nicht identitätspolitische Imperialismuskritik ableiten. Erfasst werden können Prozesse der Internationalisierung der Produktion, Veränderungen der Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt, die Transformation der Funktion von Nationalstaaten sowie die Ungleichheit der konkreten polit-ökonomischen Stellung. Denn erst wenn die Kehrseite der Medaille zur Situation in den Metropolen, die Lage im Trikont, mit einbezogen wird, kann die Kritik des Kapitalismus als weltweitem Verhältnis „radikal" (an die Wurzel gehend) werden.

Für eine „kritische" Imperialismuskritik knüpfen wir auch an die marxistischen Strömungen der in den 1960/70er Jahren zu Zeiten des Niedergangs des Fordismus entwickelten Dependenztheorien an, welche die Imperialismustheorien von Lenin und Luxemburg aus Sicht der abhängigen Länder der Peri-

pherie fortentwickelte. Im Rahmen der Dependenztheorie wurde das sogenannte Zentrum-Peripherie-Modell entwickelt. Dieses unterscheidet grundsätzlich zwischen industriellen Zentren (Metropolen) und unterentwickelt gehaltenem Trikont (Semiperipherie und Peripherie). Kernpunkt der Analyse ist der Besitz der Produktionsmittel und der Abfluss der Profite in die Metropolen. DependenztheoretikerInnen gehen davon aus, dass die Abhängigkeit und „Unterentwicklung" von Entwicklungsländern um so höher sei, je mehr sie in den kapitalistischen Weltmarkt integriert sind. Deshalb wurden Entwicklungskonzepte propagiert, die auf den Aufbau einer eigenen tragfähigen Industrie und die Förderung eines Binnenmarktes abzielten. Die marxistische Kritik bezog sich nicht nur auf externe Abhängigkeiten, sondern auch auf interne Veränderungen in den Entwicklungsländern durch die Umsetzung einer solchen importsubstituierenden Politik, die sich überwiegend auf die kaufkraftstärkeren Klassen im Land beziehen und auf Luxuskonsumgüter orientieren würde. Eine solche Entwicklung würde aber zur Vernachlässigung der Landwirtschaft und somit zu einer weiteren Verarmung der Ärmsten führen. Gerade diese Entwicklung ist in der Phase des Fordismus eingetreten und hat sich seit den 1980er Jahren noch verschärft. Die Dependenztheorie wurde auch über Lateinamerika hinaus zur Kritik der Verhältnisse genutzt. Für die marxistische Strömung war und ist eine wirkliche Veränderung nur im Weltmaßstab denkbar.

Das in den Imperialismustheorien problematisierte Ausbleiben der weltweiten Revolution und die reformistische Einbindung der ArbeiterInnenklasse in Westeuropa und den USA bildeten auch eine wesentliche Fragestellung in der Fortent-

wicklung der materialistischen Theoriebildung durch die Regulationsschule. Im Gegensatz zu den teilweise deterministischen und ökonomistischen Revolutionserwartung der VertreterInnen der 2. und 3. Internationale und vor dem Hintergrund des fordistischen Klassenkompromisses verwies die Regulationstheorie auf die regulativen Handlungsspielräume der bürgerlichen Klasse in ökonomischen, politischen und ideologischen Fragen. Um die Unterschiede einzelner Regionen in ihrer politökonomischen Stellung deutlich zu machen, halten wir trotz seiner Problematik am Imperialismusbegriff fest und sprechen von Imperialismus vor dem Hintergrund einer postfordistischen Akkumulations- und Regulationsweise.

REGULATIONSTHEORIE UND IHR BEZUG ZUR (SEMI-)PERIPHERIE

In „Postfordistische Guerrilla" haben wir deshalb die regulationstheoretischen Ansätze auch auf Länder der Peripherie und dortige nationale Befreiungsbewegungen übertragen. Darin kamen wir zu dem Schluss, dass sich der Handlungsspielraum für Bewegungen in der Peripherie drastisch verschlechtert hat und die national-ökonomische Befreiung eines Staates der Peripherie nur noch ein Trugbild ist.

Da es sich bei der Regulationsweise um ein spezifisches Vermittlungsverhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie und den in der Gesellschaft anzutreffenden ideologischen und politischen Formen und Institutionalisierungen handelt, ist bei der Übertragung dieses für die Analyse der Zentren entwickelten Modells auf die Peripherie Vorsicht angezeigt. Gerade in den ersten Perioden der kapitalistischen Ausbreitung waren die Gesellschaften des Trikont vom Kapitalverhältnis

zwar in ihrer generellen Entwicklung bestimmt, indem sie insbesondere in der Rohstoffproduktion auf den Weltmarkt ausgerichtet wurden. In ihren gesellschaftlichen Organisationsformen und in weiten Teilen der – der lokalen Versorgung dienenden – Landwirtschaft war der Trikont jedoch noch nicht vom Kapitalverhältnis durchdrungen. Die weitergehende Durchdringung peripherer Gesellschaften mit dem Kapitalverhältnis, zumindest in wesentlichen Bereichen, ist eines der kennzeichnenden Merkmale der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Akkumulation.

Bezeichnenderweise reicht auch dort, wo der kapitalistische Markt zeitweilig zusammenbricht, die gesellschaftliche Phantasie kaum über diesen hinaus. Auf den als „Gegenmodell von unten" gepriesenen Tauschmärkten in Argentinien wird von der Kartoffel bis zur Psychotherapie alles als Ware getauscht und in selbstgedruckten Gutscheinen verrechnet. Diese tendenzielle Angleichung in der Durchdringung der Gesellschaft durch das Kapitalverhältnis darf allerdings keinesfalls mit einer Angleichung der Lebensbedingungen oder gar der Aufhebung der postkolonialen Verhältnisse verwechselt werden.

Trotz der von einigen Autoren vorgetragenen Vorbehalte sprechen wir auch in bezug auf die Semi-Peripherie und Teile der Peripherie von einer fordistischen Phase und postfordistischen Umbrüchen. Gerade in den sogenannten Schwellenländern der Semi-Peripherie wurde nicht nur deren Außenwirtschaft vom Bedarf der fordistischen Zentren bestimmt, sondern deren innere Verfasstheit teilweise nach dem selben Modell entwickelt, wenn auch in Formen, die den geringeren ökonomischen Möglichkeiten entsprechend angepasst waren. Am Beispiel Mexikos und Algeriens haben wir dies an anderer

Stelle bereits aufgezeigt.[2] Die Maquila Industrie an Mexikos Grenze zur USA ab 1960 und Chiles Wirtschaftspolitik unter der Militärdiktatur Pinochets ab 1973 waren frühe Experimentierfelder für nach-fordistische Akkumulationsregime in Lateinamerika.

Seitdem in Ländern des Trikontes die Arbeitskraft in Teilen der Ökonomie zur Ware geworden ist und der diesem zugrundeliegende Produktionsprozess in den Weltmarkt integriert wurde, kann dort von kapitalistischen Akkumulationsstrukturen gesprochen werden. Diese werden zu einem Akkumulationsregime, wenn spezifische, relativ beständige Regulationsformen hinzutreten, welche die der Kapitalverwertung inhärenten Krisentendenzen abpuffern und transformieren. In einem kolonialen oder postkolonialen Kontext kann es sich bei diesen Regulationselementen um die Herausbildung einer Kompradorenbourgeoisie handeln, die zwischen den imperialistischen Zentren und dem lokalen Proletariat vermittelt oder um die gewaltsame Absicherung von zugespitzten Ausbeutungsbedingungen durch regionale Militärdiktaturen, welche wiederum aus den Metropolen gestützt werden.

Bei den weiter unten beispielhaft beschriebenen fordistischen Regimen im Trikont handelt es sich um den Metropolen hierarchisch nachgelagerte Produktionsstandorte, ihre Akkumulationsregime und Regulationsweise sind – gemessen an der Entwicklung der Metropolen – nicht voll ausgebildet, daher bezeichnen wir sie als semifordistisch. Diese Akkumulations-

[2] In „Postfordistische Guerrilla" beschreiben wir dies in den Kapiteln „Postfordismus in der Semiperipherie: Das Beispiel Mexiko" und in dem Kapitel „Algerien: Der gescheiterte dritte Weg".

regime entstanden nicht auf Grundlage einer eigenen selbsttragenden Verwertungsdynamik oder entsprechenden Krisen nach dem ersten Weltkrieg, wie dies in den Metropolen der Fall war, sondern wurden wie beispielsweise in Südkorea von den USA initiiert, um ein Gegengewicht zu den staatssozialistischen Nachbarstaaten zu bilden und um die produktive Basis des Weltmarktes zu erweitern.

In den Metropolen lag ein entscheidendes Moment in der Durchsetzung des Fordismus darin, die Reproduktion der großen Mehrheit der ArbeiterInnenklasse zum Beispiel durch Konsumgüter innerhalb der kapitalistischen Produktion zu gewährleisten und sie als Bürger unter anderem über Wahlen in die Institutionen des Staatsapparates einzubinden.

Unter den Bedingungen der (Semi-)Peripherie gelang die Einbindung der ArbeiterInnenklasse nur teilweise. Die sozialstaatliche Komponente blieb beispielsweise in Mexiko und Algerien bruchstückhaft und im wesentlichen auf die außenwirtschaftlich tätigen Belegschaften und die Staatsangestellten beschränkt. Für die Anbindung der ArbeiterInnen und KleinbäuerInnen an den Staat blieben personale Beziehungen der Patronage durch Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre von großer Bedeutung. Unter den Militärdiktaturen Südkoreas und Taiwans fehlte wiederum innerhalb der Arbeitsbeziehungen und der gewerkschaftlichen Organisation nahezu jedes Moment an organisatorischer Freiheit.

Die Reproduktion der subproletarischen Stadt- und der überwiegenden Mehrheit der Landbevölkerung blieb zu weiten Teilen außerhalb der kapitalistischen Produktion und wurde wie zum Beispiel in Mexiko mit einer halbherzigen Landreform gesichert. Eine gesamtgesellschaftliche Reproduktion

durch die kapitalistische Produktionsweise fand in diesen Gesellschaften im Gegensatz zu den Ländern der Metropole nicht statt, weswegen nur bedingt von einem fordistischen Klassenkompromiss gesprochen werden kann. Der Umfang und das Gewicht der fordistischen Produktionsbereiche gestaltete sich in den Ländern des Trikonts sehr unterschiedlich. Wie heute für den Postfordismus insgesamt, traten schon damals unterschiedliche Produktionsformen wie Subsistenzökonomien, einfache Warenproduktion und kapitalistische Industrien oder Rohstoffgewinnung je spezifisch verbunden nebeneinander auf. Kennzeichnend für die Integration von Staaten der Peripherie in den Weltmarkt war seit Entstehung des Kapitalismus, dass dies auf wenige Rohstoffe oder Industriebereiche beschränkt blieb. Auf den Weltmarkt ausgerichtete Wirtschaftsbereiche standen so neben lokalen, dass sich nur in Ausnahmen halbwegs unabhängige, selbsttragende Nationalökonomien herausbilden konnten. Deshalb waren im Trikont auch in fordistischen Zeiten disparate Nationalstaaten die Regel, welche entsprechend stärker von den Metropolen abhängig waren.

In den Ländern der Peripherie, in welchen sich ansatzweise fordistische Akkumulations- und Regulationsformen herausgebildeten haben, schien mit Blick auf die Staaten der Metropolen eine nachholende Entwicklung möglich. Nach dem Aufbau von Grundstoffindustrien (Stahl, Elektrizität etc.) und der Effizienzsteigerung der Landwirtschaft folgte der Ausbau von exportorientierten Leichtindustrien (Kleidung, Konsumartikel, einfachere technische Geräte), um so insgesamt zu einer selbsttragenden Nationalökonomie zu kommen. Unter diesen Bedingungen konnten die Interessen von Teilen der Arbeitenden und der lokalen Bourgeoisie in einem antikolonia-

len Projekt verbunden werden, welches den Klassenkampf im Interesse des nationalen Aufbaus zurückstellte und im Gegenzug mit sozialstaatlichen Elementen lockte.

Als der Fordismus jedoch in den achtziger und neunziger Jahren auch durch die Konkurrenz der Exportindustrien der (Semi-)Peripherie in die Krise geriet, war es vorbei mit dem Traum, zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen eines Nationalstaates zu kommen. Nur in einigen Ländern fand eine Transformation zu hochproduktiven postfordistischen Wirtschaftseinheiten statt. Die wirtschaftliche Konkurrenz ist nun so allgemein umfassend, dass nur noch eine flexible Spezialisierung auf ausgesuchte Produktionszweige oder Dienstleistungen Erfolg verspricht und wirtschaftliches Wachstum in Ländern ohne größeren Binnenmarkt nur noch unmittelbar in Bezug auf den Weltmarkt generiert werden kann. Spätestens damit ist dem nationalen Klassenbündnis der Boden entzogen.

In Ländern der Peripherie sind ähnliche soziale Umbrüche feststellbar wie in den Metropolenländern. Es wird immer schwieriger, die relativ geringe Anzahl von Normalarbeitsverhältnissen zu verteidigen, ansonsten werden deregulierte Arbeitsverhältnisse durchgesetzt. Kernländer, Semiperipherie und Peripherie unterscheiden sich in diesem Prozess maßgeblich dadurch, in welchem Umfang die Bevölkerung von der Deregulierung betroffen ist.

Für Joachim Hirsch, den bekanntesten Vertreter der deutschsprachigen Regulationstheorie, hat der „neue Schub der kapitalistischen Globalisierung zu sozial-räumlichen Differenzierungsprozessen geführt, die eine klare Unterscheidung von Zentrum und Peripherie immer schwieriger machen. In Teilen

der Peripherie entstehen weltmarktintegrierte Wachstumspole und zugleich nehmen innerhalb der Zentren sozial-räumliche Ungleichheiten zu. Auch dort breiten sich teilweise ‚Drittwelt'-Lebensbedingungen aus."[3] Dass dieser Prozess tatsächlich die Grenzen zwischen Zentren und Peripherie verwischt, ist nicht abzusehen. Es werden aber in einem bisher durch die imperialistische Dependenz geprägten sozial-räumlichen Regime auf Grundlage einer zunehmenden Internationalisierung der Produktion die Grenzen zwischen Zentren, Semiperipherie und Peripherie neu abgesteckt.

Von postfordistischen Akkumulationsformen in den Ländern des Trikonts kann heute dort gesprochen werden, wo Industrien oder Dienstleistungen existieren, die konkurrenzfähig und unmittelbar in den Weltmarkt bzw. in die globalen Produktionsketten integriert sind. Zuvor wurde vielfach versucht, einen nationalökonomischen Kreislauf aufzubauen. Heute kann es sich weiterhin um Produkte der Leichtindustrie handeln, aber auch um hochwertige Computer oder Softwareprodukte oder um nachgeordnete Finanzdienstleistungen.

Die Ansätze postfordistischer Regulationsregime im Trikont sind dabei so uneinheitlich und rudimentär ausgebildet wie in den Metropolen. In Enklaven der Finanzindustrie wie Singapur, Hongkong oder den Bermudas herrschen neoliberale Regime vor, um den zeitlich und räumlich ungehinderten Kapitalfluss zu ermöglichen. Staaten der Peripherie, die auch hinsichtlich der materiellen Produktion teilweise eine hochproduktive postfordistische Eingliederung geschafft haben,

[3] Joachim Hirsch, Vom Ultra zum Hyper. Das neue Gesicht des Imperialismus, iz3W 251, Feb/März 2001.

zeichnen sich dagegen überwiegend dadurch aus, dass sie sich nicht gänzlich einem neo-liberalen Regime der Grenzöffnung und Privatisierung wie beispielsweise Argentinien unterworfen haben, sondern ihren weltmarktfähigen Industrien soviel staatliche Unterstützung gegeben haben, dass sie sich überhaupt erst auf dem Weltmarkt etablieren konnten und ihnen in allgemeinen Verwertungskrisen Unterstützung gewähren, um überleben zu können. Die jeweiligen nationalen Entwicklungspfade in der Peripherie unterscheiden sich dadurch, inwieweit die nichtkapitalistischen Sektoren der Ökonomie, insbesondere die landwirtschaftliche Subsistenzproduktion und die patriarchal-familiären Reproduktionsformen mit den kapitalistischen Produktionssektoren verbunden sind und welche vorkapitalistischen Regulationsformen, beispielsweise halbfeudale Agrarverhältnisse in Brasilien oder Indien, trotz der Vermarktungsausrichtung auf den Weltmarkt weiterexistieren.

UNTERSCHIEDLICHE WELTMARKTEINBINDUNG VON AKKUMULATIONSREGIMEN IM TRIKONT[4]

Bei Ländern des Trikonts ist eine Unterscheidung in solche Länder sinnvoll, die in der Vergangenheit ansatzweise fordistische Vergesellschaftungsformen besaßen und jene, die erst jetzt eine auf den kapitalistischen Weltmarkt bezogene Politik

[4] Nicht alle Mitglieder der Gruppe halten diesen Abschnitt, der einen kursorischen Überblick über die Länder der Peripherie gibt, für dem Gegenstand angemessen und würden deshalb von einem Abdruck absehen. Anderen ist – im Rahmen dieses Artikels – dieser Abschnitt für ein Verständnis von der Wirkungsweise des (Post)fordismus in der (Semi-)Peripherie auch in seiner rudimentären Form wichtig.

betreiben, weil sie vor 1991 im Gegenweltmarkt des RgW rund um die Sowjetunion integriert waren oder als sogenannte blockfreie Staaten von dieser weltweiten Kräftedynamik profitierten.

Die sogenannten südostasiatischen Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong können schon überwiegend nicht mehr zu den peripheren Staaten gerechnet werden. Ihre nichtkapitalistischen Produktionszweige besitzen quantitativ und qualitativ nur noch eine untergeordnete Stellung. Ihre Entwicklung lief gemessen an kapitalistischen Maßstäben so erfolgreich, dass sie von der Krise des Fordismus insoweit profitieren konnten, als dass sie die Weltmarktposition ihrer jeweiligen führenden Industrien oder Dienstleistungen ausbauen konnten. In der Halbleiterindustrie ist Südkorea vom Weltmarkt nicht mehr wegzudenken. Hongkong ist nach Japan der zentrale Ort für Finanzdienstleistungen in Ostasien. Mit dem weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Chinas wird Hongkongs Bedeutung noch zunehmen. Dabei kommt den Tigerstaaten die teilweise schon in den fünfziger Jahren von den USA erzwungene und ermöglichte Exportorientierung bzw. die Öffnung ihrer Ökonomien für Kapitalim- und exporte zugute. In Taiwan folgte beispielsweise auf eine frühe Phase der Importsubstitution und staatlichen Planung in den sechziger Jahren eine exportorientierte Entwicklungsstrategie, die in den siebziger Jahren durch eine kapitalintensive staatliche Industriepolitik und erste direkte Auslandsinvestitionen fortentwickelt wurde. In den achtziger und neunziger Jahren wurde die Aufwertung und Diversifikation der Produktion beschleunigt und die Liberalisierung endgültig zu bestimmenden Strukturmerkmal. Während des Fordismus ließ sich so bis in

die achtziger Jahre eine hochproduktive Grundlage schaffen, die auch in den gegenwärtigen Umbrüchen trotz des Umbaus bzw. der Auflösung ganzer Industriekonglomerate – weg von einer halbstaatlichen Steuerung hin zu einer flexiblen Weltmarktorientierung – erhalten blieb. Die Entwicklung der „fünf Tiger" zeigt, dass ein Aufschließen von der Peripherie zur Semi-Peripherie bzw. zu einem Metropolenstaat insbesondere mit der politischen Billigung und der ökonomischen Unterstützung der kapitalistischen Zentren sowie einer proaktiven nationalstaatlichen Politik möglich war und ggf. auch weiterhin ist, jedoch nicht frei von Instabilität ist. In Lateinamerika sind Mexiko und Brasilien die stärksten Ökonomien. Deutlich erkennbar ist in Mexiko der Entwicklungsgang einer verstaatlichten Befreiungsbewegung aus der auch die viele Jahrzehnte herrschende Staatspartei PRI hervorging. So beschritt Mexiko den Weg von einer Politik der nationalen importsubstituierenden Industrialisierung, die im wesentlichen aus Erdölexporten finanziert wurde, zu dessen Endzeit parallel die Förderung postfordistischer Weltmarktfabriken forciert wurde, für welche die Maquiladoras im Norden und neuerdings auch im Süden des Landes stehen. Mexiko und Brasilien verfügen neben einem Weltmarktsektor für überwiegend einfachere Konsumgüter auch über eine auf ihre relativ großen Binnenmärkte ausgerichteten Konsumgüterindustrien (PKW, Kleidung, Nahrungsmittelveredelung). Im Gegensatz zu den asiatischen Tigerstaaten Taiwan und Süd-Korea wurden jedoch in Brasilien und Argentinien die Anläufe für eine Agrarreform nicht konsequent umgesetzt. Deswegen ist dort das Gefälle zwischen Arm und Reich insgesamt und die Landflucht wesentlich höher und der modernisierungsfeindliche bzw. gesamtge-

sellschaftlich reaktionäre Einfluss der Landoligarchie ungebrochen.

Die arabischen Ölstaaten stellen eine gesonderte Kategorie dar. Aus ihnen fließt ein zentraler Rohstoff der kapitalistischen Produktion – und der einzige, bei dem die Rohstoffexportierenden Länder gegenüber den Metropolen durch das OPEC-Kartell beim Preis mitreden können. Trotz ihrer strukturell untergeordneten Stellung gegenüber den Metropolen ermöglichen die Profite aus dem Ölexport so die Entwicklung einer sozial reaktionären Rentierwirtschaft mit welcher sich die einheimische Bevölkerung bisher überwiegend ruhig stellen lässt. Die Reproduktionsaufgaben und die Arbeiten zur Ölförderung werden dagegen vielfach von ArbeitsmigrantInnen erledigt. Die ab 1973 von den OPEC-Staaten durchgesetzten Ölpreissteigerungen trugen nicht unwesentlich zum Niedergang des fordistischen Produktivitätsregimes bei. Die daraufhin von den Ölstaaten an den Aktienmärkten der Metropolen angelegten Gelder gaben der Entwicklung hin zum postfordistischen Finanzhandel einen wesentlichen Schub. In den nichtarabischen Ölstaaten wie Mexiko, Algerien oder Venezuela wurde versucht, auf Grundlage der Ölindustrie eine eigenständige Industrialisierung und Binnenwirtschaft aufzubauen. Kennzeichnend für die Krise des Fordismus war in diesen Ländern, dass diese von Technologie und Krediten der Metropolen abhängige Entwicklung kollabierte. Da die arabischen Ölstaaten wenig eigenen Industrien und hochwertigen Dienstleistungen entwickelt haben ist fraglich, ob sie nach Erschöpfung der Ölquellen allein von den Dividenden der Anlagegelder leben können. Wahrscheinlich werden sie dann erheblich an weltwirtschaftlichen Einfluss verlieren.

Algerien, wie viele der vorgenannten Länder ein erdölexportierender Staat, richtete seinen Entwicklungsweg in der sechziger Jahren am Modell der Sowjetunion aus, einschließlich der Vergesellschaftung in einem rudimentären Sozialstaat. Der Aufbau einer konkurrenzfähigen und profitablen Grundstoff- und Konsumgüterindustrie scheiterte an der technologischen Abhängigkeit von Frankreich und mit dem Zusammenbruch des RgW. Die Auflagen der daraufhin aufgenommenen IWF-Kredite mündeten Anfang der neunziger Jahre in Hungerrevolten. Da das Regime zu diesem Zeitpunkt auch ideologisch nicht mehr als ein arabisch-sozialistisches überzeugen konnte zerfiel es politisch-kulturell und sozial in einem blutigen Bürgerkrieg.

Länder wie Argentinien und Uruguay entwickelten schon in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts sozialstaatlich-korporatistische Strukturen. Ihr relativer Wohlstand basierte im wesentlichen auf Agrar- und Rohstoffexporten. Die im Rahmen des Versuchs einer eigenständigen Entwicklung einer importsubstituierenden Industrialisierung auch vorhandene Industrie produzierte im wesentlichen für den Eigenverbrauch. Während die Preise für Agrarprodukte in den letzten Jahrzehnten jedoch sanken und die Metropolenländer ihre Agrarmärkte abschotten, sahen sich diese Länder gezwungen ihre Märkte vollständig zu öffnen, um westliches Kapital ins Land zu holen und ihre relativ kleinen Industrien einem angeblich gesunden Wettbewerb auszusetzen. Die während der Diktaturen angehäuften Kredite gaben dem IWF und der Weltbank darüber hinaus die Möglichkeit die Privatisierung der Infrastruktur zu verlangen. Fast 30 Jahre nach der in Chile gewaltsam erzwungenen Liberalisierung scheint in Südamerika ins-

gesamt keine andere politökonomische Perspektive vorstellbar.

Ehemals realsozialistische Staaten der Peripherie wie China, Angola, Mozambique, Vietnam, Nordkorea oder Kuba gehen recht unterschiedliche Wege. China beschreitet nunmehr seit zwanzig Jahren den Wege einer relativ erfolgreichen Entwicklungsdiktatur. Die exportorientierten Wirtschaftszweige weisen enorme Wachstumsraten auf und sind bisher noch in der Lage den Niedergang der kollektivierten Landwirtschaft und der Schwerindustrie aus der vorangegangenen auf die Binnenökonomie ausgerichteten Entwicklungsphase zu kompensieren. Ein expandierendes kapitalistisches Wirtschaftssystem verlangt über kurz oder lang danach, dass die Bourgeoisie auch in eigener Person die Staatsgeschäfte lenken kann. Denn wer sollte besser als sie selbst ihre zunehmende ökonomische Herrschaft vermitteln. Die Aufnahme von Kapitalisten in die kommunistische Partei Chinas ist ein deutliches Zeichen, dass auch gesellschaftspolitisch ein Umschwung einsetzt.

Vietnam hat sich seit zehn Jahren auf einen ähnlichen marktwirtschaftlichen Entwicklungsweg wie China begeben. Da es über wesentlich weniger staatliche Macht und materielle Ressourcen verfügt, muss es eine noch viel radikalere Politik des Abbaus sozialer Sicherheiten und der Öffnung an internationale Finanziers und Unternehmen betreiben. Die Republik Kuba wiederum hat sich nach dem Ende des RgW gezwungen gesehen, den Dollar als Parallelwährung zuzulassen und sich dem westlichen Tourismus zu öffnen. Den KubanerInnen gelang es, bei einigen Medizin- und Softwareprodukten Nischenmärkte, insbesondere in anderen Ländern des Trikont, zu besetzen. Was Kuba in diesen Bereichen vor allem aufgrund

seines hohen Bildungsstandards schafft, bleibt zahlreichen anderen trikontinentalen Ländern mit noch schlechteren Voraussetzungen verwehrt. Im Gegensatz zu Vietnam und China öffnet sich das Land jedoch nicht bedingungslos westlichen Investoren. Durch die US-Blockade sind der Öffnung zum Weltmarkt allerdings enge Grenzen gesetzt. Aufgrund der feindlichen Politik der USA würde das politische System auf Kuba dies auch nicht überleben. Jede Lockerung der staatlichen Kontrolle über die Wirtschaft würde von den USA genutzt werden, um dass staatssozialistische System mehr oder weniger gewaltsam aufzubrechen.

Die häufig vorgetragene Argumentation, dass die Auflösung der Sowjetunion entscheidender für Kuba wie für die weltweite Entwicklung sei als die postfordistische Umstrukturierung, verkennt das zugrunde liegende dialektische Verhältnis. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist Teil des postfordistischen Umbaus und nicht dessen Auslöser. Nach unserer Einschätzung ist die Ökonomie der Sowjetunion – neben Wettrüsten, Kalter Kriegsführung und einer „Containment"-Politik des Westens – vor allem deshalb zusammen gebrochen, weil sich der neue postfordistische Produktivitätstyp, der auf eine flexible weltweite Integration setzt, planwirtschaftlich nicht nachbilden bzw. entfalten ließ. Aus diesem Grund wurde in der Endphase der Sowjetunion wiederholt und erfolglos mit marktwirtschaftlichen Elementen experimentiert. Andererseits beschleunigte und verstärkte der Zusammenbruch der Sowjetunion – auch durch das Wegbrechen eines „Gegenweltmarkts" – die postfordistische Umstrukturierung vor allem in den Ländern des ehemaligen RgW, aber auch in den kapitalistischen Metropolen.

In Russland ging die Implosion der sowjetischen Staatswirtschaft mit einer unkontrollierten privatkapitalistischen Bereicherung und der Ausdehnung von mafiosen Gruppen einher. Trotzdem Russland im Rüstungssektor noch auf weltmarktfähige Hochtechnologie verweisen kann, ist seine Wirtschaft im wesentlichen auf den Erdöl- und Gasexport reduziert worden. Da sich in diesem ökonomischen Umfeld bisher eine breitere Mittelklasse nicht entwickeln kann, bietet die vorherrschende autoritäre Vergesellschaftungsformen eine naheliegende Lösung.

Asiatische Staaten wie Indonesien, Malaysia, die Philippinen oder Indien können nicht auf eine fordistische Entwicklung zurückblicken, die wesentlichen Teile der Gesellschaft erfassten. Ihre Ökonomien waren und sind im überwiegend agrarisch strukturiert. Sie schaffen es jedoch trotzdem in einzelnen Bereichen hochproduktive postfordistische Wachstumsinseln aufzubauen, beispielsweise im Bereich der Softwareproduktion, der Unterhaltungsindustrie, bei einzelnen Konsumgütersparten oder im Tourismus. Ob daraus jedoch ein die ganzen Länder, insbesondere auch die Agrarregionen umfassender kapitalistischer Take off werden kann, ist fraglich. Die Asienkrise von 1997/98 hat gezeigt, dass die politischen Systeme von Malaysia und Indonesien höchst instabil sind. Auch die Gesellschaften in Indien und den Philippinen sind vor allem von einer nichtintegrierten, disparaten Ökonomie und Regulation gekennzeichnet, deren Folge ethnisierte und religiös aufgeladene Verwerfungen sind. Eine konzentrierte Politik und Entwicklung einer Binnenökonomie hinsichtlich des gesamten Staatsgebiets sind heute noch unwahrscheinlicher als zu fordistischen Zeiten.

Eine weitere Kategorie von Staaten ist wie vor dreißig Jahren im wesentlichen nur über die Gewinnung von Rohstoffen oder den Export von Agrarprodukten in den Weltmarkt integriert. Die von den imperialistischen Staaten unterstützten jüngeren Bürgerkriege in Nigeria und in der Demokratischen Republik Kongo verdeutlichen, dass der westliche Drang zur Kontrolle von strategischen Rohstoffen wie Öl oder seltenen Metallen wie dem für die Handyproduktion notwendigen Coltan aus dem Kongo nicht nur zur Verwüstung ganzer Landstriche führen kann, sondern dass mit der weltmarktorientierten Raubökonomie häufig die Einsetzung korrupter und autoritärer Regime die Folge ist. Ein Land wie Tansania exportiert wie seit hundert Jahren Kaffee und erhält von Jahrzehnt zu Jahrzehnt einen geringen Gegenwert auf dem Weltmarkt. Solche Länder sind zwar nicht von Weltmarkt ausgeschlossen, sie haben jedoch an der gewinnbringenden Seite der postfordistischen Dynamik genauso wenig teil wie zuvor an der fordistischen.

Teile Afrikas und Asiens sind so in keiner Form in die weltweite Industrieproduktion einbezogen, welche den Postfordismus prägt. Da der Markt für tropische Agrarprodukte gesättigt ist, bleiben nur wenig Absatzchancen ohne dass ein Minimum an Bildung, Infrastruktur, öffentlicher Sicherheit und regionaler Absatzmärkte vorhanden ist, rentiert sich für Kapitalisten auch die Errichtung von Weltmarktfabriken nicht. So bleiben nur die fortgesetzte Subsistenzökonomie und überwiegend regionale bzw. tradierte Herrschaftsformen.

Aus diesem kursorischen Blick auf die verschiedenen Akkumulationsregime und Regulationsformen in den Ländern der Peripherie werden große Unterschiede deutlich. Von ei-

ner einheitlichen dritten Welt kann heute noch weniger gesprochen werden als zu Zeiten des Fordismus. Die asiatischen Tigerstaaten gehören zur dritten Welt, ebenso wie ihre verarmten Nachbarstaaten. Im Zuge des weltweiten Produktivitätsfortschrittes hat sich der Abstand der von der weltweiten Industrieproduktion abgekoppelten Regionen der Welt zu den hochproduktiven postfordistischen Wachstumsinseln vergrößert. Alle Staaten und Regionen mit postfordistischen Wachstumssegmenten zeichnen sich jedoch durch eine spezifische Kombination unterschiedlicher Regulationsmodi aus, je nachdem wie beispielsweise Weltmarktfabriken mit den lokalen agrarischen Regimen im Austausch stehen. Diese jeweils besonderen regionalen oder nationalen Regulationsverknüpfungen stellen den materiellen Hintergrund für die Handlungsmöglichkeiten von sozialen Bewegungen dar.

SOZIALE BEWEGUNGEN IM POSTFORDISMUS: ZUM BEISPIEL MEXIKO UND ARGENTINIEN

Die überwiegende Anzahl der Länder der Peripherie besitzt heute weltmarktorientierte Wirtschaftsbereiche, die voll in die internationalen Produktionsketten integriert und von den Bewegungen des internationalen Finanzkapitals beeinflusst sind. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt dieser Länder mögen deren weltmarktintegrierte Sektoren (sei es auch nur in der Rohstoffgewinnung) im Verhältnis zur Subsistenzökonomie nur einen kleineren Anteil ausmachen.

Die Handlungsmöglichkeiten widerständiger sozialer Bewegungen sind jedoch entscheidend von dem weltweit integrierten (je nach Land agrarischen oder industriellen) Produktivitätstypus abhängig, da diese die dynamischsten und am

weitesten vernetzten Teile der gesellschaftlichen Struktur ausmachen.

Nicht nur die Staaten der Zentren, auch die revolutionäre Opposition in der Peripherie orientierte sich in der Vergangenheit überwiegend am fordistischen Entwicklungsmodell. Die entsprechenden Konzepte zur nationalen Befreiung können als ein Ausdruck und Teil dieser Orientierung begriffen werden. In der Analyse dieser Bewegungen und ihrer Krise zeigt sich der Wert des regulationstheoretischen Ansatzes. Mit den Begriffen Neoliberalismus und Globalisierung lässt sich zwar die Verschärfung des Angriffs auf die Lebensbedingungen der Bevölkerungsbasis der Bewegungen fassen, nicht aber der Verlust des relativen Spielraums, den eine nationalstaatliche Befreiung unter fordistischen Vorzeichen noch versprach. Der Sinneswandel vieler Bewegungen, verschärft auf einen nationalistischen bis volksbezogenen Diskurs zu setzen und zuweilen den Freihandelsstatus eines kolonialen Überseedepartements der Verstaatlichung der Produktionsmittel vorzuziehen, lässt sich zwar mit ethischen Prinzipien kritisieren und als das bürgerliche Coming Out nach dem Zusammenbruch des RGW bewerten, erst mit der Regulationstheorie aber lässt sich die darin liegende polit-ökonomische Rationalität freilegen und kritisieren.

Auch dort, wo heute emanzipatorische Antworten auf die neuen Verhältnisse gesucht werden, wie im Süden Mexikos, ist die Regulationstheorie nützlich, selbst wenn die Zapatistas mit Vorliebe von Neoliberalismus und Globalisierung reden. Ihr Widerstand speist sich aus der langen Erfahrung mit den zweifelhaften Freuden des Kapitalismus in der Peripherie und der relativ neuen Konfrontation mit der unmittelbaren Durch-

dringung der lokalen Gesellschaften durch das Kapitalverhältnis. Kapitalistische Begehrlichkeiten, sich die Lebensweise und das Wissen der indigenen Bevölkerung im Rahmen der Erschließung des ökologischen und touristischen Potentials der Region einzuverleiben, und die Arbeitskraft in der weltmarktorientierten Produktion (Maquila) auszubeuten, erfordert eine doppelte „Befreiung". Und zwar von den traditionellen Produktionsmitteln (dem kommunalen Land, Ejido) und den Zwängen der lokalen Gemeinschaften (indigenisierte Tradierung und Selbstverwaltung). In fordistischen Zeiten wurde, wie oben erläutert, die Ausbeutung und Integration der mexikanischen Bevölkerung in den kapitalistischen Weltmarkt noch über die (ebenfalls kapitalistische) Nationalökonomie vermittelt. In Ermangelung entsprechender Ressourcen und politisch notwendiger Kompromisse, wie sie aus der mexikanischen Revolution folgten, konnte jedoch nicht die gesamte Gesellschaft durchkapitalisiert werden. Auch bot die Subsistenzwirtschaft der indigenisierten KleinbäuerInnen die Reproduktionsbasis, auf welcher deren Arbeitskraft zu minimalen Löhnen ausgebeutet und angeeignet werden konnte.

Das aus der Perspektive der kolonial, neo-kolonial oder post-kolonial Ausgebeuteten hervorgehende „praktische Wissen" um die aktuelle Verschärfung der Ausbeutung und die Komplizenschaft und Machtlosigkeit der nationalen Regierungen diesem Umbruchsprozess gegenüber, hat, neben dem Wegfall der Alternative RGW, auf das grundlegende Misstrauen der Zapatistas gegen eine auf politische Institutionen ausgerichtete Machtpolitik vermutlich weitaus mehr Auswirkung, als eine exakte Analyse der kapitalistischen Regulationsweise. So mag die unscharfe Begriffsbildung in der unmittelbaren Auseinan-

dersetzung unter Umständen vor Ort von geringerer Bedeutung sein, und die taktischen Vorteile der Anschlussfähigkeit an die Diskurse der städtischen Linken Mexikos und an andere Diskurse beim Reden über Globalisierung, Neoliberalismus und die Zerstörung des lokalen Kleinkapitals durch transnationales Finanzkapital überwiegen.

Sobald dieses „praktische Wissen" jedoch in die revolutionäre Theoriebildung Eingang findet, wird die verkürzte Analyse zum Problem, nicht nur für die Zapatistas und Mexiko. Die Verklärung der fordistischen nationalstaatlichen Regulierung und der Ruf nach einer globalen „Regulierung" des „deregulierten" Kapitals liegt dann nahe. So besteht die Gefahr einer langfristigen strategischen Positionierung, die mit den falschen Bündnispartnern in einem reformistischen, die kapitalistischen Verhältnisse affirmierenden Projekt endet. Was in der konkreten Auseinandersetzung noch ein widersprüchliches Verhältnis ist, wird in Teilen der europäischen Solidaritätsbewegung und Gruppen, die sich positiv auf die Zapatistas beziehen, zu einer verkürzten, falschen Analyse.

Aufschlussreich sind auch die jüngsten Proteste in Argentinien. Der sehr hohe Anteil an städtischer Bevölkerung schließt in Argentinien die Perspektive einer Entschärfung sozialer Konflikte durch eine Landreform anders als in Mexiko oder Brasilien von vornherein aus. Bei der Durchsetzung des postfordistischen Umbaus setzte insbesondere die Regierung Menems in den 90er Jahren auf eine radikale neoliberale Integration in den Weltmarkt. Sie versuchte der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Hyperinflation damit zu begegnen, den Peso direkt im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar zu binden.

Zunächst schienen die ArgentinierInnen mit ihrer Währung

in die „Erste Welt" aufgestiegen zu sein. Doch die Maßnahme war nicht mehr als eine spekulative Vorwegnahme einer gelungenen Weltmarktintegration unter postfordistischen Vorzeichen, die erst realisiert werden musste. Der Druck auf die argentinische Industrie und ihre Belegschaft wurde lediglich verlagert. Wurden früher die Reallöhne durch die Inflation gesenkt, so mussten sie nun auch nominal gesenkt werden. Firmen denen es nicht gelang, das Produktivitätsniveau anzuheben, mussten den Betrieb schließen.

Auch der Staat blieb nicht von dem ökonomischen Druck verschont. Seine Ausgaben konnte er nicht mehr mit der Notenpresse begleichen. Die als Alternative zu Menem angetretene Regierung unter De la Rua verschärfte den Kurs noch mit dem in der Verfassung verankerten Versprechen, keine staatlichen Schulden aufzunehmen. Es blieb nur der (endliche) Verkauf von Staatsbesitz und der Rückzug von staatlichen Aufgaben.

Da der offizielle Peso jedoch weiterhin 1:1 gegen US-Dollar getauscht werden konnte, versuchten immer mehr Leute, ihre Rücklagen auf die sichere Seite zu bringen. Der Staat zog die Notbremse und nahm die mehrheitlich nur noch nominell vorhandenen Guthaben auf argentinischen Banken in Gewahrsam, der sog. corralito beschränkte die Möglichkeit, Geld abzuheben. Das Pulverfass explodierte und die Regierung war politisch nicht mehr zu halten.

In der Wahrnehmung dieser Entwicklung innerhalb der argentinischen Linken besteht in großen Teilen die Verklärung der Peronistischen Zeit fort.[5] Der peronistische Versuch, eine Nationalökonomie aufzubauen, wird gegen die neoliberale Politik der freien Zirkulation von Waren und Kapital gesetzt;

das nationale Interesse gegen den Verrat der korrupten Eliten; das produktive gegen das spekulative Kapital. Während das eine Arbeitsplätze und Werte schafft, versucht das andere sich in der unkontrollierten Zirkulationssphäre unlauter zu bereichern und vernichtet zudem als nicht zu verwertend erkannte Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze. Für das eine stehen die nationalen Unternehmen, für das andere die transnational agierenden Großkonzerne. Eine Trennung, die immer auch ein strukturell antisemitisches Element hat und die Ausbeutung im Rahmen einer nationalen Warenproduktion und -zirkulation tendenziell schönredet.

Drei Gegenstrategien von unten sind in Argentinien in relativ großem Maßstab entwickelt worden. Zum einen die Selbstorganisation der Arbeitslosen „Piqueteros", die mit spektakulären Blockaden von Hauptverkehrsadern auf sich aufmerksam gemacht haben. Und die Selbstorganisation auch der städtischen Mittelklassen in Nachbarschaftskomitees im Zuge des Aufstandes vom Dezember 2001. Zum zweiten die

[5] Der sogenannte Links-Peronismus in Argentinien ist ein besonders folgenschweres Beispiel für die Verwechslung und Vermengung von antikolonialen mit antikapitalistischen Projekten. 1943 gelangte der Oberst Juan Peron durch einen Militärputsch an die Macht und ließ sich 1946 durch Wahlen als Präsident bestätigen. Gemeinsam mit seiner Frau Eva Peron vertrat er eine populistische Variante der fordistischen Entwicklung des Landes, bis er 1955 durch einen Militärputsch abgesetzt wurde. Der ins faschistische Spanien exilierte Juan Peron und seine kurz vor dem Putsch gestorbene Frau Eva wurde zum mythischen Bezugspunkt der Opposition, und fast der gesamte Widerstand bezog sich positiv auf den Peronismus. Als in den 70er Jahren die Massenbewegungen und auch bewaffnet agierende Gruppen im Land erstarkten, holten die Militärs Peron aus dem Exil zurück. Zum Erstaunen der Links-Peronisten stellte sich Peron nicht hinter die Forderungen der ArbeiterInnen, sondern stütze die Schlägertruppen der Gewerkschaftsbürokratie und deckte die Todesschwadrone. An eine Neuauflage des fordistischen Erneuerungsprogramm war in den 70er Jahren nicht zu denken.

Tauschmärkte, die ein eigenes Wirtschaftssystem mit eigenem, „creditos" genannten Geld etabliert haben, die im Zuge der Krise einen explosionsartigen Zuwachs erfahren haben und darüber gerade in die Krise geraten sind. Schließlich die Fabrikbesetzungen mit denen entlassene ArbeiterInnen versuchen die von den Besitzern geschlossenen Betriebe in Eigenregie weiterzubetreiben.

In allen drei Widerstandsformen stecken emanzipatorische Momente, die Selbstorganisation jenseits von klassischer politischer Repräsentation, der Versuch einen Güteraustausch jenseits des kapitalistischen Marktes zu realisieren, die Aneignung der vorhandenen Produktionskapazitäten. Alle drei Formen sind ohne Zweifel auch aus einer sozialen Notwendigkeit das eigene Überleben zu sichern entstanden. In allen drei Ansätzen zeigt sich aber auch die Schwäche und Problematik einer auf Neoliberalismus und Globalisierung verkürzten Kritik am Kapitalismus.

Insbesondere an den Tauschmärkten lässt sich dies verdeutlichen. Sie knüpfen unter anderem an die strukturell antisemitische Geldkritik von Silvio Gesell an. Dessen Lehre sieht das Grundübel des Kapitalismus in der Fähigkeit des Geldes, angehäuft und gegen Zinsen verliehen zu werden. Geld dürfe nur zur Abwicklung des Tausches zwischen Produzenten dienen und müsse darum „rosten", also mit der Zeit an Wert verlieren. Die Ausbeutung fände demnach nicht in der Produktionssphäre, sondern in der Sphäre der Zirkulation statt. In diesem Bild wird nicht, wie in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, die Differenz aus dem Wert der Arbeitskraft und dem von ihr produzierten Wert als Mehrwert eingestrichen und auf dem Markt realisiert, sondern unlautere

Spekulanten und Zinswucherer pressen auf dem Markt den ehrlichen Produzenten ihren Gewinn ab.

Die auf den unmittelbaren Austausch zwischen den, „Prosumenten" genannten, ProduzentInnen als KonsumentInnen, ausgerichteten Tauschmärkte werden im Gegensatz zum freien Markt als gerecht angesehen. Für die Marktgerechtigkeit ist es aber unerheblich, ob die angebotene Ware selbst hergestellt wurde. Diesem Missverständnis entsprechend wird die Krise der Tauschmärkte als Ergebnis von Spekulation aufgefasst. So sollen Leute zum Beispiel Zucker günstig im Supermarkt aufgekauft haben, um ihn dann auf dem Tauschmarkt überteuert gegen andere Ware getauscht zu haben, die sie dann wiederum auf dem freien Markt versetzt haben. Was sich darin ausdrückt ist keine Ungerechtigkeit des Marktes, sondern die geringe Produktivität der prekären KleinproduzentInnen.

Wie die fordistischen Nationalökonomien versuchten, den eigenen Markt gegen die internationale Konkurrenz abzuschotten, versuchen die Tauschmärkte einen Warenkreislauf unter den Ausgeschlossenen zu etablieren. Als Überlebenstechnik mag dies notwendig sein, als politische Utopie taugt es nicht viel. Nur wo jenseits des Marktes daraus Diskussionen entstanden sind, was die eigenen Bedürfnisse sind und wie deren Befriedigung mit den gesellschaftlich vorhandenen Ressourcen gemeinsam geplant angegangen werden können, scheint eine Kapitalismus überwindende Perspektive auf. Solidarität lässt sich eben nicht über einen „gerechten Markt" verwirklichen.

Die bereits erwähnte Tendenz, in der Rede von der Globalisierung das Fortbestehen des (neo-) kolonialen Verhältnisses zu verneinen, führt gerade in Fragen der Solidarität zu Fehlein-

schätzungen. Die Position der Zapatistas, keine Solidarität im Sinne von Hilfsleistungen zu wollen, sondern den international vernetzten Widerstand gegen den Neoliberalismus, wird schnell als eine prinzipielle Interessenidentität hier wie dort gedeutet. Wie schon das Konzept des „proletarischen Internationalismus" der fordistischen Phase scheitert diese Vorstellung an der realen Besserstellung, die das „Proletariat" wie die „Zivilgesellschaft" der Metropolen zu verteidigen weiß. Deswegen können sich viele das Scheitern des Internationalismus in den Metropolen nur als Folge von Verblendung oder Manipulation vorstellen.

Für soziale Bewegungen in der Peripherie ist heutzutage eine ökonomische Unabhängigkeit auf nationaler Ebene kaum erreichbar, wenn man von der nur theoretisch möglichen Rückkehr zu einer vollständigen Subsistenzökonomie absieht. Ebenso verspricht die Eroberung der Staatsmacht nur bedingt Erfolg, da mit dieser kein nennenswerter Einfluss auf das transnationale Kapital ausgeübt werden kann[6]. Das heißt nicht, dass regionale Bewegung im Trikont nicht jetzt oder in Zukunft in ihren unmittelbaren Kämpfen auf Krisen reagieren werden und sollten, die trotz der weltwirtschaftlichen Vorgaben innerhalb der jeweiligen Nationalökonomie besser gehandhabt werden könnten und deshalb auch vorrangig in einem nationalen Kontext zu lösen und auszuhandeln sind. Die Kämpfe um eine gerechtere Landverteilung in Brasilien durch die Landlosen-Bewegungen können sinnvoll im nationalstaatlichen oder regionalen Rahmen geführt werden. Dennoch wird durch diese Kämpfe nicht ein die Existenz eines Exporte und Agrobussiness fordernden Weltmarkts und seiner Deregulie-

[6] vgl. unsere Argumentation in: Von der nationalen zur sozialen Befreiung, iz3w Sonderheft: Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus, September 2001

rung und Sozialstaatsabbau fördernden Institutionen (WTO, IWF etc.) in Frage gestellt.

Perspektivisch heißt dies für alle sozialen Bewegungen in der Peripherie und in den Metropolen, dass sie sich nicht auf regionale und deshalb tendenziell systemimmanente Abwehrkämpfe beschränken können. Längerfristig werden die Bewegungen aus ihren lokalen Kämpfen heraus, bei aller Unterschiedlichkeit und Ungleichzeitigkeit der Kämpfe, auf eine weltweite Vernetzung abzielen müssen. Es gibt heute keinen Grund mehr für die Linke, sich wie Stalin und Trotzki in den 20er Jahren darüber zu streiten, ob der Aufbau des Sozialismus in einem Land möglich ist. Die damalige Perspektive einer staatskapitalistischen Entwicklung, verknüpft mit relativ egalitären Distributionsformen, stammt aus dem Beginn des Fordismus und ist heute verwehrt.

Zwar ist der ökonomische und (staats)politische Organisationsgrad des transnationalen Kapitals auf absehbare Zeit noch wesentlich mächtiger als seine Gegenbewegungen. Es besteht jedoch insoweit eine Perspektive der gesellschaftlichen Emanzipation, als es wieder zum ersten Mal seit der Politik der zweiten und der dritten Internationale für breitere Kreise auf der Hand liegt, dass nur eine wirkliche internationalistische Zusammenarbeit weiter führen kann. Dies gilt sowohl für reformistische als auch für systemüberwindende Perspektiven. Denn beispielsweise auch eine reformistische Kontrolle oder grundsätzliche Transformation der globalen Finanzmärkte ist nur im weltweiten Maßstab vorstellbar.

Die gegenwärtige „Anti-Globalisierungsbewegung" scheint diese Erfordernisse auf den ersten Blick bereits umzusetzen. Auf den zweiten Blick wird allerdings deutlich, dass bei einem

großen Teil der Anti-Globalisierungsbewegung die Form, also die globale Vernetzung von Bewegungen und Gruppen, selbst zum Zweck und Inhalt von Politik wird. So wichtig eine grenzüberschreitende Organisierung und Vernetzung von Bewegungen ist, so unerlässlich ist eine klare Bestimmung von und ein inhaltliches Ringen um Positionen, das auch zum Aufkündigen von Bündnissen führen kann. Ein breites und weltweit agierendes Bündnis ist kein Wert an sich. Die Theorielosigkeit und Vernachlässigung einer umfassenden Kritik der politischen Ökonomie, für welche sich die Regulationstheorie als Handwerkszeug eigentlich anbieten würde, und das Fehlen einer linken Perspektive wonach die Verhältnisse grundsätzlich umzugestalten wären, führt in weiten Teilen des Anti-Globalisierungsbündnisses zu einem verkürzten Anti-Kapitalismus.

Für unseren Ansatz einer radikal linken Praxis, den wir als *Kosmopolitischen Kommunismus* bezeichnen, bedeutet dies, dass wir eine Beteiligung an Bündnissen nur möglich und sinnvoll finden, solange eine klare inhaltliche antikapitalistische Positionierung nicht zugunsten des Erhaltes und der Größe des Bündnisses in den Hintergrund gedrängt wird. Radikal linke Gruppen sollten sich mit auf einer marxistischen Analyse basierenden kritischen Positionen in Anti-Globalisierungsbündnisse einbringen, ohne sich dabei am Basteln von Verbesserungsvorschlägen für einen vermeintlich gerechteren Kapitalismus zu beteiligen. Diese fortgesetzten widerständigen Anstrengung bedürfen des praktischen Ausprobierens, aus dem Fehler, Widersprüche, Niederlagen und Erfolge resultieren. Keine theoriegeleitete Analyse kann diesen Prozess vorherbestimmen. Der Wert der Regulationstheorie liegt in ihrem Potential zur kritischen Reflexion dieser Praxis.

*VON UNS VERWENDETE BEGRIFFE DER REGULATIONSTHEORIE

Folgt mensch der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, so erweist sich die kapitalistische Ökonomie als krisenhaft. Offenbar ist es aber bisher zu keinem definitiven Zusammenbruch des Kapitalismus gekommen. Statt dessen transformiert sich der Kapitalismus immer wieder aufs neue und erreicht phasenweise eine relative Stabilität. Diese Fähigkeit bezeichnen wir als *Regulation*.

Aus dieser Sicht lässt sich Kapitalismus nicht allein als ein System ökonomischer Gesetzmäßigkeiten verstehen. Wie sich die Reproduktion des Kapitals und damit das Verhältnis von Kapital und Arbeit konkret gestaltet lässt sich weder rein ökonomisch herleiten, noch ist es von einem freien Willen einzelner oder aller ableitbar. Die Bedingungen der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, und damit der Handlungsspielraum für ein revolutionäres Überschreiten dieser, ist Gegenstand des grundlegenden Widerspruchs von Kapital und Arbeit, ob dieser nun bewusst als Klassenkampf ausgetragen wird, oder sich hinter dem Rücken der AkteurInnen vollzieht.

Aus einer revolutionären Perspektive, die den Kapitalismus zu überwinden trachtet geht es uns deshalb nicht darum, die Entwicklung des Kapitalismus möglichst genau zu berechnen, sondern darum, uns auf die Suche nach den Handlungsspielräumen aber auch Fallstricken eines emanzipativen Handelns zu machen, also den Bedingungen einer Negation der Verhältnisse nachzuspüren, eine *Kritik* der politischen Ökonomie und nicht dessen Affirmation zu betreiben.

Die regulationstheoretischen Ansätze stellen dazu nützliches Handwerkszeug bereit. Mit den Begriffen des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise wird versucht das historisch spezifische Verhältnis von Kapital und Arbeit zu fassen, in dem die Reproduktion des Kapitals und damit der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse gewährleistet wird. *Akkumulationsregime* meint dabei die konkrete Gestalt des Produktions- und Reproduktionsprozesses.

Die *Regulationsweise* basiert auf der institutionellen Konfiguration im bürgerlichen Staat und den politisch-ideologischen Strukturen der Gesellschaft und ist die historisch spezifische Verknüpfung von Regulationsformen die wesentlich darauf abzielen, das Klassenverhältnis zu institutionalisieren. Regulationsweise und Akkumulationsregime stehen in einem Artikulationsverhältnis dessen Stabilität von den sozialen Auseinandersetzungen und politischen Kämpfen abhängt und davon, ob es gelingt, einen hegemonialen Konsens zu etablieren, der das regulative System stützt und legitimiert.

Fordismus bezeichnet eine solche Gesellschaftsformation, die ab etwa den 1920er Jahren bis in die 70er Jahre weltweit hegemonial war. Sie ist gekennzeichnet durch eine technische Zergliederung des Arbeitsprozesses, dem Taylorismus, eine in Nationalökonomien organisierte industrielle Massenproduktion, einem vom internationalen Güteraustausch geprägten Weltmarkt, eine politische Integration und Befrie-

dung großer Teile der ArbeiterInnenklasse durch korporativistische Gewerkschaften, Massenkonsum und sozialstaatliche Garantien.
Dieses System geriet Mitte der 70er Jahre in die Krise, u.a durch Arbeitskämpfe (die sich die relative Immobilität der fordistischen Produktionsprozesse und die erkämpften sozialstaatlichen Garantien zunutze machten), eine weltweite Überproduktion und die Ölpreiserhöhungen durch die OPEC Gründung Insbesondere wurde es nach der Aufgabe fester Wechelkurse im Bretton Woods System immer schwieriger, im nationalstaatlichen Regulationsrahmen eine antizyklische Finanz- und Haushaltspolitik zu betreiben. Auf der anderen Seite ermöglichte die Entwicklung der Mikroelektronik und der Kommunikationstechnologien in den achtziger und neunziger Jahren neue Rationalisierungspotentiale und Produktionsformen, welche die Produktion selbst globalisiert und flexibilisiert, so dass ArbeiterInnen weltweit in direkte Konkurrenz zueinander gesetzt werden können. Ob und wie sich auf dieser Basis ein neues Akkumulationsregime und eine entsprechende Regulationsweise stabilisieren können ist derzeit umkämpft. Darum reden wir vom *Postfordismus*, um begrifflich deutlich zu machen, dass sich noch kein hegemoniales Projekt formiert und durchgesetzt hat.
Das Instrumentarium der Regulationsschule kann dazu benutzt werden, den Kapitalismus zu Schematisieren, um eine sozialdemokratische Politikberatung zu betreiben, die auf einen sozial „abgefederten" und dadurch stabilisierten Kapitalismus abzielt. Dies ist für uns kein Grund die Begriffe selbst abzulehnen, solange sie auch in anderer Weise produktiv angewendet werden können.

MYTHOS GLOBALISIERUNG

STEFAN EGGERDINGER

Es wird behauptet: In den letzten 10-15 Jahren ist der Kapitalismus in einen neuen Frühling aufgebrochen. Der Sozialismus hat verloren, der Kapitalismus hat gesiegt, und er hat diesen Sieg benutzt, ein neues „Regime" aufzurichten, dem mit den alten Klassenkampfmitteln nicht mehr beizukommen sei. (Ist es Zufall, dass sich der Begriff „Globalisierung" zeitgleich mit dem Zusammenbruch der ehemals sozialistischen Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion durchsetzt, vor allem aber zeitgleich mit dem Einläuten einer neuen Runde im Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt, am schärfsten markiert durch die Annexion der DDR durch den deutschen Imperialismus?)

Wie man uns berichtet, sind wesentliche Bestandteile dieses neuen Regimes der Globalisierung:

· Die Wirtschaftsverflechtung der Welt ist so groß wie nie, Produktions- wie Verwertungsprozesse werden weltweit geplant und abgewickelt.

· Das Kapital ist „national entbettet". Diesem „globalen Akteur" gegenüber ist auch die Konkurrenz unter den Verkäufern der Arbeitskraft weltweit geworden.

· Nicht mehr die materielle Produktion in ihrer kapitalistischen Form, nicht mehr die Verwertung von Wert durch Mehrwertauspressung und Diebstahl an fremder Arbeitszeit regeln

Leben und Pulsschlag des Planeten, sondern: das Geld. Die wirkliche Bedrohung für die Menschheit geht vom Leihkapital aus, das ganze Volkswirtschaften hochputschen oder vernichten kann.

· Daneben und dadurch sind gewaltige Konzernmächte entstanden, die „Transnationalen Konzerne", die eine ganz neue, bislang ungekannte Marktmacht auf sich vereinigen und Völkern wie Regierungen diktieren.

Dass es sich hier nicht um eine reine Debatte unter Ökonomen handelt, sieht man daran, dass, gegründet auf diese „Feststellungen", sich ein Überbau an politischen, ideologischen und agitatorischen „Schlussfolgerungen" gebildet hat, der z.B. bis in die tagtäglichen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen hineinwirkt. Einige Schlaglichter auf dieses ideologische Nähkästchen:

Es gibt, sagt man uns, gute und böse Kapitalisten. Die bösen sind die mit dem Leihkapital, dem zinstragenden Kapital, die Spekulanten und Wucherer. Dass sich dabei z.T. antisemitische Denkmuster einschleichen, wird hier nicht näher untersucht, verwundert aber nicht. Was reproduziert wird, ist letztlich nichts anderes als die faschistische Vorstellung von „raffendem und schaffendem Kapital".

Aus der Behauptung vom „Wettbewerb ganzer Volkswirtschaften", in dem es auch für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung darum gehe, sich anzupassen oder unterzugehen (wie es der ehemalige DGB-Vorsitzende Schulte formulierte), wird ein Standortnationalismus hergeleitet, für den die Konservativen die Meinungsführerschaft keineswegs gepachtet haben. Ein sozialdemokratischer „Theoretiker": „Wenn wir uns dem weltwirtschaftlichen Wettbewerb nicht entziehen kön-

nen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die am Standort Deutschland tätigen Unternehmen in diesem Wettbewerb mithalten können. Andernfalls wären die Folgen rapide Arbeitsplatzverluste und Verarmung."[1]

Schon daraus wird deutlich, dass es in der Globalisierung keine Klassen mehr geben soll. Die Rede ist von „Globaler Schicksalsgemeinschaft", von „Globalisierung des Risikos", vom „Verschwinden des Unterschieds von Arm und Reich" in den Zentren der „Globalisierung"[2].

Mit all dem, mit der Vorherrschaft des zinstragenden Kapitals und der Dienstleistungen, verliere – und das ist wohl die verlogenste und mörderischste Schlussfolgerung – die Arbeiterklasse ihre gesellschaftliche Bedeutung als revolutionäre Klasse. Und überhaupt, soweit sie als gesellschaftliches Subjekt überhaupt noch in Frage komme, könne sie natürlich auf dem Boden des Nationalstaats rein gar nichts mehr ausrichten.

Reale Erscheinungen, auf die sich diese Behauptungen und Schlussfolgerungen stützen, sind der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht unbekannt. So brachte auch die relative Stabilisierung des Kapitalismus nicht nur technische Weiterentwicklungen mit sich, sondern auch eine Welle der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. „Wir erleben jetzt eine Epoche nicht nur des Entstehens und der schnellen Entwicklung gewaltiger Unternehmerorganisationen innerhalb der kapitalistischen Länder, wir durchleben eine Periode der Schaffung von Riesentrusts von internationalem Charak-

[1] F. Scharpf, zit. nach: Joachim Bischoff, Globalisierung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1-96.

[2] Eine wertvolle Sammlung solcher Feststellungen findet sich bei: Fuchs/Hofkirchner, Theorien der Globalisierung, „Z" Nr. 48/01, Seite 27ff.

ter."[3] Es wäre den Kommunisten aber nicht in den Sinn gekommen, daraus etwa ein neues Stadium des Imperialismus abzuleiten. Sie stellten vielmehr fest, genau daraus erwachse „die tiefste und schärfste Krise des Weltkapitalismus, die mit neuen Kriegen schwanger geht und das Bestehen jeder wie immer gearteten Stabilisierung bedroht".[4]

„Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener' Länder geworden."[5] Es soll sich viel getan haben in der Welt des Kapitalismus, seit Lenin 1916 diese Sätze schrieb. Neue Mächte sind angeblich aufgestiegen. „Kleine Tiger" sind entstanden. Wir sehen aus Staatssozialismus und Planwirtschaft wachgeküsste Dornröschen. Wir sehen „Schwellenländer" sich entwickeln. Aber als sich am Ende des 20. Jahrhunderts sowohl der britische Economist als auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland die Mühe machten, nach den wahren Herren der Welt zu sehen, da stellten sie fest: Es waren am Ende des 20. Jahrhunderts die gleichen großen Mächte wie am Anfang. Die 200 größten Konzerne der Welt sitzen heute noch in den gleichen Staaten, in denen am Anfang des vorigen Jahrhunderts die 200 größten

[3] Tätigkeitsbericht des Exekutivkomitees der Komintern an den VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, 18.7.1928. Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. I, Reprint Erlangen 1972, S. 30. Siehe dazu auch das äußerst lesenswerte Buch eines bürgerlichen Autors: Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988, Seite 124ff.

[4] J.W. Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XV. Parteitag der KPdSU(B), 1927. In: Stalin Werke Bd. 10, Berlin 1953, Seite 238.

[5] W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Lenin Werke Bd. 22, Berlin 1981, Seite 195.

Konzerne saßen, nämlich in jenen Staaten, die damals ihren Aufstieg zur Weltmacht als Kolonialmächte oder im Kampf um Kolonien finanzierten. [6]

„GLOBALISIERUNG" UND „FREIER HANDEL"

Die Sozialdemokratie erstarrt in Bewunderung angesichts der Leistungen des späten Kapitalismus. In den letzten 20 Jahren habe sich die Produktion „weltweit verdreifacht, der Handel versechsfacht, die Direktinvestitionen verzehnfacht, die Umsätze auf Devisenmärkten sind auf unglaubliche 1,2 Billionen US Dollar pro Tag hochgeschnellt."[7]

Auf die Sphäre der Direktinvestitionen, also des Kapitalexports werden wir noch zu sprechen kommen. Die Herstellung des Weltmarkts jedenfalls ist kein Werk des Imperialismus, schon gar nicht irgendeiner neuen „Globalisierung". Sie ist so alt wie der Kapitalismus selbst, dessen eigentlicher Beruf sie ist. „Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben", schreibt Marx in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie", und im dritten Band des „Kapitals": „ ... der Weltmarkt (bildet) ... überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise."

Selbstverständlich ist der internationale Warenhandel in den letzten Jahrzehnten angewachsen. Das oben angeführte Zitat aus einem Papier der SPD-Bundestagsfraktion legt jedoch, wie viele Publikationen zum Thema „Globalisierung und Han-

[6] FAZ, 6.7.1999.

[7] Globalisierung ökologisch, sozial und fair gestalten. Handreichungen der Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion zum Bericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft", Berlin o.J. (2002), Seite 7.

del", nahe, das Wachstum des Welthandels habe sich in einem solchen Ausmaß vom Wachstum der Weltproduktion abgekoppelt, dass man von einer qualitativ neuen Vernetzung der kapitalistischen Ökonomie weltweit sprechen müsse.

Aber woraus, aus welchem wirklichen Reichtum besteht denn dieser Welthandel?

Warenhandel heißt, ebenso wie internationaler Warenhandel, Übergang von Waren von einer Hand in die andere, heißt Besitzwechsel. Für einen Großteil des von der Statistik erfassten Welthandels trifft dies nicht zu. Ein Drittel (nach neueren Zahlen 50%) des Welthandels sind konzerninterne Güterströme.[8] Im Jahr 1994 betrug der Handel zwischen den USA und Japan z.B. gut 170 Milliarden Dollar. Davon entfielen auf den Intrafirm-Handel, also Handel zwischen japanischen Muttergesellschaften und ihren Töchtern in den USA sowie umgekehrt gut 130 Milliarden Dollar.[9] In diesem Handel findet also kein wirklicher Besitzerwechsel statt, die Produkte treten gar nicht in die Zirkulationssphäre ein, werden aber von der Statistik als Welthandel erfasst.

Dazu kommt der intra-industrielle Handel. Damit ist gemeint: der Austausch gleichartiger Produkte zwischen unterschiedlichen Produzenten bzw. Besitzern. Zum Beispiel: der gleichzeitige Export von Mittelklassewagen von Frankreich nach Japan, von ebensolchen Wagen von Japan nach Deutschland, von Deutschland in die USA etc. etc. Hier findet tatsäch-

[8] Christian Bellack, Die Rolle der multinationalen Konzerne in der Triade. In: Österreichische Gesellschaft für kritische Geographie (Hrsgb.), Alte Ordnung, neue Blöcke? Wien 1994, S. 70. Andrew Glyn & Bob Sutcliffe, Global aber führungslos?. In: ebda., S. 146. Winfried Wolf, Fusionsfieber. Köln 2000, Seite 114.
[9] Winfried Wolf, Fusionsfieber, Köln 2000,

lich Besitzerwechsel statt. Der deutet aber, was den wirklichen Reichtum der Gesellschaften angeht, eben nicht auf irgendeine fortgeschrittene internationale Arbeitsteilung hin. Das ist dem Privateigentum an den Produktionsmitteln geschuldete Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums in Form von Schiffsraum, Flugzeugen, Transportarbeit. Vom Standpunkt künftiger Gesellschaft her schlicht ein unsäglicher Unfug, der aber unter kapitalistischen Bedingungen die Weltmarktstatistiken aufbläht. Dieser Unfug ist keine vernachlässigenswerte Größe: „Über 60 vH des Außenhandels der größeren EU-Staaten ist heute intra-industrieller Handel."[10]

Neu ist das alles freilich nicht, und es ist auch leicht erklärbar. Es sind die Konzentration und die Zentralisation des Kapitals selbst, die zur Massenproduktion führen und damit zur Notwendigkeit von Massenabsatz, der in den eigenen Ländergrenzen gar nicht erreichbar ist. So wird der Weltmarkt zum Kampfplatz einiger weniger großer Monopole, die mit im Grunde den selben Produkten konkurrieren. Noch jede längere Zeitspanne des Imperialismus ohne Weltkrieg, also sowohl die Zeit vor 1913 als auch die nach 1945 hat deshalb die Erscheinung hervorgebracht, dass der Warenhandel schneller stieg als die Produktion.[11]

Ein selten beachteter Grund für die Ausdehnung des Welthandels in den 90er Jahren ist die Zerschlagung von Staaten, vor allem in Ost- und Südosteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Der Handel zwischen der tschechi-

[10] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 98, Köln 1998, Seite 185.
[11] Ebenda.

schen und der slowakischen Republik, zwischen Kroatien und Serbien, zwischen der Ukraine und Weißrussland usw. usf., all das geht jetzt seit gut 10 Jahren in die Weltmarktstatistik ein. Das macht Güterströme zu Welthandel, die bis 1989/90 im Rahmen einer staatlichen Einheit liefen und deswegen von der Welthandelsstatistik gar nicht erfasst wurden. Solche Ausdehnung des Welthandels ist selbstverständlich kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Vorher vergesellschaftet arbeitsteilig produzierte Güter werden nun als Waren in das Korsett kapitalistischen Ex- und Imports gezwängt – soweit nicht die Unfähigkeit des Kapitalismus, seine Ökonomie funktionierend auf dem ehemaligen Gebiet seines Todfeinds einzuführen die ganze Sache noch weiter zurückwirft, nämlich auf die Ebene des Naturaltauschs und des Barterhandels, also der Kompensationsgeschäfte.

Wenn der größte Importposten eines hochentwickelten Landes wie Frankreich aus den abhängigen Ländern Bananen sind[12], so wirft das ein Schlaglicht auf eine Welt des Imperialismus, in der die Exporte Afrikas noch immer zu über 50 Prozent aus Agrargütern und Erdöl bestehen.[13] Aber was viel wichtiger ist gegen die apologetische Behauptung von einer zunehmenden Vernetzung der Welt durch die kapitalistische Warenwirtschaft: die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas werden zunehmend abgekoppelt vom Weltmarkt. Ihr Anteil am Welthandel liegt heute unter dem von 1913 und ist in den letzten Jahrzehnten nicht gestiegen, sondern gesunken.

12 Lester C. Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf 1998, Seite 180.
13 Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 2000, Frankfurt/Main 1999, Seite 205.

Zwischen 1950 und 1990 sank der Anteil Afrikas am Weltexport von 5,2% auf 1,9%, der Lateinamerikas von 12,4% auf 3,9%.[14] „Und im Laufe eines halben Jahrhunderts hat sich der Anteil der über vierzig ärmsten und strukturschwachen Entwicklungsländer von 3,2 Prozent 1950 auf 0,5 Prozent 2000 marginalisiert."[15]

Ein globaler, also weltumspannender Handel findet de facto nicht statt. „Gerade fünfzehn Prozent des Welthandels wurden 1998 wirklich ‚global', das heißt zwischen den Kontinenten Europa, Nordamerika und dem japanisch-pazifischen Raum getätigt. ... 75 Prozent des Welthandels finden unter 25 Prozent der Menschheit statt."[16] Der Großteil des Handels bleibt regional, Tendenz zunehmend. Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat der Anteil des intraregionalen Exports am Weltexport (also der Anteil des Exports, der innerhalb einer bestimmten Weltgegend wie der „Nordamerikanischen Freihandelszone" oder der EU bleibt) von 40,2% auf 55,1% *zugenommen*. Was die BRD angeht, so gingen 1996 64,4% des Exports nach Westeuropa, 7,7% in die USA, nach Mittel- und Osteuropa 8,9%, nach Japan 2,7%, in sogenannte Entwicklungsländer 7,5%.[17] Und dabei ist die BRD neben Italien noch das EU-Mitglied, das am meisten von seinen Exporten nach außerhalb der EU schickt. Bei allen anderen EU-Staaten ist der Anteil des Inner-EU-Handels noch wesentlich höher.[18]

[14] Andrew Glyn & Bob Sutcliffe, Global aber führungslos? In: Österreichische Gesellschaft für kritische Geographie (Hg.): Alte Ordnung, neue Blöcke, Wien 1994, Seite 153
[15] Globalisierung ökologisch, sozial und fair gestalten, a.a.O., Seite 16.
[16] Globalisierung ökologisch, sozial und fair gestalten, Seite 7f.
[17] Hermannus Pfeiffer, Der Kapitalismus frisst seine Kinder, Köln 1997, Seite 159f.
[18] Winfried Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., Seite 147.

Haben sich aber wenigstens die entwickelten kapitalistischen Länder stärker im Weltmarkt verflochten? Wenig spricht dafür, im Gegenteil. Auch in den hochentwickelten Industriestaaten lag Anfang der 90er Jahre der Anteil Export am BIP (Bruttoinlandsprodukt) unter dem Stand von 1913.[19]

Die Entwicklung des Welthandels der letzten Jahrzehnte widerlegt jedes Gerede von einem „Zusammenwachsen im globalen Dorf". Stellte das „Kommunistische Manifest" 1848 fest: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Umsatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen" – so gilt das für die Monopolbourgeoisie heute durchaus, soweit sie als Militär und Räuber auftritt. Als *Händler* verrät sie ihren historischen Beruf der Herstellung des Weltmarkts. Sie zerschlägt ihn, regionalisiert ihn, schneidet den Großteil der Welt davon ab. Dass es dabei die heftigsten Kräfteverschiebungen gibt, liegt in der Natur der Sache. Der Anteil des US-Außenhandels am Welthandel sank von 27% 1947 über 16% 1960 auf 11% Ende der 80er Jahre. 1960 war der US-Anteil so groß wie der der BRD, Frankreichs und Italiens zusammen. Ende der 80er Jahre war der BRD-Anteil am Welthandel allein so hoch wie der der USA.[20] Und da ist dann auch Schluss mit dem Geschwätz von Freiheit und Liberalismus. Wir sehen eine Zunahme des Protektionismus. In den USA ist mit dem angeblichen Fortschreiten der Globalisierung (zwischen 1980 und 1999) die Zahl der Strafzollverfahren keineswegs gesunken, sondern im Gegenteil gestie-

[19] Glyn&Sutcliffe, a.a.O., Seite 140 f.
[20] Winfried Wolf, Fusionsfieber, Köln 2000, Seite 24 f.

gen.[21] Schon in den 80er Jahren hatte die OECD festgestellt, dass Ende der 80er Jahre nur in vieren ihrer 24 Mitgliedsländer (Australien, Neuseeland, Japan und Türkei) der Handel „liberaler" war als zu Beginn der 80er Jahre. [22]

KAPITALEXPORT UND KAPITALVERNICHTUNG

Die in den Gazetten (und auch in den Schriften kleinbürgerlicher „Globalisierungsgegner") vermittelte Sicht der Welt ist die, dass in den letzten Jahren oder Jahrzehnten die großen Monopole sich mit Scheckbuch und Aktientausch ungeheure „transnationale Konzerne" zusammengeschoben haben, die den Rahmen bisher bekannter Konzentration und Zentralisation des Kapitals sprengen und sozusagen eine neue Dimension des Imperialismus geschaffen haben.

Nun ist es eine Tatsache, dass Ende der 90er Jahre unter den 100 größten Wirtschaftssubjekten der Erde 51 Großkonzerne und nur 49 Nationalstaaten rangierten.[23] Nur ist das eher eine Aussage über die Armut dieser kapitalistischen Welt als über den Reichtum. Sehen wir uns zunächst einige Zahlen zur Größenordnung dieser Vorgänge an, die einen einfachen Namen haben: Kapitalexport.

1994 lag die Summe der von den Monopolen aller kapitalistischer Länder in diesem Jahr getätigten Auslandsinvestitionen bei 230 Milliarden US-Dollar. Der damit erreichte Gesamtstand an weltweiten Direktinvestitionen: 2600 Milliarden

[21] Rieger/Leibfried, Grundlagen der Globalisierung, a.a.O., Seite 226.
[22] Glyn&Sutcliffe, a.a.O., Seite 142.
[23] Die Konzerne nach der Bilanzsumme, die Staaten nach dem Bruttoinlandsprodukt genommen.

US-Dollar.[24] Das ist eine gewaltige Summe. Es war aber nicht mehr als in etwa das Privatvermögen der Reichen allein *in der Bundesrepublik Deutschland* zu diesem Zeitpunkt. Es war nicht viel mehr als die laut IWF-Statistik aus steuerlichen Gründen von den Kapitalbesitzern dieser Welt auf Off-Shore-Konten der Cayman Islands, der Bahamas oder ähnlicher Steuerfluchtburgen geparkten Beträge, die Mitte der 90er Jahre bei etwa 2000 Milliarden Dollar lagen.[25]

1999 lag der Gesamtbestand an ausländischen Direktinvestitionen durch deutsche Konzerne bei 392 Milliarden Euro.[26] Im selben Jahr betrugen die *neu getätigten* inländischen Bruttoanlageinvestitionen 439,7 Milliarden Euro.[27] Mit anderen Worten: der *Gesamtbestand* deutscher Auslandsinvestitionen nach 55 Jahren „friedlichen" Zusammenraffens und Ausbeutens entspricht den inländischen Bruttoinvestitionen von einem knappen Geschäftsjahr. Ist dies das „national entbettete Kapital"?

Nur drei Jahre später lesen wir im Spiegel: „So addiert sich der Besitz der privaten Haushalte auf die fast unvorstellbare Summe von knapp acht Billionen Euro – knapp viermal mehr, als die Deutschen jedes Jahr erwirtschaften. Fast die Hälfte davon steckt in Immobilien. Der Rest ruht als Geldvermögen in den Depots oder ist in Luxusgütern wie Uhren, Gemälden oder Schmuck angelegt."[28] Die Regierung spricht von 250 Mil-

[24] Harpal Brar, Imperialismus im 21. Jahrhundert, Bonn 2001, Seite 85.
[25] Martin/Schumann, Die Globalisierungsfalle, Reinbek bei Hamburg 1996, Seite 94.
[26] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2001, Seite 62.
[27] IG Metall, Report 2001. Produktion, Einkommen, Beschäftigung. Frankfurt/Main 2001, Seite 6.
[28] Spiegel 41/2002.

liarden Euro auf Auslandskonten, die von deutschen Kapitalisten vor dem Finanzamt versteckt wurden, die deutsche Steuergewerkschaft von 300 Milliarden. Noch einmal mit anderen Worten: der Auslandsbesitz an Produktionsmitteln, den sich die deutschen Monopole im Laufe der Jahre zusammengerafft haben, entspricht gerade mal 5% des ganz persönlichen Reichtums der Kapitalisten und ist etwa eineinhalb mal so hoch wie die Summe, die sie auf Schwarzkonten zur Steuerhinterziehung verräumt haben!

Das alles zeigt nicht nur, wie relativ gering die Internationalisierung des Reichtums bei einem der größten imperialistischen Länder ist. Es wirft auch ein bezeichnendes Licht auf den Imperialismus, der sich nicht mehr in der Lage sieht, seine Profite in neue Ausbeutung zu investieren, sondern sie auf den Konten, in den Schmuckschatullen und den Grundstücksgeschäften seiner Milliardäre verschwinden lässt. Das Gespenst einer sich weltweit verflechtenden und hoch über den Nationalstaaten schwebenden neuen Klasse „globaler Spieler" hat so keine Grundlage: In den entwickeltsten kapitalistischen Ländern lag 1993 der Auslandsanteil am gesamten Kapitalstock gerade einmal zwischen 5 und 10%.[29] Der Imperialismus tastete sich nach 1945 überhaupt erst sehr langsam an den Stand von 1913 heran. Damals lag der Anteil der Auslandsproduktion an der Weltindustrieproduktion bei 9%. Nach zwei Weltkriegen war er auf 4,4% im Jahre 1960 gefallen, um dann bis 1991 wieder auf 8,1% zu steigen. Gegen Ende der 90er Jahre machen sich sogar gegenläufige Tendenzen bemerkbar. Bei den Investitionen US-amerikanischer Monopole ging der auf ausländi-

29 Glyn&Sutcliffe, a.a.O., Seite 146.

sche Tochterfirmen fallende Anteil in den 90er Jahren zurück.[30] Ende 2002 dann – es reicht eine normale, wenn auch offenkundig weltweite Überproduktionskrise – meldet die Frankfurter Allgemeine unter der Überschrift „Kaum noch Lust auf Fusionen", dass die Zahl der vollzogenen wie der geplanten Unternehmensübernahmen und -zusammenschlüsse 2002 weltweit drastisch gesunken sei.[31]

Die 200 weltweit größten Konzerne verfügten 1999 „über einen Umsatz, der 35 Prozent des Welt-Bruttoinlandsproduktes entspricht".[32] Aber, und das ist das Entscheidende in der Auseinandersetzung um ein „neues Stadium des Imperialismus": sie üben diese Macht in der kapitalistischen Welt nicht dadurch aus, dass sie den Nationalstaat überwunden hätten, den sie als historisches Relikt für die Werktätigen und die kleineren Kapitalisten hinter sich ließen. Sie sind nationalstaatlich basiert, ihr Reichtum hat einen Ort, und der Kapitalexport ist ihre Waffe im Konkurrenzkampf, eine scharfe Waffe, aber auch nicht mehr. Eine Waffe, die mit einigem Erfolg freilich nur die Größten unter ihnen schwingen können. „Die wahren Akteure der Globalisierung sind die 100 größten Konzerne. Ihre Umsätze machen ein Viertel der Umsätze aller 45.000 multinationalen Unternehmen aus."[33] Für den deutschen Imperialismus errechnet die Bundesbank 8304 Auslandsinvestoren. Die 10 nach dem Anlagevolumen größten davon besaßen ein Drittel des deutschen Direktinvestitionsvermögens im Aus-

30 Winfried Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., Seite 118, 126.
31 FAZ, 30.12.2002.
32 Winfried Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., Seite 49.
33 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 98, Köln 1998, Seite 188.

land. Auf die 100 Größten entfielen zwei Drittel der Auslandsinvestitionen.[34] Daraus den Schluss zu ziehen, das Monopolkapital könne auf der Ebene des Nationalstaates nicht mehr angegriffen und besiegt werden, weil es längst „internationalisiert" sei, ist schierer Humbug. Dass Monopole weltweit Produktionsanlagen kaufen und weltweit produzieren, ist keine Erscheinung der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. In der für historische Materialisten aber entscheidenden Frage, der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln, ist der Befund eindeutig. Es gibt keine „transnationalen" Konzerne, keine, deren Eigentümer nicht in einem der großen imperialistischen Länder lokalisiert werden könnten.

Selbst der mit großem Getöse als „Fusion unter Gleichen" angekündigte Aufkauf von Chrysler durch Daimler hat sich letztlich als genau das dargestellt, als was die US-amerikanischen Kapitalisten und die New Yorker Börse die Sache von Anfang an behandelt haben: als Raubzug des deutschen Kapitals gegen US-amerikanisches. Andere auf Parität angelegten Zentralisationsvorgänge scheiterten im Vorfeld, wurden wieder aufgegeben oder entwickelten sich durch Kräfteverschiebung doch zu von Monopolisten eines bestimmten Imperialismus dominierten Konzernen: Hoesch und Hoogovens, Agfa-Gevaert, Salzgitter und Arbed Saarstahl, Volvo und Renault, ABB (Asea und BBC), Aventis (Hoechst und Rhonè-Poulenc).[35]

Von den Konzernen und Trusts des deutschen Imperialismus wird bei den Direktinvestitionen im Ausland streng auf

[34] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2001, Seite 65.
[35] Eine Auflistung solcher Feldzüge findet sich bei Winfried Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., Seite 121ff.

deutsche Dominanz geachtet. 70% ihrer Auslandsdirektinvestitionen gehen in Firmen mit 100%iger deutscher Beteiligung, weitere 14% in Anlagen mit einem deutschen Besitzanteil zwischen 50% und 99%. Nur bei einem Siebtel liegt der Anteil deutschen Kapitals unter 50%.[36]

Selbst die vergleichsweise geringen Summen, die noch als Auslandsinvestitionen getätigt werden, schaffen keine neue Produktion. Seit Anfang der 90er Jahre nämlich entwickeln sich bei den Auslandsinvestitionen die Investitionen in verarbeitendem Gewerbe unterdurchschnittlich, die in Kreditinstitute und Finanzierungsinstitutionen – in denen bekanntlich kein neuer Reichtum geschaffen, sondern lediglich vorhandener umverteilt wird – überdurchschnittlich.[37] Im Ergebnis waren 1999 nur knapp 40% des Auslandsvermögens deutscher Monopolisten überhaupt im *verarbeitenden* Gewerbe angelegt.[38]

Hinzu kommt: Die Fusionen und Übernahmen der letzten Jahre waren *Kampfmaßnahmen* auf dem Boden einer weltweiten Überakkumulation. Mitte April 2002 berichtete die Frankfurter Allgemeine, dass weltweit die Glasfasernetze nur zu 5% ausgelastet seien. In der Automobilindustrie bestehen Überkapazitäten von 35%. Da kauft BMW Rover nicht, um zu expandieren, sondern um einen Konkurrenten stillzulegen. Die Unternehmensaufkäufe im Automobilbau zwischen 1970 und 2000 haben die unabhängigen Automobilproduzenten von 36 auf 11 reduziert.[39] Natürlich ist es schwer, mit unseren

[36] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2001, Seite 65.
[37] Boxberger/Klimenta, Die 10 Globalisierungslügen, München 1998, Seite 113.
[38] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2001, Seite 72.
[39] Winfried Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., Seite 95.

Mitteln nahezu unmöglich, aus den Zahlen für Auslandsdirektinvestitionen diejenigen herauszurechnen, die der Kapitalvernichtung dienen. Aber niemand wird sich an einen grenzüberschreitenden Firmenaufkauf in den letzten Jahren erinnern können, der nicht begleitet gewesen wäre von der Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen und von Asset-Stripping, also dem Ausschlachten von Firmen, wobei die „Filetstücke" behalten, der Rest weggeschmissen und die Belegschaft in die Erwerbslosigkeit geschoben wird.

Dieser Charakter des Kapitalexports als Kampf- und Kriegsmittel in der sich immer mehr verschärfenden Konkurrenz der großen Kapitalistenverbände erklärt, warum der Kapitalexport alles andere als „global" ist. Investiert wird eben nicht vorrangig in Niedriglohnländer. Investiert wird in den imperialistischen Zentren und Kernländern. „Fast 85 Prozent des Kapitals wurden in den Industrieländern investiert. Über ein Drittel der Direktinvestitionen wurde in den USA getätigt, 45 Prozent in der EU. Die Direktinvestitionen in Europa konzentrieren sich auf Großbritannien (Anteil: 9,9%), Frankreich (Anteil: 5,7%) und die Niederlande (Anteil 5,1%)."[40]

Entsprechend sinkt der Anteil der abhängigen und halbkolonialen Länder am investierten Kapital. Anfang der 80er Jahre hatte er noch ein Viertel betragen, Ende der 80er Jahre war er auf ein Sechstel gefallen.[41] Von den weltweiten ausländischen Direktinvestitionen des Jahres 1996 landeten 42,7% in Europa, 28,0% in der Nafta (Nordamerikanische Freihan-

[40] IG Metall Vorstand (Hg.): Report 2001. Produktion, Einkommen, Beschäftigung. Frankfurt 2001, Seite 43.
[41] Glyn&Sutcliffe, a.a.O., Seite 146.

delszone mit den USA, Kanada und Mexiko) – aber nur 6,4% in Lateinamerika und 2,4% in Afrika.[42]

Das gewerkschaftsnahe WSI-Institut hat völlig recht, wenn es feststellt: „Man kann also sagen: trotz fortschreitender europäischer Integration und Öffnung der Märkte Osteuropas kann von einer zunehmenden Globalisierung, die sich in einem verstärkten internationalen Outsourcing zeigt, keine Rede sein."

KURZER EINSCHUB: GLOBALISIERUNG DER ARBEITSKRAFT?

Natürlich erinnern wir uns: Noch jedes der großen Waffenstillstands- und Bündnisabkommen zwischen Imperialisten in den letzten Jahrzehnten, sei es die EU von Maastricht und Amsterdam, sei es das Gebiet des Nafta (North American Free Trade Agreement), proklamierte nicht nur die Freiheit des Verkehrs von Waren und Kapital, sondern auch der Arbeitskraft. Was aber diese wichtigste Produktivkraft angeht, so kann hier am allerwenigsten von „Globalisierung" gesprochen werden. Schengen steht, die bundesdeutschen Ausländergesetze stehen, und genauso steht der Zaun zwischen Mexiko und den USA. Nie wieder hat der Kapitalismus einen freien Verkehr von menschlicher Arbeitskraft erreicht, wie er ihn in der Zeit kannte, als er noch nicht in seine allgemeine Krise eingetreten war. Allein in den 30 Jahren vor dem 1. Weltkrieg sind 34 Millionen Europäer nach Übersee ausgewandert. Nimmt man den Zeitraum von 1820 bis 1930, so haben 55 Millionen Europäer den Kontinent verlassen und sind nach Übersee ausgewandert.[43] Heute wären solche Wanderungswellen von Arbeitskraftbesitzern undenkbar. Noch undenkbarer, was durch die

Auswanderung des 19. Jahrhunderts geschah, nämlich der Einsatz von menschlicher Arbeitskraft aus aller Herren Länder zum Aufbau von Fabriken, Anlegen von Bergwerken, Ausbau der Landwirtschaft etc.

Solche verkaufbare und angekaufte Arbeitskraft wird von den Herren der Welt immer weniger gebraucht. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Zahl der Ausgebeuteten in den Industrieländern nicht mehr angestiegen. Weil aber das Proletariat weltweit immer noch wächst, sank der Anteil der Industrieländer an den weltweit Ausgebeuteten seit 1950 von rund 40% auf etwa 20% ab.[44]

„Globalisiert" wurde und wird das Elend der Flüchtlinge. Nach UN-Statistiken gab es 1960 1,4 Mio. internationale Flüchtlinge. 1980 8,2 Mio. 1992 18,2 Mio. Jeden Tag wachsen die Flüchtlingslager der Welt um rund 10.000 Menschen an.[45]

„GLOBALISIERUNG" UND „VAGABUNDIERENDES FINANZKAPITAL"

Wenn man die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital nicht wahrhaben will, kann man einen sehr einfachen und zu isolierenden Gegner ausmachen – das zinstragende Kapital, populärer ausgedrückt: den Spekulanten. Das tut Attac, durchaus programmatisch schon im Organisationsnamen: Association pour la Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens (Vereinigung für die Be-

[43] Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Münster 1996, Seite 19.
[44] Globale Trends 2000, Seite 18.
[45] UNHCR, Der Zustand der Flüchtlinge in der Welt, New York 1993.

steuerung von Finanztransaktionen zugunsten der Bürger).[46] Das tut aber auch die SPD: „In ihren gegenwärtigen Strukturen sind die deregulierten globalen Finanzmärkte für die Instabilitäten und Finanzkrisen des letzten Jahrzehnts verantwortlich."[47] Also nicht der Kapitalismus und Imperialismus, nicht das System der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ist für die Finanzkrisen und Instabilitäten verantwortlich, sondern ein Teil davon, das zinstragende Kapital, das eben auf den genannten Finanzmärkten gehandelt wird. Und wenn es schon mit der Globalisierung des produktiven Kapitals so arg weit nicht her ist – hier muss die „Globalisierung" doch zu finden sein, liegt doch hier der Reichtum in seiner beweglichsten Form, der Form des Geldes, der allgemeinen Ware vor.

Wir müssen einige ältere Zahlen heranziehen, für unsere Zwecke dienen sie aber durchaus.

Laut Weltbank betrug 1993 das Weltsozialprodukt rund 30.000 Milliarden US-Dollar.[48] Gleichzeitig betrug der weltweite Wertpapierbestand 60.000 Milliarden US-Dollar. Diese

[46] Nebenbei: Die Debatte um Steuern und Besteuerung ist im Imperialismus immer die Domäne des Kleinbürgertums, das darüber in große Erregung geraten kann. Die großen Monopole haben sich den Staat untergeordnet und zahlen keine Steuern. Die Arbeiter bekommen die Steuern abgezogen, bevor sie den ersten Cent aus dem Verkauf der Arbeitskraft zu Gesicht bekommen. Das Kleinbürgertum, das Einkommensteuererklärungen ausfüllt und stets darüber nachdenkt, ob es nun alle Hinterziehungsmöglichkeiten ausgeschöpft hat, ist die klassische Partei der Steuerdebatte.

[47] Globalisierung gerecht gestalten. A.a.O., Seite 4.

[48] Wir weisen wie immer darauf hin, dass das Bruttosozialprodukt, also die Summe aller Werte der produzierten Waren und zur Verfügung gestellten Dienstleistungen, kein sehr aussagekräftiger Parameter ist. Die bürgerliche Statistik rechnet hier z.B. hinein, was z.T. nichts mit der Schaffung von Reichtum, sondern mit seiner Verteilung zu tun hat. Solange wir aber nicht haben, was der Imperialismus längst vorbereitet hat, was aber eine andere Klasse an der Macht braucht, nämlich eine gesellschaftliche Planwirtschaft, müssen wir uns mit solchen Indikatoren begnügen.

60 Billionen Dollar steckten in Aktien, Schuldscheinen, Kreditbriefen, Schatzwechseln, Kommunalobligationen usw. usf.

Diese 60 Billionen sind kein Zeichen der Stärke des Kapitalismus. Sie sind Ausdruck einer ungeheuren Schwäche. Ihre Quelle ist nicht das Portefeuille des Spekulanten, ihre Quelle ist die Ausbeutung menschlicher Arbeit, deren Ergebnis nicht mehr industriell, nicht mehr im Aufbau neuer Produktionskapazitäten angelegt wird. Es ist fiktives Kapital, weil es ein vom Leben des realen, produktiven Kapitals losgelöstes Eigenleben entfaltet, aber nicht, weil es mit diesem produktiven Kapital, mit seiner Mehrwertauspressung nichts zu tun hätte.[49] Das fiktive Kapital erscheint in Wertpapieren, in Verbriefungen von Unternehmenskrediten, mit denen dann wiederum Aktien gekauft werden zur Übernahme anderer Unternehmen. Und es erscheint in der Verbriefung von Staatsschuld, für die die Geldverleiher Staatspapiere bekommen, die Zinsen bringen, wofür dann in Form der Steuern die Werktätigen aufzukommen haben.[50] Mit zunehmender Anhäufung von Reichtum, und das heißt im Imperialismus: mit zunehmender zeitlicher Entfernung von der Kapitalvernichtung im jeweils letzten Weltkrieg dominiert immer mehr das Element der Spekulation: Papiere werden gehalten nicht wegen der Dividenden, die sie bringen oder der Zinsen, die sie abwerfen, sondern in der Erwartung, dass die Spekulation ihren Preis nach oben treibt.

[49] Näheres dazu in: S. Eggerdinger: 19. Oktober 1987: Krise, Krach und der Gestank der Fäulnis. Streitbarer Materialismus Nr. 11, München 1988.

[50] Siehe dazu: Joachim Bischoff, Globalisierung. Supplement der Zeitschrift „Sozialismus", 1-96. Ebenso: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Die Ausplünderung der Werktätigen – oder: Die Staatsschuld. Ausgewählte Dokumente des Zentralkomitees, München 2000, Seite 41ff.

Doch wird das fiktive Kapital auf den realen Prozess der Verwertung von Wert durch Ausbeutung, durch Diebstahl an fremder Arbeitszeit immer wieder zurückgeworfen. Denn alle diese Papiere stellen nichts anderes dar als Anspruchstitel auf künftigen Reichtum, auf künftige Profite oder – im Falle der Staatsschuld – auf künftige Steuereinnahmen. Mehr als dieses Geld (Steuereinnahmen und Profite) steht nicht zur Verfügung, und sobald die Spekulation ihr Ende erreicht und Papiere verkauft werden, stellt sich genau das heraus: die Preise für all diese schönen Papierchen schnurren auf das zusammen, was eine einigermaßen normale Verzinsung aus dem gesellschaftlichen Mehrprodukt, was also der Anteil des zinstragenden Kapitals am Gesamtprofit garantiert.

Ist es nun wahr, was die Verfechter wie die Kritiker eines „national entbetteten Finanzkapitals", eines „um die Welt vagabundierenden Spekulationskapitals" unterstellen – nämlich dass wenigstens hier wirkliche Globalisierung stattfindet? Es ist nicht wahr. Von den weltweit aufgelegten Schuldtiteln Ende 2001 wurden 81,2% national gehandelt, der Handel damit überschritt also nicht die Grenzen. In den G7-Staaten waren es sogar 85,3%, in den USA 86,6%, in Japan 98,4%, in der BRD 73,4%. Und was die Staatspapiere in den großen imperialistischen Ländern angeht, so sind das geradezu klassische Inlandsanleihen, die nur zu maximal 10% von Ausländern gehalten werden.

Bleibt die Devisenspekulation: 1,2 Billionen Dollar pro Tag, von denen nur 3-5% der Abwicklung von realen Warengeschäften dienen. Das klingt schon sehr global, ist es aber nicht, wenn man bedenkt, dass es sich ja stets um dieselben 1,2 Billionen handelt, ja sogar um weniger, denn dieses Geld schlägt

zum großen Teil mehrmals am Tag um. Verglichen mit 60 Billionen Dollar, 1993 angelegt in Wertpapieren und Kreditverbriefungen aller Art, stellen diese 1,2 Billionen nur die – freilich extrem spekulative – Spitze des Eisbergs dar.

„GLOBALISIERUNG" UND NATIONALSTAAT

Also alles halb so schlimm? Halb so schlimm, weil der moderne Imperialismus gar nicht so international ist, wie man befürchtet hat?

Das Gegenteil ist der Fall. Die Vorstellung, wesentliche Teile der Ausbeuterklasse hätten die nationalen Grenzen längst überwunden und sich in „ortlose global players" verwandelt, ist eine ungeheure Verharmlosung. Wäre dem so, so hätten alle außenpolitischen, mit diplomatischen, politischen und militärischen Mitteln ausgetragenen Kämpfe allenfalls Bedeutung als Sandkastenspiele. Es ist gerade der Widerspruch zwischen der Sprengung nationalstaatlicher Grenzen durch die Ökonomie des Imperialismus und seinem stetigen Zurückgeworfenwerden auf eben diese Nationalstaaten als Organisator und Vollstrecker imperialistischer Macht und Stärke, aus dem, den Protagonisten durchaus unbewusst, der Kampf der Imperialisten untereinander und ihre Kriege entstehen. Nicht der Umstand, dass sie ihre Waren und ihr Kapital ins Ausland schicken, macht die Imperialisten zu Kriegsbrandstiftern. Sondern dass sie dabei auf die Konkurrenz anderer gleichgesinnter Imperialisten treffen, denen gegenüber sie ihre Machtmittel organisieren. Die aber können nur nationalstaatlich verfasst sein: die Massen in die Heere stecken, sie bewaffnen und sie diese Waffen selbst bezahlen lassen, die bewusstesten Elemente der unterdrückten Klassen einsperren, der Unterminierung

und dem Sturz ihrer Herrschaft zuvorkommen, Kriege führen – das tun nicht Siemens, Deutsche Bank oder die Telekom. Das tut der bundesdeutsche Staat. Und die imperialistischen Staatsapparate tun ihre Pflicht sehr emsig. Was war denn mit der Friedensdividende nach dem „Sieg über den Sozialismus"? Nach einem kurzen Rückgang der Rüstungsausgaben steigen sie seit Mitte der 90er Jahre erneut und liegen, was die OECD-Länder angeht, wieder bei 400 Mrd. jährlich[51], weltweit bei 778 Mrd. Dollar.[52] Allein für die Beschaffung neuer Waffen wird der bundesdeutsche Staat in den nächsten Jahren rund 130 Milliarden Euro ausgeben.[53]

So findet auch der oft beschworene „Rückzug des Staates aus der Wirtschaft" nicht statt und ist auch durchaus nicht beabsichtigt. In der BRD blieb die Staatsquote, also der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt, zwischen 1970 und 1997 nahezu unverändert.[54] In den OECD-Staaten insgesamt stieg sie zwischen 1980 und 2000 von 36% auf 40%. Freilich wird umgeschichtet, und diese Umschichtungen, jeden Tag in der Presse zu verfolgen, sind nur ein weiterer Beleg, wie die großen Monopole den Staatsapparat als ihr Instrument behandeln. Die Monopole zahlen keine Steuern mehr, die Werktätigen inzwischen an die 80% des Staatshaushalts, der Gewaltenapparat wird aus-, der Sozialhaushalt abgebaut – also nichts mit dem „Rückzug des Staates aus der Wirtschaft", dem

51 Winfried Wolf, Fusionsfieber, a.a.O. Seite 174.
52 Weltentwicklungsbericht 1996.
53 Lühr Henken, Die Aufrüstung der Bundeswehr zur weltweiten Angriffsfähigkeit. IMI-Analyse 2003/001.
54 Boxberger/Klimenta, Die 10 Globalisierungslügen, München 1998, Seite 102.

„schlanken Staat" und ähnlichen apologetischen Behauptungen und Forderungen.

EIN AUSBLICK

Es ist deutlich geworden, dass eine wirkliche „Globalisierung", die Herstellung eines die ganze Welt umspannenden funktionierenden kapitalistischen Regimes nicht stattfindet. Wenn, kurz gesagt, der Imperialismus zu kritisieren ist, dann deswegen: dass er als ökonomisches System ausgedient hat, dass er eben gerade *keine* Globalisierung zustande bekommt. 1993 prognostizierte die Weltbank einen Anstieg des Welt-Bruttoinlandsprodukts um 140 bis 274 Milliarden Dollar bis Ende 2002. Eine solche Prognose ist eine Bankrotterklärung des Kapitalismus. Wie bereits erwähnt belief sich das Weltbruttosozialprodukt auf 30000 Milliarden Dollar. „Selbst der maximale Zuwachs von 274 Milliarden in den nächsten neun Jahren würde einen Anstieg des Welt-BIPs um weniger als ein Prozent bedeuten. Diese Zuwächse sind so gering, dass sie einem Rundungsfehler zuzuschreiben sein könnten. Niemand wird je wissen, ob es sie wirklich gegeben hat oder nicht."[55] Das schrieb ein bürgerlicher Ökonomieprofessor, Wirtschaftsberater von US-Präsident Clinton. Das durchschnittliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts fiel von 1966 bis 1973 (Jahresdurchschnitt) auf 1998 von 5,1% auf 1,8%, in den Industrieländern von 4,8% auf 1,9%.[56] In der BRD gab es zwischen 1950-1959 (Jahresdurchschnitt) bis 2001-2002 (Jahresdurchschnitt) einen Rückgang der Wachstumsrate von

[55] Lester C. Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus, a.a.O., Seite 180.
[56] Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 2000, a.a.O., Seite 171.

7,8% auf 0,7%.[57] Der Export von Gütern und Dienstleistungen wuchs zwischen 1986 und 1990 weltweit im Durchschnitt um 15% pro Jahr. 1998 *fiel* er um 2% (und da war die Überproduktionskrise noch nicht eingetreten).[58]

Der Anteil der reichsten entwickelten Hauptländer am Welteinkommen lag Anfang der 90er Jahre bei 82,7%. Der Anteil des ärmsten Fünftels der Weltbevölkerung am Welteinkommen hat sich in den 90er Jahren von 2,3% auf 1,4% etwa halbiert.[59]

Nach 200 Jahren industrieller Revolution und Kapitalismus ist nach wie vor über die Hälfte der Weltbevölkerung landwirtschaftlich tätig.

„In der Ländergruppe des höchsten Einkommensniveaus verfügten 1996 mehr als 500 von 1000 Personen über einen Telefonanschluß. Dagegen waren es in der Ländergruppe des niedrigsten Entwicklungsstandes nur 4 von 1000."[60] In den USA kamen 1994 auf jeden Einwohner 2 Radios, in Subsahara-Afrika auf 1000 Einwohner rund 180. 1998 hatten in den USA von 1000 Einwohnern 240 einen Internetanschluss, in Europa immerhin noch knapp 50 – in Afrika ist der Anteil nicht mehr darstellbar. In Japan erschienen 1997 auf 1000 Einwohner knapp 600 Tageszeitungen, in der BRD gut 300, in Indien etwa 20.

Ganz Schwarzafrika hat so viele Telefonanschlüsse wie Manhattan – aber 95% aller Glasfaserkabel werden nicht genutzt.

[57] Jörg Huffschmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, a.a.O. Seite 120.
[58] Rieger/Leibfried, Grundlagen der Globalisierung, a.a.O., Seite 270.
[59] United Nations Development Programme, zit. in Harpal Brar, Imperialismus im 21. Jahrhundert, Bonn 2001, Seite 117. Weltentwicklungsbericht 1996.
[60] Jörg Goldberg, Globalisierung und Nationalstaat. In: Hickel/Kisker/Mattfeldt/Troost (Hrsg.): Politik des Kapitals – heute. Hamburg 2000, Seite 175.

Das ist das Ergebnis ihrer „Globalisierung". Das ist keine neue Phase imperialistischer Herrschaft.

Das ist die bis aufs Äußerste getriebene Fäulnis einer Produktionsweise, der das Manifest der Kommunistischen Partei vor 155 Jahren mit auf den Weg gab: „Es tritt hiermit offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d.h., ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft."[61]

Die großen Konzerne selbst beweisen, mit wie wenig lebendiger Arbeit der Reichtum zu schaffen wäre: die 200 größten Konzerne der Welt beschäftigen noch nicht einmal ein dreiviertel Prozent der weltweit Beschäftigten – und beherrschen dennoch – wie gesehen – 35% des Welt-Bruttoinlandsprodukts. 15 Großkonzerne kontrollieren 90% des weltweiten Weizenhandel, 70% des Reishandels, 80% des Tee- und Kaffeehandels, 90% des Holz-, Baumwoll- und Tabakhandels, 80% des Kupferhandels, 60% des Ölhandels, 90% des Eisenhandels.

Der Umsatz von DaimlerChrysler 1999 entsprach dem Bruttoinlandsprodukt Norwegens.

61 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx Engels Werke Band 4, Berlin 1974, Seite 473.

Der Umsatz der 200 größten Monopole entsprach im Jahr 2000 35% des Weltbruttoinlandsprodukts.[62]

Wenn aber aus dieser Unfähigkeit wirkliche Globalisierung, Weltökonomie für die Völker werden wird, dann so:

„Wenn aus einem Großbetrieb ein Mammutbetrieb wird, der planmäßig, auf Grund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials im Umfang von zwei Dritteln oder drei Vierteln des gesamten Bedarfs für Dutzende von Millionen der Bevölkerung organisiert; wenn die Beförderung dieses Rohstoffs nach den geeignetsten Produktionsstätten, die mitunter Hunderte und Tausende Meilen voneinander entfernt sind, systematisch organisiert wird; wenn von einer Zentralstelle aus alle aufeinanderfolgenden Stadien der Verarbeitung des Materials bis zur Herstellung der verschiedenartigsten Fertigprodukte geregelt werden; wenn die Verteilung dieser Produkte auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan geschieht (Petroleumabsatz in Amerika wie Deutschland durch den amerikanischen ‚Petroleumtrust') – dann wird es offensichtlich, dass wir es mit einer Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben und durchaus nicht mit einer bloßen ‚Verflechtung'; dass privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muss, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird, eine Hülle, die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundung

[62] Daten aus: Winfried Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., S. 31, 49; Harpal Brar, Imperialismus im 21. Jahrhundert, a.a.O., Seite 19ff.

von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird." (W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, geschrieben 1916)

Zuerst erschienen in Streitbarer Materialismus Nr. 25, Mai 2003

HITLER IM HIMMELREICH. GOOD-OLD-EUROPE-TOUR

MARCUS HANK/STATION 2 E.V.

Der Vorhang ist geschlossen.

HITLER: Die Fruttentutten ... Tritra-Siegheil. Trallala-Reich, Tritra-Führer. Siegheil - Endsieg - Reich - Volkszorn, das ist deutsch. / Siegheiltrallala... der Führer ist wieder da! Ja das klingt gut, das will mein Volk von mir hören.

Es ertönt die Liszt-Fanfare. Der Vorhang öffnet sich, Hitler steht im Profil. Er übt weiter.

HITLER: Siegheiltrallala, Siegheiltrallala, der Führer der ist wieder da! Seid ihr alle da?

Keine Antwort.

HITLER: Der Führer, der ist wieder da!? Siegheiltrallala, Siegheiltrallala... Seid ihr alle da? Ich starte mein Comeback und keiner da?

Keine Antwort.

HITLER: Deutsche, Volksgenossen! Seid ihr alle da?

Speer hetzt auf die Bühne mit einem kleinen Volksempfänger, er drückt auf den Knopf. Von Band ertönt: „Sieg Heil, Sieg Heil, Sieg Heil!"

HITLER: So ists recht! Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Speer?
SPEER: Siegheiltrallala, mein Führer!
HITLER: Siegheiltrallala, mein lieber Speer! Ich fühle mich unwohl!
SPEER: Hat der Führer wieder schlecht geschlafen?
HITLER: Jawohl, er hat schlecht geschlafen.
SPEER: Ein Albtraum?
HITLER: Ja, ein Albtraum! Ich war bei meinem Volk! Ich bin zurückgekehrt und habe das tausendjährige Reich fortgeführt. Ich bin hinabgefahren, habe die Schmeißfliegen fortgejagt, den Bolschewismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet, den Juden vom Erdball vertrieben, die Welt das Fürchten gelehrt und das deutsche Volk seiner Bestimmung zugeführt...
SPEER: Das klingt doch großartig, mein Führer!
HITLER: Ja großartig, der Führer hat Großes geleistet, doch was war der Dank? Was war der Dank? Mein Volk - es hat mich nicht erkannt ... Es hat seinen Führer nicht mehr erkannt! Speer!
SPEER: Jawohl, mein Führer!
HITLER: Speer! Ich muss zurück auf die Erde! Mein Volk - es benötigt mich, es braucht seinen Führer. Der Zeitpunkt der Rückkehr ist nah, ich spüre es! Arbeiten alle daran?
SPEER: Alle tun ihr Möglichstes! Goebbels startet eine Kampagne nach der anderen.
Göring kümmert sich um die technischen Fragen und Himmler meditiert über Tibet, es kann sich nur noch um wenige

Stunden, Tage, Wochen handeln, bis er das Geheimnis der Wiedergeburt gelöst hat.
HITLER: Was macht der Krieg? Haben wir Funkkontakt?
SPEER: Radio Andernach!

Speer stellt das Radio an. (Es folgen Nachrichten zur Kommandoübernahme in Mazedonien):
„Der Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien verläuft nach Angaben des Verteidigungsministeriums reibungslos. Die deutschen Soldaten arbeiten mit Soldaten aus insgesamt 20 Ländern gut zusammen und die erste Mission einer europäischen Friedenstruppe verläuft zu aller Zufriedenheit, hieß es vom militärischen Befehlshaber, dem deutschen Admiral Rainer Feist.“

HITLER: Feist? Kenne ich den Mann?
SPEER: Wohl nicht mein Führer, aber er ist immerhin deutscher Admiral.
HITLER: Nun gut! Aber warum brauchen wir 20 Ausländer, wir kennen doch das Gelände?
SPEER: Europäische Schützenhilfe für den deutschen Weg, mein Führer!
HITLER: Durch die Waffen-SS?
SPEER: Durch die Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Göring tritt auf mit der Europa-Hakenkreuz-Flagge.

GÖRING: Siegheiltrullala mein Führer!
HITLER: Siegheiltrallala mein lieber Göring! Eine schöne Fahne trägst du da, mein Reichsmarschall.

Göring steckt die Fahne an der Bühne fest.

GÖRING: Mir war gerade wieder mal so langweilig, da habe ich mir gedacht, machste mal was Nützliches. Und weil die Welt Fahnen braucht, habe ich Kerneuropa quasi versinnbildlicht.

HITLER: Ich bin begeistert, mein Reichsmarschall.

GÖRING: Also, Europa ist eine Scheibe, in der Mitte ist das Deutsche Reich, rundherum sind unsere europäischen Freunde mit Regierungssitzen von Pressburg bis Vichy.

HITLER: Großartig mein Reichsmarschall! Speer!

SPEER: Jawohl, mein Führer.

HITLER: Telegrafiere sofort an Tiso und Cretin. Jetzt muss nur mehr Leningrad fallen und der Bolschewismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden...

SPEER: Aber mein Führer, es heisst Petain, nicht Cretin und Leningrad gibt es nicht mehr... Der Kommunismus ist tot...

HITLER: Warum sagt mir das keiner?

SPEER: Das wisst ihr doch mein Führer!?

HITLER: Egal, dann konzentrieren wir alle Streitkräfte an der Westfront und fahren noch heute gegen Engeland ... und morgen gegen Amerika.

Hitler geht ab und holt seine Amerika-Rakete.

SPEER: Oh nein, nicht schon wieder. Er bekommt seinen Anfall!

HITLER: *(Originalzitat)* Dann versetzen wir den Amerikanern einen vernichtenden Schlag, unsere Vergeltungswaffen fliegen nach Neu York, mitten ins Herz des Feindes. Wolkenkratzer verwandeln sich in riesige brennende Fackeln, stürzen in sich zusammen und durcheinander... *(... schlägt mit der*

a9/a10 um sich, so das Speer immer wieder in Deckung gehen muss, er trifft Göring.)

GÖRING: Aua!
SPEER: Mein Führer...
HITLER: ... nicht jetzt, mein lieber Speer. Der Widerschein der berstenden Stadt steht am dunklen Himmel. Tausendfache Vergeltung für den Untergang unsere Städte. Ich als größter Feldherr aller Zeiten gehe ein in die Geschichte der Menschheit...
SPEER: Mein Führer...
HITLER: Der Kommunismus ist tot, Neu York wird erschüttert, die Wehrmacht marschiert, der Endsieg ist greifbar.
SPEER: Aber mein Führer, habt ihr vergessen, New York wurde erschüttert, aber es war keine Wehrmachtsoperation!
HITLER: Gut ist, was dem Reich nützt, mein lieber Speer. Was keine Wehrmacht? Wer macht wenn nicht dä Wehrmacht?
SPEER: Der Dschihad!
GÖRING: Gesundheit!
HITLER: Speer?
SPEER: Jawohl mein Führer!
HITLER: Wo waren wir stehengeblieben?
SPEER: Ich sprach vom heiligen Krieg!
HITLER: Genau, der heilige Krieg, bringt ihn her! Das ist zwar nichts gegen unseren totalen Krieg, aber wir machen den total heiligen Krieg daraus!
GOEBBELS: *Aus dem Off:* Total heiliger Krieg, ich höre immer total heiliger Krieg.

Goebbels flattert herein.

GOEBBELS: Siegheiltrallala, mein Führer.
HITLER: Siegheiltrallala, mein lieber Goebbels.
GOEBBELS: So kann ich nicht arbeiten! Wir Werbefachleute werden immer zu letzt eingeweiht. Ihr plant den total heiligen Krieg, ich weiß von nichts und dann heißt es wieder schnell, schnell wir brauchen eine Kampagne. In eineinhalb Wochen muss die Sache raus.
GÖRING: Siegheiltrullala, lieber Goebbels.
GOEBBELS: Siegheiltrallala, lieber Göring. *Erblickt die Fahne.* War dir schon wieder langweilig? Sehr schön, eine sehr schöne Fahne.
GÖRING: Habe mir gedacht, die Welt braucht Fahnen. Europa ist eine Scheibe, in der Mitte befindet sich das deutsche Reich...
HITLER: Goebbels, wir brauchen eine Kampagne zum total heiligen Krieg!
GOEBBELS: So kann ich nicht arbeiten, mein Führer.
GÖRING: Mir wird schon wieder langweilig!
HITLER: Geh' dich ein wenig zerstreuen, mein lieber Göring.
GÖRING: Oh ja, das ist eine großartige Idee mein Führer. Ich gehe eine Runde fliegen, vielleicht mit dem Franz Josef...

Er geht vergnügt ab.

HITLER: Seit wann fliegt der Franz Josef?
GOEBBELS: Er meint wohl nicht den Österreicher - sondern den Bayern!
HITLER: Dieser Göring macht mir Sorgen, er ist immer so unzufrieden mit sich...

SPEER: Der Nürnberger Prozess hat nachhaltig Spuren hinterlassen.
HITLER: Nürnberg? Kenn ich nicht! Wo waren wir stehengeblieben?
SPEER: Die Kampagne zum total heiligen Krieg.
HITLER: Jawohl. Goebbels - total heiliger Krieg!
GOEBBELS: Geht nicht!
HITLER: Wieso geht das nicht?
GOEBBELS: Der Krieg ist uns abhanden gekommen...
HITLER: Ich als größter Feldherr aller Zeiten habe keinen Krieg...
GOEBBELS: Den haben gerade die Amerikaner.
HITLER: Dann holen wir ihn uns eben zurück... Mit der Wunderwaffe können wir doch...
SPEER: Vorsicht, mein Führer. Die Amerikaner sind stark, unsere Streitmacht ist bereits ausgelastet und unsere Bomben sprechen derzeit noch französisch.

Göring und Franz-Josef fliegen vorbei und stürzen ab.

HITLER: Wo waren wir stehengeblieben?
SPEER: Die Amerikaner sind stark, unsere Streitmacht bereits ausgelastet und unsere Bomben französisch.
HITLER: Was sagt denn dieser Cretin?
SPEER: Petain mein Führer. Außerdem heißt er heute Chirac. Er ist zwar ganz verlässlich, aber Franzose!
HITLER: Haben wir denn sonst keine Verbündeten?
SPEER: Wir haben vorerst nur ein halbes Europa!
HITLER: Lieber ein halbes Europa ganz als ein ganzes Europa halb! Was haben wir sonst noch?

SPEER: Den Dschihad und den wiedergewählten Interimskanzler!
HITLER: Was? Dieser vaterlandslose Sozialdemokrat mit den gefärbten Haaren?
SPEER: Mein Führer, die Nationalzeitung schreibt, die vaterlandslosen Gesellen seien nunmehr nicht länger in der SPD zu suchen...
HITLER: Aber ein Kriegsdienstverweigerer?
SPEER: Deswegen mein Führer! Er verweigert den Kriegsdienst an Seiten der USA. Dafür wurde er wiedergewählt, das ist der deutsche Weg.
HITLER: Was rätst du mir mein Propagandaminister?
GOEBBELS: Ich rate zum totalen Frieden. Bis wir wieder Krieg haben, müssen wir den totalen Frieden propagieren! Hauptsache es machen alle mit!

Göring tritt auf. Und baut eine Golfanlage auf.

GÖRING: Siegheiltrullala, mein Führer!
HITLER: Siegheiltrallala, mein lieber Göring! Was bringst du da?
GÖRING: Mir war wieder mal so langweilig, da hab ich mir gedacht, machste mal was Nützliches. Weil die Welt jetzt vom Golf spricht und auch auf dem Obersalzberg ein Golfplatz gebaut wird, sollten wir bis zu unserer Rückkehr unser Handicap verbessern.
HITLER: Handicap? Was ist unser Handicap, Speer?
SPEER: Der zweite Weltkrieg, Nürnberg und der Holocaust!
HITLER: Der zweite Weltkrieg ist Vergangenheit! Nürnberg? Kenne ich nicht und der Holocaust ist eine Erfindung der

Amerikaner, ich bin doch kein Antisemit, nur weil der Jude ein Jud ist! *(Leichtes Donnergrollen.)*
HITLER: Du warst zu lange im Ausland, mein lieber Speer!
SPEER: Aber in der Welt wie auch im Reich spricht man immer noch von den Verbrechen der Wehrmacht!
HITLER: *(tickt aus)* Verbrechen der Wehrmacht!? Haben wir all die Kriegsverbrechen der Alliierten erduldet, die Schmach von Potsdam um jetzt um den späten Sieg gebracht zu werden? Das einzige Verbrechen der Wehrmacht besteht darin, den Krieg nicht gewonnen zu haben. *(Er beruhigt sich wieder.)*
SPEER: Dennoch mein Führer, der Ausgang des letzten Krieges ist noch nicht vergessen. 1939 hat man uns uneingeschränkt zugejubelt - heute hingegen behaupten große Teile des deutschen Volks Juden versteckt zu haben.

Hitler tickt aus. (Blitz, Donner) Beruhigt sich wieder...

HITLER: So sage man, der Führer habe auch Juden versteckt. Mindestens 6 Millionen. So gut, dass sie bis heute niemand wiedergefunden hat. Was sagt mein Reichsmarschall?
GÖRING: Mir ist schon wieder langweilig!

Göring geht ab.

HITLER: Was sagt die Propagandaabteilung!?
GOEBBELS: So kann ich nicht arbeiten, mein Führer. Erst muss der Jude weg, dann muss er wieder her, da soll sich einer noch auskennen.
SPEER: Wir müssen in dieser Frage flexibel sein.

GOEBBELS: Gut, wir machen es wie immer - wer Jude ist bestimme ich!

Himmler schwebt auf einer kleinen Wolke herein.

HIMMLER: Oooooohhhhhhhhm! Ooooooooooooohhhhhhhhhmmmmmmmm! Siegheiltrallala, mein Führer!
HITLER: Siegheiltrallala, mein lieber Himmler! Gut das du kommst! Göring und Goebbels versagen und mein Speer weiß auch nichts gutes zu berichten! Was macht meine Wiedergeburt?
HIMMLER: Die Heilslehren des tibetanischen Buddhismus sehen gute Chancen für den Führer bezüglich einer baldigen Rückkunft.
HITLER: Sehr gut mein braver Heinrich!
HIMMLER: Es gibt nur kleine Komplikationen!
HITLER: Komplikationen? Was heißt Komplikationen?
HIMMLER: Das Führercharma ist besetzt.
HITLER: Was soll das heißen? Erst ist der Krieg aus und jetzt ist auch noch mein Charma besetzt! Wer besetzt mein Charma?
HIMMLER: Der Hitler des Monats!
HITLER: Wie bitte? Hitler des Monats?

Er zürnt und tickt aus. (Blitz und Donner)

HITLER: Heiliger Boden Himmler, es kann nur einen geben! Der Führer ist einzigartig! Speer?
SPEER: Seit dem letzten Golfkrieg gibt es den immer wiederkehrenden Vergleich des Führers mit anderen Staatsmännern.
HITLER: Wer hat damit angefangen?

SPEER: Ein gewisser Enzensberger!
HITLER: Wer ist dieser Enzensberger? Was zeichnet ihn aus?
SPEER: Er ist Schriftsteller und trägt eure Frisur, mein Führer.
HITLER: Immer diese Künstler - der eine klaut mir meinen Bart, der andere meine Frisur...
Wer ist der aktuelle „Hitler des Monats"?
GOEBBELS: Es wechselt derzeit zwischen dem irakischen und dem amerikanischen Präsidenten!
HITLER: Wie bitte? Das bisschen Giftgas macht noch keinen Führer. Und die Amerikaner sind doch viel zu dekadent für eine anständige Diktatur!

Man hört Panzergeräusche... Göring fährt mit einem Kettenfahrzeug herein, darauf steht ein Suppentopf.

GÖRING: Siegheiltrullala mein Führer.
HITLER: Siegheiltrallala, mein lieber Göring. Was ist das für ein Gefährt?
GÖRING: Essen auf Ketten - mein Führer. Mir war schon wieder langweilig und da habe ich mir gedacht, solange wir keinen Krieg haben, schießen wir mit der Gulaschkanone.
HITLER: Kann man damit einen Krieg gewinnen, Speer?
SPEER: Keinen Krieg, aber den Frieden!
HITLER: Eine großartige Idee! Die Amerikaner bomben sich ins Abseits und wir kümmern uns um den Frieden! Was ist schon die kriegerische Zerstörung des Iraks gegen den friedlichen Aufbau der deutsch-irakischen Beziehungen! Goebbels, wir brauchen eine Kampagne!
GOEBBELS: Der Amerikaner hat weder gute Sitten noch Kultur!

HITLER: *(Originalzitat)* Genau! Was wir gegen diese Nation anführen, ist in erster Linie der völlige Kulturmangel.
GOEBBELS: Jawohl - es ist unglaublich, dass der amerikanische Präsident die Unverschämtheit besitzt, uns zu richten, Gott und die Welt als Zeugen anzurufen für die Reinheit seiner Taten, zum Kriege zu hetzen und unschuldige Menschen in die Schlacht für seine schmutzigen finanziellen Interessen zu schicken.
HITLER: Speer, hat er das nicht schön gesagt?
SPEER: Ja, aber schon zum zweiten Mal. Dieser Satz stammt aus dem Jahre 1941!
GOEBBELS: Na und. Als Propagandaminister habe ich das Recht mich selbst zu zitieren! Was gestern noch wahr war, kann heute nicht unwahr sein!

Göring fährt mit dem Panzer ab ...

GÖRING: Auf der Berlin-Bagdad-Bahn, kommt der Führer angefahrn, mit nem Eintopf unterm Arm, das gibt ABC-Alarm...
HITLER: Speer, wo waren wir stehengeblieben?
SPEER: Ohne uns Krieg zu führen verstößt gegen das Völkerrecht, aber ohne uns das Land wieder aufbauen zu wollen verstößt gegen die guten Sitten.
HITLER: Jawohl! Der amerikanische Präsident flieht in den Krieg, aus Angst vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch Amerikas. Er wurde darin bestärkt durch den Kreis der ihn umgebenden Juden! Speer!? Was siehst du mich so an?
SPEER: Auch dieser Satz ist nicht neu!
HITLER: Wer hat das gesagt?

SPEER: Ihr mein Führer 1941 und vor kurzem der ehemalige deutsche Kriegsminister!
HITLER: Göring?
SPEER: Nein, ein gewisser Scharping - im August letzten Jahres!
HITLER: Kann ich denn überhaupt noch etwas sagen, das nicht schon gesagt ist?
GOEBBELS: Aber mein Führer, das beweist doch euren Weitblick!
HITLER: Jawohl! Ich bin die Vorsehung und die Bestimmung des deutschen Volkes!

Die Lichterkette geht an, die „Wer wird Millionär"-Fanfare ertönt und Göring tritt auf.

GÖRING: Siegheiltrullala, mein Führer.
HITLER: Siegheiltrallala, mein lieber Göring.
GÖRING: Mir war schon wieder langweilig, da habe ich mir gedacht, das deutsche Volk braucht Spiele bis es wieder Krieg hat. Habe mir eins ausgedacht. Es heißt „Wer wird Ariär" und ist eine Ratespiel zur Zerstreuung.
HITLER: Ich muss mein Volk einen nicht zerstreuen!?
GOEBBELS: Um es zu einem nationalsozialistischen Ganzen zu formen, sollte es zunächst einmal zerstreut sein.
HITLER: Nun gut, lasst uns das Volk zerstreuen.
GÖRING: Also, die Propagandaabteilung stellt die Fragen und gibt vier mögliche Antworten vor. Der Führer entscheidet über die Antwort. Der Gewinner darf in Polen einmarschieren!
HITLER: Ein sehr schönes Spiel.

GOEBBELS: Ich stelle nun die Frage: Wer ist schuld? a) der Jude? b) der Jude? c) der Jude? Oder d) der Jude?
HITLER: Ich nehme Antwort a) b) c) und d)!
GOEBBELS: So kann ich nicht arbeiten, mein Führer, ihr müsst euch für eine der vier Antworten entscheiden!
HITLER: Das ist aber eine schwierige Aufgabe, mein lieber Goebbels! Gibt es vielleicht eine Hilfestellung, mein lieber Göring?
GÖRING: Ihr könnt zwischen einem der drei Joker wählen, mein Führer! Volksbefragung, der fünfzig-fünfzig-Joker oder der Telefonjoker!
HITLER: Zu was rätst du mir, mein Goebbels?
GOEBBELS: Ich bin der Moderator, ich darf nicht mitraten!
HITLER: Dann frage ich dich in deiner Eigenschaft als Propagandaminister.
GOEBBELS: In dieser Eigenschaft rate ich zur Volksbefragung!
HITLER: Volksbefragung? Eine großartige Idee, mein Goebbels! Ich befrage jetzt das Volk und marschiere dann in Österreich ein!
GOEBBELS: Das geht nicht!
HITLER: Wieso? Das ging 1938 doch auch!

Himmler schwebt herein ...

HIMMLER: Ooooooooooohhhhhhm! Ooooooooooohhhhm!
HITLER: Mein lieber Himmler!
HIMMLER: Jawohl, mein Führer!
HITLER: Die Propagandaabteilung versagt schon wieder. Ich möchte in Österreich einmarschieren, doch es gibt Probleme. Was sagt mein Reichsführer SS?

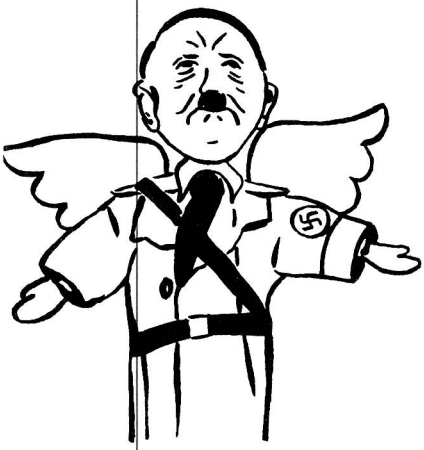
HIMMLER: *Der Jude ist schuld!*
HITLER: Ja, welcher Jude? a), b), c) oder d)?
HIMMLER: Jeder Jude!
HITLER: Siehst du, mein lieber Goebbels! Da spare ich mir die Volksbefragung, marschiere trotzdem in Österreich ein und habe noch alle Joker gut.
GOEBBELS: So kann ich nicht arbeiten, mein Führer. Es gibt nun mal Spielregeln...
HITLER: Bin ich aus dem Völkerbund ausgetreten, um mich von derartigen Kleinlichkeiten maßregeln zu lassen? Aber gut, mein Goebbels. Ich befrage mein Volk... Was hat es zum Juden zu sagen?
HIMMLER: 17% sagen, durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig!
HITLER: Immerhin!
HIMMLER: 18% sagen, man kann schon am Aussehen erkennen, ob jemand Jude ist oder nicht!
HITLER: Sehr schön! Was sagst du dazu, mein Reichsmarschall?
GÖRING: Die gelben Sterne sind wohl zu klein, es müssten eigentlich alle sehen können?
HIMMLER: 21% meinen, Juden haben in der Welt zuviel Einfluss!
HITLER: Ganz meiner Meinung!
HIMMLER: 38% sagen, Macht und Einfluss der Juden in der Gesellschaft stehen in keinem Verhältnis zum Anteil der Juden in der Gesamtbevölkerung.
HITLER: So gefällt es mir!
HIMMLER: 41% sagen, viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.

HITLER: Wunderbar.
HIMMLER: Und 63% meinten, 53 Jahre nach Kriegsende, sollten wir nicht mehr so viel über die Judenverfolgung reden und endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen!
HITLER: Großartig, das ist mein Volk! Darin schlummert der Endsieg! 12 Jahre Nationalsozialismus sind nicht spurlos am deutschen Volk vorübergegangen! Ich bleibe dabei und nehme Antwort a), b), c) und d). Was sagt mein Reichsmarschall?
GÖRING: Der Führer hat recht! Wer a sagt muss auch b sagen...
GOEBBELS: Gut, der Führer hat gewonnen und darf in Polen einmarschieren...

Es ertönt die Gewinnfanfare von „Wer wird Millionär"... Alle werden ganz aufgeregt und freuen sich. Göring holt eine riesige Kanone nach oben und richtet den Lauf ins Publikum.

HITLER: Was macht mein lieber Göring!
GÖRING: Friedenssicherung, wer weiß ob uns nicht ein Krieg begegnet?!
HITLER: Sehr schön! Auf nach Polen!
SPEER: Aber mein Führer, Polen gehört schon fast zur EU!
HITLER: Großartig, dann sparen wir Munition! Lasst uns einmarschieren!
SPEER: Mit UN-Mandat oder unter Nato-Führung?
HITLER: Du warst zu lange im Ausland mein lieber Speer, wir haben doch Verbündete!
GOEBBELS: Jawohl, ein halbes Europa ganz und den Dschihad!
GÖRING: Nicht zu vergessen, den fünzig-fünfzig Joker!
HIMMLER: Und den Telefonjoker!

GÖRING: Wir haben den totalen Frieden!
GOEBBELS: Außerdem den deutschen Weg und den Kriegsdienstverweigerer!
HITLER: (*langsam und drohend*) Und wenn ich nun dereinst darniederfahre, zu meinem Volk zurückkehre, dann wird es auch erkennen, was alles das Werk seines Führers ist!



FINGERTHEATER: PUPPEN
HOCHKOPIEREN UND AUSSCHNEIDEN.
DANN AUS PAPIER EINEN RING UM
DEN FINGER MACHEN, AUF DEN RING
DIE PUPPE KLEBEN. LOS GEHT'S!

ZUR KRITIK DES POSTKOLONIALEN ANTIIMPERIALISMUS

UDO WOLTER

Das in den letzten Jahren auch hierzulande zu einiger Beachtung gelangte Feld der postkolonialen Theorien wurde zwar nicht unmittelbar von der „globalisierungskritischen Bewegung" als theoretisches Rüstzeug rezipiert, wird aber in der Linken ebenso wie in den Kulturwissenschaften oder der Soziologie im Kontext von Globalisierung diskutiert.

Die Postkoloniale Kritik hat sich selbst im Kontext von Phänomenen der Globalisierung situiert, als sie den „Ökonomismus" sowie die dichotomen Täter/Opfer-Weltbilder des traditionellen linken Antiimperialismus und die daraus abgeleiteten „essentialistischen" Identitätspolitiken in Frage stellte. Die Kritik an binären Codes gilt allgemein als ein Dreh- und Angelpunkt des Postkolonialismus schlechthin. In einer Auseinandersetzung mit der marxistischen Kritik an den postkolonialen Diskursen, die ich als einen Ausgangspunkt meiner Ausführungen nehmen möchte, hat dies Stuart Hall apodiktisch formuliert als Notwendigkeit, „die binären Oppositionen als Formen der Transkulturation" zu lesen, die über „das klar geschiedene Innen-Außen-Territorium des Kolonialsystems hinausführt, auf dem die Geschichten des Imperialismus so lange gediehen [...]. Folglich dient der Begriff ‚Postkolonialismus' nicht einfach dazu, ‚diese' Gesellschaft eher als ‚jene'

oder das ‚Damals' und das ‚Jetzt' deskriptiv zu erfassen. Er liest vielmehr die ‚Kolonisation' als Teil eines im Wesentlichen transnationalen und transkulturellen ‚globalen' Prozesses neu – und bewirkt ein von Dezentrierung, Diaspora-Erfahrung oder ‚Globalität' geprägtes Umschreiben der früheren imperialen Großgeschichten mit der Nation als Zentrum."[1]

Ein wichtiger theoretischer Hintergrund der Entwicklung des postkolonialen Paradigmas und der „Cultural Studies" ist der „linguistic turn", der eine Verschiebung von der Analyse ökonomischer und materieller Prozesse zu sprachlich-diskursiven und kulturellen Hervorbringungen markiert. Mit einer hübsch ironischen Bemerkung von Frank Schulze-Engler läßt sich die Verschiebung gegenüber den klassischen Theorien antikolonialer Befreiung auch so charakterisieren: „Wie einst bei Frantz Fanon der Eingeborene zum Messer griff, sobald er das Wort Kultur hörte, scheinen heute immer mehr Theoretiker nach der Kultur zu greifen, wenn von Globalisierung die Rede ist"[2] (Auf die Bedeutung Frantz Fanons antikolonialer Befreiungstheorie für die Postcolonial Studies wird noch zurückzukommen sein.)

Die „Kulturalisierung" der Theorie ist natürlich einer der Hauptkritikpunkte am Postkolonialismus. Neben einer Vernachlässigung materialer sozialer Verhältnisse wird seinen ProtagonistInnen auch vorgeworfen, mit ihrem Preisen von

[1] Hall, Stuart, Wann war der „Postkolonialismus"? Denken an der Grenze, in: Bronfen, E./Marius, B./Steffen, T. (Hg.): Hybride Kulturen – Beiträge zur angloamerikanischen Multikulturalismusdebatte, Tübingen 1997, S. 227.

[2] Schulze-Engler, Frank, 1998, Mc-Donald's und die fremden Völker – Kulturwissenschaftliche Perspektiven zur Globalisierungsdebatte, in: Peripherie Nr. 69/70, Jg. 1998, S. 186, vgl. Fanon, Frantz, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a. M. 1981, S. 36.

Differenz und Hybridität nur die veränderten Formen des globalisierten Kapitalismus und die damit verbundenen neuen Verwertungsstrategien zu affirmieren. Durch das Kapitalverhältnis selbst hindurch ist im historischen Prozess die manichäische Kolonialwelt Fanons abgearbeitet worden zugunsten der flexiblen und fragmentierten Produktions- und Herrschaftsverhältnisse des globalisierten, postfordistischen Kapitalismus. Die für den Fordismus charakteristischen festen und national gebundenen Identitätskonstruktionen lösen sich klassenspezifisch in genau die dynamisch-„hybriden" Subjektpositionen auf, welche sich im Postkolonialismus selbst als widerständig feiern. Postkolonialität und Hybridität wird aus dieser Perspektive vor allem zu einem Projekt kultureller Eliten, das nicht zufällig im wesentlichen von migrantischen Intellektuellen ausgeht, die an den westlichen Akademien angekommen sind.[3]

Diese Kritik haben sich auch Negri/Hardt in „Empire" zu eigen gemacht, setzen sich aber von manchmal fast verschwörungstheoretisch daherkommenden Vorwürfen der Komplizenschaft des Postkolonialismus mit dem globalisier-

[3] Dies ist der zentrale Kritikpunkt u.a. bei Friedman 1997; Ahmad, Aijaz, 1996, The Politics of Literary Postcoloniality, in: Mongia, P. (Hg.), Contemporary Postcolonial Theory, London/New York, S. 276-293; Dirlik, Arif, 1996, The Postcolonial Aura: Third World Criticism in the Age of Global Capitalism, in: Mongia, P. (Hg.), Contemporary Postcolonial Theory, London/New York, S. 294-320. Arif Dirlik formuliert den Vorwurf: „Die Komplizenschaft des Postkolonialen mit der Hegemonie liegt in der Ablenkung der Aufmerksamkeit durch den Postkolonialismus von gegenwärtigen Problemen sozialer, politischer und kultureller Herrschaft, sowie in der Vernebelung seiner eigenen Beziehung zu dem, was doch eine Bedingung seiner Heraufkunft ist, nämlich ein globaler Kapitalismus, der, wie fragmentiert in seiner Erscheinung er auch immer sei, doch als das strukturierende Prinzip globaler Beziehungen wirkt," ebd. S. 296

ten Kapital ab. „Es gibt keinen Grund, die demokratischen, egalitären und mitunter sogar antikapitalistischen Bestrebungen, die große Teile dieser Disziplin leiten, in Zweifel zu ziehen," schreiben sie, stellen aber dennoch fest: „Wenn wir nun die Ideologien des Unternehmenskapitals und des Weltmarktes betrachten, so scheint sicher zu sein, dass die Theoretiker der Postmoderne und des Postkolonialismus, die für eine Politik der Differenz, des Fließens und der Hybridität plädieren, um die binäre Struktur und den Essentialismus moderner Souveränität in Frage zu stellen, von den Strategien der Macht überlistet worden sind."[4] Die postkolonialen Theorien werden so zu einem Schattenboxen gegen die Gespenster der „kolonialen Souveränität"[5] als überlebter Form kapitalistischer Machtausübung, die als Symptom „den Übergang der Souveränitätsform reflektieren und nachzeichnen" und nur „sehr vage und wirr" auf das Empire hinwiesen.[6] Weniger vage als bei Negri/Hardt lässt sich wieder mit Frank Schulze-Engler auch sagen: „‚Postkoloniale' Theorien sind [...] dort am stärksten, wo sie ihr poststrukturalistisches Instrumentarium zu Kritik kolonialer ‚Großerzählungen' einsetzen können; sie können am wenigsten überzeugen, wenn es um das Verständnis zeitgenössischer politischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Realitäten geht, die sich mit dem wohlvertrauten, auf der Dichotomie zwischen Kolonisierten und Kolonisatoren beru-

[4] Negri/Hardt, Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/M 2002, S. 151; vgl. S. 163, wo sie die Konformität postkolonialer Begriffe mit globalkapitalistischen Verwertungsstrategien unter der Überschrift „Ideologie des Weltmarkts" nochmals zusammenfassen.
[5] Ebd., S. 158.
[6] A.a.O.

hendem Koordinatensystem antikolonialer Politik nicht mehr vermessen lassen."[7] Vor diesem Hintergrund ist zu hinterfragen, inwieweit postkoloniale Theoriebildung in der Lage ist, inhaltlich und sachlich adäquatere Begriffe für die Kritik globaler Herrschaftsverhältnisse zur Verfügung zu stellen als traditionelle linke Antiimperialismustheorien, die Kapitalismus und Imperialismus mit binären und personalisierenden Analysen oft auf den Mythos vom Finanzkapital plus einer US-hegemonialen Machtpolitik verkürzen.

Die Auseinandersetzung um das postkoloniale Paradigma bezog sich von Anfang an auch auf die politischen Ereignisse, Konflikte und Umbrüche, welche nach dem Ende der Blockkonfrontation des Kalten Krieges Begriffe wie „neue Weltordnung" und „Globalisierung" hervorbrachten. So hatte die Kulturanthropologin Ella Shohat in einer Postkolonialismus-Kritik den letzten Golfkrieg (1991) als die Fronten „klärenden Fall" bezeichnet, der es ermögliche, deutlich erkennbare „Linien...in den Sand zu ziehen". Stuart Hall fiel es in der erwähnten Polemik angesichts solcher Bekenntnisse leicht, den KritikerInnen des Hybriditäts-Konzeptes zuzurufen, sie treibe doch nur eine nostalgische Sehnsucht nach den überschaubaren Zeiten um, in denen sich noch fein säuberlich die „Goodies" von den „Badies" trennen ließen.[8] Er hielt Shohat entgegen, dass gerade der letzte Golfkrieg „keinesfalls die klärende politische Erfahrung herbeiführte, ‚Linien...in den Sand zu ziehen', sondern einen vielmehr mit der Schwierigkeit

[7] Schulze-Engler, a.a.O., S. 196.
[8] Hall a.a.O., S. 222, ich habe hier die süffisante Formulierung aus dem engl. Original übernommen.

konfrontierte, wie man sich gegen den vom Westen geführten Krieg in der Wüste stellen sollte", da, so Hall weiter, die „Situation am Golf doch offensichtlich *sowohl* Greueltaten einschloss, die die Allianz bei der Verteidigung der westlichen Ölinteressen [..] beging, *als auch* die Greueltaten, die von Saddam Hussein gegen sein eigenes Volk [...] begangen wurden." Hall bezeichnete daher den 2. Golfkrieg als „klassisches ‚postkoloniales' Ereignis" in „‚neuen Zeiten', die *sowohl* von der Krise des nicht zu Ende geführten Kampfes um ‚Entkolonialisierung' *als auch* von der Krise des ‚post-unabhängigen' Staates einschneidend geprägt werden."[9]

Das ganze Argument samt der heute noch weniger zutreffenden Fixierung auf die Ölinteressen hätte fast genauso in den linken Debatten um den aktuellen Irakkrieg fallen können. Allerdings müsste Halls damals gegen die „dürftigeren Paradigmen" der marxistischen Imperialismuskritik gerichtete Intervention heute wohl auch auf große Teile des Postkolonialismus selbst bezogen werden. Denn wenn die Reaktionen auf den 11. September und die Folgen als eine Art Lackmustest genommen werden, so ergeben die politischen Äußerungen verschiedener postkolonialer TheoretikerInnen ein milde gesagt ernüchterndes Bild.

Sie entsprechen allzu oft dem auch in weiten Teilen der Antiglobalisierungsbewegung virulenten verkürzten Kapitalismusverständnis samt seinen antizionistischen und antiamerikanischen Stereotypen – das Bedürfnis nach „klaren Linien" scheint auch im Postkolonialismus selbst überwältigend zu sein.

[9] Ebd., S. 223.

Diese auf den ersten Blick vielleicht etwas stark klingende Behauptung möchte ich nun an einigen Beispielen aus dem äußerst heterogenen und von internen Kontroversen durchzogenen Feld postkolonialer TheoretikerInnen zu belegen versuchen. Eine Focussierung auf den Umgang mit der antiwestlichen und antisemitischen Jihad-Ideologie des Islamismus und den Suicide-Bombern vom 11. September und in Israel scheint mir dabei insofern durchaus gerechtfertigt, als sie die Postcolonial Studies bei ihrem eigenen Anspruch packt, essentialistischer Identitätspolitik und ihren binären Codes zu widersprechen.

Grob vereinfacht lässt sich zwischen postkolonialen Positionen unterscheiden, die stärker an einem antikolonialen Paradigma festhalten und solchen, die stärker auf die Dekonstruktion binärer Denkstrukturen und Hybridität als subversive Gegenstrategie setzen oder die Kritik am antikolonialen oder schwarzen Nationalismus zum Focus ihrer Theoriepolitik machen. Nach dem 11. September scheinen diese Gegensätze aber zum Teil auf geradezu verblüffende Weise zu schrumpfen. Sicher sind nicht alle postkolonialen Stimmen, die mir hierzu zugänglich waren – von Stuart Hall konnte ich beispielsweise bislang dazu nichts finden – gleichermaßen auf die auch in der Antiglobalisierungsbewegung zu verzeichnende Wiederkehr längst überwunden geglaubter Versatzstücke antiimperialistischer Ideologie zurückgefallen. Ohne gewisse apologetische Untertöne oder zumindest Vermeidungsstrategien gegenüber allzu deutlicher Kritik an antisemitischen und antiwestlichen Ressentimentstrukturen des Islamismus bzw. am jihadistischen Vernichtungswahn der Septemberattentäter kommen jedoch die wenigsten aus.

Paul Gilroy zählt sicher zu den entschiedensten Kritikern am schwarzen Nationalismus innerhalb der postkolonialen Theorie und versucht mit seinem Konzept eines hybriden und diasporischen „Black Atlantic" explizit allen nationalistischen und von ihm als Tendenz zum „ethnischen Absolutismus" verstandenen Identitätspolitiken entgegenzutreten. Allerdings veröffentlichte auch er gleich nach dem 11. September einen Essay mit dem suggestiven Titel „The American Jihad"[10]. Darin warnt er vor einer „simplifizierenden manichäischen Architektur," die er aber vor allem auf westlicher Seite am Werke sieht. Er wendet sich zwar gegen linke Begriffsverwirrungen und erklärt, dass „Terroristen unter keinen Umständen als Soldaten gesehen werden könnten, und gerechtfertigte Vergeltungsschläge nicht als Terror bezeichnet werden können, selbst wenn dabei unschuldige Leben genommen werden." Doch müsse man auch die Motivationen derer verstehen, die angreifen, und dabei stößt er natürlich auf die „Kontinuitäten und historischen Muster, welche die politische Ordnung von Amerikas globaler Dominanz definieren und ihr widerstehen". Und so landet schließlich auch er bei der Idee einer äquivalenten „Konfrontation zwischen zwei Jihads: einer eine Islamische Mutation, der andere ein All-American Product. Dieser amerikanische Jihad erstreckt sich weit über die niedere Welt der ‚Aryan Nation' und der christlichen Rechten hinaus." Gilroys Kritik an der Kreuzzugs- und Kulturkampfrhetorik nach dem 11. September und der damit verbundenen patriotischen Zurichtung der Meinungsfreiheit und der Medien in den USA ist sicher nicht unberechtigt. Nur, warum muss er zu einer

[10] www.opendemocracy.net/debates/article-49-210.jsp#

falschen und zur Bestätigung von Ressentiments einladenden Gleichsetzung greifen, während er sich über die Ideologie des Islamismus ausschweigt, anstatt sein am schwarzen Nationalismus geschärftes Instrumentarium postkolonialer Kritik darauf anzuwenden?

In einem zum ersten Jahrestag des 11. September veröffentlichten Essay setzt Gilroy den „schönfärberischen Blut-und-Schwert Apellen [...] US-liberaler Befürworter des gerechten Krieges" mit ihrem „Revival eines als gütig und liberal frischgemachten Imperialismus" den Ruf nach einem kosmopolitischen „planetarischen Humanismus" von unten entgegen.[11] Er geht dabei vom Eingedenken der Trauer um die „gewöhnlichen Toten" des 11. September aus.

Seine Solidarität gilt den zahllosen multinationalen, migrantischen und unterbezahlten Dienstleistungs-Arbeitskräften sowie Sicherheitskräften unter den Opfern des WTC-Anschlags, die nicht „Drahtzieher der Konzernwelt" gewesen seien. Empathie mit ihrem Leiden könne zum Bewusstwerden eines solchen „planetarischen Humanismus" beitragen, indem die Erinnerung an „gleichermaßen ungerechte und willkürliche Tode" an anderen entfernten Orten der Welt in dieses Trauern mit einbezogen werden könne, und so zur „offenen Konfrontation mit rassischen und ethnischen Absolutismen" und Nationalismus führe. Gilroy wendet sich mit diesem „antinationalen Gestus" zwar ausdrücklich gegen jede Aufrechnung von amerikanischen Opfern gegen die Opfer amerikanischer (Außen-)Politik. Aber man fragt sich doch, warum die Konzernangestellten unter den Opfern im WTC anscheinend

[11] „Raise your eyes", ebenfalls unter www.opendemocracy.net

kraft ihres Berufes den Anspruch auf solche Empathie verspielt haben.

Unter der Zwischenüberschrift „Eine andere Welt ist möglich" wendet sich Gilroy dann der „gut entwickelten Antipathie gegen die destruktiven globalen Wege des ‚Turbokapitalismus'", also der Antiglobalisierungsbewegung zu. Bei ihr nimmt er ein transnationales, ethnische und „rassische" Grenzlinien sprengendes Bewusstsein für die planetarische Gefährdung der menschlichen Spezies durch Kommodifikation und Privateigentum wahr. Nichts dagegen. Aber als nächstes fällt Gilroy ausgerechnet die „planetarische Antwort auf die Al-Aqsa Intifada" als „bemerkenswertes Kennzeichen" für eine „kosmopolitische Solidarität von unten" ein. Diejenigen, welche mit „wertvollen, offensichtlich rechtswürdigen Körpern ausgestattet sind", würden dabei die „brutale Ausübung kolonialen Gouvernements" gegen die „kläglich und verwundbar" gemachten „Eingeborenen, Gefangenen und Feinde" behindern.[12] Wie immer man Aktivitäten wie die des „International Solidarity Movement" (ISM) in den palästinensischen Gebieten auch beurteilen mag, auf die Gilroy hier wohl anspielt, so blendet er jedenfalls völlig aus, dass die „planetarische Antwort" auf die Al-Aqsa-Intifada vor allem in einem massiven antizionistischen und antisemitischen Backlash gerade auch in der Antiglobalisierungsbewegung bestand. Ausgerechnet mit solch einem Beispiel behauptet Gilroy, dass „eine

[12] Ebd.: „Where the lives of natives, prisoners and enemies are abject and vulnerable, they must be shielded by others endowed with the more valuable, obviously rights-bearing bodies that can inhibit the brutal exercise of colonial governance. Something like this cosmopolitan solidarity from below has, for example, been a striking feature of the planetary response to the Al-Aqsa intifada."

wachsende Zahl von Leuten für entferntes Leiden Zeugnis ablegen und sogar ihr Leben riskieren, repräsentiere [...] glücklicherweise der Abbau von Identitätspolitik"! Gilroy fordert völlig zurecht, der „neue planetarische Humanismus" müsse „den Spieß gegen die Reinheitssucher umdrehen, wer auch immer sie seien, sie zwingen Rechenschaft abzulegen für ihre Phobie gegen Anderssein und ihre gewalttätige Feindseligkeit angesichts der selbstverständlichen Gleichheit der leidenden Menschheit". Aber auch da verliert er kein kritisches Wort über den Reinheitswahn radikaler Islamisten, welche die islamische Gemeinschaft durch „Verwestlichung" „beschmutzt" sehen und mörderische Feindseligkeit gegen emanzipierte Frauen, Juden und Schwule entwickeln.

So überzeugend Gilroy auch gegen Rassismus, ethnischen Absolutismus und nationalistische Verdinglichungen argumentieren mag, so sagt sein Wegblenden entscheidender Fragen einer dringend notwendigen Ideologiekritik nach dem 11. September viel über die Defizite dieser Art von diskurstheoretisch informiertem postkolonialen Antinationalismus und Antirassismus. Während Gilroy zumindest die Septemberattentäter noch eindeutig als terroristische Mörder bezeichnet, gehen andere postkoloniale TheoretikerInnen mit apologetischen Äußerungen wesentlich weiter.

Ein Beispiel dafür ist ausgerechnet Gayatri Chakravorty Spivak, die in ihrem feministischen Postkolonialismus einen an Derrida orientierten, sprachlich oft äußerst opaken Dekonstruktivismus mit marxistischer Theorie und selbst Überlegungen zur Marxschen Wertformanalyse verbindet. Sie bezieht auch konkrete Analysen der Ausbeutungs- und Marginalisierungsprozesse, denen Frauen der globalen Unter-

klassen des Südens unter den sich verändernden Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung unterliegen, in ihre theoretischen Überlegungen ein. Ihr ist sicher keine Ausblendung der Ökonomie oder eine platt verkürzte Kapitalismusanalyse vorzuwerfen. In ihrem 1999er Buch „A Critique of postcolonial Reason" scheint sie aber die Probleme der weltweiten Kapitalisierung auch hauptsächlich in der Ausweitung der Zirkulationssphäre zu orten und spricht immer wieder von „financialisation of the globe, or globalisation".[13]

Berühmt wurde Spivak mit dem Aufsatz „Can the Subaltern speak", in dem sie die Folgen der „Doppel-Einschreibung" kolonialistischer und indigen-nationalistischer Diskurse in weibliche Körper unter anderem am Beispiel des *Sati*, der indischen Witwen-Selbstverbrennung untersucht. Die Frauen wurden dabei zwischen der Verbotspolitik der britischen Administration und einer nativistischen Gegenbesetzung des Sati durch den indischen Nationalismus eingeschlossen, welche Spivak sarkastisch als „Parodie auf die Sehnsucht nach verlorenen Ursprüngen" bezeichnete. Auf diese Aporie eines buchstäblich nur durch seinen Tod wahrgenommenen Subjektes hat Spivak ihr vielzitiertes Diktum bezogen: „Es gibt keinen Raum, von dem aus das vergeschlechtlichte subalterne Subjekt sprechen kann."[14] Diese Analyse des „Silencing" von Frauen im Kampf zwischen Kolonialismus und indigenem Patriarchat hatte ich

[13] Spivak, Gayatri Chakravorty, A critique of postcolonial reason: toward a history of the vanishing present, Harvard 1999, S. 364, vgl. S. 3, 89, 220, zu Marxschen Wertbestimmungen passim.

[14] Spivak, Gayatri Chakravorty, 1988, Can the Subaltern Speak?, in: C. Nelson/L. Grossberg (Hg.), Marxism and the Interpretation of Culture, Urbana & Chicago 1988, S. 271- 313, dort S. 297., S.307.

bislang als starkes Argument gegen jede Identitätspolitik verstanden, die von der Wiedereinsetzung einer „authentisch" widerständigen Subjektivität unter nationalistischen Vorzeichen ausgeht.[15]

Nun aber dieses: Bei einem Vortrag im Sommer 2002 bezeichnete Gayatri Spivak die Flugzeuge des 11. September als lebende Bomben und Suicide Bombing als „vorsätzliche Selbst-Vernichtung, eine Konfrontation zwischen Selbst und Selbst, das extreme Ende der Autoerotik, sich selbst als Anderer zu töten im Prozess der Tötung anderer [...] die Zerstörung der Anderen ist ununterscheidbar von der Zerstörung des Selbst. Selbstmörderischer Widerstand ist eine auf den Körper eingeschriebene Botschaft, wenn keine anderen Mittel durchdringen. Es ist zugleich Exekution und Trauern, für Selbst und Anderes zugleich."[16] Und nachdem sie so jede Unterscheidung zwischen symbolischen und physischen Körpern, Selbstmord und Massenmord, Tätern und Opfern in einen ununter-

15 Und so schien es auch in der neuen Version bestätigt, wenn Spivak die heutige Situation „subalterner" Frauen als analog eingeschlossen zwischen Patriarchat und „Entwicklung" bezeichnet und auch die selbstgeglaubte Ideologie ehrenhafter freiwilliger Selbstaufopferung etwa bei weiblichen Selbstmordbomberinnen als Gefahr bezeichnet.; Spivak 1999, S. 296f.

16 Rede beim University of Leeds' Centre for Cultural Analysis and History (CATH), Congress „Translating Class, Altering Hospitality", 22. – 25. Juni 2002, Auszug nach critical mass (http://www.erinoconnor.org/archives/000464.html), vgl. E. Alexander, Jerusalem Post 14.1.2003: „Suicide bombing – and the planes of 9/11 were living bombs – is a purposive self-annihilation, a confrontation between oneself and oneself, the extreme end of autoeroticism, killing oneself as other, in the process killing others. It is when one sees oneself as an object capable of destruction in a world of objects, so that the destruction of others is indistinguishable from the destruction of self.

17 Sie bezeichnet die Opfer der Suicidebomber ernsthaft als „killies" statt „victims" und behauptet, dass sie nicht gezielt „ernannt" (designated), also ganz zufällig einen „geteilten und unschuldigen Tod" gestorben seien.

scheidbaren Sprachnebel aufgelöst hat[17], kommt sie zu der Feststellung, man müsse „die Geschichte dieses Versagens kultureller Instruktion" (damit meint sie Indoktrination von Selbstmordbombern,) „hinterfragen, nicht die Instruktion selbst. Weil diese Geschichte, die nun zu Apartheid und unaussprechlicher Gewalt in dem besetzten palästinensischen Heimatland führt, so narrativiert werden kann, dass sie die Jungen zu sterben überzeugt." Schließlich fehlt auch nicht der Hinweis, die Selbstmordanschläge seien „eine Art Antwort auf den von den Vereinigten Staaten außerhalb ihres eigenen Bereichs ausgeübten Staatsterror, und im palästinensischen Fall zusätzlich auf ein absolutes Versagen der Gastfreundschaft."

Ich habe als Beleg dafür nur zwei Internetfundstellen, von denen eine ein Artikel des rechtskonservativen Professors Edward Alexander in der Jerusalem Post ist. Wenn diese Äußerungen korrekt zitiert sind, woran ich keinen ernsthaften Grund zum Zweifel wie etwa ein Dementi dieser Äußerungen fand, so stellen sie wohl so etwas wie eine bemerkenswerte Selbstdekonstruktion von Gayatri Spivaks berüchtigt undurchdringlichem Theoriediskurs dar. Die Art und Weise, wie hier jeglichen emanzipatorischen Impuls negierende und von antisemitischer Ideologie befeuerte Selbstmordanschläge als „Widerstand" verklärt werden und der dekonstruktivistische Jargon scheinbar mühelos in die Wiederholung antizionistischer Gemeinplätze übergeht, wie sie sich auch in den meisten linken und „globalisierungskritischen" Stellungnahmen zum Thema finden, verlangt nicht nur nach entschiedener Zurückweisung.

Er bestätigt auch auf fatale Weise die Berechtigung der Kritik, dass in poststrukturalistisch inspirierten Konzepten wie

Spivaks Dekonstruktivismus eine gefährliche Tendenz zu politischer Beliebigkeit zu sehen ist, wenn diese jede Annahme, dass regressive Phänomene wie Fundamentalismus oder Nativismus, ganz zu schweigen von Antisemitismus und Rassismus, einer tieferliegenden Logik gesellschaftlicher Verhältnisse entspringen, generell als essentialistisch zurückweisen.[18] Der dekonstruktivistische Postkolonialismus kann zwar unzweifelhaft kluge politische Interventionsstrategien der Marginalisierten begründen, die durch das Bestehen auf performative und mehrdeutige Positionierungen die ethnisch-nationalen oder zwangsheterosexuellen Verkrustungen der Identitätspolitik unterlaufen. Die Grundlagen solcher Identitätspolitik lassen sich so mit Homi Bhabba als eine über die europäische Kolonialgeschichte vermittelte „Spielart eines Nach-Herderschen Authentizitätsbegriffes" entlarven.[19] Offenbar kann aber kaum kritisch erfasst werden, wie der Niedergang klassischer nationalstaatlicher Modernisierungskonzepte im postfordistischen Globalkapitalismus mit dem tatsächlich zu beobachtenden weltweiten Rückgriff auf authentizitistische Identitätsangebote der wahnhaften Art und dessen mörderische Folgen verbunden ist. Um dies gesellschaftskritisch angemessen zu reflektieren, wäre allerdings der Rückgriff auf einen systematischen und ideologiekritischen Begriff vom Zusammenhang zwischen den identitären Projektionen in den

[18] Vgl. Eagleton, In the Gaudy Supermarket, London Review of Books, Vol 21, No 10, May 1999, der in seiner Kritik von Spivaks' „Critique of postcolonial reason" schreibt, die Linie zwischen postkolonialer Hybridität und postmodernem „anything-goes-ism" sei erschreckend dünn.

[19] Bhabha, Homi K., Globale Ängste, in: Peter Weibel, Slavoj Zizek (Hg.), Inklusion: Exklusion – Probleme des Postkolonialismus und der globalen Migration, Wien 1997, S. 19 – 44, S. 36.

Köpfen der Subjekte und deren materiellen Konstitutionsbedingungen notwendig, was aber poststrukturalistische Theoriebildung in der Regel als totalisierend ablehnt.

Aber es deutet auf mehr als nur das hin, wenn Spivak zwar in „Critique of postcolonial Reason" kritische Überlegungen zur unfreiwilligen Komplizenschaft zwischen dem Preisen postkolonialer Hybridität an US- und anderen Metropolenakademien und dem „Gären von Fundamentalismen im wachsenden Spalt zwischen Nation und Staat" an der globalen Peripherie anstellt[20], andererseits aber derart apologetische Töne gegenüber islamistischen Selbstmordbombern anschlägt. Die Kritik, dass der postkoloniale Diskurs auch in seinen elaboriertesten Versionen noch – wenn auch negativ – an die aus dem Kolonialismus rührenden binären Oppositionen gekoppelt bleibt, hilft hier vielleicht weiter.

Inwieweit sich unter der poststrukturalistischen Diskursoberfläche die alte binäre Identitätslogik einfach weitererhält, möchte ich nun mit Edward W. Said an einem der hierzulande bekanntesten postkolonialen Theoretiker etwas näher untersuchen. Er hält innerhalb des postkolonialen Spektrums mit am stärksten an einem expliziten Imperialismusbegriff fest und ist damit im Feuilleton des deutschen publizistischen Mainstreams gleichermaßen wie in der Linken beliebt. Der Titel seines Anfang der 90er Jahre veröffentlichten Werkes „Kultur und Imperialismus" (KI) ist programmatisch.[21] Said entwickelt dort die These, dass eine kulturelle Codierung und „Narrativierung", also die Schaffung des gesellschaftlichen

[20] Vgl. Spivak 1999, S. 65, 363f, 373.

[21] Said, Edward W., Kultur und Imperialismus, Frankfurt1994, im folgenden im Text mit Seitenzahlen und KI zitiert.

Selbstverständnisses der Moderne in „großen Erzählungen", dem materiellen Ausgreifen der imperialen Gesellschaften und ihrer Systeme vorausgesetzt sei: „Entitäten wie Rassen und Nationen, Essenzen wie Engländertum oder Orientalismus, Produktionsweisen wie die asiatische oder die abendländisch-kapitalistische – sie alle stellen meiner Meinung nach eine Ideologie unter Beweis, deren kulturelle Gegenstücke der tatsächlichen Akkumulation imperialer Territorien weltweit vorausgehen" (KI S.100f).

„Die Kraft zu erzählen oder andere Erzählungen in der Entstehung und Entfaltung zu behindern, ist für Kultur und Imperialismus hoch bedeutsam und bildet eine der Gelenkstellen zwischen ihnen," erklärt Said. Dem „Narrativ" der Aufklärung billigt er dabei auch durchaus emanzipatorische Impulse für die Kolonisierten zu: „Die großen Erzählungen von Emanzipation und Aufklärung ermutigten die Menschen in der kolonialen Welt, sich zu erheben und das Joch abzuschütteln." (KI S. 14f)

Auf dem so abgesteckten Feld eines „kulturalisierten" Imperialismusbegriffes kreist Saids theoretisches Denken um „Sich überschneidende Territorien" (so der Titel eines Kapitels von KI) von Imperium und Widerstand, die sich wechselseitig beeinflussen und „kontaminieren", sowie migrantische und nicht festschreibbare Identitäten. Said formuliert damit also weiterhin selbst einen entschiedenen Gegensatz von Imperialismus und Widerstand, will aber gleichzeitig „die binären Oppositionen, die dem nationalistischen und dem imperialistischen Denken so teuer waren" ebenso zum „Verschwinden", wie den „im Grund statischen Begriff der *Identität* [...] ins Wanken bringen." (KI 29f.)

Dabei schließt er immer wieder an Frantz Fanons Befreiungskonzept aus den „Verdammten dieser Erde" an. In dessen Anwendung der Herr-Knecht-Dialektik von Hegel auf die Kolonialsituation sieht Said die tragische gegenseitige Verstrickung von Imperium und einem wiederum vorgängig kulturell bestimmten Widerstand. Fanons Strategie sei es, „den Ort neu zu vermessen, und dann zu besetzen, der für Unterwerfung reserviert ist, ihn selbstbewusst zu besetzen, indem man dafür auf eben dem Territorium kämpft, das ehedem von einem Bewusstsein okkupiert war, das die Subordination eines dazu ausersehenen minderen Anderen betrieb. Folglich: *Wiedereinschreibung*. Die Ironie ist, dass Hegels Dialektik die von Hegel ist: er war als erster dort, so wie die marxistische Dialektik von Subjekt und Objekt da war, bevor der Fanon der Verdammten dieser Erde sie zur Erklärung des Kampfes zwischen Kolonialherren und Kolonisierten benutzte."(KI S. 287) Diese Nötigung zum Rückgriff auf in der westlichen Kultur Vorgefundenes bezeichnet Said als „Teil der Tragödie des Widerstandes", die auch dazu führte, dass sich der anti-koloniale Widerstand in Form der Nation identifizierte und damit im vorgegebenen Rahmen der Kultur von Kapitalismus und Imperialismus verhaftet blieb. Allerdings übersieht er dabei, dass es nicht um die bloße Übernahme von „Formen (geht) [...] die von der Kultur des Imperialismus entwickelt oder zumindest beeinflusst oder infiltriert waren" (288). Vielmehr ist diese Kultur des Imperialismus ja ihrerseits bereits durch die warenförmige abstrakte Vergesellschaftung vermittelt, deren weltweite Durchsetzung sie dann gewaltsam betreibt. Daraus resultiert schließlich das von Said ja erkannte Dilemma, dass Widerstand sich immer nur unter dieser buchstäblichen Vor-

aus-Setzung als „moderne" (nationale Gegen-) Identität artikulieren konnte.

So weit reicht aber Saids Kritik am Nationalismus nicht. Zwar versucht er, das nationalismuskritische Potenzial von Fanons Darstellung der antikolonialen Befreiungsbewegung herauszustreichen: „Fanons Methode ist die [...], ihre Existenz als Gegen-Erzählung zu dramatisieren, [...], in Gang gesetzt von Flüchtlingen, Außenseitern und gejagten Intellektuellen, die [..] in ihrer Arbeit und ihrer Organisation die Schwächen der offiziellen Erzählung des Nationalismus klären und diese Erzählung zugleich untergraben,"(KI 362). Said bedauert dann, „dass Fanon, nachdem er sich der Bekämpfung von Imperialismus und orthodoxem Nationalismus durch eine Gegenerzählung von großer dekonstruktivistischer Wucht verschrieben hat, die Komplexität und identitätsfeindliche Kraft dieser Gegenerzählung nicht explizit zu machen verstanden hat." (KI 364) Abgesehen von dem Rätsel, wo Said bei Fanon eine wirklich „identitätsfeindliche Kraft" entdeckt haben will, fällt hier auf, dass Said wohlüberlegt von „orthodoxem Nationalismus" als Zielscheibe der Kritik redet und nicht von Nationalismus überhaupt. Mit einer grundsätzlichen Kritik der Nation als staatlich organisiertem Zwangsverband zur herrschaftsförmigen Regulation der warenkapitalistischen Verhältnisse hat Said nichts im Sinn. Er begreift die Nation hauptsächlich als imperiale „Erzählung", zu deren Kritik die Kolonisierten vor allem richtig zurückerzählen müssen. Anstatt die Gegensätze Imperium und Widerstand über die Kategorie der Totalität innerhalb einer warenkapitalistischen Vergesellschaftung miteinander zu vermitteln, verabschiedet sich Said als Poststrukturalist von dieser Kategorie und ver-

wendet Begriffe wie „Kontamination" oder „Infiltrierung", die die Existenz dichotomer Gegensätze voraussetzen. Der emphatische Begriff der Gegenerzählung und seine halbherzigen Nationalismuskritik situiert Said innerhalb der antiimperialistischen Tradition binärer Täter/Opfer-Gegensätze. Das ist ihm auch von dekonstruktivistischen Protagonisten des Hybriditätskonzeptes wie Homi Bhabha und anderen schon als Kritik an seiner berühmten „Orientalismus"-Studie vorgeworfen worden.

Deutlich wird dies auch darin, wie sich Said auf Fanons Konzept zur gewaltsamen Überwindung der Verdinglichung des Kolonisierten bezieht. Fanons Gewaltbegriff leitet Said aus Georg Lukács' „Geschichte und Klassenbewusstsein" ab: „Fanons Gewalt, durch die der Eingeborene die Scheidung von Weiß und Nicht-Weiß überwindet, entspricht sehr genau Lukács These der möglichen Überwindung der Fragmentierung durch einen Akt des Willens." Durch einen Willensakt sei demnach bei Lukács der Arbeiterklasse die Überwindung ihrer entfremdeten Verdinglichung möglich. Das überträgt Said auf die Befreiung der Kolonisierten: Wie der Arbeiterklasse die Aufhebung der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen „Fragmentierung" möglich ist, wegen der sich „das Bild des Ganzen und der Gemeinschaft verflüchtigt", so könne auch für die objektivierten Kolonisierten eine „Versöhnung und Synthese zwischen Subjekt und Objekt" stattfinden (KI 359). Said verbindet also die Aufhebung gesellschaftlicher Widersprüche mit Bildern von „Gemeinschaft" und „Versöhnung". Das korrespondiert mit seinem emphatischen Begriff der Gegenerzählung, die auf die Wiedergewinnung eines unverdinglichten, vom Kapitalismus unberührten

Restes der indigenen Gesellschaft als Gegenidentität zielt. Darauf hat auch Gerhard Scheit in einer Polemik gegen Said hingewiesen: „Wo es Lukács um die negative Totalität geht und selbst das Proletariat nicht mehr als positive Kategorie festgehalten werden kann, sondern dessen Selbstabschaffung ins Auge gefasst wird, da kann Said nicht mehr folgen [...]. Said kann und will die Identität nicht als Identität von Identität und Nichtidentität denken, denn die Nichtidentität möchte er sofort als das wahre, als die neue, die bessere Identität wahrnehmen."[22] Scheit verkürzt allerdings Saids gesamtes Schaffen in einer Weise auf den Ausfluss eines völkisch-antisemitischen Antiimperialismus in deutscher Tradition, deren pauschalisierendem Erledigungsgestus ich mich nicht anschließen kann.[23]

Die zu kritisierenden Elemente im Weltbild von Said finden sich auch in seinen Reflektionen über die Transformationen des Imperialismus und seine heutigen Gegenbewegungen wie-

22 Scheit, Gerhard, Frieden mit Deutschland – Krieg mit Israel: Edward W. Said und die antiimperialistische Formulierung der Ausschwitz-Leugnung, in: bahamas 35, S. 52-55.

23 Im Gegensatz zu Gerhard Scheit, der Said in Bausch und Bogen unterstellt, „die Ideologie, die er verbreitet, (sei) vermutlich gefährlicher als die der ordinären Holocaust-Leugner", möchte ich daran festhalten, dass Saids Schaffen nicht restlos in der Kritik an ihm aufgeht. Seine „kontrapunktische Lesart" des widersprüchlichen Diskurses in den großen Romanen des imperialen Zeitalters von Joseph Conrad, Rudyard Kipling, Jane Austen und anderen kann ebenso nach wie vor als reflektierte Kulturkritik Geltung beanspruchen, wie seine Orientalismusthese auch weiterhin als sinnvolles Paradigma für die Beschreibung der stereotypisierenden Erzeugung eines essentialistischen Bildes des „Orients" durch den „Westen" dienen kann. Allerdings muss auch hier das von Said unterschlagene Gegenstück erwähnt werden, die Existenz eines massiven Feinbildes vom Westen, das sich inzwischen weit über radikal islamistische Kreise hinaus verfestigt hat. Avishai Margalit und Ian Buruma haben dafür in einem vielbeachteten Essay als, wie sie selbst sagen, „sarkastische Analogiebildung zu Edward Saids Konzept des „Orientalismus" den Begriff „Okzidentalismus" populär gemacht – erfunden haben sie ihn allerdings nicht. (Vgl. taz, 6.4.02)

der. Imperialismus buchstabiert sich für Said heute im wesentlichen als „Phase der amerikanischen Überlegenheit" (KI 379). Kapitalistische Transformationsprozesse ignorierend meint Said: „nach der Entkolonisierung der britischen und französischen Imperien, trat es (Amerika) die direkte Nachfolge seiner beiden großen Vorgänger an." (KI 27) Diesem Bild des amerikanischen Imperiums als unilateraler Macht werden (mit einem Begriff von Wallerstein) „die antisystemischen Bewegungen" entgegengestellt. Unter diese werden schon in „Kultur und Imperialismus" unterschiedslos „die demokratischen Bewegungen auf beiden Seiten der sozialistischen Scheidelinie, die palästinensische Intifada, verschiedene soziale, ökologische und kulturelle Einspruchswellen" rubriziert und mit dem Stempel „ermutigen(d)" versehen, um von „ihren Strategien als einer internationalistischen Gegen-Artikulation zu sprechen." (KI 410f.)

Auf diese Weise löst Said den Spagat zwischen solchen Gegenidentifikationen auf der einen und zaghafter Kritik am Nationalismus von Befreiungsbewegungen auf der anderen Seite immer wieder in Richtung ersterer auf. Das wird besonders deutlich, wenn er sich als politischer Aktivist über Israel und die palästinensische Nationalbewegung äußert. Auch in seinen Beiträgen zu den Entwicklungen nach dem 11.9. und dem Krieg im Irak klagt er routiniert das Huntington-Syndrom der US-Politik an und beschweigt ebenso routiniert die Jihad-Ideologie islamistischer Selbstmordattentäter, auch wenn er Selbstmordanschläge selbst eindeutig verurteilt.

Vor allem aber kehrt in der Fülle seiner politischen Essays mit schöner Regelmäßigkeit jener verschwörungstheoretische Antizionismus wieder, der die US-Politik und den Irakkrieg

fast zwanghaft über einen angeblichen israelischen Einfluss interpretiert. So behauptete er erst vor wenigen Wochen in einer seiner Kolumnen für Al-Ahram, Amerika habe den Irakkrieg deshalb geführt, weil der Irak langfristig die einzige potentielle militärische Bedrohung für Israel darstellte und deshalb für Jahrzehnte ausgeschaltet werden musste.[24] Kurz vorher hatte er in einem anderen Artikel noch deutlicher Klartext gesprochen: „Wo immer du im (US-)Kongress hinsiehst, sind da die verräterischen Zeichen entweder der zionistischen Lobby, der christlichen Rechten oder des militärisch-industriellen Komplexes."[25] Und in einem ebenfalls im April in der angesehenen „London Review of Books" veröffentlichten Artikel denunzierte er den Einfluss der Neokonservativen auf die US-Außen- und Sicherheitspolitik im mittleren Osten als „schleichende Übernahme durch den Likud", gegen die sich aus Angst, des Antisemitismus beschuldigt zu werden, niemand etwas zu sagen getraue.[26]

Saids Angriffe gegen den irakischen Oppositionellen Kanan Makiya und andere Intellektuelle arabischer Herkunft, die im Umfeld der US-Regierung als Vermittler oder Berater tätig sind, haben ähnliche Schieflage. Sie beschuldigt er entweder, wie Fuad Ajami, sich an die „rechtsgerichtete Zionistische

24 Al Ahram 635, 24.04.2003
25 CounterPunch, 08.03.2002.
26 LRB Vol. 25, Nr. 8, 17.4.2003; Ende Juli 2001 behauptete er bereits in einem Artikel (Al-Ahram Weekly Nr. 543), dass „Israel die Welt überredet (hat), seine eigene gewalttätige Okkupation und seine terroristischen Kollektivbestrafungen gegen das palästinensische Volk – erst gar nicht zu reden von seinen nicht aufzuhaltenden ethnischen Säuberungen – zu vergessen", und stellte dem das angeblich von Arafats Leuten schmählich aufgegebene „Recht auf Widerstand" und den „tapferen antikolonialen Aufstand" der Intifada entgegen..
27 Ebd.

Lobby" verkauft zu haben[27], oder wie Makiya, als charakterloser Diener der hegemonialen Macht sein Land an den US-Imperialismus zu verraten. Ich will hier nicht unnötig Einzelheiten einer unappetitlichen Schlammschlacht zwischen postkolonialen bzw. exilierten Intellektuellen mit arabischem Hintergrund ausbreiten, die in den USA in feindlichen politischen Lagern gelandet sind – ein Phänomen, das wohl schon immer zu den dunkleren Seiten diasporischer Exilpolitik gehörte. Aber es ist bezeichnend, dass Said, der sich selbst gern zum entorteten migrantischen Exil-Intellektuellen par excellence stilisiert, Makiya genau dies vorwirft: nämlich „zwischen Ländern und Kulturen ohne sichtbare Bindung zu irgendjemand" zu leben und, ebenso wie Ajami und andere exilarabische Intellektuelle auf seiner Feindliste, sich in einer „unauthentischen und hoffnungslos gespreizten Mimikry" zu ergehen.[28] Was eigentlich ein Kompliment für hybride Postkolonialität sein könnte, meint nichts als den nationalistischen Vorwurf des Verrats am „eigenen" Land und seiner „kulturellen Identität".

Die politischen Interventionen Saids demonstrieren, dass er kein kosmopolitisch-postkolonialer Jekyll ist, der auf unerklärliche Weise zum aggressiv israelfeindlichen Nationalisten Hyde mutiert, sobald die Zauberworte Arabien oder Palästina ausgeprochen werden. Vielmehr gibt es ein Scharnier zwischen Saids postkolonialer Theorie und seinen antizionistisch-nationalistischen Ausfällen: Seine diskurstheoretische Analyse von Kolonialismus und Imperialismus bleibt nicht nur an ein binäres Denkmuster gebunden, im Zusammenhang mit seinem

[28] Al Ahram 621, 16.1.03.

emphatischen Begriff von Gegenerzählung und kulturellem Widerstand führt dieses auch immer wieder zu verdinglichenden Identifizierungen. Das scheint selbst bei seiner paradigmatischen Anrufung des migrantischen Intellektuellen auf den letzten Seiten von „Kultur und Imperialismus" noch durch, wenn er schreibt, „dass Befreiung als intellektuelle Mission, die geboren ist aus der Opposition und dem Widerstand gegen die Raubzüge und Einschränkungen des Imperialismus, sich jetzt von der gesetzten, etablierten und domestizierten Dynamik der Kultur auf ihre unbehausten, dezentrierten und exilierten Energien verschoben hat, Energien deren leibliche Verkörperung heute der Migrant und deren Bewusstsein das des Künstlers und Intellektuellen im Exil ist." (KI 437) Solche „Verkörperung" will in einer Art Gegenbesetzung das Nichtidentische identifizieren und seinerseits als Positives gewinnen. Adorno hat bereits zurecht gewarnt, dass diese Art der „Wiedergewinnung" identifizierendes Denken ist: „Unmittelbar ist das Nichtidentische nicht als seinerseits Positives zu gewinnen und auch nicht durch Negation des Negativen."[29]

Viele VertreterInnen des Postkolonialismus beziehen sich wie Said auf Fanons Schriften und streiten sich mit ihren KritikerInnen um deren „richtige" Auslegung. Fanons Begriffe von der befreienden antikolonialen Gewalt und der im Befreiungskampf entstehenden emanzipatorischen nationalen Kultur sind selbst so widersprüchlich, dass sie Anknüpfungspunkte für dekonstruktivistische Postkolonialisten wie für krude Antiimperialisten und selbst radikale Islamisten bieten. Die Dialektik von antikolonialer Emanzipation und ihrem

[29] Adorno, Theodor W. Negative Dialektik, Frankfurt a.M. 1982, S. 160 f.

Umkippen in die ressentimentträchtige falsche Kapitalismuskritik des antiimperialistischen Weltbildes zieht sich mitten durch Fanons Werk hindurch.

Um zu zeigen, wie das Umkippen antikolonialer Befreiung in eine anti-aufklärerische Ideologie nicht nur von linken Antiimperialisten, sondern auch von Postkolonialisten affirmiert wird, sei hier gewissermaßen zur Abschreckung noch der Kurator der letztjährigen Dokumenta 11, Okwui Enwezor erwähnt. In seinem „Die Black Box“[30] betitelten programmatischen Einleitungsaufsatz zum Dokumenta-Katalog startet Enwezor zunächst zu einem Überflug aller möglicher postkolonialer und postmoderner Theorien und selbst des Situationismus, um die „Netzwerke [...] die Grenze und den Horizont des heutigen globalen Diskurses“ zu erkunden und nach Konzepten zu suchen, der „deterritorialisierten“ Macht des „globalen Kapitalismus“ und „dem Totalisierungsanspruch des Empire“ nicht nur künstlerisch etwas entgegenzusetzen. Nachdem er auf seiner Suche nach einer postkolonialen Repolitisierung des Ästhetischen nach Deleuze und Agamben auch bei Negri/Hardt reingeschaut und begeistert die wimmelnde Vielfalt der „Multitude“ als neues Widerstandskonzept erblickt hat, setzt er zum Sturzflug auf „Ground Zero“ an: Der liege nicht nur in den Trümmern des World Trade Centers, sondern – vermutlich ganz „deterritorialisiert“ – auch in „Gaza, Ra-

[30] Enwezor, Okwui, Die Black Box, in: Documenta 11, Plattform 5 Ausstellung, Ostfildern-Ruit 2002, S. 42-55.

[31] Dieses und alle folgenden Zitate von Enwezor ebd., S. 46-48.

[32] Er verdreht damit auch, dass die postkolonialen Konzepte von Hybridität und Vermischung u.a. aus einem positiven Bezug auf Salman Rushdies Romane heraus entworfen wurden und sich die überwältigende Mehrheit ihrer Vertreter bei der Rushdie-Affäre eindeutig auf die Seite des Schriftstellers gestellt haben –

mallah oder Jerusalem."[31] Die Massenmorde des 11. September sind ihm der Beginn der „Abrechnung mit den Werten des Westens" und der hinter den Anschlägen stehende radikale Islamismus eine „ernst zu nehmende antihegemonistische Opposition" – man müsse den 11. September als „den Fall begreifen, mit dem die Peripherie ins Zentrum gerückt ist."

Um seinen Schulterschluss mit der Barbarei zu begründen, greift Enwezor nun direkt auf Frantz Fanons Konzept der antikolonialen Gewalt zurück, indem er „Ground Zero" mit „dem von Fanon so eindrucksvoll beschworenen Bild des reinigenden Gestus der Tabula Rasa" gleichsetzt, die bei Fanon den Beginn jedes antikolonialen Kampfes markiert. Enwezor verfälscht Fanon, der religiöse wie ethnische Identitätspolitik als Begründung des antikolonialer Kampfes ablehnte, zur Apologetik des radikalen Islamismus. Ihm zufolge „formulierte Fanon diese Spannung zwischen Multitude und Empire mit einer Deutlichkeit, die das radikale transnationale Projekt des fundamentalistischen Islam vorwegnahm. In ihrer Strategie, Programmatik und Stoßrichtung gegen den Westen hat die fundamentalistische Kampfansage an die Weltordnung eindeutig Fanonschen Charakter." Dabei geht Enwezor so weit, nicht nur Khomeinis islamische Revolution in die Fanonsche Tradition zu stellen, sondern darüber sogar die Fatwa gegen Salman Rushdie zu rechtfertigen. Den Mordaufruf verniedlicht er erst zu „Sanktionen gegen Salman Rushdies Roman" und nennt diese dann einen „Angriff auf den epistomologischen Avantgardismus des Westens, aus dem heraus der Roman entstanden war."[32]

während sich Rushdie selbst nach dem 11. September als eine der wenigen postkolonialen Stimmen mit deutlicher Islamismuskritik zu Wort gemeldet hat.

Schließlich wird das, was auch auf diesem Kongress Gegenstand notwendiger Kritik der Antiglobalisierungsbewegung ist, nämlich die sich über einen verkürzten, oft strukturell antisemitischen Antikapitalismus mit antizionistischen und antiamerikanischen Ressentiments im Schlepptau herstellenden unheimlichen Verwandtschaften, bei Enwezor zum offen verkündeten Programm: Er schmiedet allen Ernstes aus den Attentätern des 11. September, dem „Kampf der Palästinenser [...], den „Straßenschlachten, die sich Antiglobalisierungsgruppen in Genua, Seattle, Montreal und anderen europäischen und nordamerikanischen Großstädten mit der Polizei liefern", sowie den Demonstrationen in der Dritten Welt gegen Weltbank und Währungsfond eine Achse des antihegemonielen „Ground Zero".

Was dabei genauso erschreckt wie Enwezors Allianz mit der islamistischen Reaktion selbst, ist die ausgebliebene Skandalisierung dieses Machwerks durch Postkolonialismus-beschlagene Linksliberale und Poplinke im deutschen Feuilleton. Nur Dietrich Diederichsen konnte sich in der taz zu dem etwas müden Vorwurf aufraffen, Enwezor habe den „Unterschied von links und rechts" vergessen und vertrete ein „gemeingefährlich kulturalistische(s) Konzept des Antiwestlichen."[33] Niels Werber, der sonst durchaus Instruktives zur Ideengeschichte antiamerikanischer Ressentiments in Deutschland beizutragen hat, findet Enwezors Katalogtext gerade mal „zwiespältig" und wundert sich ansonsten, wie Enwezor die ganzen Post-Vokabeln von Hybridität, Deterritorialisierung, Rhizomen und Netzwerken herunterbeten und gleichzeitig auf eine so

[33] taz, 10.07.2002.

krude Dichotomie zwischen „dem Westen" und „dem Widerstand der Peripherie" zurückgreifen kann.[34] Nun, ich denke nach dem bereits hier Vorgetragenen erscheint das gar nicht so verwunderlich.

Bei Enwezor sind die unter der Begeisterung für postkoloniale Dekonstruktion und Hybridität offenbar weiterwirkenden binären Signifikanten und identitären Bedürfnisse in einer Weise durchgeschlagen, die zur offenen Parteinahme für reaktionäre Gegenaufklärung geführt hat. Anders lässt sich sein Schulterschluss mit dem Terror des radikalen Islamismus jedenfalls aus meiner Perspektive kaum bewerten. Dass dies in der deutschen Kulturszene so stillschweigend durchgehen konnte, hat sicher viel mit der hierzulande vorherrschenden Rezeption des Postkolonialismus zu tun. Einerseits werden postkoloniale Attribute wie Hybridität durch Vermittlung der kulturindustriellen Differenzmaschine als genießbares Element in den hegemonialen Identitätsdiskurs der „Berliner Republik" integriert. Ihre natürlich eher als postkoloniale Künstler denn etwa als illegale Migranten imaginierten Träger werden dabei schon mal unverhohlen als „neue Rasse der postkolonialen Seelen" exotisiert.[35] Andererseits wurde nach dem 11.9. die Figur des als tickende Zeitbombe plötzlich terroristisch explodierenden „Schläfers" mit orientalistischen Zuschreibungen intrinsisch fanatischer und archaischer Moslems

[34] FR, 17.10.2002.

[35] Elisabeth Beck-Gernsheim, Schwarze Juden und griechische Deutsche – Ethnische Zuordnung im Zeitalter der Globalisierung, in: Ulrich Beck (Hrsg.), Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt/M. 1998, zitiert nach M. Terkessidis, Der lange Abschied von der Fremdheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 12 / 22. März 2002

ausgestattet, während gleichzeitig gerade linke Multikulturalisten die tatsächlichen Gefahren radikal islamistischer Ideologien kulturrelativistisch beschwichtigten.[36] Fällt nun in Gestalt des Kunstkurators Enwezor der postkoloniale Künstler mit dem Lob des islamistischen Massenmords in eins, so wird dies ebenso vielsagend wie ausgiebig beschwiegen.

Dass Enwezor sich auf Franz Fanon beruft, zeigt die Notwendigkeit, heute dessen universelle, emanzipatorisch-humanistische Vision antikolonialer Befreiung gegen seine antiimperialistischen und postmodernen Liebhaber zu verteidigen. Denn Fanon bezog sich nicht nur negativ auf die aufklärerischen Emanzipationsversprechen des Westens, indem er sie als koloniale Herrschaftsstrategie entlarvte, sondern wollte diese Versprechen zusammen mit der antikolonialen Befreiung in einem universellen „neuen Humanismus" noch einmal ganz von vorne verwirklichen. Das betont auch Kenan Malik, ein garantiert „inauthentischer" britisch-indischer Intellektueller und Kritiker des postkolonialen Diskurses: „(Antikoloniale) Denker wie Fanon und (C.L.R.) James lehnten die Ideen des Westens nicht ab, sondern reklamierten sie für die ganze Menschheit. [...] Der Hass, der die Flugzeuge in das World Trade Center trieb, [...] besaß keine auch nur entfernt anti-imperialistischen oder fortschrittlichen Züge. Und ebenso verhält

36 Der Journalist Eberhard Seidel kritisiert in diesem Zusammenhang zurecht den „bedenklichen Kulturrelativismus, der sich in den letzten Jahren im Kontext des gesellschaftlichen Großprojekts ‚Dialog mit dem Islam' entwickelt hat. Nicht die Verteidigung der Aufklärung und Pressefreiheit steht heute ganz oben auf der Agenda, sondern folgende Haltung gewinnt an Bedeutung: Wer die religiösen Gefühle der Muslime verletzt und diese herausfordert, ist selbst schuld, wenn er sich deren Zorn zuzieht." (taz v. 20.05.2003) Damit steht er allerdings innerhalb der „Zivilgesellschafts"-Linken ziemlich allein auf weiter Flur.

es sich mit rabiatem Anti-Amerikanismus [...]. An der amerikanischen Gesellschaft und der amerikanischen Außenpolitik ist vieles kritikwürdig. Aber dieser Anti-Amerikanismus, ob islamistischer oder westlich radikaler Prägung, hat damit nichts zu tun. Beide Strömungen sind Produkte des Scheiterns der anti-imperialistischen Bewegungen [...]". „Heute erleben wir die Erstarrung Europas", schrieb Frantz Fanon. Europa „hat alle Orientierung und alle Vernunft verloren und stürzt sich geradewegs in den Abgrund. Wir sind gut beraten, ihm umgehend auszuweichen." So warnte Fanon vor vierzig Jahren vor dem Imperialismus. Inzwischen könnte er mit diesen Worten vor dem warnen, was sich heute als Anti-Imperialismus ausgibt."[37]

Postkoloniale Theorien, die jeden Bezug auf universalistische Prinzipien der Aufklärung als Zeichen eines westlichen Einheitssubjektes denunzieren, bereiten einem Umkippen der Kritik an Herrschaftswissen in offene Gegenaufklärung wie bei Enwezor den Boden. Dasselbe Problem zeigt sich allerdings auch bei Postkolonialismus-Kritikern wie Negri/Hardt, die von Enwezor ja auch vereinnahmt werden.[38] (Nicht nur von ihm – Hinweis auf „Interventions"?) Sie bezeichnen zwar als einen gemeinsamen Generalnenner der unterschiedlichen Theorien, welche unter der Flagge der Postmoderne oder des

[37] Malik, Kenan, 2002, Menschen sind potenziell gleich, Kulturen nicht – Kulturrelativisten glauben weder an gesellschaftlichen Fortschritt noch an den Menschen. In: NOVO Nr. 60, Sept./Okt. 2002, S. 12-14.

[38] Nicht nur von ihm, ganz ähnlich (wenn auch nicht ganz so offen apologetisch gegenüber den Septemberattentaten) liest sich z.B. ein 2002 erschienenes Editorial der Zeitschrift „Interventions – International Journal of Postcolonial Studies" (Vol. 4 (1), S. 1-6), das vom Routledge-Verlag herausgegeben wird, dem wohl wichtigsten Verlagshaus für Cultural Studies/Postcolonial Critique.

Postkolonialismus segeln, den „Generalangriff auf die Aufklärung". Damit kritisieren sie aber gerade nicht die Aufgabe eines kritischen und dialektischen Begriffes von Totalität und der emanzipatorischen Momente im Universalismus der Aufklärung durch die Post-Diskurse. Statt die Aufklärung als eine von der Dialektik von Emanzipation und Herrschaft durchzogene Totalität zu begreifen, sehen auch sie nur zwei Diskurs-Stränge, einen auf Immanenz und Vielfalt setzenden (Duns Scotus bis Spinoza) und einen zweiten, der dessen utopische Energien durch Dualismen und moderne Souveränität kontrollieren wolle (v.a. Hegel). Die Post-Diskurse richteten sich gegen den zweiten Strang, was von Negri/Hardt ausdrücklich positiv gewertet wird: „Diese verschiedenen theoretischen Kontroversen weisen die größte Gemeinsamkeit darin auf, dass sie die Dialektik als zentrale Logik moderner Herrschaft, Exklusion und Befehlsgewalt in Frage stellen – und zwar sowohl deshalb, weil sie die Vielfalt der Differenz in binäre Gegensätze zwingt, als auch, weil sie daran anschließend diese Differenzen unter eine einheitliche Ordnung subsumiert."[39] Genau diese antidialektische Stoßrichtung loben sie an Postkolonialisten wie Homi Bhabha. Negri/Hardt werfen zuerst Binärcodes und dialektisches Denken zusammen, als ob beides das gleiche wäre, und erklären sich anschließend mit der postmodernen Ablehnung jeder Dialektik zutiefst einverstanden, um selbst die „Vielfalt der Differenz" zu affirmieren: „Die Realität stellt sich stets als eine wuchernde Vielfalt dar. Wir behaupten [...] dass der Kolonialismus als abstrakte Maschine, die Identitäten und Alteritäten erzeugt, der

[39] Negri/Hardt, a,a,O., S. 153.

kolonialen Welt binäre Aufteilungen aufzwingt [...] *Nicht die Wirklichkeit ist dialektisch, sondern der Kolonialismus.*"[40] Dazu passt es dann auch hervorragend, dass sie die „Großen Denker der Frankfurter Schule" in die „Lange Tradition ‚antimodernen' Denkens" einordnen und unter diesem Label eine Achse „von Heidegger und Lukács bis hin zu Horkheimer und Adorno" konstruieren.[41] Das ist nicht nur dreist, weil Adorno Heideggers schärfster philosophischer Kritiker war, sondern auch weil gerade er immer auf dialektischem Denken insistiert hat: „Selbstreflexion der Aufklärung ist nicht deren Widerruf. (...) Noch die selbstkritische Wendung des Einheitsdenkens ist auf Begriffe, geronnene Synthesen angewiesen."[42]

Nun habe ich mir hier nicht die Aufgabe gestellt, den wuchernden Unsinn vitalistischer Lebensphilosophie und die damit einhergehenden Verfälschungen kritischen Denkens der Moderne bei Negri und Hardt zu nachzuweisen, aber es ist einfach bezeichnend, wie die beiden zwar die offensichtliche Konformität vieler postkolonialer Theorien mit postfordistischen Verwertungsstrategien und Weltmarktideologien kritisieren, aber gleichzeitig ihre fragwürdigsten Prämissen geradezu enthusiastisch teilen. Entsprechend zweideutig sieht dann auch ihr Umgang mit dem Islamismus im kurz vor dem 11.9. geschriebenen „Empire" aus.

Sie wenden sich – zurecht, aber auch nicht gerade neu – gegen die im medialen Mainstream verbreitete Auffassung vom „archaischen" Charakter dieser Bewegungen und charakteri-

[40] Ebd., S. 141, Hervorhebung im Original.
[41] Ebd. S. 155, 104.
[42] Adorno, a.a.O.

sieren die behauptete „Rückkehr zur Tradition" als höchst aktuelle Neuerfindung:

„Die antimoderne Stoßrichtung, welche die Fundamentalismen auszeichnet, lässt sich somit weniger als *vormodernes* denn als *postmodernes* Unternehmen begreifen. Die Postmodernität des Fundamentalismus lässt sich in erster Linie an deren Zurückweisung der Moderne als europäisch-amerikanischer Hegemonie erkennen [...] Das Neue an den heutigen Fundamentalismen jedoch ist, dass sie sich in Wahrheit gegen diejenigen Mächte zur Wehr setzen, die sich in der neuen imperialen Weltordnung herausbilden. Unter diesem Gesichtspunkt war die iranische Revolution eine machtvolle Zurückweisung des Weltmarkts; [...] die erste postmoderne Revolution."

Negri und Hardt affirmieren die iranische Revolution zwar nicht ungebrochen wie Enwezor, ihre Erwähnung als gegen den Weltmarkt gerichtete Kraft hat aber auch die unterschwellige Tendenz, dem Islamismus antihegemoniale Qualitäten zuzuweisen (was an die alte Verklärung von deren angeblich sozialrevolutionärem Impetus durch die deutschen Operaisten von der Zeitschrift „Autonomie" erinnert – deren Wortführer Detlef Hartmann heute als Negri und Hardts schärfster Kritiker auftritt.) Immerhin fällt ihnen auf, „dass sich der postmoderne und der fundamentalistische Diskurs in mancherlei Hinsicht völlig konträr gegenüberstehen: Hybridität vs. Reinheit, Differenz vs. Identität, Mobilität vs. Stillstand." So behaupten sie, beides sei gleichzeitig entstanden als „Antwort auf die gleiche Situation, nur eben an entgegengesetzten Polen der globalen Hierarchie [...]. Etwas vereinfacht ausgedrückt könnte man behaupten, dass sich die postmoder-

nen Diskurse vorwiegend an die Gewinner der Globalisierungsprozesse richten, die fundamentalistischen Diskurse dagegen an die Verlierer."[43]

Diese Modernisierungsverliererthese erinnert an deutsche Soziologen (etwa Wilhelm Heitmeyer), die mit diesem empirisch nirgends haltbaren Konstrukt die Verharmlosung rassistischer brauner Mordbrenner zu blindwütig um sich schlagenden Opfern von DDR-Anschluss und ökonomischer Umstrukturierung betrieben. Unter Fundamentalismen als Ideologien der Globalisierungsverlierer rubrizieren Negri /Hardt gleichermaßen den christlichen Fundamentalismus in den USA und islamistische Bruderschaften. Mit dieser kruden Gleichsetzung aller möglicher „Fundamentalismen" ergibt sich die Möglichkeit, entgegen der ausdrücklich nicht antiamerikanisch ausgerichteten „Empire"-These von Negri/ Hardt den Schluss zu ziehen, dass George Bush als Führer des „All American Empire" eigentlich der gefährlichere Fundamentalist als ein Bin Laden oder auch Saddam Hussein sei. Das tut z.B. die hierzulande begeistert als „prominente VertreterIn postkolonialer Literatur"[44] gefeierte Arundhati Roy, die mit genau solchen Vergleichen in ihren Tiraden gegen das „amerikanische Empire" in deutschen Feuilletons genauso glänzend reüssieren kann wie vor dem World Social Forum in Porto Allegre.

Der Radikale Islamismus formuliert die regressive Utopie einer organischen Gemeinschaft als antiwestliche romantische

[43] Negri/Hardt, a, a, O., S.133, S. 161f.

[44] So z.B. Alexander, Vera, Von der Peripherie zum Zentrum: Transkulturelle Anglophone Studien an der Universität des Saarlandes, magazin forschung, Universität des Saarlandes 2/2002.

Gegenmoderne, die den Hass auf das Abstrakte der Herrschaft kapitalistischer Warenvergesellschaftung im Juden bzw. Israel sowie jüdisch beeinflusster amerikanischer Macht und jüdischem Finanzkapital personifiziert – genau das entgeht postkolonialer Theorie offenbar genauso systematisch wie Negri/Hardt. Die Postmodernität des radikalen Islamismus bestände aus dieser Perspektive darin, dass transnationale Netzwerke wie Al Qaida die nationalstaatliche Gebundenheit klassischer Befreiungsbewegungen nicht nur ideologisch transzendieren, sondern auch als Teil der diversifizierten und flexiblen Märkte der postfordistischen Ökonomie. Sie sind aus Bürgerkriegsökonomien zerfallender postkolonialer Staaten von Afghanistan über afrikanische und asiatische Länder bis Tschetschenien hervorgegangen und operieren wie auf viele halbselbstständige Subunternehmen verteilte Unternehmens-Netzwerke. Terrorakte wie die in New York, aber auch aktuell in Saudi-Arabien und Marokko, werden durch Al Qaida oder ähnliche Strukturen im Hinblick auf eine maximale Medienwirksamkeit als „blutige Devotionalien" (Georg Elwert) exekutiert, die den Identitätswahn bestätigen und nicht zuletzt Spenden seiner wohlhabenderen Anhänger mobilisieren. Al Qaida u. Co. agieren wie global vernetzte Ideologieunternehmen, die quasi kulturindustriell den Resonanzboden des in islamischen, aber auch anderen postkolonialen Ländern massenhaft verbreiteten antisemitischen und antiamerikanischen Ressentiments verwerten. Damit sind sie eher ein absolut negatives Symptom krisenhafter kapitalistischer Globalisierung als deren „antihegemonialer" Gegenpol.[45]

[45] Vgl. Wolter, Udo, McDjihad als Kulturkonzern, in: Jungle World 45/2001

Bezogen auf die anfangs formulierte Fragestellung muss gesagt werden, dass die postkolonialen Theorien einen adäquateren Imperialismusbegriff für die Analyse der heutigen globalen kapitalistischen Vergesellschaftung großteils nicht bieten. Gerade hier wirkt sich fatal aus, dass diese sich fast ausschließlich auf dem diskurs- und zeichentheoretischen Feld von „Erzählungen" und „Gegenerzählungen", der Dekonstruktion und hybriden Konstruktion von Identitäten zwischen Selbst und Anderem bewegen und selbst dort, wo sie sich den ökonomischen Problemen kapitalistischer Globalisierung zuwenden, keinen Begriff von der warenkapitalistischen Vergesellschaftung als negativer Totalität haben, sondern genau solch einen Zugang als „eurozentrisches" Einheitsdenken ablehnen. Deshalb spinnen sie offenbar als Unterströmung oft den alten binären Imperialismusbegriff weiter. Die Ereignisse des 11. September und ihre Folgen haben diese Codes offenbar eher aktiviert, als dass sie in Anwendung ihres antiessentialistischen Analyseinstrumentariums auf die islamistische Jihad-Ideologie und ihr antiwestliches und antisemitisches Feindbild zu einer kritischen Überprüfung der eigenen theoretischen Prämissen gelangt wären.

Aber die postkolonialen Theorien stehen mit ihrem Versagen angesichts des 11. September keineswegs allein, sondern können sich gerade in diesem Punkt mit einem großen Teil ihrer marxistischen Kritiker die Hand reichen. Es kann daher auch nicht darum gehen, diese Theorien nun mit einem pauschalisierenden und anmaßenden Gestus der Erledigung beiseite schieben zu wollen. Trotz aller hier geäußerten Kritik haben postkoloniale Theorien wichtige Einsichten in die Herrschaftslogiken von Rassismus, Kolonialismus, Ge-

schlechterverhältnissen und deren tragischer Reproduktion im Nationalismus diverser Widerstandsbewegungen befördert. Damit wird nicht etwa notwendige Kritik verwässert, wie einige jetzt vielleicht argwöhnen. Im Gegenteil ist es nur durch die Konfrontation mit einer kritischen, aber bestimmten und insistierenden Reflektion auf die universell emanzipatorischen Elemente der Aufklärung möglich, die sinnvollen Aspekte postkolonialer Theoriebildung sozusagen vor sich selbst zu retten. (Das gilt in dieser Allgemeinheit z.B. genauso auch für die Wertkritik der Krisis-Gruppe, die nach dem 11. September ja auch zu einem derartig pauschalisierenden Rundumschlag gegen die Aufklärung ausgeholt hat, als gelte es die Pomos auf diesem falschen Gleis noch zu überholen.)

Befragt man die postkoloniale Theoriebildung allerdings unter dem hier gewählten Blickwinkel auf ihre „Anschlussfähigkeit" an die Antiglobalisierungsbewegung, so steht zu befürchten, dass der Postkolonialismus diese gegenwärtig eher auf eine Weise informieren könnte, welche die zu kritisierenden Anteile dieses diffusen Bewegungs-Konglomerats eher noch bestärkt.

TAUSCHRINGE, SCHWUNDGELD UND SUBSISTENZ – OBSKURANTEN UND ESOTERIKER IN DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG

PETER BIERL

EINLEITUNG

Das Credo der Globalisierungskritiker lautet: Transnationale Konzerne, Banken und internationale Bürokratien wie die Welthandelsorganisation (WTO) regieren die Welt. Die Regierungen seien machtlos.

Im Zentrum von Analyse und Aktion steht die scheinbare Tendenz zum Freihandel und die angeblich von der „Realwirtschaft" abgekoppelten Finanzmärkte, die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen sowie der Abbau sozialer Rechte.[1]

Diese Sichtweise enthält zwei Fehler: Geld und Devisen sind nicht erst im Zeitalter der New Economy zu einer Ware geworden, mit der spekuliert wird, sondern waren dies schon während des Booms der Eisenbahn im 19. Jahrhundert. Die gängige Globalisierungskritik trennt was nicht zu trennen ist: Staat und Kapital, Finanzkapital und Industriekapital, Wirtschaft und Gesellschaft. Und statt den Freihandel zu pflegen,

[1] Vgl. z.B. Peter Wahl, Peter Waldow, Tobin-Steuer: Kapital braucht Kontrolle, Attac Basis-Text Nr.3, Hamburg, 2002, S.12f.

halten kapitalistische Zentren gegenüber ärmeren Staaten sowie untereinander an Handelsbeschränkungen fest.

Aktuelles Beispiel ist Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), der die USA aufgefordert hat, die Handelsstreitigkeiten mit der EU beizulegen. Die USA sollten Schutzzölle für Stahl überprüfen. Als Gegenleistung könnte die EU das Moratorium für den Import von gentechnisch veränderten Produkten aufheben und über Agrarsubventionen sowie eine neue Chemierichtlinie mit sich reden lassen, bot Clement an.[2] Seine Aufforderung, die USA mögen das WTO-Urteil gegen Steuervergünstigungen für Exportfirmen umsetzen, zeigt auch, dass die WTO gegenüber kapitalistischen Métropolen machtlos ist.[3]

Generell gilt: Auch transnational agierende Konzerne sind auf starke Nationalstaaten als Operationsbasis und politisch-militärische Helfer angewiesen.

Schneller als seinerzeit den Begriff Ökologie haben Politiker, bürgerliche Wissenschaftler und Journalisten das Schlagwort übernommen, um Sozialabbau, Senkung der Löhne, Schwächung der Gewerkschaften, Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, die Einführung von Studiengebühren und Elite-Universitäten oder auch die Aufrüstung der Bundeswehr und weltweite „humanitäre" Interventionen begründen. Die Globalisierung als Chance (Johannes Rau), die die Deutschen als

[2] vgl. Süddeutsche Zeitung, 21.5.2003

[3] Maude Barlow, Vorsitzende des „Council of Canadians" und Mitglied des „International Forum on Globalization", beschreibt die WTO als „geheimnistuerische Organisation", Weltpolizisten und Globalregierung, vgl. Barlow, Gats – Die letzte Grenze der Globalisierung, in: Netzwerk gegen Konzernherrschaft, Hrsg., Infobrief Nr.7, Köln, Dezember 2001, S.34ff.

national formierte Wertschöpfungsgemeinschaft (Alfred-Herrhausen-Gesellschaft) nutzen sollen.

Im Verständnis der globalisierungskritischen Bewegung wird Globalisierung als eine negative Entwicklung der Weltwirtschaft aufgefasst, die sich erst in jüngster Zeit ereignet haben soll und angeblich vom Finanzsektor mit Hilfe modernster Kommunikations- und Informationstechnik dominiert wird. Der Kapitalismus in der Zeit davor gilt implizit oder explizit als regional oder national begrenzt und wird als sozial und demokratisch verklärt. Dabei ist Kapitalismus ein globales System, seitdem im 16. Jahrhundert der berüchtigte transatlantische Dreieckshandel eingerichtet wurde: aus Afrika Sklaven nach Amerika, Gold, Silber und landwirtschaftliche Produkte aus der Neuen Welt nach dem alten Europa und von dort wieder Fusel, Waffen und Metallwaren nach Afrika.

Solche falschen Vorstellungen werden auch von Leuten wie Naomi Klein oder Michael Hardt und Toni Negri vertreten, die sich als links verstehen.[4] Maßgeblich mit geprägt haben diese Ideen – so lautet die These, die ich hier vortragen werde – Gruppen und Personen aus dem esoterisch-ökofaschistischen Spektrum der Ökologiebewegung. Ich werde einige Gruppen

[4] Naomi Klein beklagt, die Konzerne würden traditionelle Werte untergraben, den Einzelhandel ruinieren, das Warenangebot einschränken und ihrer Verantwortung gegenüber Mitarbeitern nicht gerecht werden, vgl. Klein, No Logo, Pößneck, 2002, S.145, S.151, S.171, S.208, S.212, S.234, S.274. Michael Hardt und Toni Negri sprechen von der Globalisierung der kapitalistischen Produktion und dem Weltmarkt als einer „grundlegend neue(n) Situation und (einem) bedeutsamen historischen Einschnitt". Sie beziehen sich positiv auf die Bewegung, wenden sich aber gegen Antiamerikanismus, „Lokalismus" und linken Nationalismus, als reaktionären Positionen, die das emanzipatorische Potential der Globalisierung übersehen, vgl. Hardt, Negri, Empire – Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main/New York, 2002, S.24, S.57ff. sowie taz-Interview, 18.3.2000

und Personen vorstellen, die ich für bedeutsam halte. Auf internationaler Ebene handelt es sich um das „International Forum on Globalization", einen elitären Club von etwa 60 Personen, Esoterikern und Protektionisten, Rechten und Linksliberalen, der von der „Foundation for Deep Ecology" initiiert wurde. In Deutschland sind es die Ökofeministinnen um die Kölner Soziologin Maria Mies und die Anhänger der Zinsknechtschaftslehre des Silvio Gesell, die untereinander kooperieren und bei Attac mitarbeiten. Selbstverständlich gibt es noch weitere Gruppen aus diesem Spektrum, wie etwa Anthroposophen oder die Psychogruppe ZEGG. Auf diese weiter einzugehen, würde allerdings den Rahmen dieses Kongresses sprengen.

SUBCOMANDANTE MARCOS UND DIE TIEFENÖKOLOGIE

Subcomandante Marcos, die Ikone der Zapatisten, war einer der ersten, der eine Globalisierungskritik formulierte. In einem „vierten Weltkrieg", so behauptete er, stünden sich auf globaler Ebene die großen Finanzzentren gegenüber. Zu den ersten Kriegsopfern gehöre der nationale Markt. Die Nationalstaaten seien zu Marionetten degradiert und der „American Way of Life" zerstöre deren historische und kulturelle Grundlagen. „Der Sohn (Neoliberalismus) frisst den Vater (nationaler Kapitalismus)", schrieb der Lyriker Marcos. Er definierte den Neoliberalismus auch als „politisch-ökonomisches Zentrum", das eine globale „Megapolitik" betreibe. Die Zapatisten wür-

[5] vgl. Subcomandante Marcos, Der vierte Weltkrieg hat schon begonnen, Le Monde diplomatique, August 1997

den deshalb für die „Verteidigung des Nationalstaates angesichts der Globalisierung" kämpfen.[5]

Die internationale Resonanz, die die aufständischen Zapatisten erhielten, war enorm. Zu recht, denn der Aufstand widerlegte die Legende vom „Ende der Geschichte", vom unabänderlichen Sieg des Kapitalismus und von der Unmöglichkeit, erfolgreich Widerstand zu leisten. Ideologisch hatten die Zapatisten dagegen wenig zu bieten. Im Sommer 1991 wurde in Chiapas auf dem „Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus"[6] eine „weltweite Befragung" beschlossen, wobei die Fragen sehr schlicht ausfielen: Sind Sie gegen Krieg, Repression, Hunger, Armut, Raub, Verbrechen, Lüge, Sklaverei, Ignoranz? Sind Sie für eine neue Politik, die Demokratie, die Wahrheit, die Intelligenz, die Kultur, die Toleranz, das Gedächtnis und die Menschheit?

Das Wort Neoliberalismus, das nur eine bestimmte Politik oder Ideologie bezeichnet, ersetzte den umfassenden Begriff Kapitalismus und wurde seinerseits von dem Schlagwort Globalisierung verdrängt. An dieser Entwicklung mit beteiligt war die „Foundation for Deep Ecology" aus Kalifornien, die Doug Tompkins, vormals Anteilseigner des Mode-Konzerns Esprit, 1990 gegründet hatte.[7]

Die Stiftung besitzt ein Kapital von etwa 170 Millionen Dollar. Ihre Mitglieder meinen, der Planet und seine Artenvielfalt würden durch Wirtschaftswachstum, Industrialisie-

[6] Zur Vorbereitung hatte in Berlin vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1996 das erste „Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" stattgefunden

[7] vgl. Doug Tompkins, Looking Backward & Forward, www.deepecology.org/lookingback.html

rung, Globalisierung, Überbevölkerung und „kulturelle Homogenisierung" zerstört. Das Ziel dieser Stiftung für Tiefenökologie lautet, die Erde zu schützen, Wildnis zu verteidigen und wiederherzustellen und „die Homogenisierung der Welt (zu) stoppen".[8]

Die Stiftung bezieht sich auf den Norweger Arne Naess, den Begründer der Tiefenökologie. Tiefenökologie versteht sich als ein spiritueller Ansatz, ihr Kern ist ein so genanntes biozentrisches Weltbild: Die Erde, auch Mutter Erde oder Gaia genannt, sei ein Lebewesen. Menschen, Tiere und Pflanzen hätten den gleichen, in ihnen selbst liegenden Wert. Dieser Biozentrismus wird einem Anthropozentrismus entgegengestellt, der angeblich aus jüdisch-christlicher Tradition stammt („Macht Euch die Erde untertan") und eine rein instrumentelle Sichtweise auf die „Mitwelt" beinhalte.[9] Praktisch bedeutet Biozentrismus, dass Menschen „abgewertet" werden.

Als Vordenker gilt in tiefenökologischen Kreisen der australische Killerpilosoph Peter Singer, der vorgeschlagen hat, für medizinische Versuche geistig behinderte menschliche Säuglinge statt Menschenaffen zu verwenden. Singer, der Begründer der Bioethik, wurde mit seinem Buch „Animal Libe-

8 vgl. Mission Statement der Foundation for Deep Ecology, www.deepecology.org/mission.html

9 Das Wort Anthropozentrismus ist ein Kampfbegriff, auch in biozentristischen Kreisen sind es Menschen, die Tieren und Pflanzen einen intrinsischen Wert zuschreiben.

10 vgl. zur Kritik der Tiefenökologie: Peter Bierl, Bioregionalismus und Tiefenökologie: Statt Befreiung des Menschen die Mystifikation der Erde, in: ÖkoLinX, Nr. 23, 1996, S.36ff., Dieter Asselhoven, Andrea Capitain, Wenn Gedanken wie Wildgänse rauschen: Die Reinkarnation der präfaschistichen Lebensreform, in: ÖkoLinX, Nr.25, 1997, S.11ff.

ration“ (1975) einer der Protagonisten der Tiefenökologen und Tierrechtler.[10]

Das Hauptproblem für den „Ökosophen“ Naess wie für die kalifornische Tiefenökologie-Stiftung ist eine angebliche Überbevölkerung der Erde. Alle Tiefenökologen wollen deshalb die Zahl der lebenden Menschen drastisch vermindern.[11] Naess lehnt antirassistisches Engagement und eine liberale Einwanderungspolitik ausdrücklich ab, weil „jeder Einwanderer von einem armen in ein reiches Land ökologischen Stress“ schaffe.[12]

Mitte der 90er Jahre initiierte die Tiefenökologie-Stiftung das „International Forum on Globalization“, dass seinerseits die Proteste in Seattle 1999, die Aktionen gegen die Treffen des „World Economic Forum“ in Davos sowie die Weltsozialforen mitorganisierte. Bis auf den Stab um Jerry Mander, der zugleich Programmdirektor der Tiefenökologie-Stiftung ist, repräsentieren alle Mitglieder des „International Forum on Globalization“ Verbände und Forschungseinrichtungen

11 vgl. Arne Naess und George Sessions, bei: Andrea Klepsch, Zur Geschichte der Tiefenökologie, in: Franz Theo Gottwald, Andrea Klepsch, Hrsg., Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen, München, 1995, S.18f., Mission Statement der Foundation for Deep Ecology, a.a.O. Eine der ersten Aktivitäten der Stiftung war eine Diskussion zum Thema Überbevölkerung, an der die New Ager Fritjof Capra (Wendezeit) und Ernest Callenbach (Ökotopia) teilnahmen, dazu die Ökofeministin Vandana Shiva und die Alternativ-Ökonomin Hazel Henderson, eine Anhängerin von Silvio Gesell, die auch in der esoterischen Findhorn-Gemeinschaft in Schottland auftrat, nach: Events & Conferences: Envisioning a Sustainable World Population, in: www.deepecology.org/events.html.

12 zit. Naess, Politik und ökologische Krise, in: Franz Theo Gottwald, Andrea Klepsch, Hrsg., Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen, München, 1995, S.294

13 vgl. Homepage des International Forum on Globalization (IFG), www.ifg.org, dort: History oft the IFG, Board of Directors, IFG Associates

(NGO) aus Amerika, Asien und Europa.[13] Dazu gehören der Autor Jeremy Rifkin („Foundation on Economic Trends"), Ralph Nader (ehemaliger Präsidentschaftskandidat der US-Grünen und Chef der Verbraucherschutzorganisation „Public Citizens") sowie Maude Barlow vom „Council of Canadians", einer protektionistischen Organisation mit etwa 100.000 Mitgliedern. Dieser Verband kämpft seit 1985 gegen den Freihandel mit den USA, insbesondere – wie die Zapatisten – gegen die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, die Übernahme kanadischer Unternehmen durch die US-Konkurrenz, für Umweltschutz, gegen Sozialabbau, gegen die Privatisierung etwa der Energieversorgung und gegen die „Erosion der kulturellen Souveränität" des Landes. Martialisch schreibt der Verband: „In all diesen Schlachten hat der Rat das Banner kanadischer Souveränität stolz hoch gehalten."[14]

Weitere Mitglieder des „International Forum on Globalization" sind die indische Ökofeministin Vandana Shiva, der britische Millionär Edward Goldsmith, die Tiefenökologen Peter Berg und Kirkpatrick Sale aus den USA, der Anthroposoph Nicanor Perlas von den Philippinen sowie Susan George, heute Vizepräsidentin von Attac International. George verfasste eine fiktiven Roman, den „Lugano-Bericht", über eine Verschwörung von Unternehmern und Wissenschaftlern. Sale ist Mitglied der E.F.Schumacher Society in den USA, der britische Ökonom und Wirtschaftsmanager Ernst Friedrich Schumacher gilt als einer der Klassiker alternativer Wirtschaftsformen. Von ihm stammt der Slogan „small is beautiful", der in der Ökologiebewegung der 70er Jahre so beliebt war. Perlas

[14] vgl. Homepage des Council of Canadians, www.canadians.org

gehört dem weltweiten Netzwerk für soziale Dreigliederung an, das gemäß dem Gründer der Anthroposophie Rudolf Steiner eine neue Ständeordnung etablieren will.[15] Goldsmith, Herausgeber des britischen Magazins „The Ecologist", kämpft für eine „natürliche soziale Ordnung", die hierarchisch sein soll. Vorbild ist die feudale Ständegesellschaft des Mittelalters.[16] Er kooperiert mit der Neuen Rechten in Frankreich und Belgien sowie der ökofaschistischen „Herbert-Gruhl-Gesellschaft" in Deutschland.[17] Zusammen mit Jerry Mander ist Goldsmith Herausgeber des „Schwarzbuch Globalisierung", das von der gewerkschaftsnahen Büchergilde Gutenberg publiziert wurde.[18]

Die Annahmen, die das „International Forum on Globalization" formuliert hat, finden sich der Tendenz nach in jeder programmatischen Erklärung von Globalisierungskritikern wieder. Demnach beherrschen supranationale Handelsbürokratien ein globalisiertes Wirtschaftssystem. Das Resultat sei

15 Steiner entwickelte diese Vorstellung am Ende des Ersten Weltkrieges in Abgrenzung zur bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und zu linken Räte-Konzepten. Die Gesellschaft soll in drei Sektoren aufgeteilt werden, wobei im Bereich der Wirtschaft der Egoismus herrschen und der Bereich des Rechts für den sozialen Ausgleich sorgen soll. Eine Elite soll regieren, vorzugsweise Menschen aus dem dritten Bereich der Kultur, vgl. Peter Bierl, Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister, Hamburg, 1999, S.101-108

16 vgl. Eric Krebbers, Goldsmith and his Gaian hierarchy, in: Anti-Fashist Forum, Hrsg., My Enemy's Enemy, Montreal, 2001, S.87-95

17 Die Herbert-Gruhl-Gesellschaft ist eine Nachfolgeorganisation der ökofaschistischen „Unabhängigen Ökologen Deutschlands", ihrerseits eine Rechtsabspaltung von der konservativen ÖDP. Im Jahrbuch „Naturkonservativ heute", 2001, schrieben neben Goldsmith auch Franz Alt und Baldur Springmann

18 vgl. Goldsmith, Mander, Schwarzbuch Globalisierung, München, 2002, Beiträge lieferten u.a. Carl Amery, Naomi Klein, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer sowie vom International Forum on Globalization Vandana Shiva, Walden Bello, Martin Khor und Lori Wallach

eine „weltweite Homogenisierung von verschiedenen, lokalen und indigenen Kulturen und Lebensformen, ebenso von Werten und Gewohnheiten zu einer globalen Monokultur." Als Alternative fordert das Forum die „Entwicklung autonomer, regionaler und lokaler Produktionskreisläufe" sowie die „Unterstützung von Biodiversität, kultureller Verschiedenheit und Verschiedenheit von sozialen und politischen Systemen." Das Ziel sind lokale oder regionale ökonomische Einheiten, die lose miteinander verbunden sind.[19]

Tiefenökologen wie Peter Berg und Kirkpatrick Sale, beide Mitglieder des „International Forum on Globalization", haben solche regionalen Einheiten als Bioregionen bezeichnet, die sie als spirituelle Einheit von Natur, Pflanzen, Tieren und Menschen definieren. Berg erklärte, jeder Mensch habe ein „Erstrecht" an dem Platz, an dem er geboren sei.[20] Sale meinte, nicht jede Bioregion müsse demokratisch regiert werden.[21] Goldsmith forderte voneinander abgeschlossene Gesellschaften, weil angeblich jede ethnische Gruppe so wie biologische Organismen Fremdkörper abwehre.[22] Solche Ideen sind die Öko-Variante des Ethnopluralismus der Neuen Rechten: Kulturen

19 vgl. International Forum on Globalization, Position Statement, Januar 1995, www.ifg.org/about/statemnt.htm, Kommission für Alternativen des IFG, Eine bessere Welt ist möglich! Alternativen zur ökonomischen Globalisierung, in: Netzwerk gegen Konzernherrschaft, Infobrief Nr.10, Oktober 2002, S.32ff.

20 Interview mit Peter Berg, in: Roman Schweidlenka, Eduard Gugenberger, Bioregionalismus. Bewegung für das 21. Jahrhundert, 1995, S.182

21 vgl. Peter Zegers, The Dark Side of Political Ecology, Manuskript

22 vgl. Eric Krebbers, Goldsmith and his Gaian hierarchy, a.a.O., S.92

werden als homogene Einheiten definiert, die voneinander getrennt und unvermischt bleiben sollen.

ÖKOKRIEGER GEGEN GLOBALISIERUNG

Während das „Forum on Globalization" für Lobbyarbeit und Ideologie zuständig ist, sorgt Earth First für Action. Das Netzwerk militanter Tierrechtler und Veganer entstand 1979 in den USA und wurde durch Sabotage- und Blockadeaktionen bekannt. Gruppen von Earth First beteiligten sich an den Protesten in Seattle 1999 und gegen die IWF-Tagung in Prag 2000 sowie an der „Reclaim the Streets"-Bewegung in Großbritannien.

Charakteristisch für die Ideologie von Earth First waren zumindest bis Mitte der 90er Jahre Überbevölkerungs- und Mordphantasien im Sinne von Meister Naess. So erklärte John Davis (1991), der frühere Herausgeber des Earth First Journals: „Ich vermute, dass die Ausrottung der Pocken falsch war. Sie spielten eine wichtige Rolle im Gleichgewicht des Öko-Systems."[23] Dave Foreman, der Gründer von Earth First meinte: „Das Schlimmste was wir in Äthiopien machen können, ist helfen – das Beste, die Natur ihre eigene Balance finden und die Leute dort einfach verhungern lassen."[24] Davis und Foreman verließen die Gruppe Ende der 80er, weil ihnen Earth First nicht mehr biozentrisch genug war. Sie arbeiteten seitdem für das Wildlands Project, das durch Lobbypolitik und Landkauf

[23] zit. in Organization Trends, Environmental Groups and Workplace Fundraising, S.6, Washington, Januar 1991

[24] zit. nach Ulrike Heider, Die Narren der Freiheit, Anarchisten in den USA, Berlin, 1992, S.114f.

versucht, Flächen in Wildnis zurückzuverwandeln. Das Wildlands Project ist wie das „International Forum on Globalization" auf Initiative der „Foundation for Deep Ecology" entstanden.[25] Die Überbevölkerungs-These wird innerhalb von Earth First weiter verfochten. Eine Earth-First-Autorin empfahl den Slogan „Fühlen Sie sich überbevölkert, dann essen Sie Ihren Nachwuchs."[26]

Die Beteiligung an der globalisierungskritischen Bewegung scheint einen zivilisierenden Einfluss zu haben. So finden sich im Earth First Journal der vergangenen Jahre Beiträge mit antikapitalistischer Terminologie. Aussagen wie, die WTO überrolle die nationale und lokale Souveränität, belegen allerdings, dass man auch die Defizite der neuen Bewegung übernommen hat. Earth First in den Niederlanden fordert die „antikapitalistische direkte Aktion für die Umwelt". Die Gruppe beruft sich auf ein Menschenrecht auf eine saubere Umwelt, was aus Sicht der Tiefenökologie ein verwerflicher, weil anthropozentrischer Standpunkt ist. Erklärte „Misanthrophen" klagen deshalb schon, Earth First werde von einem „psychotischem Humanismus" überflutet.

Nach wie bezieht sich Earth First jedoch auf Tiefenökologie und Biozentrismus. Grundsätzlich unterstellt Earth First in den USA, die menschliche Zivilisation führe einen „Blitzkrieg

25 vgl. Homepage der Foundation for Deep Ecology, www.deepecology.org/events.html, sowie The Wildlands Project, www.wildlandsprojectrevealed.org/htm/ef.htm

26 vgl. Kelpie Wilson, Overpopulation and Bumpersticker Politics, Earth First Journal, Vol. XIII, Nr.7, 1.August 1993

27 vgl. grundsätzlich zu Earth First: Peter Bierl, Bioregionalismus und Tiefenökologie: Statt Befreiung des Menschen die Mystifikation der Erde, in: ÖkoLinX, Nr. 23, 1996, S.36ff.

gegen die natürliche Welt", Menschen seien nicht mehr wert als Tiere oder Pflanzen. Der Name, „die Erde zuerst", ist Programm: Möglichst große Teile der Erde sollen wieder Wildnis werden.[27]

ÖKOFEMINISMUS ODER DIE RÜCKKEHR ZUR IDIOTIE DES LANDLEBENS

In Deutschland besteht die globalisierungskritische Bewegung im wesentlichen aus Attac und einigen bescheidenen Versuchen, Sozialforen aufzubauen. Aus dem esoterischen und rechten Spektrum der Ökologiebewegung beteiligen sich Anhänger des Silvio Gesell samt ihren Tauschringen sowie die Ökofeministinnen um Maria Mies. Die Kölner Soziologie-Professorin sitzt sogar im Beirat von Attac Deutschland und hat das Frauennetzwerk von Attac mit initiiert. Ihr „Netzwerk gegen Konzernherrschaft" ist eine der bundesweiten Mitgliedsorganisationen von Attac.

Mies predigt die Rückkehr zu Mutter Natur und Konsumverzicht und will eine autarke Subsistenzökonomie einrichten, eine Agrarwirtschaft also, in der die Produzenten nur herstel-

[28] vgl. Maria Mies, Patriarchat und Kapital, Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, dritte Auflage, 1990, S.284-286, Mies, Moral Economy und Subsistenz, Perspektive im Norden und Süden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr.118, September 1998, S.15ff. (der Text ist die gedruckte Version eines Vortrages von Mies auf einer Tagung von CGW und INWO im Mai 1998), Mies, Globalisierung von unten – Widerstand und neue Perspektiven, Vortrag auf dem evangelischen Kirchentag, 16.6.2001, Mies, Piraten des 21. Jahrhunderts: Globaler Freihandel als neokoloniales Kriegssystem, in: Freitag, Nr.21, 17.5.2002: in diesem Beitrag behauptet sie, erst der „Krieg gegen den Terrorismus" würde die „unabhängige Reproduktions- und Subsistenzfähigkeit" in Zentralasien, Indien, Pakistan und Afrika zerstören.

len, was sie selbst verbrauchen.[28] Die Soziologin Mies setzt gemeinsam mit Vandana Shiva auf eine „spirituelle Dimension" gegen „kapitalistischen und marxistischen Materialismus".[29] Sie teilen die Annahme, dass die westliche Industriegesellschaft zu einer „Zerstörung der kulturellen als auch der biologischen Vielfalt geführt habe, zu einer Homogenisierung der Kulturen nach dem nordamerikanischen Coca-Cola- und Fast-Food-Modell".[30]

In einem Neujahrskommentar zu den Anschlägen vom 11. September 2001 wertet Shiva Selbstmordattentate als Reaktion auf die Zerstörung von Werten, kultureller Verschiedenheit, Lebensbedingungen und Umwelt. So wie Tiere, die gewalttätig werden, weil sie in der industriellen Landwirtschaft unter „KZ-Bedingungen" leben müssten, reagiere auch der Mensch, der nichts anderes als ein Tier sei. Notwendig sei deshalb eine „Tierbefreiungsfront für Menschen." Besonders hebt Shiva die palästinensische Bevölkerung hervor, die wie in Käfigen eingesperrt lebe. Den von US-Präsident Georg W. Bush verkündeten „Krieg gegen den Terrorismus" vergleicht Shiva mit den Maßnahmen von Tierhaltern, die Rindern die Hörner, Hühnern die Schnäbel und Schweinen die Zähne abschneiden, um sie an Attacken zu hindern.[31] Shiva bringt es fertig, in einer linken Publikation implizit die Praktiken von Tierhaltern, die durchaus abzulehnen sind, und die Besatzungspolitik Israels, die durchaus kritikwürdig ist, mit Verbrechen des NS-Regimes auf eine Stufe zu stellen.

[29] vgl. Maria Mies, Vandana Shiva, Ökofeminismus. Beiträge zu Praxis und Theorie, Zürich, 1995, S.27

[30] vgl. Mies, Shiva, a.a.O., 1995, S.20

[31] Vandana Shiva, Terrorism as Cannibalism, Z-net, 23. Januar 2002

Mies stellte 1998 in einem Interview mit der Jungle World zur Kampagne gegen das Multilaterale Abkommen für Investitionen (MAI) klar, wie wichtig ihr die Nation ist: „In Frankreich regt sich niemand darüber auf, dass für die nationale Kultur gekämpft wird. Wenn wir das in Deutschland zum Thema machen würden, wären wir sofort als Faschisten verschrien. Bei uns wirkt das wie ein Denkverbot – und dagegen wehre ich mich."[32] Feministisch daran ist, dass Mies bei Nation an ein Mutterland denkt.[33]

Die Subsistenzökonomie soll menschliche Bedürfnisse befriedigen, sagt Mies, ohne diese näher zu benennen. Lokale Gemeinwesen sollen „wieder Kontrolle über ihre natürlichen, lebenswichtigen Ressourcen gewinnen: über Wasser, Land, Wälder, Artenvielfalt und diese weder privatisiert noch verstaatlicht werden." Die Lohnarbeit will sie nicht abschaffen, aber die „Nicht-Lohnarbeit" soll zur Hälfte von Männern verrichtet werden. Ziel ist eine weitgehende Autarkie auf nationaler und regionaler Ebene: „Die Produktion von Nahrung in der eigenen Region ist wichtiger als die Produktion von Industriegütern." „Jedes Land soll zunächst dafür sorgen, dass es, so weit möglich, die notwendige Nahrung auf dem eigenen Territorium anbaut." Der „Welt- und Fernhandel sollte auf Luxusgüter beschränkt bleiben." Nationale und regionale

32 zit. Mies, Regionalisierung statt Globalisierung, Jungle World, 15.4.1998
33 vgl. Mies, Frauen haben kein Vaterland, in: Mies, Shiva, a.a.O., 1995, S.172
34 vgl. Mies, Moral Economy und Subsistenz, Perspektive im Norden und Süden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr.118, September 1998, S.24, sowie Mies, Den kapitalistisch-patriarchalen Eisberg abschmelzen! Subsistenz-Lebenswelten aufbauen!, in: Netzwerk gegen Konzernherrschaft, Infobrief Nr.11, Januar 2003, S.7ff.

Selbstversorgung in bezug auf Nahrung muss Ziel nicht nur der Länder des Südens, sondern aller Länder bleiben."[34]

Wer Subsistenz predigt, landet wie die Tiefenökologen und Ökokrieger von Earth First bei der Bevölkerungspolitik. Saral Sarkar, der Lebensgefährte von Mies, verlangt, die Wirtschaft und die Weltbevölkerung müssten über eine längere Zeit hinweg schrumpfen. Der „Ökosozialismus", den Sarkar verficht, ist eine Mangelwirtschaft, die keinen Müßiggang gestattet, sondern in der jeder zu arbeiten hat. In kleinen sich selbst versorgenden Wirtschaftseinheiten sollen vorzugsweise arbeitsintensive Techniken eingesetzt werden.[35]

SCHWUNDGELD UND TAUSCHRINGE

Während das „International Forum on Globalization" einen regional oder national begrenzten Kapitalismus favorisiert und Ökofeministinnen vom Gemüseanbau schwärmen, verkünden die Anhänger Silvio Gesells die Heilslehre einer reinen Marktwirtschaft ohne Zinsen. Zwei Mitgliedsorganisationen von Attac Deutschland, die „Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung" (CGW) und die „Initiative für eine Natürliche Wirtschaftsordnung" (INWO), berufen sich auf den deutsch-argentinischen Kaufmann Gesell (1862-1930), der den

35 vgl. Saral Sarkar, Ökosozialismus – Ergebnis meiner Suche nach einer Alternative, in: Netzwerk gegen Konzernherrschaft, Infobrief Nr.7, Dezember 2001, S.42ff. Auf dem 20. Buko-Kongress zum Thema nachhaltige Entwicklung, der im Mai 1996 in Heidelberg stattfand, skizzierte Sarkar in einem Seminar zum Erstaunen vieler Zuhörer seine Utopie sozialistischer Dorfgemeinschaften auf handwerklich-agrarischer Basis mit Arbeitspflicht und Selbstversorgung. Er räumte ein, dass dieses Modell nur mit einem Bruchteil der heutigen Bevölkerungszahl realisierbar sei, ein Dorf sollte etwa 200 Einwohner umfassen.

Zins als Wurzel aller gesellschaftliche Missstände anprangerte. Gesell-Anhänger organisieren weltweit so genannte Tauschringe mit eigenen Phantasiewährungen, um ihre Lehre zu verbreiten.

Die Lehre Gesells fußt auf der Annahme, dass Geld beständig ist, seinen Wert nicht verliert, bildlich ausgedrückt nicht „rostet" oder „verfault". Hermann Benjes, einer der wichtigsten Vertreter in der Bundesrepublik, illustriert das in Diavorträgen mit einem Bild: Geldscheine und Obst werden in zwei verschiedene Tresore gepackt. Öffnet man die Safes nach einigen Tagen oder Wochen, sind die Früchte verfault, die Scheine nicht. Damit soll die Behauptung veranschaulicht werden, dass Geld beständig ist, während Güter verderben. Entgegen der Prämisse Gesells kann Geld durchaus an Wert verlieren, als Folge ökonomischer und politischer Entwicklungen, durch Inflation, Wechselkursschwankungen oder Währungsumstellungen.

Gesell und seine Anhänger behaupten, Geld, das als Tauschmittel benötigt wird, würde von seinen Besitzern gehortet, um Wucher und Spekulation zu treiben und höhere Zinsen zu erpressen. Um zwischen dem angeblich beständigen Geld und der verderblichen Ware ein Gleichgewicht herzustellen, wollen die Gesellianer den Zins abschaffen oder fordern ein „Schwundgeld", das heißt Geld, das regelmäßig an Wert verliert, so dass er am besten ist, es sofort auszugeben – für einen Kaufmann eine nahe liegende Forderung.

Außerdem wollte Gesell das Privateigentum an Boden abschaffen, um die Bodenrente abzuschaffen. Das Land sollte an Bauern verpachtet und aus der Pacht eine Mutterrente, gestaffelt nach der Anzahl der Kinder, bezahlt werden. Die Frauen

würden zur Fortpflanzung reiche Männer favorisieren, weil deren Erfolg ein Beweis für höherwertiges Erbgut sei. Ausdrücklich geht es also nicht um soziale Umverteilung oder gar eine Überwindung des Kapitalismus. Gesells Utopie war ein neuer Manchesterkapitalismus, bloß ohne Zins und Grundeigentum. Diese „natürliche Wirtschaftsordnung", in der Frauen als Gebärmaschinen fungieren, soll zur „Hochzucht" der Menschen führen, während die „Minderwertigen" im Lauf der Zeit verschwinden würden.[36]

Mit solchen Leuten kooperiert eine erklärte Feministin wie Maria Mies. Sie trat unter anderem im Mai 1998 bei einer Tagung von CGW und INWO auf. Mies arbeitet zusammen mit der Gesell-Anhängerin Regina Schwarz im „Netzwerk gegen Konzernherrschaft", gemeinsam geben sie den Infobrief der Gruppe heraus. Schwarz, im Januar 2003 Mitbegründerin des Kölner Sozialforums, durfte im Infobrief die Lehre Silvio Gesells vorstellen, wobei sie dessen „Lösung der Frauenfrage" verschleiert, statt die mit NS-Lebensborn und Mutterkreuz kompatiblen Ideen zu beschreiben. Sie behauptet, Gesell habe bloß ein „Entgelt für Erziehungsleistungen" vorgeschlagen, um die Frauen aus der ökonomischen Abhängigkeit der Männer zu befreien.[37]

Bei den Tauschringen handelt es sich ihrem Selbstverständnis nach um eine Form gegenseitiger Hilfe, die neue soziale Netze schafft, und auf lokaler Ebene ein Gegengewicht zur

[36] vgl. Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 1911, vierte überarbeitete Auflage, Gesammelte Werke, Bd.20, Lütjenburg, 1991

[37] vgl. Regina Schwarz, Tauschen ohne Wachstumswahn – Die Freiwirtschaft als humane und ökologische Alternative, in: Netzwerk gegen Konzernherrschaft, Infobrief Nr.10, Oktober 2002, S.41ff.

„Globalisierung der Geldwirtschaft" darstellen soll.[38] Die deutschen und französischen Tauschringe durften auf dem „Europäischen Sozialforum" im November 2002 in Florenz ihre Ideen als Beitrag im Kampf für eine andere Welt vorstellen. In der Bundesrepublik gibt es Tauschringe seit den 90er Jahren. Die Mitglieder kaufen und verkaufen untereinander Dienstleistungen und Waren. Preise werden in einer lokalen oder regionalen Phantasiewährung ausgedrückt und auf Konten, die jeder Tauschring für jedes Mitglied führt, als Haben für den Verkäufer und Soll für den Käufer verbucht. Maßeinheit für den Preis ist in der Regel die Zeit, wobei theoretisch jede Arbeitsstunde gleichviel wert sein soll. In der Praxis wird gelegentlich davon abgewichen und Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.

Soweit handelt es sich um normale Tauschgeschäfte, vermittelt durch Geld.

Allerdings gibt es eine Reihe von Besonderheiten. Erstens handelt es sich nicht um einen offenen Markt, die Teilnehmer müssen einem Tauschring wie einem Verein beitreten. Die Mitglieder zahlen eine Gebühr in harten Devisen um eine Zentrale zu finanzieren, die Angebot und Nachfrage vermittelt, etwa über eine Marktzeitung oder eine Internetseite, und für jeden Teilnehmer ein Konto führt. Die Zentrale agiert außerdem wie ein Vereinsvorstand: Sie nimmt Presse- und Außenkontakte wahr, organisiert Versammlungen und Veranstaltungen und verwaltet die Teilnehmer-Daten.

[38] Vgl. Christine Weiß, Bedeutung der Tauschringe, Teil 4, in: Angebot & Nachfrage, Herausgeber Michael Wünstel, Nr. 26, März 1998, S.6, Klaus Reichenbach, Der tiefere Sinn des Tauschens, in: Tausch-System-Nachrichten, TSN-Online, Herausgeber Klaus Kleffmann, Nr.17, September 2002, S.33-35

Manche Tauschringe werten Konto-Guthaben ihrer Mitglieder regelmäßig ab. Das entspricht der zentralen Idee Gesells, ein so genanntes „Schwundgeld" einzuführen, in französischen Gruppen gibt es dafür den Begriff „schmelzendes Geld". Denn Geld soll ja nicht gespart sondern möglichst schnell wieder ausgegeben werden. Eine finanzielle Vorsorge für Alter, Krankheit oder Behinderung ist prinzipiell nicht vorgesehen. Grundsätzlich werden in den Tauschringen für erbrachte Arbeiten oder Güter keine Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern abgeführt.

Praktisch sämtliche Tauschringe in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich sowie die LETS-Gruppen in den angelsächsischen Ländern beziehen sich auf Gesell.[39] In Argentinien wurde 1995 der erste Tauschring (Club) eröffnet. Die Bewegung breitete sich infolge der ökonomischen Krise rasch aus. Anfang 2002 soll es etwa 8.000 Tauschringe mit zwei bis drei Millionen Mitgliedern gegeben haben, Familienangehörige dazugerechnet, dürften bis zu zehn Millionen Menschen von den Tauschringen gelebt haben. Angesichts der Masse von Mitgliedern wird in Argentinien auf richtigen Marktplätzen getauscht, für die Eintritt bezahlt werden muss. Anstelle der Konten und Phantasiewährungen gibt es in Argentinien eine eigenes Tauschring-Geld, die Creditos. Von einem Güteraustausch jenseits des kapitalistischen Marktes zu sprechen ist falsch. Die Tauschringe sind eine Erscheinungsform der Schattenwirtschaft innerhalb des kapitalistischen Rahmens.

Die argentinischen Tauschringe sind in mehreren Dachverbänden organisiert, wobei der größte, der „Red Global de Tru-

[39] LETS ist die Abkürzung für Local Exchange Trade System

eque", dem etwa 6.000 Ringe angehörten, auf den ersten Club zurückgeht. Die Gründer beziehen sich auf Silvio Gesell. Wie die deutschen Gruppen so organisieren auch die Argentinier Veranstaltungen, in denen für die Lehren Gesells geworben wird. Geplant war auch, in den argentinischen Clubs ein Schwundgeld einzuführen.[40] Die Bewegung wurde jedoch von einer anderen Entwicklung überrollt. Es tauchten immer mehr gefälschte Creditos auf, die Währung geriet in Verruf und wurde abgewertet. Außerdem wurde auf den Märkten ein Sortiment angeboten, das dem von Flohmärkten hierzulande entspricht, das heißt es wurden entbehrliche Gegenstände von zuhause verkauft und nicht die Produktion angeregt – was eine der Annahmen der Tauschring-Verfechter ist. Die Zahl der Tauschringe und ihrer Mitglieder ist deshalb seit Frühjahr 2002 drastisch gesunken.[41] Fälschung und Inflation des Creditos zeigen, dass Gesells Prämisse, Geld könne nicht an Wert verliere, falsch ist.

EINSCHÄTZUNG

Die globalisierungskritische Bewegung besteht selbstverständlich nicht bloß aus solchen obskuren Gruppen, sie wird auch nicht nach einem Masterplan von Esoterikern gelenkt. Die Frage ist also, wie einflussreich sind solche Gruppen?

Das „International Forum on Globalization" übt einen starken Einfluss aus, weil dieses Gremium den Begriff der Globa-

[40] Vgl. Frankfurter Rundschau, Das neue Geld der Armen, 2.8.2000

[41] vgl. Rubén Ravera, Los clubes de trueque en Argentina, in: Autosuficiencia (Wochenzeitschrift des Red Global de Trueque), 28.1.2003 Wildcat-Zirkular, Nr.65, Februar 2003, Gaby Weber, Prosumieren statt Konsumieren, Tauschhandel in Argentinien, Deutschlandradio, 23.7.2002, unkorrigiertes Manuskript der Sendung, Argentinien: Durchwursteln auf Pump, Financial Times Deutschland, 15.11.2001

lisierung mit prägt und damit die irreführende Vorstellung, Kapitalismus sei bis vor kurzem ein verträgliches lokal, regional oder national beschränktes System gewesen und erst unlängst zum entfesselten Raubtierkapitalismus mutiert. Die Konsequenz lautet, die „eigene" nationale Ökonomie zu schützen, am besten durch einen starken Staat.[42]

Die Ökofeministinnen zählten in Deutschland zu den aktivsten Gruppen in der Kampagne gegen das MAI und mobilisieren derzeit gegen GATS. Sie gelten zu Unrecht als feministisch und als radikale Gegnerinnen des „patriarchalen Kapitalismus". Maria Mies hat sich gerade auch als Kritikerin des reformistischen Kurses von Attac profiliert.

Die Tauschringe und mit ihnen die Anhänger des Silvio Gesell haben große Expansionschancen, weil sie für Menschen, die keine Lohnarbeit haben oder damit ihre Reproduktion nicht sichern können, eine naheliegende Möglichkeit sind, wie das Beispiel Argentinien zeigt.

Die globalisierungskritische Bewegung ist entgegen der Intention von Goldsmith & Co. mehrheitlich antirassistisch orientiert. Dafür zeigen wiederkehrende Ausfälle gegen Israel oder der Streit um Indymedia-Beiträge, dass antisemitische

[42] Maria Mies fordert: „Der Nationalstaat muss so in die Pflicht genommen werden, dass er die Interessen der Mehrzahl der Menschen, besonders die Schwächsten schützt und nicht die Interessen der Multinationalen Kapitalgesellschaften." Vgl. Mies, Moral Economy und Subsistenz, Perspektive im Norden und Süden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr.118, September 1998, S.25

[43] Bezeichnend sind Ausfälle wie die des portugiesischen Schriftstellers Jose Saramago, der über der von der israelischen Armee belagerten palästinensischen Stadt Ramallah den Geist von Auschwitz schweben sah, oder die Figur eines goldenen Kalbes, das von Personen mit den Masken Ariel Sharon und Donald Rumsfeld mit gelben Stern umtanzt wurde, bei den Protesten in Davos 2003

Vorstellungen verbreitet sind.[43] Eine Ursache dafür ist das der Kapitalismus als Gesellschaftsordnung unbegriffen bleibt und die Kritik sich auf bestimmte Aspekte der Zirkulation von Geld und bestimmte Eliten konzentriert. Was dem einen Zins und „Schwundgeld" ist dem anderen die Tobin-Steuer, die die Spekulation beschränken soll. Beide teilen eine beschränkte Sicht auf die Zirkulationssphäre, auf den Umlauf von Waren, Dienstleistungen und Geld sowie den Zins, die nicht bloß falsch ist, weil Kapitalismus im Kern Akkumulation durch Ausbeutung von Menschen und Natur bedeutet, sondern auch gefährlich. Völkische Propagandisten brachten diesen Pseudo-Antikapitalismus einst auf den Begriff: Schaffendes versus raffendes Kapital. Letzteres wurde in europäisch-christlicher Tradition mit den Juden identifiziert.

Attac Deutschland hat sich nach entsprechender Kritik im Dezember 2002 in einer längeren Stellungnahme ausdrücklich vom Antisemitismus distanziert. Ob das mehr als ein Lippenbekenntnis war, ist fraglich. Auf einer „Attac-Friedenstour" im Januar 2003 durch mehrere Städte konzentrierten sich die drei Referenten darauf, Israel als den wahren Schurkenstaat zu entlarven. Einer von ihnen verglich die Massaker in den palästinensischen Lagern Shabra und Shatila im Libanon mit dem Vorgehen der Nazis im Warschauer Ghetto.[44] Vom Koordinationskreis von Attac gab es dazu keine Stellungnahme.[45] Das Plenum von Attac Köln lehnte eine Distanzierung im Februar mit knapper Mehrheit ab. Die unterlegene Minderheit stellte

[44] vgl. Peter Bierl, Attacke auf Rädern, in: Jungle World, 5.2.2003

[45] Die deutschen Vertreter von Attac schwiegen auch zu antisemitischen Ausfällen auf dem dritten Weltsozialgipfel in Porto Alegre oder während der Proteste in Davos

fest, „dass antisemitisch kompatible Klischees bei erschreckend vielen Mitgliedern und Sympathisanten von Attac unwidersprochen bleiben und verharmlost werden".[46]

Im Mai 2003 organisierte Attac Stuttgart zusammen mit dem örtlichen Palästinakomitee eine Diskussion. Der Referent Elam Shraga, ein Freund des Antisemiten Jamal Karsli, der zusammen mit Jürgen W. Möllemann gegen Israel und den Zentralrat der Juden in Deutschland hetzte, behauptete, der Staat Israel würde Gesetze erlassen, die den Nürnberger Rassengesetzen des NS-Regime glichen. Paul Spiegel und Michel Friedmann seien eine Bedrohung für Deutschland und gehörten als Kriegstreiber vor ein Kriegsgericht.[47]

Shraga durfte bereits im Dezember 2002 im Eine-Welt-Haus in München über den „Missbrauch des Nazi-Judeozids durch den Staat Israel referieren". Ein zweiter Referent sprach über die „Last der Deutschen mit dem Staate Israel". Der Geschäftsführer des Eine-Welt-Hauses, Kurt Haymann, früher Landesvorsitzender der bayerischen Grünen, heute Mitglied im bundesweiten Koordinationskreis von Attac, verteidigte die Auftritte.[48]

[46] zit. Pantea Bashi, Hans Günter Bell, Alex Recht, Hajra Spanke, Mitglieder im Koordinierungskreises von Attac Köln, Grenzen der Offenheit – antisemitisch kompatiblen Positionen muss widersprochen werden

[47] vgl. Stuttgarter Friedensinitiative, Will Attac den deutschen Stammtisch bedienen?

[48] vgl. Peter Bierl, Was für 'ne Welt, in Jungle World, 18.12.2002, Nr.52

[49] So schrieb Ignacio Ramonet: „In der begonnen Umstrukturierung der Welt setzen die USA auf das Militärische, Frankreich und Deutschland auf das Politische. Um die heutigen Probleme der Menschheit zu lösen, setzen sie auf den ewigen Frieden, Präsident Bush und seine Umgebung dagegen auf den ewigen Krieg." Die EU oder eine Achse Paris-Berlin-Moskau solle einen Gegenpol zu den USA bilden, Le Monde diplomatique, März 2003, S.14. Die Monatszeitschrift ist so etwas wie das Sprachrohr von Attac.

Die globalisierungskritische Bewegung in Europa will keine Bioregionen. Vor allem Attac propagiert eine Superfriedensmacht EU gegen die bösen US-Imperialisten.[49] Dabei beinhaltet die EU mehr Überwachung und Repression, brutale Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge und militärische Aufrüstung zwecks Intervention in aller Welt.

PERSPEKTIVEN

Die globalisierungskritische Bewegung im engeren Sinn, also Attac und das „International Forum on Globalization", sowie die Verbände, Gruppen und Personen in ihrem Umfeld vertreten keine linken Positionen im Sinn von antikapitalistisch, antinational und antistaatlich.

Aus linker Sicht ist Attac ein hoffnungsloser Fall: Attac ist staatsfixiert, hängt von Staatsknete ab, ist süchtig nach Anerkennung durch Berufspolitiker und hat im Regelfall hierarchische Strukturen. Die Programmatik ist antiamerikanisch und nostalgisch, insofern ist Oskar Lafontaine der ideale Promi. Propagiert wird eine Art europäischer Sozialstaat als Neuauflage des westeuropäischen Sozialstaates der Nachkriegsära. Joachim Hirsch schreibt zurecht, dass dieses „goldene Zeitalter" vorbei ist. Zur Steigerung der Profite werden heute die von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen und demokratischen Rechte abgebaut. Auch der Ost-West-Konflikt, der die herrschende Klasse zu Zugeständnissen zwang, ist vorbei. Was als Neoliberalismus bezeichnet wird, also Formen der Ausbeutung und Verarmung, die einer frühkapitalistischen Vergangenheit anzugehören schienen, sind der Normalzustand, zu dem der Kapitalismus zurückkehrt.[50]

Attac Deutschland, mangels einer Bewegung hierzulande der Repräsentant von Globalisierungskritik, ist ein Zusammenschluss von Verbänden, von denen viele dem rosa-grünen Regierungslager nahe stehen. Die Kampagnen, die Attac Deutschland bisher gestartet hat, etwa gegen die Demontage im Gesundheitsbereich, hatten kaum Resonanz. Erfolg hatte dagegen eine Demonstration, die Attac mit den Gewerkschaften im September 2002 vor der Bundestagswahl organisierte und die Wahlkampfhilfe für SPD und Grüne war. Der McPlanet.com-Kongress, den Attac im Juni in Berlin mit veranstaltete, bot prominenten Politikern von SPD und Grünen eine Bühne, also jenen, die die neoliberale Politik und Militarisierung betreiben, die von Globalisierungskritikern so gegeißelt wird. Schon der Name der Veranstaltung, der auf eine bekannte Schnellimbiss-Kette anspielt, war Programm, als wäre „Brutalokapitalismus" bloß ein US-Exportschlager. Passenderweise unterstützte der rechtslastige, anglophobe „Verein Deutscher Sprache" diesen Kongress,

Abgesehen von Attac und dem internationalen Netzwerk „Peoples Global Action" (PGA), einer zapatistisch orientierten Koordination von Basisgruppen, die sich als antikapitalistisch begreift und Attac sowie die Sozialforen kritisch sieht, wird die neue Bewegung von alten Organisationen getragen. So ist die deutsche Sektion von Attac ein Dachverband für Ge-

50 vgl. Joachim Hirsch, Globalisierter Kapitalismus, Klassen und Kämpfe, in: RE-Daktion, Herausgeber, Chiapas und die Internationale der Hoffnung, Köln 1997, S.125f. Hirsch rügt in diesem Text das „Allerweltswort Globalisierung", das verdecke, dass es sich um Klassenkämpfe handelt. Die Krisis-Gruppe verwechselt den brutalen Normalzustand, zu dem der Kapitalismus zurückkehrt, mit dessen nahen Untergang.

werkschaften, christliche und entwicklungspolitische Gruppen, die Jugendorganisationen von SPD, Grünen und PDS sowie einige trotzkistische Gruppen. In Genua demonstrierten vor allem die linken Basisgewerkschaften und die Rifondazione Comunista, die Proteste in Seattle wurden von rechten und linken Gruppen veranstaltet. Die Linke konzentriert sich auf die Demonstrationen. Ihre Aufrufe nach Genua, zur NATO-Sicherheitskonferenz in München oder gegen das G-8 Treffen in Evian waren nicht schlechter, als manches was linke Gruppen früher fabriziert haben, etwa in der Anti-IWF-Kampagne 1988 oder zum Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München – nur sprach damals noch niemand von Globalisierung.

Neu an der Bewegung ist vor allem ihr Logo Globalisierungskritik. Ihre Attraktivität bezieht sie aber nicht aus falschen Vorstellungen, sondern weil der Abbau sozialer Rechte, Massenerwerbslosigkeit, Verarmung und Verelendung und ökologische Zerstörungen Protest und Widerstand hervorrufen. In einer Reihe von Staaten wie Frankreich, Griechenland und Italien zeigt sich das in Demonstrationen und Streiks bis hin zum Generalstreik, wobei in Frankreich und Italien die Existenz unabhängiger linker Basisgewerkschaften jenseits der Sozialdemokratie ein wichtiger Faktor ist. Hierzulande gibt es kaum Protest gegen Sozialabbau. Eine Einheitsgewerkschaft sorgt mit für Ruhe und Ordnung.

Prinzipiell plädiere ich dafür, dass sich die radikale Linke einmischt, weil die globalisierungskritische Bewegung nicht bloß aus Attac und den von mir vorgestellten Obskuranten besteht. Wer darauf wartet, dass spontan eine Bewegung mit ausgefeilter linksradikaler Programmatik entsteht, ist ein Träumer oder ein elitärer Schnösel. Massenbewegungen sind weder so-

zial noch ideologisch homogen. In ihnen werden obskure Ideen vertreten und sie locken Obskuranten an. Verschärfte Ausbeutung, Verarmung und Verelendung produzieren Widerspruch und Gegenwehr. Welche Formen diese annehmen ist offen. Ob sich eine emanzipatorische Bewegung entwickelt, die nicht nur reaktionäre und antisemitische, sondern auch reformistisch-staatsfixierte Positionen überwindet, hängt auch davon ab, wie stark und mit welchen Positionen sich die radikale Linke beteiligt. Sicher ist, dass gesellschaftliche Veränderungen im Sinn von besseren Lebensbedingungen für die Masse der Menschen, von revolutionären Veränderungen ganz zu schweigen, nur von Massenbewegungen durchgesetzt werden.

Innerhalb der radikalen Linken ist die Debatte zwischen zwei falschen Positionen polarisiert. Die einen behaupten, die globalisierungskritische Bewegung sei nur antisemitisch und rechts und sozialer Protest ende immer in nationalistischen Parolen. Solche pauschalen Unterstellungen erinnern an die 70er Jahre, als das Thema Ökologie von großen Teilen der Linken als kleinbürgerlich-reaktionär attackiert wurde.[51] Einige ihrer Vertreter haben jeden Gedanken an Veränderung aufgegeben. Andere reanimieren die marxistisch-leninistische Stadientheorie. Wer meint, die US-Kavallerie werde weltweit säkulare, aufgeklärte, bürgerlich-demokratische Verhältnisse als Vorstufe des Kommunismus durchsetzen, wird bei etablierter Politikberatung enden. So sorgten sich Thomas Uwer und Tho-

[51] Jürgen Elsässer vertrat diese Position noch Mitte der 90er Jahre und feierte Atomkraft und Gentechnik als fortschrittliche Produktivkräfte, die im Sozialismus entfaltet werden müssten. Dafür ist er heute gegenüber globalisierungskritischer und Friedensbewegung umso unkritischer.

mas von der Osten-Sacken in einem „Memorandum zum Irak" schon darum, dass Deutschland die Chance verpasst, die Nachkriegsentwicklung des Irak, das „Preußen Arabiens", wie sie formulierten, mit zu gestalten.

Die andere Fraktion pflegt das überholte Konzept vom revolutionären Subjekt, wahlweise soll die Arbeiterklasse oder die verelendeten Massen aus dem Trikont diese Rolle ausfüllen oder – vorläufiger Tiefpunkt intellektuellen Niedergangs – das Volk jenseits aller Klassengegensätze und widerlichen Einstellungen. Dieser Volks-Begriff, kombiniert mit plattestem Antiimperialismus und Antiamerikanismus führt zum Bündnis mit Antisemiten, Islamisten, Nationalisten wie Milosevic und diktatorischen Regimes wie jenem Saddam Husseins, einschließlich Jürgen Möllemanns Deutsch-Arabischer Gesellschaft oder dem französischen Front National, zur rotbraunen Querfront.

Die radikale Linke sollte sich mit eigenen Aktionen sowie scharfer Kritik an den Halbheiten und Illusionen der globalisierungskritischen Bewegung einmischen und darauf pochen, dass antisemitische, rechte und reaktionäre Kräfte ausgegrenzt werden.[52] Eine Erfolgsgarantie gibt es so wenig, wie ein revo-

[52] Solche Kritik hat durchaus Resonanz: So hat „Peoples Global Action" (PGA) in einer frühen Fassung seiner Grundsätze als ersten Punkt formuliert: „Eine sehr deutliche Ablehnung der WTO und der anderen Abkommen zur Handelsliberalisierung, welche die aktuellen Anstifter einer sozial und ökologisch destruktiven Globalisierung verkörpern." Diese Passage wurde auf einer Konferenz in Cochabamba in Bolivien im September 2001 geändert und lautet jetzt: „Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus; und aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen die die zerstörerische Globalisierung vorantreiben." Außerdem wurde der Vorwurf aufgegriffen, man ignoriere die Rolle des Staates. Auf der Internetseite der PGA finden sich einige Beiträge zum Thema Antisemitismus.

lutionäres Subjekt, das nur wachgeküsst werden müsste. Wahrscheinlich endet die globalisierungskritische Bewegung wie die Ökologiebewegung zuvor: Die Linke, wenn sie es denn will, verhindert einen Schwenk nach rechtsaußen, ein paar Reformen werden durchgesetzt und einige Prominente landen auf Ministersesseln. Brasilien macht es vor: Die Landlosen-Bewegung (MST) besetzt die Felder von Großgrundbesitzern, während sich die Regierung der Arbeiterpartei (PT) mit dem Kapital verbindet. Beide Organisation beziehen sich auf die globalisierungskritische Bewegung. Irgendwann wird die PT-Regierung gegen die MST-Landbesetzer die Polizei einsetzen.

KULTUR, IDENTITÄT. EINIGE KRITISCHE BEMERKUNGEN DAZU

ROGER BEHRENS

Charakteristisch für die dialektische Struktur der Krise des kapitalistischen Systems ist, gleichermaßen von Zerfall und Fortschritt gekennzeichnet, dass entgegen der tendenziell drohenden Katastrophe die bestehende Ordnung sich fortwährend zu stabilisieren scheint. Die Gesellschaft erhält sich nicht trotz, sondern wegen der Widersprüche; der Zusammenbruch des Realsozialismus in den achtziger Jahren führte in der Peripherie zur Verwilderung der Verwertungslogik, die sich allerdings im Zuge der Globalisierung endgültig zur imperialen Weltordnung verfestigte. Einher gehen damit – und das ist Merkmal der Krise der Moderne – Ungleichzeitigkeiten auf ganz unterschiedlichen Ebenen, wonach die wechselseitige Bestimmung zwischen Basis und Überbau von mitunter großen zeitlichen Verzögerungen geprägt ist, nicht zuletzt weil sich der Überbau (Recht, Politik, Religion, auch und vor allem die heute als „Kultur" gefasste Sphäre der Reproduktion) im Gegensatz zur ökonomischen Basis in viel langsameren Formen und Inhalten im Zuge der Globalisierung entfaltete. Gleichwohl erscheint aber der Überbau, erscheinen die kulturellen Verhältnisse als das Unmittelbare, worauf sich die menschlichen Aktivitäten wesentlich beziehen und worin sie stattfinden, also als die Schnittstelle zwischen der individuellen und gesellschaftli-

chen Praxis; in der Kultur konkretisieren sich die ansonsten abstrakt bleibenden und sich hinter dem Rücken der Menschen durchsetzenden Kapitalverhältnisse.

Indes ist diese Entwicklung der kritischen Theorie[1] im vergangenen Jahrhundert zunehmend mit der radikalen Reflexion auf das generelle Verhältnis von Kultur und Gesellschaft verbunden gewesen. Bereits in den ersten Jahrzehnten haben Autoren wie Max Raphael, Antonio Gramsci, Siegfried Kracauer, Walter Benjamin oder Ernst Bloch auf die besondere Dynamik der modernen Kultur aufmerksam gemacht, die sich in ihrer dialektischen Formation einer Hochkultur, Massenkultur und Alltagskultur erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts als verbindliche Ideologie der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsverfassung etablieren konnte, beziehungsweise etabliert wurde. Besondere Aufmerksamkeit galt schon damals der Frage, auch vor dem Hintergrund der künstlerisch-ästhetischen Avantgarde, inwiefern eine Kultur und Kunst als Ausdruck und Feld sozialer Praxis einer revolutionären Bewegung, maßgeblich der kommunistischen Arbeiterbewegung, nutzbar gemacht werden kann. Freilich überschnitten sich solche Überlegungen mit den politischen Avantgardebewegungen, die mit der Sowjetunion erstmals ein sozialistisch-utopisches Gesellschaftsexperiment zu realisieren versuchten. Gleichwohl dient Kultur als

[1] Ich benutze einen breiten, nicht auf eine Schule bezogenen Begriff der kritischen Theorie, womit alle von Kant, Hegel, Marx und Freud ausgehenden Gesellschaftstheorien bezeichnet werden sollen, die dialektisch und materialistisch die geschichtlichen Verhältnisse als – wenn auch nicht unmittelbar zugängliche, sondern fragmentierte – Totalität kritisch mit Perspektive auf a) die grundsätzliche radikale Veränderungsnotwendigkeit und b) die grundsätzliche emanzipative Möglichkeit herrschenden Ordnung in den Blick nehmen. Vgl. meine Ausführungen in: Kritische Theorie, Hamburg 2002.

Ideologie wesentlich der Legitimation und Sicherung der bürgerlichen Verhältnisse, die das 20. Jahrhundert von Kolonialismus, Nationalismus und Imperialismus überschattet betreten; die ökonomischen Widersprüche finden in der „Tragödie der Kultur" (Georg Simmel) ihren Ausdruck. Über alle Antagonismen des bürgerlichen Lebens hinweg, verdichtet sich auch der „affirmative Charakter der Kultur" (Max Horkheimer / Herbert Marcuse). Das heißt also: im Namen der Kultur konstituiert sich die Hegemonie der kapitalistischen Moderne und Kultur wird zum Strukturverhältnis, in dem die Ästhetisierung der Politik sich kristallisiert, die in ihrer regressiven Fassung von den Faschisten betrieben wird. Die Massen haben ein Recht auf Veränderung der Eigentumsverhältnisse, die faschistische Kultur gibt ihnen allerdings nur einen Ausdruck, ohne die Eigentumsverhältnisse zu tangieren, wie es Walter Benjamin in seinem berühmten Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit" von 1936 herausstellt. Für die kapitalistische Massendemokratie kommen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer zu einem ähnlich gelagerten Befund: Die moderne kapitalistische Gesellschaft formiert sich weitgehend als Kulturindustrie; ihr Schematismus mündet in Reklame: für die Produkte selbst und die Welt, wie sie ist. Adorno resümiert diesen Befund später: „Der kategorische Imperativ der Kulturindustrie hat, zum Unterschied vom Kantischen, mit der Freiheit nichts mehr gemein. Er lautet: du sollst dich fügen, ohne Angabe worein; fügen in das, was ohnehin ist, und in das, was, als Reflex auf dessen Macht und Allgegenwart, alle ohnehin denken. Anpassung tritt kraft der Ideologie der Kulturindustrie anstelle von Bewusstsein ..."[2] In solchen Formulierungen kristallisiert sich ein entscheidendes Motiv einer

kritischen Theorie der Dialektik der spätkapitalistischen Kultur. Dass die Gesellschaft sich durch die Widersprüche hindurch erhält und nicht trotz der Widersprüche, betrifft freilich auch die Prozesse der Vergesellschaftung des modernen Individuums selbst. Wenn Adorno und Horkheimer ihr Kapitel über Kulturindustrie in der „Dialektik der Aufklärung" untertiteln mit „Aufklärung als Massenbetrug", so meint das eben nicht ein Repressionsverhältnis, wonach die Massen einfach durch etwa politische Herrschaft bei der Stange gehalten werden, sondern meint, dass sich die Herrschaftsverhältnisse durch die Subjekte hindurch reproduzieren und konstituieren, meint schließlich, dass das Subjekt selbst nur durch die Widersprüche hindurch sich zu konstituieren vermag, oder eben auch daran scheitert. Der Massenbetrug ist ein Betrug ums Glück, den die ideologische Formation der Masse selbst hervorbringt. Für den Kultur oder eben Kulturindustrie genannten Bereich des Sozialen ist insofern die Dialektik bestimmend, wonach Kultur im materialistischen Fokus einmal die „Gestaltung des realen Lebens" darstellt, dann aber im Sinne der Psychoanalyse die Anpassung meint, die „Bändigung der animalischen Menschen [...]. Der Doppelcharakter der Kultur, dessen Balance gleichsam nur augenblicksweise glückte, entspringt im unversöhnten gesellschaftlichen Antagonismus, den Kultur heilen möchte und als bloße Kultur nicht heilen kann."[3] – Kultur, die sich die bürgerliche Gesellschaft selbst als Ort vorstellte, an dem der versprochene Humanismus sich realisieren oder zumindest ein Reservat bekommen sollte, ist von der Dialektik der Auf-

[2] Theodor W. Adorno, Adorno, Résumé über Kulturindustrie, in: Gesammelte Schriften Bd. 10·1, Frankfurt am Main 1997, S. 343.

[3] Adorno, Theorie der Halbbildung, in: Gesammelte Schriften Bd. 8, a.a.O., S. 94 ff.

klärung erfasst worden: der millionenfache, planmäßige Massenmord der Deutschen an den europäischen Juden bedeutet für jeden positiven Begriff der Kultur, auch für einen solchen, der auf eine subversive, dissidente Subkultur sich beruft, mehr als eine Zäsur: Nach Auschwitz kann Kultur nicht einfach wieder aufgebaut werden; „Millionen Juden sind ermordet worden, und das soll ein Zwischenspiel sein und nicht die Katastrophe selbst. Worauf wartet die Kultur eigentlich noch?“,[4] fragt Adorno und formuliert deshalb drastisch: „Alle Kultur nach Auschwitz, samt der dringlichen Kritik daran, ist Müll.“[5]

Ungeachtet dieses Befundes hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Perspektive auf die Entwicklung der kapitalistischen Vergesellschaftung etablieren können, die sich auf die Dichotomie von bürgerlicher Hochkultur und vermeintlich proletarischer oder kleinbürgerlicher Massenkultur, also die populäre Kultur stützt und auf Phänomene der Herausbildung von Teil- und Subkulturen konzentriert. Diesen weitgehend von den Cultural Studies inspirierten Ansätzen, die sich bis zu den gegenwärtigen Debatten um Popkultur als Popdiskurs fortsetzen, geht es weniger um die dialektische Verstrickung von Subjekt und Gesellschaft, die in der Kultur ihren Ausdruck findet, sondern vielmehr um Aneignungsformen und Stilbildungsprozesse, die vom strukturalistischen Diktum de Saussures ihren Ausgangspunkt nehmen, wonach zwischen den Signifikanten und den Signifikaten keine natürliche Beziehung besteht, also zwischen Basis (infrastructures) und Überbau (supra-

[4] Adorno, Minima Moralia, Gesammelte Schriften Bd. 4, a.a.O., S. 63 f.
[5] Adorno, Negative Dialektik, Gesammelte Schriften Bd. 6, a.a.O., S. 359.

structures) ein Bruch zu verzeichnen ist; Stuart Hall hat dies mit dem Begriffspaar Encoding-Decoding in Hinblick auf massenkulturelle Kommunikationsprozesse zugespitzt und spricht von der Möglichkeit oppositioneller Codes.[6] Ausgehend von diesen Theorien haben sich, dann im Einfluss der poststrukturalistischen Philosophie (Gilles Deleuze und Felix Guattari, „Tausend Plateaus"), „Lesarten des Populären" ergeben, denen zu eigen ist, Kultur auf eine Repräsentationslogik symbolischen Widerstands zu verkürzen.[7]

Der Bezug der neueren, davon ihren Ausgang nehmenden Popdiskurse geriert sich anti-dialektisch, kippt den Materialismus vom Dancefloor zurück auf den Kopf und verkehrt die kapitalistische Welt zur bloßen Matrix symbolischer Kämpfe, bei denen es lediglich um Repräsentation geht. Die Produktion, die Produzenten, die Produktionsverhältnisse bleiben ausgespart, die Verwertungslogik wird höchstens ökonomistisch in einen neuen „Jargon der Eigentlichkeit"[8] integriert; in der Kontrollgesellschaft des Empires gibt es nur noch die Repräsentation der Ware, die als Differenzkapitalismus erscheint (und damit eine weitere fetischistische Verdoppelung erfährt). Die subjektivistische Emphase, die in diesem journalistischen Jargon eingeht, gerinnt schließlich in einer urbanen und zeit-

[6] Stuart Hall, Kodieren / Dekodieren, in: Roger Bromley, Udo Göttlich, Carsten Winter (Hg.), Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung, Lüneburg 1999, S. 92–110.

[7] „Lesarten des Populären", „Reading the Popular", ist ein Buchtitel von John Fiske. Vgl. meine Beiträge Pop als Illusion des Politischen, in: Behrens, Krise und Illusion. Beiträge zur kritischen Theorie der Massenkultur, Münster, Hamburg et al., S. 100-113, sowie Shoppen und Tanzen. Gegen den Technoremix der Cultural Studies, in: Behrens, Die Diktatur der Angepassten. Texte zur kritischen Theorie der Popkultur, Bielefeld 2003, S. 199-212.

gemäßen Befindlichkeit, die allerdings im antitheoretischen Reflex mündet, der das Subjekt vollends eskamotiert.

So wie im Individualismus das Individuum verhindert bleibt, verschwindet im neueren Subjektivismus das Subjekt; erkennbar wird darin eine Folge des Affronts gegen dialektische Theorie, die als totalitär oder zumindest zu kompliziert abgelehnt wird. Man meint es zu tun zu haben mit Kraftlinien statt mit Prozesslogik, mit Widerstreit statt Widerspruch, mit Dekonstruktion statt Negation, mit Rhizom statt System, mit Mikrophysik statt Konstellation etc. Problematisch ist jedoch freilich nicht die philosophische Konstruktion dieser Ansätze an sich, die, in eine sozialanalytische Systematik eingebunden durchaus kritische Theorie zu ergänzen vermögen; problematisch ist die Ersetzung kritischer Begriffe durch methodologische Etiketten; problematisch ist indes die scheinradikale Grundhaltung, die sich hinter vielen popdiskursiven Adaptionen dieser Ansätze verbirgt, wonach bestenfalls dann mit Begriffen geringerer Reichweite theoretisch wiederholt wird, was etwa die kritische Theorie bereits seit Marx luzide an Anatomie der bürgerlichen

[8] Unter diesem Titel wandte sich Adorno gegen die sprachlichen Moden der deutschen Existenzphilosophie und die darin zum Ausdruck kommende reaktionäre Ideologie; die Untersprache werde zur Oberstrache gemacht, Edelsubstantive und Substantivierungen markieren die Befindlichkeit des restaurierten deutschen Gemüts; vgl. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit, GS Bd. 6, etwa S. 416 ff., S.496 ff. Freilich wäre es zynisch und regressiv dem von Grund auf humanen Ansinnen der poststrukturalistischen Anwälte der Popkultur ähnliche ideologische, gar politische Absichten unterzuschieben; kennzeichnend ist für diese allerdings ein naiver Positivismus des Unmittelbaren, der es unternimmt, die Immanenz durch Substantivierungen von Relationskategorien zu durchbrechen (zu „dekonstruieren"); in der poststrukturalistischen Variante der Popsprache erfolgt dies – neben zahlreichen ontologistischen Wortneuschöpfungen – etwa durch das Suffix „-tät" wie „Logizität", „Diskursivität", „Performativität", „Oppositionalität", „Sozialität" etc., auch die pseudokritische Fixierung auf zum Beispiel „Identität" gehört dazu.

Gesellschaft entschlüsselte. Werden die poststrukturalistischen Termini zu Ersatzkonzepten für die Begriffe der kritischen Theorie gemodelt, wird die gesellschaftskritische Reflexion unscharf, tendiert zur Beliebigkeit: Dass mit Foucault, Derrida oder Butler nicht auch wesentliche Strukturen der Macht, des Rassismus, der Geschlechterverhältnisse erkennbar wurden, steht als kritische Erkenntnis im Schatten einer Gesellschaftstheorie, die zunehmend ihren materialistischen Halt verloren hat, indem sie von der Kritik der politischen Ökonomie und ihren Implikationen immer weiter entfernt wurde. Eine radikale Kritik ist nach Marx jene, die an die Wurzel der menschlichen Verhältnisse geht, welche eben der Mensch selber ist; sie demonstriert ad hominem, ist also als radikale Kritik notwendig eine kritische Theorie des Subjekts. Darin begründen sich die kritischen Begriffe von Entfremdung, Verdinglichung, Totalität, konkrete Praxis, Klassenverhältnisse etc., die allerdings im neueren popdiskursiven Theoriefokus zunehmend aus dem Blickfeld geraten sind. Ausgerechnet jener Theoriebereich, der verschiedene Konzepte von Ermächtigungsstrategien versucht stark zu machen, befördert mit der strukturell verkürzten Gesellschaftskritik eine Depotenzierung der eigenen Position. Identität, einmal das logische Problem der Beziehung zwischen Subjekt und Objekt, Begriff und Sache, Wesen und Erscheinung etc., das nicht von ungefähr erkenntnistheoretisch virulent wurde, kehrt in den Diskursen, die sich vom Erkenntnissubjekt verabschiedet haben, um sich auf das vermeintlich konkrete, sozial konstituierte Subjekt zu beziehen, identitätspolitisch wieder, damit aber als weitgehend positivistisch auf die soziale Oberflächenstruktur menschlicher Praxis reduziert. War ehedem das identitätslogische Problem, dass der allgemeine Satz der Identität

(A=A) einerseits dialektisch das Nichtidentische nicht einzuholen vermochte, andererseits das Erkenntnissubjekt nicht so einfach identitär zu setzen ist (Ich=Ich), erscheinen unter dem Vorzeichen der Identitätspolitik diese real-logischen Schwierigkeiten auf die Ordnung der Diskurse von „Race", Class and Gender nivelliert. Mithin galt selbst noch in der Marxschen materialistischen Wendung der idealistischen Philosophie, wie sich das Subjekt durch die Widersprüche überhaupt als identisches konstituieren kann, während nunmehr Identität selbst zum Makel des Subjekts eskamotiert wurde.

Die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, die in der Theorie zur Verfügung stehen, sind gleichsam Ausdruck der materiellen Verhältnisse, korrespondieren mit den ökonomischen Bedingungen. Die abstrakte Verwertungslogik kapitalistischer Vergesellschaftung bedingt in ihrem fortgeschrittenen Stadium die fortgeschrittene Abstraktion von den konkreten Produktions- und Reproduktionszusammenhängen menschlichen Lebens; das betrifft den Fetischcharakter der Ware, der sich als Fetischverhältnis im Zustand der ubiquitären Warentauschgesellschaft zum allgemeinen Gesetz gemacht hat. Adorno und Horkheimer versuchten diesen Zustand eben mit dem Begriff der Kulturindustrie zu bezeichnen. Zunehmend rücken die Prozesse der Vergesellschaftung unter das Vorzeichen einer Ästhetisierung und Kulturalisierung, unter ideologische Strategien also, nach denen sich Ideologie selbst zum materiellen Zusammenhang verdichtet.

Paradox haben die Cultural Studies diese Kulturalisierung, die heute etwa ominöse Plaketten wie „Popgesellschaft" terminiert, befördert, indem sie gerade die gesellschaftskritische Reichweite des Kulturbegriffs erweitern wollten. So galt etwa

der Kulturbegriff der kritischen Theorie Adornos als zu eng und unhistorisch, zu sehr befangen in seiner bildungsbürgerlichen Atmosphäre; Cultural Studies forderten eine Historisierung des Begriffs, die aber strukturalistisch im Historizismus hängen blieb und genau das an der Kultur abschnitt, was ihre Dialektik in der bürgerlichen Gesellschaft prägte. Sie plädierten zu Recht für die Rettung des Genusses, den sie in der Stilbildung der kleinen Leute im Alltagskulturellen verorteten. Allerdings setzten die Cultural Studies den Kulturidealismus des 19. Jahrhunderts fort, wonach Kultur eben etwas sei, was vom Zugriff kapitalistischer Verwertungslogik verschont bleibt und sich vermeintlich Autonomie bewahrt. Mit der Kritik eines allzusehr im Hochkulturellen festgesetzten Kulturbegriff und mit seiner Ersetzung durch einen allgemeineren (Kultur als „whole way of life" nach Raymond Williams, auch Kultur als „whole way of struggle", das heißt als Konflikt zwischen Lebensformen, nach Edward P. Thompson) wurde zugleich eine neue Logik des Kulturellen konstatiert, die von jener Dialektik der Aufklärung gereinigt erscheint, die mit dem Massenmord auch die Kultur vernichtete. Indes rechnet sich die Spaßgesellschaft die Gleichgültigkeit gegenüber dem Verbrechen noch zynisch als Verdienst an. Eine Auseinandersetzung mit der Shoah ist derzeit einfach nicht gefragt, bringt keinen Absatz, ist aus der Mode. Popkultur möchte den Menschen Genuss garantieren und die Generation Golf präsentiert ihre neue deutsche Befindlichkeit als unverkrampfte wie stumpfe Geschichtslosigkeit: „Das ist keine gute Überleitung: Das Verhältnis unserer Generation zur Geschichte allgemein und zum Holocaust ist dermaßen Roman-Herzoghaft unverkrampft, dass Kritiker dahinter Geschichtsvergessenheit vermuten, Ignoranz und

Schlimmeres [...] Das Wissen um die Grauen des Nationalsozialismus ist mit solchem Nachdruck in das Hirn eines jedes Mitgliedes der Generation Golf implantiert worden, dass wir bis heute eher die acht Gründe aufzählen können, die zum Ende der Weimarer Republik führten, als die zehn Gebote. Die Generation Golf verstand sehr gut, was Martin Walser meinte, als er von der ‚Dauerpräsentation unserer Schande' redete und von der Kultur des Wegschauens."[9]

Geschichte wird als Geschichte der Herrschenden erzählt; dass man sich seit einigen Jahren bemüht, die Popkultur über den Kanon der Musik und Moden zu historisieren beziehungsweise die Popgeschichte selbst zur Sozialgeschichte umzudeuten, gründet in der Ursprungslogik des Pop, wonach er wesentlich Resultat der demokratisch organisierten Systeme nach Fünfundvierzig sei. Aufgrund dieser Genealogie sind von vornherein solche Perspektiven ausgeschlossen, die die Entwicklung der Popkultur als Schatten der Restauration des bürgerlichen Subjekts deuten und sie als notwendiges (eben nicht dissidentes) Moment in den Kontext der fortgeschrittenen Kulturindustrie stellen. Der zweite Abschnitt in der „Dialektik der Aufklärung", der sich mit Kulturindustrie beschäftigt, ist die „Elemente des Antisemitismus"; die kritische Theorie untersuchte derart die Strukturähnlichkeit zwischen der massenkulturellen Formation der Moderne und dem Faschismus, die sich insbesondere im autoritären und konformistischen Charakter konzentriert. Das heißt keineswegs, deduktiv die Kulturindustrie als faschistisch zu bezeichnen; gleichwohl ist es aber verkürzt, etwa die regressiven Tendenzen in der gegenwärtigen Popkultur auf rechte und

[9] Florian Illies, Generation Golf, Berlin 2000, S. 174.

reaktionäre Inhalte von Songtexten zu beschränken und festzuhalten, inwiefern solche Inhalte sich langsam als Konsens der Neuen Mitte etablieren. Die Frage ist vielmehr, welche sozialen Prädispositionen einem Bewusstsein vorausgehen, das auf diesen Konsens bereitwillig einschnappt.[10] Die Zwangsidentitäten, die den Menschen aufgedrückt werden und in denen sie sich als freie auszudrücken meinen, sind gleichsam das verdinglichte Schema, nach dem die Identität des Erkenntnissubjekts mit dem, was gemeinhin als „Ich" bezeichnet wird, auf erkenntnislose Ersatzmuster der Identifikation („Rasse", Geschlecht, Klasse, Nation, Religion, die eigene Meinung, Mentalität etc.) verschoben wird. Zwar sind diese Muster machttheoretisch als Normierungen, Disziplinierungen oder Kontrolle beschreibbar, doch untergraben solche Beschreibungen – die ja durchaus plausible sind – die strukturelle Dynamik des Bewusstseins bereits an der Stelle, wo das Subjekt mehr ist als nur das metaphorisch Unterworfene. Indes kann man den sozialpsychologischen Befund der kritischen Theorie nicht von den kulturellen Aktivitäten, vom Prozess der Vergesellschaftung trennen. Die Gesellschaft ist keine Struktur zu der ich mich situativ „symbolisch" oder „repräsentativ" verhalte, sondern die strukturelle Dynamik der Gesellschaft ist selbst Resultat der kulturellen und individuellen Disposition der Subjekte. Das Subjekt ist gespalten, aber nicht

10 Wenn man also Diederichsens These vom Pop II ernst nimmt, wonach eben Pop zur allgemeinen Signatur der gegenwärtigen Gesellschaft geworden sei, sollte konsequent auch der Antisemitismus der letzten Jahre in diesem Kontext als Teil der Popgesellschaft verortet werden; die antisemitischen Stereotypen, die heute kursieren, folgen durchaus dem Schematismus der Kulturindustrie, wie im Übrigen auch die gängigen Verschwörungstheorien vom Weltjudentum popkulturell kanonisiert sind.

in die verschiedenen Rubriken seiner erbärmlichen alltäglichen Existenz. Es ist nicht als „politischer Mensch" Antisemit und als „kultureller Mensch" harmloser Technofan, als „ökonomischer Mensch" Angestellter, sondern genau dieser Widerspruch, in dem sich die reale Existenz als fragmentierte ausdrückt, konstituiert Subjektivität (i.e. dass der Mensch gleichzeitig Antisemit, Linker, Technofan, Metalfan sein kann und drei verschiedene Arbeiten zur Sicherung seines Unterhalts ausübt, ist genau die Identitätslogik, die ihn als Subjekt konstituiert, und mitnichten das Ende des Subjekts). In der fortschreitenden Fragmentierung des Subjekts soll das Subjekt selbst prekär geworden sein, die Flexibilisierung des Individuums ist die neueste Signatur des „Differenzkapitalismus", der eben das menschliche Leben zunehmend in scheinbar unabhängige und vermeintlich zusammenhangslose Einzeltätigkeiten ausdifferenziere. Manche sehen darin bereits die Erfüllung der kleinen Utopie, die Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie" entwarfen, wonach der Mensch morgens fischen, jagen etc. könnte und abends diskutieren etc. Andere interpretieren dies als Modell von ironischer und kontingenter Lebenskunst, Ästhetik der Existenz, Sorge des Selbst, was auch immer. – Tatsächlich spiegelt sich hierin nichts anderes als die Verwirklichung des bürgerlichen Subjekts, das schon im 19. Jahrhundert nur zwischen den Widersprüchen der privaten, öffentlichen und ökonomischen Existenz sich verwirklichen konnte: seinen Ausdruck erfährt dies in der Ideologie der Masse und dem kollektiven Bewusstseins wie Unbewussten, in der Psychoanalyse selbst, die nicht von ungefähr im Schatten des Nationalismus, Rassismus und Kolonialismus steht.[11] In der materialistischen Psychoanalyse des Gesellschaftscharakters zeichnete sich mithin ab, dass das Problem der

Identität kein ideales Erkenntnissubjekt zur Voraussetzung hat, sondern eine reale Logik materieller Bedingungen der Ich-Werdung. Und auch in dem Sinne haben Leo Löwenthal und Theodor W. Adorno dann von der Massenkultur als Psychoanalyse verkehrt herum gesprochen.

Die Psychologisierung des Individuums, die die bürgerliche Gesellschaft in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erfahren hat, markiert mithin nicht nur die Verschiebung von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft, sondern ist subjektiver Reflex auf den hysterischen Kapitalismus; im Pop findet dies seinen kulturellen Ausdruck. Die postmoderne Illusion vom Verschwinden des Subjekts und der gleichzeitige Individualismus fällt nicht umsonst zusammen mit einer überdrehten, hysterischen Popkultur, mit einem hysterischen Kapitalismus. Freilich ist Pop mehr als der Ausdruck für legitimierte und öffentlich zur Schau gestellte Defekte des Individuums. Daraus aber blank eine widerständige Subjektform abzuleiten, übergeht erneut die Dialektik der Anpassung, der die Menschen im Spätkapitalismus unterlegen ist. Das Subjekt widersteht nur paradox: nämlich dort, wo es sich nicht der Unmittelbarkeit überantwortet und zugleich sich auf den Immanenzzusammenhang einlässt, um ihn zu sprengen. Solche Paradoxie löst sich allerdings dialektisch, wenn das Subjekt als geschichtlich begriffen wird; beziehungsweise löst sich solche

11 „Die Psychologie ist erfunden worden, um die Menschen bei der Stange zu halten. Die Entdeckung des Individuums ist im Ursprung identisch mit dessen Fesselung [...] Die Erfindung des Individuums ist bereits ein Mittel zu dessen Unterdrückung." Max Horkheimer, [Diskussion über Positivismus und materialistische Dialektik], in: Gesammelte Schriften Bd. 12, Frankfurt am Main 1985, S. 443.

12 Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, in: Gesammelte Schriften Bd. I·2, Frankfurt am Main 1991, S. 701.

Paradoxie geschichtlich, wenn das Subjekt dialektisch begriffen wird. Identitätspolitik zielt demnach nicht auf Dekonstruktion, sondern im Sinne Benjamins auf Konstruktion: „Die Geschichte ist Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die homogene und leere Zeit sondern die von Jetztzeit erfüllte bildet [...] Die Mode hat die Witterung für das Aktuelle, wo immer es sich im Dickicht des Einst bewegt. Sie ist der Tigersprung ins Vergangene. Nur findet er in einer Arena statt, in der die herrschende Klasse kommandiert. Derselbe Sprung unter dem freien Himmel der Geschichte ist der dialektische als den Marx die Revolution begriffen hat."[12] Die Popkultur ist nicht der Ort des Rückzugs, sondern der Fluchtgrund; die Mode muss aufgetragen werden, bis sie sich mit der Zeit überwirft. Während das revolutionäre Subjekt der jüngsten Vergangenheit historisch immer wieder dort ankommt, wo es gerade hergekommen ist („revolvere"), wäre das Subjekt der kommenden Revolution als exzentrisches zu bestimmen, als „ver-rücktes", dass eben von diesem Tigersprung sich mitreißen lässt.[13] (Deshalb Kunst.)

[13] Das ist Rettung der Kolportage. In seinen besseren Zeiten hat Dalí versucht, sie surrealistisch zu erfassen. Das Exzentrische ist im Übrigen mittendrin, so wie der Zirkus, der Jahrmarkt in die Stadt kommt, gleich einer Attraktion aus vergangenen Zeiten. Wird im Namen der Popkultur versucht, die Spaltung von Hochkultur und Massenkultur zu vertuschen, erinnert der Zirkus an die alte Grenze, die durch die Kultur insgesamt verläuft. „Leichte Kunst hat die autonome als Schatten begleitet. Sie ist das gesellschaftlich schlechte Gewissen der ernsten. Was diese auf Grund ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen an Wahrheit verfehlen musste, gibt jener den Schein sachlichen Rechts. Die Spaltung selbst ist die Wahrheit: sie spricht zumindest die Negativität der Kultur aus, zu der die Sphären sich addieren. Der Gegensatz lässt am wenigsten sich versöhnen, indem man die leichte in die ernste aufnimmt oder umgekehrt. Das aber versucht die Kulturindustrie. Die Exzentrizität von Zirkus, Panoptikum und Bordell zur Gesellschaft ist ihr so peinlich wie die von Schönberg und Karl Kraus." Adorno und Horkheimer, Dialektik der Aufklärung; Adorno, Gesammelte Schriften Bd. 3, a.a.O., S. 157. – Stage diving für eine exzentrische Kultur des Nichtidentischen.

AM DEUTSCHEN MULTIKULTURALISMUS SOLL DIE WELT GENESEN

ULI SANWALD UND STEFAN STAUTNER-BHURUTH

Der folgende Beitrag stellt eine kurze Beleuchtung des Diskurses um die multikulturelle Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland dar, wobei „multikulturell" auf den so genannten „ethnokulturellen" Aspekt bezogen wird; kulturelle Merkmale also, die allen Mitgliedern einer als solche definierten ethnischen Gruppe zugeschrieben werden. Hierbei ist es weniger von Bedeutung, ob diese Merkmale als angeboren oder erlernt betrachtet werden, wichtiger ist, dass sie in diesem Diskurs auch von zweiterem Zugang her als nicht mehr abzulegen gelten. Das Hauptdilemma der befürwortenden Bezugnahme auf den Begriff der multikulturellen Gesellschaft stellt sich wie folgt dar: hinter vordergründiger Liberalität verbirgt sich ein Gesellschaftskonzept, das, zwar auf einer anderen Ebene, ebenso abgeschlossen ist wie das Konzept „ethnischer Homogenität, kultureller Eindeutigkeit und nationaler Integrität" (Nassehi 1997:178) einer Gesellschaft.

Zu erneuter Aktualität, wenn auch in einem etwas anderen Gewand, wurde diesem Diskurs im Zuge der Debatte um die so genannte Globalisierung verholfen. Die ihres Zeichens weltoffenen AkteurInnen der Antiglobalisierungsbewegung legen Wert auf die Betonung der „ethnischen und kulturellen Vielfalt dieser Welt", die sie den „vereinheitlichenden und zer-

störerischen Tendenzen der Globalisierung" entgegensetzen, ohne dabei zu bedenken, dass ethnische/kulturelle Zugehörigkeiten Zuschreibungen sind, die nicht unbedingt vielfältige Lebensentwürfe für die Betroffenen beinhalten und ein gewisses Konfliktpotential mit sich bringen. Bedauert wird, mehr als die schlechten Bedingungen, unter denen Menschen weltweit leben, dass die Globalisierung die traditionelle (als gleichsam „natürlich" angenommene) Lebensweise der „Völker des Südens" zerstört.

Die verwendeten Quellen stammen hauptsächlich aus dem Bereich der kritisch-ablehnenden Rezeption des Multikulturalismus-Konzeptes, wie es sich in der BRD durchgesetzt hat.

DIE GESCHICHTE EINES BEGRIFFS

Die Debatte um die multikulturelle Gesellschaft begann in der BRD in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts relevant zu werden, ausgelöst durch die „Entdeckung der bis 1973 nach Deutschland geholten ‚Gastarbeiter'" (Nassehi 1997:179), die nicht mehr als ‚Gäste' anzusehen waren, sondern als Menschen, die ihren neuen Lebensmittelpunkt in Deutschland hatten, was sich unter Anderem daran zeigte, dass die zumeist männlichen Arbeitsmigranten ihre Familien nachholten (vgl. Radtke 1996:337). Schnell fand der Begriff des Multikulturalismus Eingang in die politische Diskussion, einerseits als positiv konnotierter Gegenentwurf zum traditionellen völkischen Staatsbürgerverständnis in (West-)Deutschland (vgl. Karakayali 2002:37), andererseits als Bedrohung für den deutschen Arbeitsmarkt und Sozialstaat und/oder die „kulturelle Integrität" der deutschen Bevölkerung[1] (vgl. Radtke 1996:337).

Im politischen Diskurs der BRD durchlebte der Begriff der „Kultur", der stets in scharfer Abgrenzung zum welschen Begriff der „Zivilisation" (vgl. Naumann 2003) verstanden wurde, und die Grundlage für den zeitlich späteren Begriff des Multikulturalismus bildet, im Rahmen der Studentenrevolte von 1968 eine Renaissance. In dieser ging es neben den vordergründigen politischen Fragen (Vietnam-Krieg, Nazis im Wissenschaftsbetrieb, Amerikaner auf „deutschem Boden"), vor allem um Stilfragen (sub)kultureller Art, wie Kleidung, Haarlänge, Musik, Lebensformen (z.B. WGs.), Ablehnung von Massenkonsum und um die Entdifferenzierung von Hoch- und Trivialkultur.

Diese (sub)kulturelle Abgrenzung diente nicht zuletzt der Versicherung der eigenen (Gruppen)Identität, sie stellte also eine Möglichkeit zur alternativen Kollektivbildung dar.

In den 70ern setzte sich dieser Prozess im Abschied vom Traditionsmarxismus und innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen („RAF", Frauen-, Anti-Atomkraft-, Friedens-, Ökologiebewegung) fort. Das Befriedungsangebot der damaligen bundesdeutschen Regierung und der Gesellschaft, die Akzeptanz der subkulturellen Linken bzw. der (sub)kulturellen Aspekte der Linken im Rahmen der Toleranz bei gleichzeitiger Zurechnung zur deutschen (Kultur-)Gesellschaft im Tausch gegen die Aufgabe der politischen Forderungen wurde auf breiter Front angenommen. Auf diesem Weg fand eine

[1] Allerdings wurde diese Bedrohung für die vorgestellte kulturelle Integrität nicht in der Tatsache von Einwanderung an sich gesehen, wie ein Blick auf den als Rückwanderung verstandenen Zuzug „deutscher" Aussiedler aus den GUS-Staaten und Rumänien und früher der so genannten „Vertriebenen" zeigt, deren Einwanderung teilweise bewusst forciert wurde.

Transformation von Politischem ins Kulturelle statt: Die vormals in Verbindung zum Politischen stehenden kulturellen Fragen wurden dieses Inhalts beraubt („Kultur ‚ist', sie stellt keine politischen Forderungen mehr", Terkessidis 1995:98). Es gibt nur noch etablierte Kultur und etablierte Alternativ- oder Subkultur.

Diese (Akzeptanz-/Befriedungs-)Strategie ist schon von vornherein im Konzept des Multikulturalismus verankert. Soziale Unterschiede und Hierarchien in der bundesdeutschen Gesellschaft werden ethnifiziert und damit naturalisiert, was sie als unveränderlich erscheinen lässt.

Der Diskurs um die multikulturelle Gesellschaft findet in allen gesellschaftlichen Teilbereichen vom Stammtisch bis zur Universität statt und kennt im Wesentlichen drei Herangehensweisen (nach Nassehi 1997):

1. MULTIKULTURALISMUS ALS CHANCE

Als Chance im Hinblick auf ökonomische Erfordernisse: Die multikulturelle Gesellschaft kann als Chance für die wirtschaftliche Entwicklung oder als Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des ökonomischen Status quo betrachtet werden. Dabei wird vor allem der Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen (Computer, Pflegeberufe, etc.) angeführt und Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, z.B. des „Computerinders" begrüßt. Auch die Überalterung und die „Misere der Rentenkassen" können mittels verstärkter Zuwanderung gelöst, oder zumindest abgemildert werden. Den entsprechenden ZuwandererInnengruppen werden exakte Funktionen zugeschrieben, und Multikulturalität wird im Rahmen einer Kosten (Akzeptanzkosten der „Fremdheit")- Nutzen (Rentensicherung,

Wirtschaftswachstum) Rechnung gutgeheißen. Erfüllen sie ihre Funktionen aber nicht mehr, oder nur unzureichend, aus welchen Gründen auch immer, wird die Akzeptanz entzogen, wie sich in der Bundesrepublik in der Wirtschaftskrise der 70er Jahre bei ZuwandererInnen aus Italien und der Türkei (Anwerbestopp) gezeigt hat.

Als Chance in Bezug auf kulturelle Bereicherung: Hierbei wird erwartet, dass „Fremde" auch wirklich fremd sind, und die „eigene" Kultur etwa kulinarisch oder folkloristisch „würzen". Durch die Multikulturalität soll die Weltoffenheit Deutschlands demonstriert werden und geistige Impulse durch „fremde" Vorstellungen sollen helfen, die eigenen kulturellen Selbstverständlichkeiten zu relativieren bzw. in einem anderen Licht zu sehen.

2. MULTIKULTURALISMUS ALS BEDROHUNG

Als Bedrohung für die Ökonomie und den Sozialstaat: So genannte „Fremde" werden dabei als Belastung des Arbeitsmarktes und der Sozialkassen aufgefasst.

Als Bedrohung für das reine deutsche Volkstum: VertreterInnen dieser Spielart wittern die „Verunreinigung" und „Überfremdung" der „deutschen Kultur" durch „Kulturfremde".

Als Bedrohung für die westliche Zivilisation und die bürgerliche Gesellschaft: Die Akzeptanz anderer Wertvorstellungen und Rechtsauffassungen im Rahmen der multikulturellen Gesellschaft wird als Gefahr für den erreichten Freiheitsgrad betrachtet. Diese Betrachtungsweise findet sich etwa in der Definition bestimmter Gruppen über die Religion und bei der Angst vor der Entsäkularisierung der Gesellschaft durch „fanatische Muslime". (vgl. Stautner 2003)

3 .MULTIKULTURALISMUS ALS IDEOLOGIE

Im Anschluss an die 68er wird der Begriff als Legitimationsstrategie für die jeweils eigene Subkultur gebraucht. „Multikulti-Nebeneinander": Dort ist Platz für jede kulturelle Gruppe, die sich ethnisch oder über Lebensstile konstituieren lässt.

Diese Betrachtungsweise eröffnet die Möglichkeit zur Konstruktion einer neuen deutschen Identität: wo die Fremden fremd mit allem, was dazu gehört (Musik, Folkloregruppen, Essen, Sprache etc.) sein dürfen, dürfen die Deutschen auch Deutsch mit allem, was dazugehört sein.

DAS „STAHLHARTE GEHÄUSE DER ZUGEHÖRIGKEIT" (NASSEHI 1997):

Auf die Argumente derer, die es offen ablehnen, Menschen mit anderem (Herkunfts-)Background „ihrer" Gesellschaft zuzurechnen, werden wir im Folgenden nicht weiter eingehen.

Als Kernfrage bleibt nunmehr, wie und warum der Diskurs um die multikulturelle Gesellschaft „stahlharte Gehäuse der Zugehörigkeit" schafft. Er führt zwar Pluralität in die Diskussion ein, schließt dadurch aber Ambivalenz und Kontingenz aus: Ein plurales Nebeneinander der verschiedenen kulturell verorteten Gruppen wird möglich, die Grenzen zwischen ihnen dürfen aber nicht verschwimmen und ambivalente, einander überschneidende Zurechnungen ermöglichen, auch ein kontingenter Zugriff auf die Kategorie der ethnokulturellen Zugehörigkeit kann innerhalb dieses Konzeptes nicht zugelassen werden, wie noch gezeigt werden wird.

Die Auseinandersetzung ist sowohl um Grundbegrifflichkeiten, wie auch konkrete gesellschaftliche Praktiken zu führen.

„KULTUR" UND „MULTI-KULTUR"

Das Verhältnis von „Kultur" und „Multikultur" lässt im Wesentlichen zwei sich gegenseitig ausschließende Betrachtungsweisen, die auf Nassehi (1997:186f) zurückgehen, zu.

Eine Möglichkeit ist es, Multikulturalität als conditio sine qua non [notwendige Bedingung] von Gesellschaft zu betrachten. Eine Gesellschaft ist nie kulturell homogen, sie zerfällt immer in verschiedene in sich ebenso wenig homogene Subkulturen, seien diese nun klassen-, alters-, schicht-, oder milieuspezifisch. Die TeilnehmerInnen sind nicht auf eine der verschiedenen Kategorien beschränkt, es ist in einem zugegebenermaßen eingeschränkten Rahmen möglich, an verschiedenen Subkulturen zu partizipieren. Die ethnokulturelle Kategorie wäre in diesem Fall nur eine gleichberechtigte Ergänzung innerhalb dieses Schemas von kultureller Zugehörigkeit. Diese Betrachtungsweise setzt einen weit flexibleren Kulturbegriff voraus, als der herkömmliche Multikulturalismus es tut. Kultur ist und bleibt zu jedem Zeitpunkt verhandelbar, sie ist nicht mehr notwendigerweise gemeinsame Sache ethnischer Gruppen, sondern wird immer weiter individualisiert und ausdifferenziert. Diese Betrachtungsweise eröffnet auch teilweise die Möglichkeit, Ambivalenz zu leben: nicht nur die Zurechnung zu verschiedenen Subkulturen ist denkbar, im Rahmen einer solchen flexiblen Multikulturalität könnten (sub)kulturelle Grenzen tatsächlich verschwimmen und eine Partizipation an vormals als einander ausschließend betrachteten Gruppen könnte möglich werden. Eine so verstandene „privatisierte Kultur" würde sich nur noch sehr schlecht als Merkmal zum Zugang zu oder Ausschluss von gesellschaftlichen Ressourcen wie Arbeit, Wohnungen, Sozialleistungen, Bildung etc. eignen.[2]

Doch verstehen die führenden ApologetInnen des Multikulturalismus Kultur eben gerade nicht als etwas Individuelles und Privates, sondern als etwas Kollektives. Verschiedene, klar eingrenzbare Kulturen werden nebeneinander gestellt, und an der ethnischen Zugehörigkeit ihrer Mitglieder festgemacht. Diese Kategorie wird dabei als höher stehend als andere wie z.B. die des Geschlechts oder des sozialen Status verstanden. Wurde die Zurechnung einmal vorgenommen, bleibt sie verbindlich. Zudem ist es nicht möglich, auf die Zurechnung zu einer der angebotenen ethnischen Gruppen zu verzichten.

Eine zweite Möglichkeit, Kultur zu verstehen, führt dazu, dass Multikulturalität eine contradictio in adjecto [Widerspruch in sich] ist. Wird Kultur nämlich als Sinnhorizont einer Gesellschaft, der alle möglichen Wahrnehmungs-/Interpretationsmuster und damit Handlungsanleitungen enthält, verstanden, fällt der Begriff mit dem Begriff von Gesellschaft in eins. Sozietät, sprich soziales Handeln und soziale Zusammenhänge, kurz Gesellschaft, ist immer nur innerhalb eines solchen gemeinsamen Sinnhorizontes möglich. In diesem Sinn kann nicht zwischen Kultur und Gesellschaft unterschieden werden. Werden die Objekte des Multikulturalismusdiskurses, oft auch „Fremde" oder „AusländerInnen" genannt, also der

[2] Der gesamte Bereich der Ökonomie bleibt aus Platzgründen in diesem Beitrag ausgespart, was jedoch nicht heißen soll, dass wir ihn für bedeutungslos halten. Im Gegenteil, neben dem Aspekt der Identitätsfindung, der unten noch ausführlich geschildert wird, ist die ökonomische Situation einer Gesellschaft (sowohl die Produktionsweise und Produktionsverhältnisse, wie auch die konkrete [Krisen-] Situation), maßgeblich mitverantwortlich für die Mobilisierung ethnischer Identitäten. Wir haben uns jedoch für eine Betrachtungsweise entschieden, die sich an Begrifflichkeiten aus der neuren soziologischen Modernisierungstheorie orientiert, was aber nicht ausschließt, dass andere Betrachtungsweisen ebenso fruchtbar sein können.

bundesdeutschen Gesellschaft, oder auch nur der Stadtviertelgesellschaft, zugerechnet, sind sie zugleich Teil einer so verstandenen Kultur.

Beide Betrachtungsweisen, die einer umfassenden Kultur und die einer im obigen Sinne höchst privaten, bringen uns also in der Frage der Multikulturalität nicht weiter. Im ersten Fall ist sie eine Selbstverständlichkeit, im zweiten Fall schlicht unmöglich.

MECHANISMEN ZUR SCHAFFUNG VON ETHNISCHER/KULTURELLER ZUGEHÖRIGKEIT

Der Begriff der multikulturellen Gesellschaft impliziert, wie eingangs schon erwähnt, eine „Vielfalt ethnisch-kultureller Einheiten, die sich innerhalb einer Gesellschaft gegenüberstehen" (Nassehi 1997:184). Dies wiederum legt nahe, dass diese verschiedenen kulturellen Gruppen zumindest so homogen (Identität) sein müssen, dass sie klar gegen die anderen abzugrenzen (Differenz) sind – dieses homogenisierende Moment stellt die vermeintliche Ethnizität der Gruppenmitglieder dar. Es stehen sich – im kulturalistischen Sinne argumentiert – zwei große Gruppen gegenüber, die als nicht gleichwertig betrachtet und behandelt werden: die Deutschen und die „Anderen", die „Fremden", die wiederum in verschiedene ethnisch-kulturelle Gruppen unterteilt werden. Im staatsbürgerrechtlichen Sinn ist diese Einteilung teilweise außer Kraft gesetzt: Rechte wie z.B. das Wahlrecht werden allen InhaberInnen eines deutschen Passes, auch wenn diese aufgrund ihrer Herkunft kulturell den „Anderen" zugerechnet werden, und den so genannten „EU- AusländerInnen", zugestanden.

Diese ethnisch-kulturellen Gruppen sind zunächst einmal auf der diskursiven Ebene gegeben. Die Zugehörigkeit zu ihnen ist für die Mitglieder zu keinem Zeitpunkt frei wählbar. Diese fehlende Kontingenz äußert sich auf verschiedenen Ebenen:

In der öffentlichen, politischen Sphäre wird von so genannten „AusländerInnen" erwartet, sich primär für ausländerpolitische Belange einzusetzen – anfangs hauptsächlich im Kulturapparat (in Kulturzentren, in Zusammenarbeit mit „Deutschen" in interkulturellen Begegnungsstätten, in Tanzgruppen (vgl. Karakayali 2002:38)) – und „allenfalls einige lobbyistische Forderungen zu formulieren" (ebd.), ohne dabei natürlich zu weit zu gehen und z.B. die rechtliche Gleichstellung von AsylbewerberInnen zu fordern, alles hat im „Dienste des multikulturalistischen Miteinanders zu stehen" (ebd.). EinE PolitikerIn soll sich also nicht in erster Linie als Mitglied einer bestimmten Partei oder RepräsentantIn seines/ihres Amtes verstehen, sondern als im Dienste seiner/ihrer ethnischen Gruppe agierendes, identitätspolitisch gebundenes Subjekt.

Verkehrspolitik, Steuerpolitik etc. hat sie/ihn nicht zu interessieren.

Exemplarisch für den Anfang der Debatte steht folgendes Zitat aus der Leitglosse „Fremde und Allzufremde" aus der FAZ vom 2.12.1982: „[Aber] immer noch wird unter Verzicht auf jegliche Differenzierung über die „Ausländer" in der Bundesrepublik gesprochen [...] Anscheinend soll hierzulande nicht zum Bewusstsein kommen dürfen, dass es verschiedene Grade von Fremdheit gibt und dass das Zusammenwohnen mit den besonders Fremden naturgemäß – genauer gesagt: kulturgemäß – am schlechtesten funktioniert. Mit den Ost-, den

Süd-, und den Südosteuropäern [...] geht es ziemlich gut; [...] Aber „außen vor" sind vor allem die Turk-Völker geblieben – dazu Palästinenser, Maghrebiner und andere aus ganz und gar fremden Kulturkreisen Gekommene. Sie, und nur sie, sind das „Ausländerproblem" der Bundesrepublik. [...] Sie sind nicht zu integrieren: subjektiv wollen sie es nicht, und objektiv können sie es nicht. Sie haben ein Ghetto gebildet und zumindest einen der West-Berliner Stadtbezirke zu einer türkischen Großstadt werden lassen, die für Deutsche praktisch unbewohnbar geworden ist." (zitiert nach Radtke 1996:339)

Im Erziehungswesen diente und dient die Zuschreibung von Fremdheit LehrerInnen und SozialpädagogInnen dazu, schlechte schulische Leistungen der Kinder von MigrantInnen und deren vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit auf unüberbrückbare kulturelle Schranken zurückzuführen, um von den gesellschaftlichen Umständen und ihrem eigenen Versagen abzulenken (vgl. Radtke 1996:337f).

Auf der privaten, persönlichen Ebene hilft oft auch der deutsche Pass nicht weiter, man musste bzw. muss „Tee servieren und Folklore tanzen, sich in der ‚eigenen Kultur' auskennen wie sonst kein Kulturwissenschaftler, und wenn jemand Gülden oder Yugomir hieß, aber kein türkisch oder serbo-kroatisch sprach, dann fand man das ‚echt krass, dass du deine eigene Sprache nicht sprechen kannst'" (Karakayali 2002:38). Der Selbstzurechnung von MigrantInnen wird keine Bedeutung zugemessen, um akzeptiert zu werden, müssen sie exotisch sein: möglichst ihre „eigene" Sprache sprechen oder lernen wollen, die jeweilige Landesküche beherrschen und „traditionelle" Kleidung tragen. Oftmals sehen sich diese selbst nicht als homogene ethnisch-kulturelle Gruppe, werden

aber von der deutschen Mehrheitsgesellschaft als solche definiert und ökonomisch wie sozial marginalisiert. In diesem „aversiven und feindlichen sozialen Klima bedingen und verstärken Fremd- Ethnisierung und Selbst-Ethnisierung einander." (Radtke 1996:344), die „Re- Segmentation in der 'ethnischen Schicksalsgemeinschaft'" (Esser, Hartmut. 1983: „Multikulturelle Gesellschaft als Alternative zu Isolation und Assimilation" in: ders. (Hg.): „Die fremden Mitbürger. Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Ausländern". Düsseldorf. S. 235-248 zitiert nach: Nassehi 1997:192) wird – über die soziale Schichtung hinweg, die auch in migrantischen Milieus gegeben ist (vgl. Radtke 1996:344) wahrscheinlich und mitunter werden „Neben(infra)strukturen [...], die in Subgesellschaften (Ghettos) und eigenständigen Machtpotentialen (Clans) einmünde[n]" (Radtke 1992:134) organisiert.

Begibt man sich wieder auf die begriffliche Ebene, stößt man auf ein Grundproblem des Multikulturalismus: Eingeführt wurde der Begriff, um gegen die Vorstellung von kulturell homogenen Nationalstaaten zu argumentieren, er bleibt jedoch dieser Vorstellung „eng verwandt [...] [und] verschiebt die Differenz zwischen Nationen in das Innere politischer Gemeinwesen und affirmiert sie dort als Kulturvielfalt." (Nassehi 1997:192). Die Vorstellung von Geschlossenheit wird auf eine andere Ebene transferiert, was zwar den positiven Effekt hat, dass sich MigrantInnen der assimilierenden Unterordnung unter die deutsche (Mehrheits)Gesellschaft entziehen können (vgl. Karakayali 2002:38), um das Postulat der Multikulturalität aufrecht zu erhalten, können sie sich – der befreienden Vielfalt verpflichtet – ihrer Gruppenzugehörigkeit jedoch nicht mehr entziehen. Radtke attestiert „[...]der Programma-

tik des Multikulturalismus die wiederkehrende Schwierigkeit, die zu beobachten ist, wenn ein Denkgebäude von den Füssen auf den Kopf gestellt werden soll: Seine entscheidenden Kategorien bleiben erhalten. Man bleibt auf dem Gleis des Nationalismus, auch wenn man die Richtung wechselt. Wenn man sie beim Namen nennt , haben wir es mit ‚Volk', ‚Gemeinschaft', ‚ethnischen Unterschieden', ‚primordialen Bindungen', kurz mit einer ‚Kultur' zu tun, der eine Prägekraft zugeschrieben wird, die dem biologistischen Rassismus kaum nachsteht. Offenbar wird ‚Kultur' [...] als prägendes Erbe [verstanden]." (Radtke 1996:341).

Die „kulturelle Livree" (Nassehi 1997:193), einmal selbst angezogen oder hineingesteckt worden, kann nicht mehr abgelegt werden. Hierin besteht eine Ähnlichkeit zum biologistischen Rassekonzept: dieses geht davon aus, dass den Mitgliedern einer „Rasse" gewisse Verhaltensweisen angeboren sind und dass diese nicht abgelegt werden können. Der Kulturdeterminismus (vgl. Radtke 1996:339) mag zwar davon ausgehen, dass menschliche Verhaltensweisen erlernt werden, aber auch er betrachtet sie als nicht mehr abzulegen, wurden sie einmal erlernt.

IDENTITÄTSFINDUNG ALS EIN GRUND ZUR SCHAFFUNG VON ETHNISCHER/KULTURELLER ZUGEHÖRIGKEIT

Wir halten ethnische Zugehörigkeit nicht für eine anthropologische Konstante„ für ein gleichsam naturhaft gegebenes Phänomen, auch wenn sie sich in den Selbst- und Fremdbeschreibungen von Personen vorfinden lässt, und auch in der gesellschaftlichen Praxis, vor allem der der Diskriminierung in

allen Bereichen, wirkungsmächtig ist. Radtke verweist darauf, dass die mit dem Begriff multikulturell bezeichnete gesellschaftliche Erscheinung der „kulturellen und ethnischen Heterogenität der Bevölkerung" (Radtke 1992:130) und die der Einwanderung, die letztere (mit) hervorrief, so neu nicht ist. Es haben „weniger Veränderungen in der Gesellschaft, als eine Umstellung der Semantik stattgefunden." (ebd.); dies legt die Frage nach den Gründen und Umständen der Thematisierung und Mobilisierung von ethnischen Zugehörigkeiten nahe.

Die moderne Gesellschaft zeichnet sich durch neue Formen der Vergesellschaftung aus. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang die Freisetzung des Individuums aus der Einbindung in die hierarchische Ständeordnung der stratifikatorisch differenzierten Gesellschaft, die Entstehung voneinander unabhängiger Teilsysteme, die jeweils einen eigenen Funktionsbereich abdecken und sich gemäß ihrer eigenen Logik entwickeln (funktionale Differenzierung) und der Wegfall des traditionellen, religiös untermauerten, in sich geschlossenen Weltbildes. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: die Welt(auslegung) wird kontingent. Vor diesem Hintergrund erscheint die „vermeintlich vormoderne[...] Form[...] kollektiver Vergemeinschaftung" (Nassehi 1997:190) mittels ethnokultureller Zugehörigkeiten, „die sich dem strukturellen Individualismus der modernen Gesellschaft entzieht." (ebd.), zunächst unwahrscheinlich. Radtke jedoch zeigt auf, dass diese Art der Vergemeinschaftung „historisch betrachtet [...] noch nicht sehr lange angeboten [wird]", „ [Teil] der Modernisierung [ist] und vielleicht von dieser selbst hervorgebracht [wird]." (Radtke 1996:347). Ein Grund für diesen Zugriff auf Ethnizität und Nationalität ist, dass der mit dem Verlust des traditionellen

Weltbildes und der Identitätszuschreibung über die Ständeordnung einhergehenden Unvertrautheit mit der eigenen Umwelt ausgleichend begegnet werden musste (vgl. Nassehi 1997:190f).

In Deutschland setzte die Bezugnahme auf das Volk, das schon von Anfang an im Gegensatz z.B. zu Frankreich eher im Sinne eines *ethnos* denn im Sinne eines *demos* gedacht war, erst mit der beginnenden Modernisierung und der damit verbundenen Schaffung einer einheitlichen Nation aus den vorherigen Klein- und Kleinststaaten ein. Als einigendes Band wurde ein gemeinsamer (National)Charakter, gemeinsame Traditionen und – paradoxerweise – die gemeinsame Sprache angeführt, paradox deshalb, weil diese in eine Vielzahl z.T. sehr unterschiedlicher Dialekte zerfiel (vgl. Dittrich/Radtke 1990:21f). Ihre Vollendung fand die Selbstdefinition des deutschen *ethnos* in der bis zum Äußersten getriebenen jahrhundertealten Abgrenzung zu Jüdinnen und Juden, die in deren Vernichtung gipfelte. An diesem völkischen Verständnis hat sich bis heute nicht viel geändert. Doch um wieder auf den Punkt zurück zu kommen: Die mit der Modernisierung einhergegangene funktionale Differenzierung brachte mit sich, dass die alten identitätsstiftenden Kollektive nicht mehr zur Verfügung stehen. In dieser Gesellschaftsform wird (idealtypisch!) nicht mehr auf ganze Personen zugegriffen, sondern nur noch auf den im jeweiligen Funktionssystem relevanten Teilausschnitt einer Person. Die Folgen sind ambivalent: Einerseits wird so eine weitgehende Individualisierung und Freiheit der Lebensgestaltung ermöglicht, andererseits wird dies von den meisten Menschen als Verunsicherung erlebt. Um diesen identitätsbedrohenden Unsicherheiten zu begegnen, bieten sich ethnische Kollektive

an, da sie nicht nur Teilausschnitte von Personen betrachten, sondern diese wieder ganzheitlich erfahrbar werden lassen – was sowohl für die eigene Identitätsfindung wie auch die Identifizierbarkeit der „Anderen" eine Rolle spielt (vgl. Nassehi 1997:194ff). Lenzen weist auf die Komponente der Identitätsfindung über die Abgrenzung zu den „Anderen" hin, indem er über rechtsextreme Skinheads aussagt: „Vielleicht kämpfen sie ja um sich selbst, genauer: um ihre Identität. Da sie nichts zu sein scheinen, wollen sie sich durch Abgrenzung von anderen zu etwas machen: Sie benötigen das andere, um sie selbst zu sein oder wenigstens um den Faden eines Ich zu ergreifen. Und wenn das andere nicht fremd genug ist, muss es durch Opposition noch weiter verfremdet werden, so sieht es zumindest aus." (Lenzen 1991:153)

Auch Radtke verweist auf diesen Aspekt: Nicht nur das Fremde wird betont, auch das Eigene gewinnt wieder an Bedeutung, betrachtet über den ethnischen Fokus ist das Eigene das „Deutsche" (vgl. 1996:343) Was eine Mobilisierung des Deutschtums bedeuten kann, lehren zwei Weltkriege, der Holocaust und auch in jüngster Zeit zahlreiche Pogrome und Morde.

Der/die MultikulturalistIn „verzichtet", im Unterschied zum Faschismus, auf die Vernichtung des „Anderen". Solange das „Andere" sich als „fremd" bezeichnen lässt, bzw. besser noch sich selbst als „fremd" begreift, und keine Anstalten unternimmt, daran etwas zu ändern, wird es nicht nur akzeptiert und toleriert, sondern mit Zuneigung und Wertschätzung von Multikulti-AnhängerInnen bedacht.

Die dem Multikulturalismus zugrunde liegende Vorstellung von homogenen, abgrenzbaren Kulturen findet sich auch im

Kommunitarismus wieder. Einzelne *communities* (etwa Black, Hispanic in den USA, oder Hindu, Moslem in Indien oder Mauritius) oder „Ethnien" werden zu gesellschaftlichen und teilweise rechtsstaatlichen Subjekten. Dem einzelnen Individuum wird nicht zugestanden, sich jenseits dieser *communitie* zu definieren. AbweichlerInnen müssen mitunter mittels „Reinigungsritualen" getilgt werden (z.B. in der Ermordung von Frauen, die sexuelle Kontakte mit „Anderen" pflegen).

AUSBLICK

Der eben geschilderten Misere könnte begegnet werden, indem der ethnokulturellen Zugehörigkeit weniger Bedeutung zugemessen wird, was aus ihr eine „kontingente Selbstzurechnung [...], auf die der einzelne womöglich gut verzichten kann, auf die aber keineswegs verzichtet werden muss" (Nassehi 1997:202) werden ließe. Nassehi sieht in der funktional differenzierten Gesellschaft die strukturellen Möglichkeiten dazu gegeben, dass „(ethnisch-)kulturelle Vorlieben, Stile und Lebensformen in der Weise privatisiert [werden], dass die Teilnahme an sonstigen gesellschaftlichen Prozessen dadurch nicht beeinträchtigt wird." (ebd.). Ob unter den gegenwärtigen

[3] Wir denken, Radtke bringt die Rolle, die man der ethnischen Zugehörigkeit in dieser Gesellschaft zuschreiben sollte, auf den Punkt, wenn er MigrantInnen als „Arbeiter [...], Kinder [...], Schwangere [...], Taxifahrer [...], Ärzte [...], Gemüsehändler [...] oder Fußballspieler [...], also [...] soziale Gruppen [...], die unter gleichen Lebensbedingungen, aber unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen in einer westdeutschen Grossstadt leben und aufwachsen" (1996:339) bezeichnet. Diese Formulierung beinhaltet, dass die ethnische Zugehörigkeit kein in der Praxis unwirksames Konstrukt ist, sondern z.B. über die Sozialisation einen gewissen Einfluss auf einen Menschen ausübt, aber dennoch nicht über jeder anderen sozialen Kategorie stehen muss.

weltweiten gesellschaftlichen Bedingungen auf ethnische Zurechnungen, die, wie oben an dem Beispiel der Identitätsfindung gezeigt wurde, bestimmte Funktionen erfüllen, verzichtet werden würde, ist mehr als fraglich. Allein dass die Möglichkeit dazu gegeben wäre, sagt noch nichts über ihre Umsetzung aus. So verweist z.B. der gegenwärtige deutsche *common sense* genau auf das Gegenteil: Im Zuge der EU-Osterweiterung[4] und in Zeiten des zivilgesellschaftlichen und staatlichen Antiamerikanismus haben abgrenzende Zurechnungsfolien wieder extrem an Bedeutung gewonnen.

Wir denken, dass die Identitätsfindung von Einzelnen oder Gruppen immer über die Differenz zu als anders klassifizierten stattfindet; aus diesem Grund halten wir die Benennung von Differenzen noch nicht für das tatsächliche Problem. Zu einem solchen wird sie, wenn mit den Differenzen vielfältige Diskriminierungen wie z.B. unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Arbeit, Bildung, politischer Macht etc. einhergehen und wenn sie als den einzelnen Menschen – auch jenseits von Selbstzurechnungen – in allen Lebenslagen und für alle Zeiten determinierendes Moment gesehen werden, wie dies der Fall ist bezüglich kultureller Differenzen in der multikulturellen Gesellschaft.

„Eine konsequente Entzauberung der eigenen Nation würde voraussichtlich der kompensatorischen Verzauberung fremder Ethnien den Bode entziehen." (Nassehi 1997)

[4] Noch stärker lässt sich der Gebrauch von Abgrenzungsfolien im Diskurs um die Aufnahme der Türkei in die EU feststellen. (vgl. Stautner 2003)

LITERATUR

Dittrich, Eckhard J. und Radtke, Frank-Olaf: Der Beitrag der Wissenschaften zur Konstruktion ethnischer Minderheiten in: Dittrich, Eckhard J. und Radtke, Frank-Olaf (Hg.). 1990: Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Opladen. S.11-37

Karakayali, Serhat: Der Kampfbegriff. Vom Elend des Multikulturalismus und der Kritik an ihm in: iz3w – blätter des informationszentrums 3. welt Nr.263, September 2002. S.36-39

Lenzen, Dieter: Multikulturalität als Monokultur in: Schäffter, Ortfried (Hg.). 1991: „Das Fremde. Erfahrungsmöglichkeiten zwischen Faszination und Bedrohung". Opladen. S.147-157

Naumann, Michael: Bildung – eine deutsche Utopie. Wie ein Begriff der mittelalterlichen Mystik zum Generalthema der Pädagogik wurde und warum wir uns davon noch nicht erholt haben, Die Zeit 50/2003

Nassehi, Armin: Das stahlharte Gehäuse der Zugehörigkeit. Unschärfen im Diskurs um die multikulturelle Gesellschaft in: Nassehi, Armin (Hg.). 1997: Nation, Ethnie, Minderheit. Beiträge zur Aktualität ethnischer Konflikte. Böhlau Verlag. Köln, Weimar, Wien. S.177-208

Radtke, Frank-Olaf: Die Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus in: Kürsat-Ahlers, H. Elcin (Hg.). 1992: Die multikulturelle Gesellschaft: Der Weg zur Gleichstellung?. Verlag für interkulturelle Kommunikation. Frankfurt /M.. S.129-141

Radtke, Frank-Olaf: „Fremde und Allzufremde. Zur Ausbreitung des ethnologischen Blicks in der Einwanderungsgesellschaft" in: Wicker, Hans-Rudolf et al. (Hg.). 1996: Das Fremde in der Gesellschaft: Migration, Ethnizität und Staat. Seismo Verlag. Zürich. S.333-352

Stautner, Stefan 2003: Türkei: Europa oder Orient? – Repräsentation der Türkei zwischen Europa und Orient, Institut für Soziologie, München

Terkessidis, Mark. 1995: Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die neue Rechte. Kiepenheuer und Witsch. Köln

DER HASS DER ANTIGLOBALISIERUNGSBEWEGUNG AUF ISRAEL. EINE KRITIK DER NO-GLOBALS UND IHRER KRITIKER

STEPHAN GRIGAT

Das Konzept des SPOG-Kongresses vermittelte von Anfang an den Eindruck, als wolle man sich einmal treffen, um über dieses und jenes zu reden, um nachher in etwa so weiterzumachen wie bisher. Anfänglich waren Israel und die antisemitischen Ausfälle der Palästinasolidarität als Themen gar nicht vorgesehen. Als klar war, dass sie doch angesprochen würden, war es wohl kein Zufall, dass gerade dieses Podium herhalten musste, um den Kongress als Ganzes anzugreifen. Die Veranstalter konnten sich darin bestätigt fühlen, dass es der Diskussionskultur nicht zuträglich ist, wenn man allzu exponierte antideutsche Kommunisten einlädt. Fast alle, die sich zur Verteidigung des Kongresses gegen die übergeschnappten Verschwörungstheorien von Robert Kurz, Franz Schandl, der Krisis und den „Streifzügen" veranlasst sahen, haben sich stets beeilt, darauf hinzuweisen, dass doch die Schmuddelkindern von der Bahamas gar nicht eingeladen worden seien.

Ein wenig vermittelte das Ganze dann den Eindruck einer Pflichtübung. Schließlich hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass „verkürzte Kapitalismuskritik" und „struktureller Antisemitismus" irgendwie nicht in Ordnung, bedenklich und

problematisch sind. Und das „Existenzrecht" Israels mag man in grenzenloser Großzügigkeit – oder auch nur wegen des „antideutschen Meinungsterrors" – nicht mehr direkt in Frage stellen. Nachdem diese Themen abgehandelt waren, konnte man befriedigt nach Hause gehen, sich denken, „gut, dass wir mal darüber geredet haben", und dann den nächsten Gegengipfel planen, diesmal mit noch stärkerem „kritischen Einbringen" von Argumenten, die man sich bei SPOG hat erzählen lassen, was dann zu noch mehr „sowohl als auch" und „einerseits-andererseits"-Formulierungen führen wird. Einen deutlichen Bruch mit der antisemitischen Palästina-Solidarität, welche die Antiglobalisierungsbewegung international eint, hat das nicht bedeutet. Das war auch ganz offensichtlich nicht das Anliegen des Kongresses. Wäre es das gewesen, wäre es tatsächlich darum gegangen, die zaghafte Kritik an der Antiglobalisierungsbewegung endlich einmal auf den Punkt zu bringen und dann auch Konsequenzen daraus zu ziehen, so hätte diese Veranstaltung zum Abschluss mit einer Solidaritätsdemonstration für die weltweiten Opfer des Antisemitismus und für Israel geendet.

Begriffe und Formulierungen wie „verkürzte Kapitalismuskritik", die man vor ein paar Jahren vielleicht noch mit einigem Recht verwenden konnte, oder „Anerkennung des Existenzrechts Israels" sind zu Codes geworden, die es allen in der Linken ermöglichen sollen, Lernfähigkeit zu suggerieren, um dann genauso weiterwerkeln zu können wie früher. Wäre das anders, würde es nicht um „verkürzte Kapitalismuskritik" gehen, die ja offensichtlich nur ein wenig „verlängert" zu werden braucht, damit man etwas mit ihr anfangen kann, sondern um grundfalschen, reaktionären, moralischen Antikapitalismus,

der eine der gefährlichsten Erscheinungsformen des Kapitalverhältnisses selbst ist. Und es würde nicht im Stile der UNO oder Josef Fischers um die „Anerkennung" des von den Shoah-Überlebenden in die Welt gesetzten Staates gehen, sondern um bedingungslose Solidarität mit Israel, eine Solidarität, die mehr meint, als das Bedauern der unschuldigen zivilen Opfer der Selbstmordattentate, nämlich Solidarität mit der israelischen Gesellschaft und mit dem Staat, mit der Bevölkerung ebenso wie mit der israelischen Armee.

Genau davon kann weder bei der Antiglobalisierungsbewegung noch bei ihren Kritikern die Rede sein. Selbstverständlich ist diese Bewegung heterogen, was immer wieder als Einwand gegen „pauschalisierende" Kritik angeführt wird. Diese Heterogenitiät existiert auch in bezug auf das Verhältnis zu Israel.

Das reicht von der russischen Fraktion der Globalisierungskritiker in Gestalt der Moskauer Prawda, in der darüber spekuliert wird, ob die Juden nicht doch Außerirdische seien – die sich Israel dann wohl als einen intergalaktischen Stützpunkt halten, um die Menschheit auszurotten –, bis hin zur ehemals als Gesamtkunstwerk auftretenden Antifaschistischen Aktion und anderen Antifagruppen, die bei ihren dänischen Genossen um Verständnis bitten, dass sie den Part der Israel-Hasser nicht übernehmen können, da „sie als Deutsche" (so stand das tatsächlich in ihrem Papier zum Kopenhagener EU-Gipfel im Dezember 2002) sich da halt etwas zurückhalten müssten. Da wundert es einen auch nicht, dass der eine Teil der Ex-AAB heute gemeinsam mit Antiimperialisten demonstriert, bei denen Revolution ganz offensichtlich nur noch Pogrom bedeutet.

So unterschiedlich sich die diversen Fraktionen der globalisierungskritischen Bewegung auch darstellen mögen – gerade im Ressentiment gegenüber dem jüdischen Staat findet man das verbindende Element. Und so kann die Frage hier auch nicht sein, *ob* in dieser Bewegung ein Antisemitismus existiert, der sich auch und gerade in der Kritik an Israel äußert, sondern nur, in welchem Ausmaß es so etwas gibt.

In Österreich ist das alles recht einfach.[1] Dort agiert die Avantgarde des linken Antizionismus in Gestalt der Revolutionären Kommunistischen Liga bzw. der Antiimperialistischen Koordination, die auch durch Deutschland tourt und zum Beispiel im Berliner Mehringhof, dem zumindest ehemals wichtigsten linksradikalen Veranstaltungsort der Stadt, problemlos auftreten kann. Diese Antiimperialisten wettern in Flugblättern und Aufrufen gegen die „großen Hexenmeister", schwafeln, Lustfeinde, die sie offenbar sind, von einem „drogenbetäubten Frieden", der nun endgültig vorüber sei und glücklicherweise durch einen „instinktiven, ursprünglichen Antikapitalismus" ersetzt werde, der sich gegen den „politisch-kulturellen Amerikanismus, der Europa und Japan erwürgt" richtet, und die sich dann in einer Mischung aus Heidegger und Friedenspfaffe folgerichtig die Frage stellen: „Wie dem sinnlosen Chaos einen Sinn geben?" Da wundert es einen auch nicht, dass sie ganz offen die Vernichtung Israels fordern und Selbstmordattentate öffentlich bejubeln.

Gerne wird darauf hingewiesen, dass solche Gruppen doch völlig isoliert seien. Das mag bis zum Beginn der Terror-Inti-

[1] Vgl. Stephan Grigat: „Bestien in Menschengestalt." Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken. in: Weg und Ziel, Nr. 2, 1998, S. 5 ff.

fada bedingt auch richtig gewesen sein, hat sich aber seitdem völlig geändert. Auf allen linken Großveranstaltungen sind selbst solche Gruppen gleichberechtigt vertreten, und in Österreich ist die AIK neben Attac die einzige nicht parteiförmige Gruppierung, die ihre Hetze im letzten Jahr im staatlichen Rundfunk und Fernsehen verbreiten konnte.

Nun haben nicht alle Gruppen eine derart nazikompatible Diktion drauf wie AIK und RKL, die Veranstaltungen mit Gruppen mit so passenden Namen wie „Treue zu Mensch und Erde" organisieren und auch schon mal mit der radikal-islamistischen Terrortruppe Hizbollah zusammenarbeiten. Aber allzu groß sind die Unterschiede nicht. Bei den Gegenaktivitäten zum EU-Gipfel in Kopenhagen forderten die „Globalen Wurzeln" als Hauptorganisatoren bekanntlich zum umfassenden Boykott Israels auf, auf Transparenten war vom „israelischen Faschismus" zu lesen und auf den T-Shirts der Ordner stand „Burn, Israel, Burn". Kein Wunder also, dass jenes irgendwie kritisch gemeinte Papier von deutschen Antifa-Gruppen, von der AAB bis zur Göttinger Antifa (M), die sich partout an dieser ekelhaften Großveranstaltung beteiligen wollten, dermaßen anbiederisch ausfallen musste und in jenem unglaublichen, oben bereits erwähnten „wir als Deutsche" gipfeln musste.

Der Kopenhagener Gipfel ist aber auch deswegen interessant, weil er gezeigt hat, wie sogenannte „Interventionen", auf die ja auch der SPOG-Kongreß zielte, in solch einen Mob von Israel-Hassern ablaufen. Jene Linken aus Halle, die auf ihrem Transparent die „tripple oppression" um ein weiteres Trippel ergänzt hatten und sich gegen Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat, Sexismus, Antisemitismus und Antizionismus gewen-

det hatten, wurden unter der Androhung von Prügel aus der Demo geschmissen. In anderen Ländern schaut es nicht besser aus. In Polen haben Leute, die von ganz ordinären Nazis nur schwer zu unterscheiden sind, Attac übernommen. Die italienischen No-Globals geben sich die größte Mühe, jede auch noch so zugespitzte Kritik von antideutschen Kommunisten als Verharmlosung erscheinen zu lassen. Man denke nur an ihren mit „Intifada, Intifada"-Rufen untermalten Fackelzug rund um das ehemalige jüdische Ghetto in Rom. Auf der Abschlussdemo des Florenzer Sozialforums sind 500.000 bis eine Millionen Demonstranten unter anderem mit „Intifada Inschallah"-Rufen und einem ganzen Meer von palästinensischen Fahnen durch die Stadt gezogen. Im Nachhinein hört man von globalisierungskritischen Halbaufgeklärten häufig, unter so vielen Menschen gäbe es halt immer ein paar Spinner. Aber einmal abgesehen davon, dass es sich in Florenz, durchaus im Gegensatz zu Genua, ganz offensichtlich nicht um „ein paar Spinner" handelte – auf dem Aufrufplakat zur Demo war vorab und für alle wahrnehmbar klargestellt, dass sich Israel nicht etwa gegen seine vernichtungswütigen Nachbarn zur Wehr setzt, sondern einen „Krieg gegen das palästinensische Volk" führe.

Bei den Workshops in Florenz arbeitete auch die deutsche Sektion von Attac mit den Trotzkisten von Linksruck zusammen, die ganz offen an der Seite der islamistischen Nazis von der Hamas stehen,[2] deren politischer Arm mittlerweile auch

[2] Die Formulierung „islamistische Nazis" hat auf dem SPOG-Kongreß zu ähnlich langwierigen Debatten geführt wie in der Vergangenheit die Hinweise auf die nationalsozialistischen Einflüsse auf den Baathismus oder Formulierungen wie „Moslem-" oder „Islamfaschisten". Wie aber nennt man Gruppierungen, die vermeintliche und

vom Sprecher der EU Kommission, Reijo Kemppinen, unterstützt wird.[3] So ist es auch gar kein Wunder, dass bei der Attac-Friedenstour im Januar diesen Jahres der italienische Globalisierungskritiker Alfonso De Vito die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit der Räumung des Warschauer Ghettos durch die Deutschen gleichsetzte. Das führte nicht dazu, dass Attac die Veranstaltung sofort abgebrochen hätte, sondern dazu, dass jene drei (!) Personen, die sich über diese Ungeheuerlichkeit empörten, unter wüsten Beschimpfungen aus dem Saal geschmissen wurden.

tatsächliche Abweichler, Kommunisten, emanzipierte Frauen, Liberale, Homosexuelle und Juden hassen, die Israel zerstören und das „jüdische Prinzip", alle Juden und ihre als „Gesinnungsjuden" identifizierten vermeintlichen oder tatsächlichen Unterstützer vernichten wollen, die einem Kult des Todes huldigen, enge Kontakte und freundschaftliche Beziehungen zu Nazi-Deutschland unterhalten haben, „Mein Kampf" und die „Protokolle der Weisen von Zion" als Lektüre schätzen, Alfred Rosenberg und Fichte verehren und gerne auch mal mit dem Hitlergruß aufmarschieren. Niemand leugnet die offenkundigen Unterschiede zwischen dem deutschen Nationalsozialismus an der Macht und der islamistischen sowie panarabisch-nationalistischen Mobilmachung. Ansonsten würde man ja auch einfach von Nazis und von Faschismus, nicht von „islamistischen Nazis" und „Faschismus unter trikontinentalen Bedingungen" sprechen. Einwände gegen diese Terminologie, die darauf hinweisen, dass doch weder die Taliban noch Hamas, Al Quaida oder Hizbollah über einen industrialisierten und hochgerüsteten Nationalstaat verfügen, sprechen das Offensichtliche aus und verkennen doch zugleich die aktuellen Gefahren im sich globalisierenden Postnazismus, der eine Verallgemeinerung des deutschen Krisenlösungsmodells und der deutschen Ideologie impliziert, und in dem sich zum schlanken Staat der Elendsverwaltung die Selbstmordrackets mit ihrem Outsourcing der Vernichtung und der Individualisierung des Faschismus gesellen. (Vgl. Gerhard Scheit: Suicide Bombing. Über die neuen Formen des Antisemitismus – und ihren Zusammenhang mit den alten. in: Context XXI, Nr. 8/2002-1/2003, S. 4 ff.; Ders.: To know the worst. Über den kategorischen Imperativ Adornos im Zeitalter des suicide bombings. http://www.cafecritique.priv.at/worst.html; Clemens Nachtmann: Krisenbewältigung ohne Ende. Über die negative Aufhebung des Kapitals. in: Stephan Grigat (Hg.): Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. Freiburg 2003, S. 39 ff.)

3 http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/europe/3026992.stm

Bei diesen Vorfällen handelt es sich nicht um Ausrutscher, sondern in ihnen kommt das Wesen der globalisierungskritischen Bewegung zum Ausdruck. Das ist im Abschlussdokument von Porto Alegre nachzulesen, wo von der Notwendigkeit „zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Kampf um Selbstbestimmung" die Rede ist. Ein Redner von Attac Stuttgart zog daraus unlängst bei einer Palästina-Solidaritätsveranstaltung die deutschen Konsequenzen und erklärte die Mitglieder des Zentralrats der Juden zu einer „ungeheuerlichen Bedrohung Deutschlands" und will sie „vor ein Kriegsgericht stellen".[4]

Das Problem bei den No-Globals ist, dass sie bei weitem nicht so isoliert sind wie bekennende Nazis. Wenn die NPD hergeht und „Freiheit für Palästina" und Entsprechendes fordert, bleibt beim halbpolitischen Angestellten oder bei der humanistisch gesinnten Sozialarbeiterin eine gewisse Skepsis. Schließlich sind das Leute, die sich im Visier der Staatsmacht befinden. Die No-Globals aber, die genau das gleiche postulieren, sind doch nette junge Leute mit berechtigten Anliegen. Deswegen – nicht wegen der subjektiven Intentionen von jugendlichen Linksruckanhängern und anderen Aktivisten, auch wenn deren Wünsche jenen der Nazis oft sehr viel mehr ähneln als ihnen bewusst zu sein scheint – ist die Antiglobalisierungsbewegung in diesen Punkten durchaus gefährlicher als bekennende Nazis.

Einer der Gründe dafür dürfte auch nach jahrelanger seminaristischer Bewirtschaftung des Themas im semiakademi-

[4] http://www.friedensnetz.de/Stuttgart/Erklärung%20zur%20Attac%20Veranstaltung_13_5_03.pdf

schen Bereich in einer recht merkwürdigen Vorstellung vom Antisemitismus zu finden sein. Dieses diffuse Verständnis des Antisemitismus vereinigt die No-Globals ebenso mit ihren Kritikern wie die permanente Empörung über die Solidarisierung mit Israel. Das zeigt sich an jenen Personen und Gruppierungen, die ursprünglich als Kritiker der „Bewegung der Bewegungen" zum SPOG-Kongress eingeladen waren, dann aber doch nicht bei einem Kongress gemeinsam mit antideutschen Kommunisten auftreten wollten.

Als Beispiel dafür kann Manuela Bojadzijev von der Gruppe kanak attak genannt werden, die in ihrem gemeinsam mit Alex Demirovic verfaßten Vorwort zu dem Buch „Konjunkturen des Rassismus" vorführt, dass Antisemitismus immer nur als eine Spielart des gewöhnlichen Rassismus begriffen wird, der sich halt im konkreten Fall gegen Juden und Jüdinnen richtet – eine Einschätzung, die exemplarisch für große Teile der Linken ist und fast immer auch eine implizite Verharmlosung von migrantischem Antisemitismus beinhaltet.[5] Ähnliches, wenn auch in abgefeimterer Form, findet sich bei Café Morgenland, das dem Antisemitismus den Antiislamismus an die Seite stellt – und dabei mit Antiislamismus nicht einmal einen gesamtgesellschaftlichen antiarabischen Rassismus meint, der sich des Ressentiments gegenüber dem Islam bedient, etwas also, das in Deutschland insbesondere in den Medien mittlerweile in sehr viel geringerem Ausmaß existiert als die meisten Linken behaupten, aber beispielsweise in Österreich mit seinem katholischen Obermullah Kurt Krenn

[5] Alex Demirovic/ Manuela Bojadzijev (Hg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster 2002, S. 24

und dem eher antiquiert-rassistischen Anhang der FPÖ nach wie vor eine bedeutende Rolle spielt. Sie meinen mit Antiislamismus, der ähnlich zu kritisieren sei wie der Antisemitismus, die völlig richtige und dringend notwendige Kritik am politischen Islam. Dazu passt dann auch, dass sie allen, die versuchen, in Anlehnung an die Kritische Theorie eine materialistische Antisemitismuskritik zu formulieren, nicht nur vorwerfen, einen Fehler oder Irrtum zu begehen, weil man dem Antisemitismus ihrer Meinung nach ausschließlich mit Moral kommen darf, sondern sie bescheinigen allen, die sich in Anknüpfung an Moishe Postone dem Zusammenhang von Wertverwertung und Antisemitismus zuwenden, „Vernichtungsvorboten", also die Vorbereiter eines neuen Auschwitz zu sein.[6]

Als solch ein vermeintlicher Vorbote möchte ich hier nochmals versuchen, kurz darzustellen, worum es bei dem Zusammenhang von Wertverwertung und Antisemitismus geht und was das mit Israel zu tun hat. Dieser Zusammenhang kann zwar inzwischen in größeren Teilen der Linken als bekannt vorausgesetzt werden, aber immerhin wurde der SPOG-Kongress auch von Teilen der PDS und der FDJ mitveranstaltet.

Nimmt man die Rede von einer gesellschaftlichen Totalität ernst und hält man Marx' Hinweis, dass die Ware die Elementarform der kapitalistischen Gesellschaft ist ebenso wenig für ableitungssüchtigen Hegelmarxismus wie Georg Lukács' Äußerung, dass es „kein Problem dieser Entwicklungsstufe der Menschheit (gibt), dessen Lösung nicht in der Lösung des

[6] Café Morgenland: Dammbrüche – linksdeutscher Rückstau. in: Sinistra, Nr. 1, 2003, S. 18

Rätsels der *Warenstruktur* gesucht werden müsste,"[7] so versteht es sich von selbst, dass auch der Hass auf Israel, wie er sich in der Antiglobalisierungsbewegung, bei ihren Kritikern und in der von ihnen mal kritisierten, mal benörgelten Gesellschaft artikuliert, in Beziehung zur Warenstruktur und dem ihr eigenen Fetischismus gesetzt werden muss.

In der Gleichung x Ware A = y Ware B, in dieser Keimform des Fetischismus, der zugleich verkehrten und richtigen Wahrnehmung und Praxis, wie Marx sie gleich zu Beginn des „Kapitals" kritisiert, werden zwei gleich große Quanten verausgabter abstrakter menschlicher Arbeit verglichen. Der Warenkörper der Ware B, die rein sinnliche, konkrete, stoffliche Seite dieser Ware muss das Gesellschaftliche, das Abstrakte der Ware A, ihren Wert, ausdrücken. Dadurch wird nach Marx der Gebrauchswert zur Erscheinungsform seines Gegenpols, des Werts. Damit ist der Gegensatz von Abstrakt und Konkret bereits in dieser harmlos daherkommenden Gleichung ausgedrückt, die man nur dann adäquat kritisieren kann, wenn man ihre historischen und gegenwärtigen Implikationen mit ins Visier nimmt. Dieser Gegensatz von Abstraktem und Konkretem materialisiert sich heute nicht zuletzt in dem im besten Sinne künstlichen Staat Israel einerseits und der Blut- und Boden-Intifada der Palästinenser, der sich die Antiglobalisierungsbewegung und die Friedensbewegung mehrheitlich als Hilfstruppe andient, andererseits.

Der Wert der Waren ist nichts Reales insofern er nicht greifbar ist. Er bedarf seiner dinglichen Darstellung im Geld. Seine

[7] Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik. Darmstadt und Neuwied 1976, S. 170

endgültig mystifizierte Form erhält das Geld, wenn es sich in Kapital verwandelt. Die mystifizierteste Form des Kapitalfetischs ist die Form des zinstragenden Kapitals. Bereits Marx war bewusst, dass das Kapital in „dieser seiner wunderlichsten und zugleich der populärsten Vorstellung nächsten Gestalt" der bevorzugte „Angriffspunkt einer oberflächlichen Kritik"[8] sein wird, der Angriffspunkt eines ressentimentgeladenen Antikapitalismus, der sich jedoch nicht, wie es sowohl in der Rede von der „verkürzten Kapitalismuskritik" als auch in bestimmten Verwendungen des Begriffs „struktureller Antisemitismus" suggeriert wird, einfach nur gegen das Finanzkapital richtet, um das Industriekapital zu affirmieren, sondern der sich zu einer groß angelegten Rettung des vermeintlich Konkreten und Natürlichen vor dem Abstrakt-Künstlichen im Kapitalismus aufschwingt. Der Nationalsozialismus kann vor diesem Hintergrund, als „die größte antikapitalistische Bewegung, die jemals zur Rettung des Kapitals mobilisiert wurde"[9] verstanden werden. Der Vernichtungsantisemitismus entpuppt sich so als fetischistische Revolte gegen das Kapital „auf der Grundlage des Kapitals."[10] Darin, eine Revolte gegen das Kapital auf seiner eigenen Grundlage anzuzetteln, ist der moralische Antikapitalismus, wie er für einen Großteil der No-Globals charakteristisch ist, bei allen offenkundigen Unterschieden der Nazi-Ideologie verwandt.

[8] Karl Marx: Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil. Marx-Engels-Werke, Bd. 26.3, Berlin 1993, S. 458

[9] Gerhard Scheit: Bruchstücke einer politischen Ökonomie des Antisemitismus. in: Streifzüge, Nr. 1, 1997, S. 7

[10] Ebd.

Moishe Postone hat bekanntlich nachgewiesen, wie mit der Entwicklung und zunehmenden Mystifizierung des Warenfetischs zum Kapitalfetisch die bereits dem Warenfetisch innewohnende Naturalisierung zunehmend biologisiert wird. Als Kapital besitzt der Wert die extremste Form von Abstraktheit und Mobilität. Diese Abstraktheit wird nun in den Jüdinnen und Juden versucht festzuhalten. Aus solcherart wahnhafter Projektion resultiert eine Form von fetischistischem Antikapitalismus, der letztlich bei der Biologisierung des Kapitalismus im internationalen Judentum landet.[11]

Darin unterscheidet sich der Antisemitismus grundlegend von anderen Formen des Rassismus. Der Antisemitismus tritt als eine allumfassende Welterklärung auf. Er ist die denkbar barbarischste Reaktionsweise auf den Zwang zu Kapitalproduktivität und Staatsloyalität und zugleich die weitestgehende Einverständniserklärung mit diesem Zwang. Der Antisemitismus, insbesondere in seiner geopolitischen Reproduktion als Antizionismus, speist sich genau aus dem, was für große Teile der Antiglobalisierungsbewegung konstitutiv ist, also, wie das in zahlreichen Texten bereits ausführlich dargestellt und begründet wurde,[12] aus dumpfen Ressentiments gegen Zivilisation und Individualität, gegen Intellektualität, Abstraktheit

[11] Vgl. Moishe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. in: Kritik und Krise, Nr. 4/5, 1991, S. 6 ff.; Vgl. dazu Stephan Grigat: Zu Struktur und Logik des Antisemitismus. Eine Einführung. in: AK Kritische Theorie (Hg.): Deutsche Projektionen. Zur Kritik antisemitischer Weltbilder. Frankfurt/M. 2002, S. 3 ff.

[12] Vgl. exemplarisch Redaktion Bahamas: Für Israel – Gegen die palästinensische Konterrevolution! in: Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie. 2. Auflage, Freiburg 2002, S. 173 ff.

und Liberalität, gegen Ausschweifung und Freizügigkeit, gegen Bürgerlichkeit im ursprünglichen Sinne und gegen Kommunismus im einzig emanzipativen Sinne, nämlich der Herstellung der Möglichkeit individuellen Glücks als absoluter Gegensatz zum völkischen Identitätswahn.

Bei dem aus der Wertform zugleich entspringenden und sie konstituierenden Fetischismus kann von einem notwendig falschem Bewusstsein gesprochen werden. Darin unterscheidet sich der Fetischismus, wie er der Warenproduktion und Kapitalakkumulation eigen ist, vom Antisemitismus. Zwar ist man angesichts der Geschichte und der Gegenwart verleitet, auch beim Antisemitismus von einem notwendig falschen Bewusstsein zu sprechen, aber es handelt sich dabei zumindest um eine andere Art von Notwendigkeit. Der Antisemitismus impliziert immer eine persönliche Entscheidung. Der Fetischismus der bürgerlichen Produktionsweise ist schon insofern notwendig als er alleine durch das Handeln – unabhängig vom Bewusstsein – praktiziert wird und praktiziert werden muss. Für die Identifikation der Juden und Jüdinnen mit der Wertdimension bedarf es durchaus der Agitiation, sei es von Staats wegen oder privat.[13]

Die islamistischen oder den Islam als Bündnispartner akzeptierenden Gruppen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung betreiben diese Identifizierung ganz offen. Den sich nach wie vor als links begreifenden Gruppen ist solch eine direkte Identifizierung – in der Regel – versagt. Dennoch haben sie in ihrer Fixierung auf Israel und dessen Schutzmacht USA

[13] Vgl. Gerhard Scheit: Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus. Freiburg 1999, S. 50 f.

Anteil an der Agitiation für diese antisemitische Identifikation.

Hinsichtlich Israels könnte für an Emanzipation interessierte Menschen alles ganz einfach sein: Der Antisemitismus, der auch schon bei den Nazis antizionistisch war, hat zur Shoah geführt. Deutsche, Österreicher und ihre Hilfsvölker haben die Vernichtung organisiert und durchgeführt. Alle anderen Staaten waren lange nicht willens oder fähig den Massenmord zu verhindern. Die Gründung Israels war in einer Situation, in der auch nach dem Nationalsozialismus keine Anstalten gemacht wurden, Staat, Nation und Kapital, und damit die Grundlage für den modernen Antisemitismus ein für alle mal aus der Welt zu schaffen, die notwendige und leider viel zu spät gezogene Konsequenz. Von seiner Gründung an bis heute ist Israel mit Vernichtungsdrohungen und -versuchen konfrontiert. Um sich dagegen zu wehren, bedarf es einer mit allen erdenklichen Waffen ausgestatteten Armee.

Die Solidarität mit Israel und seiner Selbstverteidigung, für die man weder zum begeisterten Militaristen mutieren muss noch sich darüber hinwegzutäuschen braucht, dass Militär- und Polizeiaktionen immer auch zu grauenhaften Übergriffen führen, hätte eine Selbstverständlichkeit zu sein und bedarf keiner großartigen Begründungen. Dennoch sollte man sich des Zusammenhangs von kapitaler und staatlicher Vergesellschaftung und Antisemitismus bewusst sein. Dann braucht man sich als Demokratie- und Staatskritiker bei der Verteidigung Israels auch nicht auf so zweifelhafte Argumente wie „die einzige Demokratie im Nahen Osten" zu berufen, auch, wenn der Unterschied zwischen der israelischen und allen angrenzenden Gesellschaften offensichtlich ist, sondern kann fest-

stellen: Wer sich mit der Formel x Ware A = y Ware B nicht nur irgendwie beschäftigen, sondern sie in all ihren Konsequenzen kritisieren möchte, muss sich mit der bewaffneten Selbstverteidigung Israels solidarisch erklären. Zum einen aus der leider gar nicht selbstverständlichen Solidarität mit Personen, die mit kollektivem Mord bedroht sind. Zum anderen aus dem Interesse an der Aufrechterhaltung der Möglichkeit der allgemeinen Emanzipation – ein Interesse, das ganz ohne Projektionen, falsche Identifikation und selbstgewählte Vaterländer auskommt. Israel ist gegenwärtig das einzige Land in der Region, wo die Bedingungen von gesellschaftskritischer Reflexion und Praxis nicht unmittelbar von einer autoritären Vergesellschaftungsweise bedroht sind – und das, obwohl die israelische Gesellschaft im permanenten Notstand lebt.[14]

Kommunistische Kritik muss sich über eine zentrale Differenz bewusst sein: Das bürgerliche Ideal vom sich frei entfaltenden Individuum scheitert an seiner eigenen ideologischen Konstitution und materiell an der Verlaufsform kapitalistischer Vergesellschaftung. Das islamistische Ideal vom „einfachen und gerechten Leben" hingegen, dass insbesondere bei der Graswurzel-Fraktion und den Anarcho-Abstinenzlern in der Antiglobalisierungsbewegung große Sympathien genießt, weist nur mehr den Weg in die vollendete, zwar aus der Zivi-

[14] Man will gar nicht so genau wissen, mit welchen Maßnahmen ein Staat wie die BRD, der auf ein paar Anschläge von rund 60 Linken, die in der Bevölkerung dermaßen isoliert waren, dass vom gesunden Volksempfinden permanent ihre öffentliche Hinrichtung gefordert wurde, mit den allseits bekannten präventiv-konterrevolutionären Maßnahmen reagiert hat, auf den bewaffneten Volksaufstand von ein paar Millionen Menschen reagieren würde.

[15] Vgl. Horst Pankow: Thesen für eine antideutsche, kommunistische Intervention. in: Brüche, Nr. 2, 2003, S. 21

lisation entsprungene, aber keinesfalls mit ihr identische Barbarei.[15]

Die Solidarität mit Israel impliziert, dass man Essentials der Kritik – oder besser: linke Meinungen, Glaubenssätze und Gesinnungsnachweise – in Frage stellen muss. Mit dem Pazifismus braucht man da gar nicht erst anzufangen. Wären die Israelis mehrheitlich Pazifisten, wären sie schon lange tot. Aber nehmen wir zum Beispiel den Antinationalismus, der in bezug auf Israel in der Regel nicht viel mehr mitzuteilen hat, als völlig geschichts- und begriffslose Phrasen wie „ein Staat wie jeder andere auch". Schließlich hat man in den letzten Jahren gelernt, dass die Nation doch immer ein „Konstrukt" sei, was noch so ziemlich das beste ist, was man über Nationen sagen kann. Derartiges hat sich offenbar auch bei jenem Teil der Berliner Redaktionsgruppe der Phase 2 niedergeschlagen, die in der Jungle World schreiben, es sei eine „wenig reizvolle" Alternative am 1. Mai entweder „inmitten eines Meeres von Palästina- und Irakbannern zu marschieren oder unter den blauweißen Israelfahnen zu latschen."[16] Genau diese Äquidistanz, die keinen Unterschied mehr sieht zwischen einer Gesellschaft, die sich in eine völkische Gemeinschaft fanatischer Judenmörder transformiert hat und innerhalb dieser Gemeinschaft Jagd auf alle tatsächlichen und vermeintlichen Abweichler macht, und einer Gesellschaft, die sich dagegen mit den Mitteln bürgerlicher Staatsgewalt zur Wehr setzt, diese Äquidistanz macht die Linke so ekelhaft. Wenn man die Parolen der Antinationalisten einmal ernst nimmt, dann kennen sie ja selbst keinen Unterschied mehr zwischen der deutschen Nation, die sich immer

[16] http://www.jungle-world.com/seiten/2003/19/864.php

nur antisemitisch konstituiert und artikuliert hat, und der israelischen, die als einzige auf dieser Welt einen vernünftigen Grund für ihre Existenz anzugeben weiß.

Besonders gewitzt kommt die Delegitimation Israels bei Textverarbeitungsmaschinen wie Robert Kurz daher. In seinem neuesten Buch betont er zunächst die Notwendigkeit Israels und wendet sich im Nürnberger Jargon gegen die antinationalen Plattheiten: „Die schiere Existenz Israels bildet einen Art Garantie dafür, dass sich der Marsch des warenproduzierenden Weltsystems in die Barbarei noch nicht vollenden kann, nicht weil dem Staat Israel an sich eine besondere metaphysische Existenz innewohnt, sondern genau umgekehrt deswegen, weil die israelische Realexistenz mit den letzten Konsequenzen der kapitalistischen Realmetaphysik unvereinbar ist."[17] Und weiter: „Auf keinen Fall kann es für eine emanzipatorische, antikapitalistische Position um eine ‚Äquidistanz' zu Israelis und Palästinensern gehen." (153) Doch man konnte schon ahnen, worauf der Freund der deutschen Friedensbewegung mit diesen hohlen Bekenntnissen hinaus will. Über die antisemitischen Dschihadisten schreibt er: „Der Westen bekommt mit den wahabitischen und verwandten geheimen Terrorgesellschaften nicht nur, was er verdient, sondern auch, was er selbst gepäppelt und herangezogen hat." (118)

Wenn man meint, der Westen bekomme mit dem auf Vernichtung zielenden Terror das, „was er verdient", so ist das keine Kritik, sondern eine widerliche Gehässigkeit, die sich darüber freut, dass, wenn es schon keine Emanzipation gibt,

[17] Robert Kurz: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Bad Honnef 2003, S. 133

wenigstens die Hölle auf Erden im globalen Maßstab Realität wird.

Vom Antisemitismus, von dem er allen Ernstes behauptet, er besitze „in der aktuellen palästinensisch-arabischen Version keine gesellschaftlich formierende Kraft mehr" (132), abstrahiert er immer dann, wenn dieser seine offensichtlich nur zu Legitimationszwecken postulierte Parteilichkeit für Israel begründen könnte. Er verharmlost den Antisemitismus in den arabisch-islamischen Gesellschaften, wenn er behauptet: „Bis heute gibt es in den meisten nahöstlichen Ländern jüdische Gemeinden mit Synagogen und relativ unbehelligten Existenzmöglichkeiten (...). Der natürlich vorhandene Migrationsdruck in Richtung Israel ist nicht großen Verfolgungswellen geschuldet, sondern entstammt anderen (kulturellen und vor allem sozialen) Motiven." (135)

Wenn man Kurz' Kritik an der antinationalen Äquidistanz im Zusammenhang mit seinen vorangegangenen Ausführungen liest, entpuppt sie sich als Absicherung gegen die antideutsche „Antisemitismuskeule", vor der sein Krisis-Kompagnon Ernst Lohoff in der Vergangenheit so gerne gewarnt hat. Da ist die Rede vom „negativen Aufgehen beider Konfliktparteien im destruktiven Prozess der kapitalistischen Globalisierung" (135), und trotz aller Differenzierungen ist dann doch alles irgendwie das Selbe: „Insofern geht Israel seinen eigenen Weg in die Barbarei, der sich allerdings in seinen Erscheinungsformen von dem der arabischen feindlichen Nachbarn kaum unterscheidet." (137) Von der israelischen Gesellschaft scheint Kurz, der sich so viel auf seine „Realanalysen" einbildet, nicht allzu viel zu wissen. Mit einem klassischen „einerseits-andererseits" blamiert er sich völlig: „Das Land ist einer-

seits im Sinne des politischen Systems eine kapitalistische Demokratie westlicher Prägung, (...) andererseits gleicht der israelische Alltag in vieler Hinsicht bereits dem eines Gottesstaats nach dem Muster der Taliban." (148) Diese Infamie erschien in etwa zeitgleich mit den Parlamentswahlen in Israel, bei denen die strikt antireligiöse Shinui den größten Erfolg ihrer Geschichte verbuchen konnte. Allein dieser Hinweis reicht, um die Kurzschen Ausführungen als ausgemachten Blödsinn kenntlich zu machen. „Realanalyse" spielt offensichtlich genau dann keine Rolle mehr, wenn es um Israel geht.

Ekelhaft wird diese Ignoranz, wenn sich der Krisis-Vordenker über das verzweifelte, religiös motivierte Einsammeln von Leichenteilen nach Attentaten äußert, das sich daraus begründet, dass nach jüdischem Verständnis der Mensch als Ganzes (oder annäherungsweise als Ganzes; etwas anderes ist nach der Explosion einer Nagelbombe in einer Diskothek ohnehin nicht mehr möglich) bestattet werden muss. Bei Kurz ist das einem besonders bösartigem Rassismus geschuldet und liest sich so: „Nach den verheerenden palästinensischen Selbstmordattentaten versuchen beispielsweise ultra-orthodoxe Fanatiker, die Leichenteile ‚ethnisch' zu sortieren, damit nicht Körperteile eines fremdrassigen Attentäters versehentlich zusammen mit jüdischen beerdigt werden." (148) Der Krisentheoretiker und sich selbst zum Opfer stilisierende Bekämpfer der von ihm als „Seuche" ins Visier genommenen antideutschen Kommunisten übertrifft mit seiner Kälte noch die Indifferenz der Antinationalisten und sollte sich langsam einmal

[18] Deutsche Stimme, Nr. 6, 2003, S. 6

Gedanken darüber machen, warum die Nazis von der „Deutschen Stimme" seine „wuchtigen VerbalAttacken gegen antideutsche Seelenkrüppel"[18] mit Sympathie begleiten.

Gäbe es einen Antinationalismus, der noch einen materialistischen Begriff vom Gegenstand seiner Kritik hätte, so wüsste er, dass die Existenz einer jüdischen Nation das Resultat des nationalen Wahns ist, eine prekäre Nothilfemaßnahme gegen den Antisemitismus, der sich heute völlig globalisiert hat. Die bedingungslose, eben nicht an Vorbehalte geknüpfte Solidarisierung mit Israel wäre eine konsequente Form antinationaler Kritik. Alle, die sich an der Bedingungslosigkeit dieser Solidarität stören, wären zu fragen, ab welchem Punkt man ihrer Meinung nach denn dem Staat der Shoah-Überlebenden die Solidarität entziehen sollte. Im übrigen könnte „kritische Solidarität", wie sie früher einmal verstanden wurde, als es noch nicht darum ging, mittels dieses Begriffes die *Verweigerung* der Solidarität schönzureden, inhaltlich etwas ganz ähnliches bedeuten wie bedingungslose Solidarität, nur eben im Jargon der Bauchschmerzen-Linken formuliert.

Der real existierende Antinationalismus macht in Antirassismus. Der wäre, richtig verstanden, eine gute Sache. Noch vor ein paar Jahren, als er sich vor allem gegen das europäische Migrationsregime gerichtet hat, konnte man ihn als einen der wenigen positiven Punkte anführen, wenn es um eine Beurteilung der sich herausbildenden globalisierungskritischen Bewegung ging. Antirassismus müsste kenntlich machen, dass Rassismus historisch die Biologisierung von realen Produkti-

[19] Vgl. Stephan Grigat: Die „Minderwertigen". Rassismus und Wertvergesellschaftung. in: Weg und Ziel, Nr. 5, 1999, S. 45 ff.

vitätsgefällen darstellt.[19] Damit liefert er die Grundlage dafür, dass heute die durch den Wert gesetzte Ununterscheidbarkeit der Warenbesitzer die nach Einmaligkeit strebenden Subjekte zur Postulierung der Differenz nötigt. Anstatt diese rassistische Reaktionsweise zu denunzieren und als Resultat der Wertverwertung kenntlich zu machen, befördert sie der heute vorherrschende Antirassismus, indem er auf die Anerkennung der kulturellen Unterschiede pocht. Diese Art von Antirassismus, die jederzeit bereit ist, universalistisch orientierter Kritik Rassismus zu unterstellen, verewigt den Rassismus dadurch, dass die Verschiedenartigkeit von Menschen nicht mehr als Qualität des jeweiligen Individuums anerkannt wird, sondern nur als Ausdruck eines unentrinnbaren Kollektivs, der Einzelne also nur mehr als Exemplar des Ganzen Geltung besitzt.[20] Wir haben es hier mit einem völkischen und daher selbst rassistischen Antirassismus zu tun, der vor allem – wie man unter anderem auf der Antirassismuskonferenz in Durban sehen konnte – eine hervorragende Möglichkeit bietet, seinen Israel-Hass in ein moralisch vermeintlich einwandfreies Gewand zu kleiden.

Die Antiglobalisierungsbewegung ist ebenso wie die mit ihr in weiten Teilen identische Friedensbewegung für radikale Linke, und damit sind nicht die real-existierenden gemeint, sondern jene, die an kommunistischer Befreiung im oben skizzierten Sinne weiterhin ein Interesse haben, keinesfalls „anschlussfähig". Alle Interventionen in diese Bewegungen, die sie

[20] Vgl. Uli Krug: Pazifistische Bruderschaft. Antirassisten und Nationalrevolutionäre gemeinsam gegen Zionismus und Globalisierung. in: Bahamas, Nr. 13, 2002, S. 16

nicht klipp und klar als Helfershelfer der deutschen Ideologie und daher als Hindernis für die Emanzipation kennzeichnen, machen sich mit ihnen gemein.

Ein Freund ist dieser Bewegung inzwischen glücklicherweise abhanden gekommen. Laut dem Hauptveröffentlichungsorgan von Franz Schandl und Robert Kurz, der baathistisch-nationalrevolutionären Tageszeitung junge welt, hatte der irakische Spitzenpolitiker Tarik Aziz den No-Globals noch im April letzten Jahres mitgeteilt, dass ihre Treffen und Demonstrationen ein wichtiges Signal gegen die kriminelle Globalisierung seien. Aziz wörtlich: „Ich hoffe, dass diese Bewegung ihre Ziele erreicht." In Zukunft wird man derartiges von ihm wohl nicht mehr hören. Das ist eine Schwächung der internationalen Antiglobalisierungsbewegung, wie man sie sich nur wünschen kann.

DEUTSCHER ANTIAMERIKANISMUS UND DER IRAKKRIEG

ANDREA WOELDIKE

Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung deutscher Linker sind die Menschen im Irak momentan weniger damit beschäftigt, unter „der Fremdherrschaft und Okkupation der Amerikaner" zu leiden, als vielmehr alltäglich ein Stück mehr aus dem Schatten einer jahrzehnte währenden Diktatur herauszutreten. Sei es, indem sie versuchen, in den immer wieder neu entdeckten Massengräbern Überreste ihrer Angehörigen zu identifizieren, Landminen, die quer über das Land verteilt sind zu entschärfen, oder die Dörfer, aus denen sie vom Baath-Regime vertrieben wurden, um sie für militärische Zwecke zu nutzen, wieder aufzubauen. Des weiteren wird nicht allein in der provisorischen Übergangsverwaltung vehement diskutiert, wie ein zukünftiger Irak aussehen könnte, der die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Gruppen repräsentiert – die Frage einer föderativen Verfassung, die Frage also, wie welche Rechte dort explizit festgeschrieben werden sollen[1], bestimmt ebenso Diskussionen im Alltag, in Zeitschriften oder im Radio. Und

[1] So führten nach der Nacht- und Nebelaktion des CPA-Mitglieds Abdul Aziz al-Hakim den Civil Personal Status Code No. 188von 1959 abzuschaffen und durch das Recht der Scharia zu ersetzen diverse Frauenorganisationen Mitte Januar große Demonstrationen in im Norden des Landes wie in Bagdad durch, damit die bisher gültigen zivilen und individuellen Rechte für Frauen auch in die Verfassung Eingang fänden. (vgl. Kurdish Observer v.22.1.04).

neben großen Freudendemonstrationen am Tage der Festnahme Saddam Husseins, wobei nicht nur ein Meer von roten Fahnen zu sehen war, sondern gleichfalls viele Transparente, auf denen „Thank you, Ami" zu lesen war, geht es immer wieder darum, wie man sich von den Schrecknissen der Vergangenheit befreien könne, ohne diese zugleich zu verdrängen. Ganz praktisch stehen tagtäglich Entscheidungen auf der Tagesordnung wie die Debaathisierung im öffentlichen Sektor umgesetzt werden könne. Fordern die einen, alle ehemaligen Baathmitglieder vor Gericht zu stellen, meinen andere, es sei zu unterscheiden zwischen denen, die als Angestellte oder Lehrer gezwungen waren, in die Partei einzutreten, und jenen, die sich tatsächlich aktiv an den Verbrechen des Regimes beteiligten. Tagtäglich neu stellt sich dabei die Frage, wie und in welcher Form es möglich sei, nach noch nicht mal einem Jahr von all den Opfern des Terrors eine „Versöhnung" mit zumindest einem Teil der Baathisten zu verlangen – oder aber die Frage, ob sie zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt schon möglich sei[2]. Auch der Status Saddam Husseins als Kriegsgefangener sorgt für heftige Diskussionen, da viele sich wünschen er möge denselben bzw. annähernd ähnlichen Haftbedingen unterworfen werden, die ihnen oder ihren Verwandten unter dem Baath-Regime zuteil wurden. Wenngleich die meisten der Iraker, laut einer kürzlich durchgeführten Umfrage, durchaus für einen Gerichtsprozess votieren, der den allgemeinen rechtsstaatlichen Prinzipien folgt, so erscheint ihnen die von europäischer Seite und besonders von Linken unterstützte Forderung als völlig abstrus, der ehemalige Diktator solle vor einem internationalem Gericht abgeurteilt werden.

[2] vgl. z. B. Reconcilation? It's in the eye of the beholder. In: Iraq today. 1726/04.

Dagegen forderte der Völkerrechtler Norman Paech in seinem Einleitungsreferat zum 4. Europäischen Kongress für Friedenserziehung ernsthaft den Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuschalten, „um wenigstens dem irakischen Volk später die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Geschichte von den Umhüllungen der Propaganda und Verfälschungen zu befreien". Allerdings meinte er damit weniger die Verbrechen des baathistischen Terrorapparates, sondern vielmehr die „amerikanischen Kriegsverbrechen". Doch da auch diese Einrichtung nicht bereit sein werde, so sein Fazit, diese Verbrechen wirklich gründlich zu dokumentieren, sei die europäische Friedensbewegung durch ihre Distanz zum Kriegsgeschehen und beseelt von der Sorge „über die Zukunft der Weltordnung" gefordert, diese Aufgabe zu übernehmen[3].

[3] Vgl. Norman Paech: Ein Tribunal der Völker ist nötig. Einleitungsreferat vom 4. Europäischen Kongress für Friedenserziehung vom 30.6 – 4.7.2003. Zit. n. Zeitschrift der GEW Hamburg 10/03. Nichts wesentlich anderes hatte jedoch schon Jürgen Habermas, in dem von ihm verfassten und von Jacques Derrida unterstützten Aufruf „Unsere Erneuerung"(zit. n. FAZ v. 31.05.03. S.33ff.) formuliert. Durch den Irak-Krieg sei es notwendig geworden, dass sich eine europäische als Gegengewicht zur amerikanischen Identität herausbilde. Als „Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit" seien die Friedensdemonstrationen des Jahres 2003 zu bewerten. Doch die längerfristige Vision könne mit Deutschland und Frankreich „als Lokomotive" könne in den „Präferenzen für solidarische Regelungen." bestehen, da sich in der Geschichte Europas „ein Ethos des Kampfes für ‚mehr soziale Gerechtigkeit' durchgesetzt" hätte im Gegensatz zu den USA, welche mehr von einem „individualistische[n] Ethos der Leistungsgerechtigkeit, krasse soziale Ungleichheiten in Kauf nimmt" bestimmt seien. Um dann in seiner conclusio festzuhalten, dass zwar auch „jede große europäische Nation...eine Blüte der imperialen Machterfaltung erlebt" hätte, jedoch inzwischen durch den „Verlust eines Imperiums" - im Gegensatz zu den USA – und durch die „reflexive Distanz" dazu, besser befähigt wäre „aus der Perspektive der Besiegten sich selbst in der zweifelhaften Rolle von Siegern wahrzunehmen".

Während bereits im November Prof. Ulrich Gottstein, als Vertreter der IPPNW (Ärzte gegen den Atomkrieg) als Conclusio auf dem internationalen Kongress: „Der Irak – Alternativen zu Embargo und Krieg" über die Verhältnisse im Irak unter Saddam Hussein festhielt: „Wer im Lande nicht gegen das Regime opponiert, hat nichts zu leiden. Eine begeisterte Unterstützung für das Regime fehlt, aber lieber soll der augenblickliche Zustand erhalten bleiben, als wieder Krieg, Zerstörungen und Massentötungen und dann ein neues Regime, etwa unter amerikanischer Führung."[4]

Das Gros der Friedensbewegung dagegen kaprizierte sich vornehmlich auf das „Argument der Argumente: Öl als magischer Schlüssel zur Erklärung der Welt"[5] oder die Gleichsetzung Bushs und Scharons mit Hitler, und verdeutlichte welchen Frieden es sich wünscht, wenn reflexhaft davor gewarnt wurde, Bagdad werde zum „neuen Dresden". Intellektuelle lieferten den Background, indem sie versuchten zu belegen, die USA seien heute nicht mehr als eine „Rumpfdemokratie", die ähnlich den intellektuellen Rechten der 30er Jahre in Deutschland „zum Sturm auf den liberalen Zeitgeist" mittels einer konservativen Revolution aufriefen.[6]

Nicht nur in Äußerungen der Mitglieder der Regierung und führender deutscher Intellektueller, sowie auf den Leserbriefseiten der Zeitungen, sondern ebenso bei der Linken spiegelten sich in den Warnungen vor „zuviel Freiheit", die im kulturellem Niedergang münde, oder dem zu unvermittelt

[4] Ulrich Gottstein: Irak nach dem zweiten Golfkrieg 1991. Der Nächste wird noch schlimmer. Dokumentiert unter: www.embargos.de

[5] Natan Sznaider: Amerika, du machst es besser. In: Die Zeit 5/2003.

[6] Z. B. Heinrich Agust Winkler: Wenn die Macht Recht spricht. In: Die Zeit 26/2003

erfolgenden ökonomischen Wandel, der die Gemeinschaft zerstöre, die Angst vor Veränderung und das Beschwören des status quo wieder. Letztendlich handelte es sich jedoch bei den Warnungen vor dem gewaltsamen Sturz eines Despoten, was in der Imagination nicht nur das „Überleben der Welt" in Frage stellt, sondern zugleich zweifelsfrei zu beweisen schien, die USA seien endgültig zu einem „totalitären Regime" geworden, welches Europa und die Gemeinschaft der Völker bedrohe, weniger um den Irak, als vielmehr um die Rede über die eigene Geschichte.

Bereits oben erwähnter Vortrag von Ulrich Gottstein begann, ganz in diesem Sinne, mit der Warnung vor einem neuen drohenden Krieg, der besonders in Deutschland große Sorgen auslöse, da hier „noch nicht alle Kriegsschäden beseitigt [sind], noch trauern viele Menschen um ihre gefallenen Männer und Söhne, viele um ihre Väter, Geschwister und Mütter, um ihre verlorene Heimat".[7] Der Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter wurde nicht müde, auf friedenspolitischen Kongressen zu prognostizieren, die USA folgten mit ihrer Politik gegenüber dem Irak dem Motto: „Wenn uns durch den Sieg über Hitler gelungen ist, Europa zu amerikanisieren, warum sollte uns nach der Niederwerfung Saddam Husseins in der dortigen Region nicht das gleiche gelingen?"[8]

Wird in diesen Beispielen nur implizit der Bezug auf den Nationalsozialismus durch die Trauer um den verlorenen Krieg formuliert, hatten Redakteure und Autoren ‚globalisierungs-

[7] Ulrich Gottstein: a.a.O.

[8] Horst Eberhard Richter: Besessenheit stiftet nur Unfrieden. In: FR v. 2.5.2003 oder z. B. „Stillhalten ist tödlich" Vortrag vor dem DGB am 1.9.2003 in Frankfurt/M.

kritischer' Blätter wie der jungen Welt oder dem Freitag weniger Hemmungen die heutige US-amerikanische Politik mit der der Nationalsozialisten zu vergleichen. So formuliert der ehemalige konkret-Autor Jürgen Elsässer seine Projektionen noch in wohlgefälligen Pro-forma-Fragesätzen: „Ist Guantanamo ein Internierungslager für Terroristen – oder das größte KZ der neueren Geschichte? Das sind schwierige Fragen – aber keine, die man mit etwas Anstrengung nicht beantworten könnte."[9] Der sich selbst als Internationalist bezeichnende junge Welt-Redakteur Werner Pirker leugnete in seinem jüngst erschienen Buch „Ami go home. Zwölf gute Gründe für einen Antiamerikanismus" schon generell, dass sich in den USA jemals ein demokratisches Bewusstsein herausbilden könnte. Seine These lautet: „Die Vereinigten Staaten sind immer eine Einwanderergesellschaft geblieben. Einwanderung erfolgt oft aus Not. Doch beinhaltet das Einwandern bzw. Auswandern immer auch eine individuelle Absage an kollektive Bestrebungen, die Verhältnisse im Herkunftsland zu verändern. Daraus ergibt sich der Sozialtypus des ‚Amerikaners'. Deshalb hat sich in den amerikanischen Unterschichten nie ein wirkliches Klassenbewusstsein herausgebildet. Und ergo auch kein demokratisches."[10] So bezeichnet er die mörderischen Attentate im Irak nicht nur als „eine in jeder Hinsicht gerechtfertigte Gewalt", nein, er setzt sie mit der „französischen Resistance" gleich, um so endlich die Gleichsetzung betreiben zu können, um die es ihm eigentlich geht: „Und entsprechend entstammt auch die

[9] Jürgen Elsässer: Rauchende Colts. Oder warum hat Bush mit seinen Lügen so viel Erfolg? In: Freitag v. 16.01.04

[10] Zit. n. ders; Die Auserwählten. In: Junge Welt v. 30.9.03.

amerikanische Propagandamunition gegen die irakischen Freiheitskämpfer wortwörtlich dem Goebbelschen Arsenal: ‚Kriminelle', ‚Banditen' – und eben auch ‚Terroristen'".[11]

Doch weder die Idee von den „geläuterten Tätern von gestern", die heute das Unrecht der Welt besser erkennen würden als andere (wie von den Koryphäen der Friedensbewegung vertreten) noch die Imagination: eigentlich sei man selbst das Opfer des „amerikanischen Imperiums",[12] sind wirklich neu. Ebenso wenig wie die auf den Friedensdemonstrationen letzten Jahres massenhaft zu sehenden Plakate, auf denen die USA als Krake abgebildet und Bush als Vampir dargestellt oder mit Hitler gleichgesetzt wurde, da diese nur ältere Parolen aufgreifen, zum Teil in postmoderner Form personalisiert, wie „das US-imperialistische System als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung"[13] oder „USA-SS-SA".

Stellte sich ‚Amerika' im 19. Jahrhundert und nach der Befreiung vom Nationalsozialismus für Linke und fortschrittliche Kräfte als positive Projektionsfläche dar, die das Versprechen in sich zu bergen schien, nicht nur veraltete Strukturen zu überwinden, sondern moderne und fortschrittliche Gesellschaften aufzubauen[14], so prognostizierte Hannah Arendt schon in den 50er Jahren, dass die „antiamerikanische Pose"

[11] Werner Pirker: Legitime Attacke. In: Junge Welt v. 27.10.03.

[12] Von Kanzler Schröders Wahlkampfreden 2002 bis z. B. zu jenen Transparenten auf Demonstrationen gegen den 'War on Terror': „Gestern Kabul, heute Baghdad, - morgen Hamburg?"

[13] Zit. n. Detlef Hartmann: Völkermord gegen soziale Revolution. In: Autonomie NF 1985. S. 217f.

[14] Ausführlicher hierzu: Andrea Woeldike/Thomas v.d. Osten - Sacken: Altes Europa, Neue Welt: S.19 –36.In: Thomas Uwer/ Thomas v.d. Osten – Sacken/ Andrea Woeldike: Amerika – Der „War on Terror" und der Aufstand der alten Welt. Freiburg 2003.

zunehmend bei Liberalen und Linken zu finden sei. Die Idealisierung Amerikas von Seiten Linker schlug spätestens mit Beginn der Bombardierung Vietnams durch die US-Army innerhalb kürzester Zeit um in eine Kritik, die eher einem Ressentiment gleichkam. Der Enttäuschung über eine zunehmend aggressivere antikommunistische Außenpolitik der USA, in deren Gefolge konterrevolutionäre Regimes in der ganzen Welt unterstützt wurden, folgte alsbald die Wahrnehmung, dass allein die USA eine imperialistische Politik betrieben. Daran schloss sich die Projektion seitens Linker an, es reiche nicht mehr aus von ‚Imperialismus' zu reden, es müsse vielmehr eine zunehmende ‚Faschisierung der amerikanischen Gesellschaft' konstatiert werden.

Diese, nicht allein in der deutschen Linken verbreitete Gleichsetzung antikommunistischer US-amerikanischer Politik mit Faschismus hatte jedoch vor allem in Deutschland oft den Beigeschmack, zugleich die ‚deutsche Vergangenheit zu bewältigen'. In dem Versuch von der Vergangenheit loszukommen, wie es Adorno nannte, da sich unter ihrem Schatten nur schwer leben lasse, sah man nun die eigene als überwunden wahrgenommene Geschichte in den USA wiederkehren. Bedingt durch die fehlende oder mangelhafte Aufarbeitung des konstituierenden Momentes des Nationalsozialismus, also des volksgemeinschaftlich betriebenen industriellen Massenmordes an den Juden, erschien nun der US-amerikanische Krieg gegen die Vietnamesen nicht nur als ‚neues Auschwitz', sondern zudem als Beleg dafür, dass nicht nur in Vietnam, sondern genauso bereits 1944 in Hamburg nur unschuldige Opfer den Tod durch US-imperialistische Kriege gefunden hätten. So schrieb das Kommando 15. Juli in seinem Bekennerschreiben

nach dem Anschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg im Mai 1972, bei dem drei amerikanische Soldaten ums Leben kamen und fünf weitere GIs verletzt wurden, der Krieg in Vietnam wäre nicht nur „Genocid, Völkermord", sondern zugleich „die ‚Endlösung', das ist Auschwitz". „Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland" würden die „Fahndung nach den Bombenattentätern nicht unterstützten", da sie nicht nur mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus nichts zu tun haben wollten, sondern „Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben".[15]

Wenigen blieb es überlassen, vornehmlich ehemaligen Emigranten, wie Max Horkheimer oder Theodor W. Adorno, vor Simplifizierungen und Gleichsetzungen zu warnen. Bei der Eröffnung der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche am Frankfurter Römerberg im Mai 1967 benannte Horkheimer „das Furchtbare" des Vietnamkrieges, doch zugleich verwies er sowohl auf die lange Tradition Amerikas, welches „immer seine Arme geöffnet hat" für diejenigen „in Europa [die] ihrer freiheitlichen Gesinnung willen verfolgt waren". Ebenso benannte er die Unterschiede im jeweiligen Nationalgefühl, das sich in Deutschland „mehr aufs Vaterland", in Amerika mehr auf die „Constitution und die Bürgerrechte"[16] beziehe. Der SDS sah sich daraufhin veranlasst, einen Brief an Max Horkheimer zu verfassen, in dem diesem erläutert wurde, mit seiner Stellungnahme „für den amerikanischen Krieg in Vietnam" habe er sich nicht nur endgültig diskreditiert, auch die

[15] Zit. n. http://www.rafinfo.de/hist/kap06.php
[16] Max Horkheimer: Briefwechsel 1949-1973. Gesammelte Schriften. Bd.18, F/M. 1996, S.646

Handgreiflichkeiten gegen ihn, am Rande seines Vortrages, habe er ganz allein sich selbst zuzuschreiben. Denn die SDS-Analyse über den „Faschisierungsprozess der amerikanischen Gesellschaft", welcher sich ständig beschleunige[17], sei eine nicht zu hinterfragende Tatsache.

In der daran anschließenden Auseinandersetzung zwischen Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, verteidigte Marcuse das Vorgehen der Studenten. Für Marcuse, dem Amerika nicht nur Zuflucht vor dem Nationalsozialismus geboten, sondern der auch große Hoffnungen in dieses Land gesetzt hatte, erschien der Vietnamkrieg als Verrat an jenen Idealen, um deretwillen er im Zweiten Weltkrieg, nach langem Zögern, für den US-amerikanischen Geheimdienst gearbeitet und dort die sogenannten „Feindanalysen" verfasst hatte.

Seine Enttäuschung reichte zeitweilig soweit, dass in einem Brief an Adorno schrieb: „Lass mich meine Meinung so extrem wie möglich aussprechen. Ich sehe im Amerika heute den historischen Erben des Faschismus."[18] Beigeistert wurde von den sozialistischen Studenten dieser Satz aufgegriffen, während Marcuses Forderungen nach neuen „Imperialismusanalysen" ungehört verhallten. Ebenso wie seine, von ihm in den Jahren 1934-38 entwickelten Kategorien über den „totalautoritären Staat", dem der „heroisch-völkische Realismus", der „irrationalistische Naturalismus", und die „‚Urgegebenheit' des Volkes"[19] inhärent seien, die eben nicht auf die USA der 60er Jahre übertragen werden konnten, in der Studenten-

[17] Offener Brief an Max Horkheimer in: ebd. S.644f
[18] Ebd. S.657
[19] Herbert Marcuse: Kultur und Gesellschaft; Bd.1, Frankfurt/M. 1965

bewegung und den aus ihr entstehenden linken Gruppierungen keine Beachtung fanden.

In dem oben erwähnten Briefwechsel mit Marcuse analysierte dagegen Adorno, dass immer im „Protest gegen die Amerikaner etwas Ideologisches" mitschwinge. Horkheimer fügte erläuternd hinzu: Der Freiheit, wie sie die USA über Jahrhunderte repräsentierte, und die Kritik erst ermögliche, sei „die Treue zu halten", da ansonsten eben jene angeklagte Gewalt „zum fremden Sinn der eigenen Rede" werden könne.[20]

Die in den 70er Jahren entstehende deutsche Friedensbewegung dagegen, die hauptsächlich die weltweite Abrüstung forderte und weniger an Imperialismusanalysen interessiert war, stellte „die konkrete Bedrohung Deutschlands" in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Wobei es durchaus vorkommen konnte, dass in einem Atemzug die Befürchtung geäußert wurde, durch die konfrontative Politik der Amerikaner gegenüber der Sowjetunion sei vor allem Deutschland bedroht, welches nichts als eine „amerikanische Militärkolonie" sei. Unmittelbar daraufhin hieß es nicht selten: Die Amerikaner engagierten sich zuwenig, um die BRD vor der Bedrohung durch den Kommunismus zu schützen. Anlässlich der Nachrüstungsdebatte Ende der 70er Jahre und in den 80ern nahmen nicht nur die Flugblätter zu, in welchen behauptet wurde, „Amerika nähme mutwillig die Zerstörung Deutschlands in Kauf, um seine gefährdete Weltherrschaft zu sichern", weite Teile der Friedensbewegung phantasierten sich zudem „in Erwartung der großen Katastrophe in die Rolle eines historischen Opfers."[21] Der Begriff „Holocaust" im Zusammenhang mit der atomaren Be-

[20] Max Horkheimer: Briefwechsel, a.a.O., S.645 ff

drohung wurde zunehmend häufiger verwendet. Mit der Aussage, man protestiere nun gerade als Deutscher, der aus der Geschichte gelernt habe, friedlich gegen Waffen, deren Vernichtungskraft Auschwitz als bloßes Präludium erscheinen lasse, wurden die Schrecken der Vergangenheit abgewehrt. Indem der Holocaust eben überall und jederzeit möglich erschien. In Deutschland dagegen erschien der Holocaust der Friedensbewegung, genauso der „neuen antiimperialistischen Bewegung", einer längst verflossenen historischen Periode anzugehören.

Im Golfkrieg 1991 wurde von einigen Antiimperialisten noch der panarabische Gedanke des Baath-Regimes angeführt, welches die Interessen des „arabischen Volkes" gegenüber den „imperialistischen und Amerika-hörigen Staaten" verteidige. Diese Antiimperialisten folgten noch den Argumentationsmustern der Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion. Beim Gros der damaligen Friedensdemonstranten vermischten sich jedoch die Parolen der antiimperialistischen Gleichsetzung von „US-Imperialismus ist gleich neuer Nationalsozialismus" und vom, aus dem friedensbewegten Spektrum befürchteten allgegenwärtig drohenden „Holocaust". Zentrales Anliegen schien jedoch weniger die Bombardierung des Iraks durch die USA, vielmehr verhielten sich „die Bundesbürger [...] exakt so, als wäre der Geist ihrer Ahnen über sie gekommen, als habe eine Zeitmaschine die Geschichte um 45 Jahre zurückgedreht."[22]

Kirchen, Gewerkschaften und Parteien riefen dazu auf, gegen diesen Krieg zu demonstrieren. Hunderttausende gingen

[21] Dan Diner: a.a.O., S.130.
[22] Wolfgang Pohrt: Musik in meinen Ohren, in: konkret 03/91.

in Deutschland auf die Straße mit Parolen wie „Wir haben Angst", „Wir sind zu jung zum Sterben" oder „Aktiver Widerstand gegen die US-Aggressoren", „Hass, Hass auf die USA" und „Bush = Völkermörder". Daniel Cohn-Bendit erklärte: „George Bush sei der erste durchgeknallte Präsident der USA", doch die Bevölkerung in Frankfurt solle sich nicht dem Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber der „drohenden Vernichtung ausliefern".

Am 18. Januar war in der eher der Friedensbewegung nahestehenden Zeitung Neues Deutschland zu lesen: „Bagdad zu bombardieren ist dasselbe wie 1945 die Bombardierung Dresdens. [Es] erinnert an die ‚vortreffliche' Kriegsführung, die die Amerikaner hier in Europa gemacht haben". Die Sozialistische Zeitung (SoZ) warnte vor dem „drohenden Holocaust am Golf" und meinte damit keineswegs die Bedrohung Israels durch irakische Giftgas-Angriffe.[23]

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien dagegen brachte nur wenige Friedensbewegte auf die Straße. So blieben jene marginalisiert, die „gegen diese neue Art der Auschwitzlüge"[24] intervenierten, mit der der Krieg von deutscher Seite aus legitimiert wurde. Bei den wenigen Demonstrationen gegen den

[23] Vgl. Wolfgang Schneider: „Lazarett Deutschland", in: konkret 03/91. Dennoch gab es damals z.B. noch eine große pro und contra Diskussionsveranstaltung in Frankfurt bei denen Kriegsbefürworter und Friedensbewegung zusammen diskutierten, inwiefern der Krieg zumindest zur Verteidigung Israels sinnvoll und notwendig wäre, dass eine Einteilung der Welt in antiimperialistisch versus imperialistisch nicht den Tatsachen entspräche, oder dass die Vorstellung eines Krieges bloß um Ölinteressen verkürzend wäre. Vgl taz vom 2.2.91: Den Krieg in den Köpfen vermeiden.

[24] Zit. n. Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping von Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern, 1999

Krieg stand eher das „imperialistische Großmachtbestreben der USA" im Mittelpunkt der Kritik.

Logisch konsequent war es in der Wahrnehmung von „antiimperialistischen Globalisierungsgegnern", wenn beispielsweise der Chefredakteur der jungen Welt, als die zusammenstürzenden Türme des WTC noch immer neue Opfer unter sich begruben, bereits den Terroranschlag vom 11.9.2001 mit dem Reichstagsbrand von 1933 verglich, und behauptete, die Amerikaner würden diesen für sich ebenso nutzen wie einst die Nationalsozialisten jenen.[25]

Und von friedensbewegter Seite kam der Schauspielerin Käthe Reichel bei ihrer Rede am 13. Oktober in Berlin, in der sie meinte vor dem bevorstehenden „demokratischen Auschwitz" in Afghanistan warnen zu müssen, nur Zustimmung entgegen.

Dagegen benötigten antifaschistische und antirassistische Linke einige Zeit, um nach den Anschlägen vom 11.09.01 zu schreiben: „Die Ziele waren bzw. sind Schaltzentralen und Machtzentren der USA, die Nation identifiziert sich mit diesen Zielen, als solche wurden sie angegriffen"[26], obwohl dies sinngemäß bereits am 13.09.01 von der damaligen Berliner Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Adrienne Goehler, formuliert wurde, die Zwillingstürme des World Trade Center seien „die schlechthinnigen Symbole für Globalisierung, für Kapitalismus, für Weltmacht."[27]

25 Arnold Schölzel: Terroranschläge auf US-Institutionen, in: junge Welt v. 12.9.01

26 Stellungnahme zum Thema Krieg. Flugblatt aus Hamburg und Kiel.. September 2001.

27 Adrienne Goehler am 13.09.2001 auf der Veranstaltung „Terror-Gefahren für das Zusammenleben der Kulturen" im Berliner Haus der Kulturen der Welt.

Auch Globalisierungskritiker, die zwar nach dem Anschlag vom 11. September nicht unmittelbar behaupteten, er sei von den USA, als „neuer faschistischer Macht" selbst inszeniert gewesen, unterstellten dem Anschlag eine gewisse Berechtigung, da er „die Völkermordzentrale USA" ins Herz getroffen hätte, indem eben „das WTC für die globalisierte kapitalistische Wirtschaft [steht], die allein auf die Vermehrung des eigenen Reichtums ausgerichtet ist", mit dem sich die amerikanische Nation schlechthin identifiziere.[28] Oder sie bedienten sich der Personalisierung, bezeichneten die amerikanische Nation als „durchgeknallte Patrioten", „die ihre Gewehre auf Gegenden der Welt richten, die sich bis heute des allumfassenden Zugriffs der sogenannten westlichen Welt verweigert haben".[29] In ihrer Analyse wussten bald den eigentlich Schuldigen auszumachen: das irgendwie „undurchschaubare, allumfassende" System der Globalisierung, welches vor allem von den USA vertreten werde, die „weltweit tötet".[30] Übrig blieb auch in dieser Analyse wenig mehr als der absolut gesetzte Wille der USA – sei es in personalisierter oder nationaler Form, ohne dass ein Gedanke an den gesellschaftlichen Zusammenhang des Kapitalismus verschwendet worden wäre. In logischer Konsequenz setzten diese Globalisierungsgegner die bourgeoisen Interessen, welche auf die schnelle Reichtumssteigerung abzielen, zudem die der Staatsbürger, bei denen es sich um die Aufrechterhaltung und Absicherung der bürgerlichen Ordnung handelt, und schließlich die des Staates, dem die Aufga-

[28] Stellungnahme zum Thema Krieg. A.a.O

[29] ‚NEIN! Zum Dreiklang von Krieg, Rassismus und Sicherheitsstaat' Flugblatt aus Hamburg, Oktober 2001.

[30] Ebd.

be zufällt, zwischen beiden zu vermitteln, in eins. Und so unterstellten auch sie den USA genau jenes „volksgemeinschaftliche Handeln" welches bisher nur der deutschen Nation gelungen ist.

In der „neuen Friedensbewegung", in welcher „langjährige Diskussionen der Friedens-, Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung" eine neue Bewegung gebildet hätten, da diese Themen „seit dem 11. September 2001" zunehmend „verschmelzen" würden, wie es der Geschäftsführer des Netzwerkes Friedenskooperative Manfred Stenner formulierte[31], begriff man sich selbst, auf Grund der „eigenen überwundenen Geschichte" – die erlaube, zu erkennen wer das „nächste Auschwitz" plane – als das interesselose, moralisch Gute per se.

Den USA dagegen unterstellte die Friedensbewegung, sie führe diesen Krieg nur aufgrund „schnöder materieller Interessen".[32]

Der Buchenwald-Schwur der Überlebenden, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!", war endgültig instrumenta-

31 http://www.embargos.de/irak/irakkrieg2/frameset.htm Doch nicht nur von friedensbewegter Seite wurde das „Verschmelzen" der verschiedenen Gruppierungen im Vorfeld des Sturzes Saddam Husseins positiv hervorgehoben, ebenso schrieb z.B. das Magazin für linke Debatte und Praxis ‚Fantomas' in seiner Ausgabe Nr.3/Sommer 2003. nicht nur sei die „Dynamik der globalisierungskritischen Bewegungen" immer noch „ungebrochen", sondern es sei auch gelungen diese mit den „Bewegungen gegen den Krieg zu verschränken" und lobte deshalb besonders diesen „Zyklus sozialer Bewegungen".

32 Zur deutschen Wahrnehmung von anglo-amerikanischen „materialistischen" Kriegen versus den deutschen Kriegen, die „heldenhaft" geführt würden vgl. z.B. Werner Sombart: Händler und Helden. Und zur Diskussion um die Übertragung dieser Sichtweise auf die aktuelle Friedensbewegung den Artikel von Thomas v.d. Osten-Sacken in Context XXI 2/2004

lisiert worden. Nun hieß die Parole: „Nie wieder amerikanische Kriege! Und wir definieren was Faschismus ist!"

Den Menschen im Irak, gegen die das Baath-Regime seit Jahrzehnten einen permanenten Krieg führte, und sie dem Zustand des „permanenten Terrors" (Hannah Arendt) unterwarf, hatte die Friedensbewegung, ganz „moralisch interesselos" nicht viel mehr mitzuteilen, als dass es ihnen doch eigentlich gut gehe, da sie nahezu keine Arbeitslosigkeit kennten, und „die Städte, Straßen, Geschäfte und Basare waren sauber und adrett."[33]

Inzwischen ist das Gros der Friedensdemonstranten nachdem ihre apokalyptischen Vorhersagen von Millionen von Toten nicht eingetroffen sind, stillschweigend von den Strassen verschwunden, und einige Gruppierungen distanzieren sich von der durch junge Welt und Antiimperialistische Koordination angezettelten Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand", da der dort vorherrschende Vernichtungswunsch – allein um der Vernichtung willen –, all zu offensichtlich zum Ausdruck kommt. Doch ist all diesen Gruppen das Wissen gemein, dass alles Übel im Irak in der „amerikanischen Besatzung" liege, und allein das Völkerrecht, und nicht der Kampf um individuelle, bürgerliche Freiheitsrechte den Irak befrieden könne.[34]

[33] Ulrich Gottstein: Irak nach dem 2. Golfkrieg. Der nächste wird noch schlimmer. A.a.O.

[34] auch Verteidigungsminister Struck, meinte bemerken zu müssen, die amerikanische Besatzung werde „von allen irakischen Gruppierungen" gleichermaßen abgelehnt. (vgl. WamS v. 1.2.04). Zur Diskussion um Völkerrecht und kollektiven ontologisierenden Gruppenzuschreibungen in der Linken vgl: Thomas v.d. Osten-Sacken/ Andrea Woeldike: Von Dingen und Menschen. In: initiative not a love song (Hg). Subjekt (in) der Berliner Republik. Berlin. 2003.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Roger Behrens Lebt in Hamburg, Weimar und Belo Horizonte (Brasilien); letzte Buchpublikationen u.a.: „Adorno-ABC" (2003), „Krise und Illusion" (2003), „Die Diktatur der Angepassten" (2003), „Verstummen. Über Adorno" (2004)

Peter Bierl Journalist und Autor, Schwerpunkt Esoterik & Ökofaschismus. 40 Jahre alt, lebt in der Nähe von München.Veröffentlichungen:
1999: Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister. die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik im Konkret Literatur Verlag,
1991 bis 1999 Redakteur der Zeitschrift Ökolinx,

Thomas Ebermann geboren 1951, war in den siebziger Jahren im KB aktiv, in den achtziger Jahren grüner Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft und im Bundestag. Seit seinem Parteiaustritt arbeitet er als Publizist unter anderem für „konkret" und „jungle world" und Buchautor.

Stefan Eggerdinger geboren 1951; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg. Seit 1978 Leiter des Verlags „Das Freie Buch", München. Seit 1987 Herausgeber des „Streitbaren Materialismus". Bisherige Veröffentlichungen im „Streitbaren Materialismus": „19.10.87: Krise, Krach und der Gestank der Fäulnis" (Nr. 11), „Vom Anschluß an die Centralmacht" (Nr. 14), „Thesen zur Ökonomie einer Annexion" (Nr. 15), „Großdeutschland und der furchtbare Balkan, der Europa heißt" (Nr. 18), „Friedrich Engels und der deutsche Imperialismus" (Nr. 20), „Maastricht II und die Europa-Strategien des deutschen Kapitals" (Nr. 21), „Der Euro und die europäische Wirtschafts- und Währungsunion" (Nr. 22).

gruppe demontage Hamburg. Gegründet im Herbst 1995. Themen: Kritik am Konzept der Nation, Internationalismus und kritische Solidarität, innere Sicherheit und öffentliche Räume, Kriege nach 1989 und deutsches Großmachtstreben. Homepage: www.demontage.org
Buch: Postfordistische Guerrilla - Vom Mythos nationaler Befreiung, Münster, 2. Auflage 1999, Unrast Verlag. Video: Kippt das Schanzenviertel!, Hamburg, 1999.

Stephan Grigat Studierte Politikwissenschaft in Berlin und Wien. Er arbeitet als Universitätslektor und freier Autor, ist Mitarbeiter der Wiener Zeitschrift Context XXI und bei der Gruppierung Café Critique (www.cafecritique.priv.at) aktiv. Soeben ist im Freiburger Va ira-Verlag das von ihm herausgegebene Buch „Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus" erschienen.

Fabian Kettner Jg. 1974 Student der Philosophie seit 1995 Arbeitskreis Rote Ruhr-Uni (ak rru), Bochum freischaffender Kritiker; Vorträge über Antisemitismus, Nationalsozialismus, Ideologie und Ideologiekritik, Kritik der politischen Ökonomie Kritik und Praxis Berlin

Phase 2 Die Zeitschrift Phase 2 – hier durch den Leipziger Redaktionsteil vertreten – gründete sich aus den Zerfallsprozessen der bundesdeutschen Antifabewegung im Sommer 2001. Anfangs unter der Maßgabe angetreten, eine radikale Transformation der auf Bundesebene agierenden Antifaorganisierung zu forcieren, erwuchs dieser Glaube alsbald zu einer herkulischen Aufgabe. Das ursprüngliche Konzept, publizistisches Flagschiff einer Reorganisation zu sein, scheiterte mangels Beteiligung. Heute hat sich Phase 2 jenseits ihrer konzeptionellen Begründungen zu einem Ansatz entwickelt, der in energischer Pose versucht, Antworten auf linke Praxen und Theorien unter Berücksichtigung leitender Illusionen und prägender Fehlschläge zu geben. Radikale Gesellschaftskritik soll dabei keine intellektuelle Übung bleiben. Nicht zuletzt deshalb bleibt Phase 2 ein „Magazin für die linksradikale Bewegung" und legt die Priorität auch weiterhin auf Beiträge, deren Ziel der Kritik die Abschaffung des Kritisierten ist. www.phase-zwei.org

Uli Sanwald Studentin der Ethnologie, Mitglied im Vorbereitungskreis SPOG, HaidhausenKolleg.

Thomas Schmidinger wurde 1974 in Feldkirch (Vorarlberg, Österreich) geboren, besuchte eine Fachschule für Elektronik und studierte nach Ablegung einer Studienberechtigungsprüfung Politikwissenschaften und Ethnologie in Wien. Er ist seit seinem 14. Lebensjahr politisch aktiv, war u.a. Bundeskoordinator der Grünalternativen Jugend (GAJ), Aktivist in antifaschistischen und anarchistischen Gruppen und war 1998 Mitbegründer der Ökologischen Linken (ÖKOLI) Wien. Seit 2000 ist er Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Context XXI. Daneben produziert er Radiosendungen für freie Radios und schreibt u.a. für Jungle World, Volksstimme, iz3w, Vorwärts (CH), Aufbau,... Studien- und Sprachaufenthalte führten ihn u.a. mehrmals länger nach Ägypten, Tunesien, Sudan und in die Türkei. http://www.schmidinger.at.tf

Stefan Stautner-Bhuruth Soziologe, Studium in München, Mauritius und Innsbruck, Mitglied im Vorbereitungskreis SPOG, Veröffentlichungen: „Puszta, Paprika, Piroschka - Das Bild Ungarns in deutschsprachigen Reisepublikationen" (2002), „Türkei: Europa oder Orient? Repräsentation der Türkei im deutschsprachigen Raum" (erscheint 2004 im Rhombos-Verlag)

Rainer Trampert geboren 1946, war in den achtziger Jahren führender Vertreter des linken Flügels der „Grünen" und Bundesvorstandssprecher der Partei. Trampert ist seit seinem Parteiaustritt als Publizist, unter anderem für konkret, Jungle World, und als Buchautor tätig.

Andrea Woeldike ist freie Journalistin und Publizistin, wie z.B. Coautorin von „Saddam Husseins letztes Gefecht", und Mitherausgeberin von „Antisemitismus – die deutsche Normalität" (ca ira 2001) und „Amerika. Der ‚War on Terror' und der Aufstand der Alten Welt" (ca ira 2003)

Udo Wolter lebt in Berlin und ist Dokumentar und freier Publizist, schreibt u.a. für Jungle World und iz3w, Veröffentlichungen zu postkolonialer Theorie u.a. „Das obskure Subjekt der Begierde – Frantz Fanon und die Fallstricke des Subjekts der Befreiung", (Münster 2001); „Postkolonialismus. Ein neues Paradigma kritischer Gesellschaftstheorie?" in: jour fixe initiative berlin (Hg.): Theorie des Faschismus - Kritik der Gesellschaft (Münster 2000)

ZUM HERRAUSGEBER

Der AStA der Geschwister-Scholl-Universität München (offiziell: Ludwig-Maximilians-Universität) ist weit davon entfernt eine ständische Vertretung der Interessen der künftigen Elite Deutschlands zu sein. Auch 30 Jahre nachdem die bayrische Regierung die Verfassten Studierendenschaft 1974 verboten hat, um „den linken Sumpf an den Universitäten trockenzulegen" (so der damalige Kultusminister Hans Maier), spielt der AStA eine Rolle im politischen Leben in München: Er versucht durch Veranstaltungen, Aktionen, Veröffentlichungen und die Bereitstellung von Freiräumen und Infrastruktur, seinen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist." Die Vorbereitungsgruppe für SPOG™ arbeitete als Arbeitskreis des AStA, der somit auch zur Ehre der Herausgeberschaft dieses Bandes kommt. Die Kongress-Gruppe bestand nur zu einem geringen Teil aus AStA-Mitgliedern, maßgeblich beteiligt waren Leute sehr verschiedener linker Gruppen aus München wie Ak Antisemitismus, r.a.be, Ak Internationale Politik der PDS München, Infoladen, Anarch@-Stammtisch, fdj etc. Ein Großteil der SPOG™-OrganisatorInnen arbeitet weiter zusammen als ThinkTank34.
Bisherige Veröffentlichungen (Auswahl): „Niemand kann seinem Schicksal entgehen...". Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger (Alibri 2004), Alte Herren - Neue Rechte. Rechte Normalität in Hochschule und Wissenschaft (Unrast 2002), Ganzheitlich und ohne Sorgen in die Republik von Morgen. Irrationalismus, Esoterik, Antisemitismus (Alibri 2001), Der Friede, der zum Krieg führt. Textbuch für die öffentliche Nachstellung des Münchner Abkommens 1938 (Verlag das Freie Buch 1995)

»... über die
Jahre im Spitzenfeld
politischer Zeitschriften
überhaupt...« WDR

Die iz3w berichtet alle sechs Wochen über die Zumutungen des globalen Kapitalismus, über Soziale Bewegungen, Rassismus, Ökologie, Literatur und kritische Theorien.

52 Seiten,
Einzelheft € 4,-
Abo € 32,- / erm. € 26,-

iz3w ▸ informationszentrum 3. welt
Postfach 5328 · D-79020 Freiburg · Fon (0761) 740 03
Fax 70 98 66 · info@iz3w.org · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

incipito

Linksradikales Magazin aus Leipzig

jetzt auch als ABO erhältlich!

www.left-action.de/incipito

Jörg Sundermeier

Der letzte linke Student

155 Seiten, kartoniert, Euro 13.-
ISBN 3-932710-85-1

Der letzte linke Student steht für einen naiven Linken, der sich für einen Analytiker hält, jedoch durch seinen unbändigen Aktivismus und seine immense Eitelkeit immer zu falschen Schlüssen und zur Selbstglorifizierung verleitet wird. In seinem Denken und Handeln werden Kurzschlüsse und Fehlleistungen der Linken mit viel Ironie vor Augen geführt und reflektiert. Die Texte vermitteln keine „Botschaft", sondern fordern von den LeserInnen eine eigene Analyse und ein eigenes Urteil. Insofern bietet das Buch Aufklärung im besten Sinne, weil es Denkfehler aufspürt und zum Entschlüsseln dieser anregt. Die Kolumne „Der letzte linke Student" erscheint monatlich in *Jungle World*.

M.S.Salomon

Stollbergs Inferno

Roman
241 Seiten, kartoniert, Euro 16.-
ISBN 3-932710-49-5

Der religionskritische Wissenschaftler Jan Stollberg stirbt während einer Vorlesung und findet sich zu seinem maßlosen Erstaunen und Entsetzen in der christlichen Vorhölle wieder, die tatsächlich so aussieht, wie die katholische Kirche es seit Jahrhunderten predigt. Wie er sind dort alle Philosophen gelandet, die aufklärerisches Gedankengut vertreten haben: von Epikur bis Kant, von Marx bis Camus. Der unmittelbar bevorstehende Abtransport Ludwig Feuerbachs zur „Himmlischen Rampe" wird für die gepeinigten Gefangenen zum Anlass, die höllischen Zustände nicht länger nur zu interpretieren, sondern sie zu verändern – sie planen den Aufstand gegen die Diktatur Gottes... Stollbergs Inferno ist ein spannender philosophischer Roman, der den Lesern in den Dialogen der gefangenen Philosophen die Erkenntnisse der großen Denker der Menschheit auf unterhaltsame, aber nie verniedlichende Weise näher bringt. Als kritisches Update zu Dantes Göttlicher Komödie gibt der Roman einen rasanten Überblick über 500 Jahre Kulturgeschichte.

Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg
verlag@alibri.de, www.alibri.de

PHASE2
ABONNEMENT

Ein Abo für 5 Ausgaben kostet 18 Euro

- Ein *Phase 2*-Förderabo kostet 25 Euro, ein Auslandsabo 21 Euro.
- Einzelausgaben können für 4 Euro,
- ältere *Phase2*-Ausgaben können für 2 Euro/Ex. nachbestellt werden.
- Abos enden automatisch. Alle Preise verstehen sich incl. Porto & Versand.

Für Weiterverkäufer*innen gewähren wir folgende Rabatte: 10% (2-4 Ex.), 20% (5-19 Ex.), 30% (ab 20 Ex.)

Eine Liste der *Phase 2*-Verkaufsstellen ist unter www.phase-zwei.org zu finden.

Bestellungen unter Angabe der vollständigen Adresse an:
abo@phase-zwei.org oder per Post an:
Phase 2, Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig
oder per Fax an: 0341-308120

http://www.contextXXI.at

Context XXI

Ausgabe 8/2003 - 1/2004

Alex Riva: Erfolg und Ideologie der Schweizer Volkspartei
Fabian Kettner: Adolf Eichmann, die Moderne und der Antisemitismus
Florian Markl: Der Weg nach Auschwitz
Judith Goetz und Bernhard Wernitznig: Aufklärung als AnTITOtalitarismus. Zwei Ausstellungen in Kärnten
Renate Göllner: „Wohlsein nach Schandtaten" Der Antisemitismus der Gruppe 47
Hannah Fröhlich und Heribert Schiedel: Die Mühen der Erinnerung. Ein Gruppenexperiment
Heide Hammer und Stefan Vater: Das Vergnügen der Assoziation. Überlegungen zum ESF
Tobias Ofenbauer: Staat ohne Faschismus, Subjekt ohne Regression
Heribert Schiedel: Fallstricke des Antikapitalismus
Stephan Grigat: Der sozialdemokratische Leviathan
Daban Shadala: Der Irak, die Türkei und die Kurden
Aras Fatah: Ordnungsmacht und Destabilisierung im Irak
Sabah Alnasseri: Besatzung und Demokratie nach dem Krieg
Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger: Kriegsgründe. Ressentimenthaftes und Analytisches zum Irakkrieg
Thomas Schmidinger: Internationalismus und Bellizismus

Das Probeabo: *die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich* (nur in Österreich) im Ausland: kostenloses Probeheft bestellen!
Das Sonderabo: *22 Euro/Jahr (8 Nummern) in Österreich, 30 Euro im Ausland*
Das Normalabo: *33 Euro/Jahr in Österreich, 38 Euro im Ausland*
Einzelhefte: *3 Euro, Doppelnummer 5 Euro*

Context XXI • Schottengasse 3a/1/59 • A-1010 Wien • Tel: ++43-1/535 11 06 • Fax: ++43-1/532 74 16 • redaktion@contextxxi.at

JUNGLE-WORLD.COM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

überall am Kiosk

Jungle World
Die linke Wochenzeitung

Die globalisierungskritische Bewegung wird in diesem Band unter zwei Aspekten untersucht. Einerseits wird die vorhandene Kritik an der „Antiglobalisierungsbewegung“ zusammengeführt. Die Frage dabei ist, ob und wenn ja, welche progressiven Ansätze in dieser Bewegung stecken und wie gefährlich das reaktionäre Potential darin ist. Andererseits wird die Tragfähigkeit von einigen theoretischen Modellen überprüft, die beschreiben wollen, was meist unzureichend mit der Vokabel „Globalisierung“ bezeichnet wird, den gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Welt. Dies ist die lange erwartete Dokumentation der meisten der auf dem SPOG-Kongress gehaltenen Vorträge.

ISBN 3-935843-39-9